

gesis

Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

soFid

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst

Internationale Beziehungen /
Friedens- und Konfliktforschung

2009|2

Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst
soFid

**Internationale Beziehungen/
Friedens- und Konfliktforschung**

Band 2009/2

bearbeitet von

Christian Kolle

mit einem Beitrag von
Hans Diefenbacher

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2009

ISSN: 0942-2471
Herausgeber: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für die Sozialwissenschaften
bearbeitet von: Christian Kolle
Programmierung: Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung von GESIS durch den Bund und die Länder gemeinsam bereitgestellt.

© 2009 GESIS. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Hans Diefenbacher

Zum Konfliktpotenzial erneuerbarer Energien.....	9
--	---

Sachgebiete

1	Theoretische Studien.....	19
2	Internationale Organisationen und Institutionen, Weltgesellschaft, Menschenrechte.....	40
3	Außenpolitik.....	53
4	Sicherheitspolitik, Rüstung, Konversion, Friedensbedingungsforchung.....	71
5	Einzelne Kriege, ethnische, nationale Konflikte.....	84
6	Wirtschaftsbeziehungen, Globalisierung, Umwelt, Nord-Süd-Beziehungen.....	100
7	Europäische Integration, europäische Sozialpolitik, EU-Osterweiterung.....	120
8	Interkulturelle Beziehungen, Migration, internationale Kommunikationsordnung.....	132
9	Gewalt in der Gesellschaft, politische Konflikte, zivile Konfliktbearbeitung.....	143

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	155
Personenregister.....	157
Sachregister.....	161
Institutionenregister.....	173

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur.....	177
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	177

Vorwort
zum soFid „Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung“

GESIS bietet mit dem „Sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst“ (soFid) zweimal jährlich aktuelle Informationen zu einer großen Zahl spezieller Themenstellungen an. Jeder soFid hat sein eigenes, meist pragmatisch festgelegtes Profil. Gewisse Überschneidungen sind deshalb nicht zu vermeiden.

Quelle der im jeweiligen soFid enthaltenen Informationen sind die von GESIS produzierten Datenbanken SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem) sowie SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften – bisher FORIS).

Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken sowie auf Graue Literatur in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. In SOLIS ist bei einigen Hinweisen unter „Standort“ eine Internet-Adresse eingetragen. Wenn Sie mit dieser Adresse im Internet suchen, finden Sie hier den vollständigen Text des Dokuments.

Wesentliche Quellen zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. Zur Meldung neuer Projekte steht unter <http://www.gesis.org/SOFIS/Erhebung/> permanent ein Fragebogen zur Verfügung.

Literaturhinweise sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Forschungsnachweise durch ein "-F". Im Gegensatz zu Literaturhinweisen, die jeweils nur einmal gegeben werden, kann es vorkommen, dass ein Forschungsnachweis in mehreren aufeinander folgenden Diensten erscheint. Dies ist gerechtfertigt, weil Forschungsprojekte häufig ihren Zuschnitt verändern, sei es, dass das Projekt eingeeengt, erweitert, auf ein anderes Thema verlagert oder ganz abgebrochen wird. Es handelt sich also bei einem erneuten Nachweis in jedem Falle um eine aktualisierte Fassung, die Rückschlüsse auf den Fortgang der Arbeiten an einem Projekt zulässt.

* * *

Der soFid „Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung“ spiegelt den Stand der wissenschaftlichen Forschung in diesen beiden inhaltlich eng miteinander verknüpften Themengebieten wider. So zählen Internationale Konflikte, Entwicklungs- oder Migrationspolitik, um nur einige Beispiele zu nennen, in ihrer internationalen Ausrichtung zu beliebten Forschungsgegenständen sowohl der Internationalen Beziehungen als auch der Friedens- und Konfliktforschung.

Neben den klassischen Themen Außen- und Sicherheitspolitik, Globalisierung und internationales Wirtschaftssystem, wird auch die Rolle der supranationalen Organisationen gewürdigt und der Europäischen Integration und Osterweiterung ein besonderer Platz eingeräumt. Zudem werden Ar-

beiten nachgewiesen, die sich mit interkulturellen Beziehungen und internationalen gesellschaftlichen Prozessen beschäftigen.

Neben Nachweisen, die eindeutig den genannten Themengebieten zuzuordnen sind, enthält der Dienst auch Arbeiten aus anderen Wissenschaftsdisziplinen, sofern sie einzelne Aspekte der Thematik beleuchten. Zahlreiche Nachweise berühren thematisch mehrere Gliederungspunkte bzw. können sowohl dem einen als auch dem anderen Kapitel zugeordnet werden. In diesen Fällen wurde eine pragmatische Einordnung vorgenommen.

In dieser Ausgabe wird der Band des sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienstes durch einen fachwissenschaftlichen Beitrag mit dem Titel "Zum Konfliktpotential erneuerbarer Energien" von Prof. Dr. Hans Diefenbacher ergänzt. Unser Dank gilt dem Autor, der uns den Beitrag zum Abdruck zur Verfügung gestellt hat.

Mit dieser Erweiterung unseres Dienstes streben wir eine weitere Vernetzung mit der Wissenschaft an und möchten diesen Band als zusätzliche Kommunikationsplattform für das Fachgebiet anbieten.

Zum Konfliktpotenzial erneuerbarer Energien¹

Hans Diefenbacher

Es ist unbestritten, dass die Versorgung mit Erdöl in der Vergangenheit ein Grund war, der zum Ausbruch von Konflikten und Kriegen beitrug. Auch in Zukunft kann die Sicherung der Versorgung mit fossilen Energieträgern internationale Konflikte auslösen. Ebenso kann die Verschlechterung von natürlichen Lebensbedingungen durch Umweltprobleme zu einer Erhöhung der Instabilität führen, wenn zum Beispiel eine hohe Zahl von Umweltflüchtlingen Staatsgrenzen überschreiten. Tragen nun erneuerbare Energien auch Gefahrenpotenziale dieser Größenordnung in sich? Sind nicht gerade sie ein essentieller Bestandteil der Lösung globaler Energie- und Umweltprobleme?

Der folgende Beitrag möchte darauf aufmerksam machen, dass die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energieträger ebenfalls ein erhebliches Konfliktpotenzial in sich trägt, da sie zu einer Ausweitung der Erfahrung von Ungerechtigkeit führen kann. Im folgenden Abschnitt wird zunächst gezeigt, dass eine schnelle und drastische Veränderung der Energiesysteme tatsächlich notwendig ist. Grundbedingung jedes sinnvollen Umsterns ist eine Steigerung der Energieeffizienz. Nur auf dieser Grundlage kann das danach beschriebene Potenzial der erneuerbaren Energieträger sinnvoll eingesetzt werden. Die verschiedenen erneuerbaren Energieträger bergen jedoch unterschiedliche Risiken und negative externe Effekte, die um so mehr zum Problem werden, je weniger der Ausbau ihrer Nutzung an ökologische und soziale Verhältnisse angepasst wird. Im zweiten Teil des Beitrags werden diese Wechselwirkungen exemplarisch am Beispiel der energetischen Nutzung von Biomasse² beschrieben. Zur Vermeidung der dabei entstehenden Probleme ist die Beachtung von Kriterien zur nachhaltigen Nutzung dieses Energieträgers und die Entwicklung von regional und lokal angepassten Energieversorgungskonzepten unabdingbar. Diese Punkte werden am Ende des Beitrages ausgeführt.

Klimawandel und Gerechtigkeit zwischen den Generationen: Der Ausbau erneuerbarer Energien ist nötig

Wie zu Anfang schon gesagt: Seit vielen Jahren werden große Hoffnungen darin gesetzt, dass die Energieversorgung in Zukunft weltweit immer mehr auf der Nutzung erneuerbarer Energien aufbaut. Dafür gibt es zwei Hauptgründe: zum einen die Gefahren des Klimawandels,³ zum anderen die begrenzte Reichweite der nicht erneuerbaren Energieträger. Die vor mittlerweile über zwanzig Jahren veröffentlichte Definition nachhaltiger Entwicklung der Brundtland-Kommission kann als weitgehend konsensfähiges Leitbild der internationalen Politik betrachtet werden. Danach müsste versucht wer-

1 Erstmals erschienen in: Andreas Heinemann-Grüder, Jochen Hippler, Markus Weingardt, Reinhard Mutz, Bruno Schoch, (Hrsg.): Friedensgutachten 2008. Lit Verlag, Münster 2008, S. 231-244.

2 Von energetischer Nutzung spricht man dann, wenn Biomasse direkt oder in aufbereiteter Form zur Energieerzeugung verwendet wird.

3 Vgl hierzu die Beiträge von Volker Teichert/Marie Velarde Velarde de Noack und von Brzoska im vorliegenden Band.

den, „die Bedürfnisse der Gegenwart [zu] befriedig[en], ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“.⁴

Eine solche Gerechtigkeit zwischen den Generationen stellt sich aber offenkundig nicht als Ergebnis eines Marktprozesses ein. Denn der von Menschen verursachte Klimawandel wird hohe Schäden verursachen, die in den heutigen Energiepreisen nicht enthalten sind. Auch das Umsteuern von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energieträger und eine höhere Energieeffizienz sind zunächst einmal sehr kostenträchtig, denn neben den Ausgaben für Forschung und Entwicklung müssen Investitionen in großem Stil getätigt werden. Diese Ausgaben werden viel zu spät getätigt, da die gegenwärtigen Energiepreise dafür (noch) keine ausreichenden Anreize bieten. Die Nutznießer des heutigen Energieverbrauchs sind nicht identisch mit jenen, die die Hauptlast der Schäden ertragen oder bewältigen müssen – soweit dies überhaupt möglich ist. Ein Verlust der Artenvielfalt zum Beispiel ist irreversibel. Nutznießer und Leidtragende sind auch geographisch sehr ungleich verteilt. Das ist schon heute der Fall, aber die Ungleichheiten werden sich in Zukunft aller Voraussicht nach noch weiter verschärfen.

Ein Umsteuern von nicht erneuerbaren auf erneuerbare Energieträger ist also sehr viel schneller notwendig, als dies durch heutige Marktpreise angeregt wird. Soll der Anstieg der durchschnittlichen Jahrestemperatur auf unter 2 Grad Celsius begrenzt werden, dann müsste der jährliche Verbrauch fossiler Brennstoffe in den Industriestaaten bis zur Mitte dieses Jahrhunderts um etwa 80 Prozent gesenkt werden.⁵ Nur dann bleibt den weniger entwickelten Ländern genug Spielraum für eine nachholende Entwicklung, wenn gleichzeitig das oben genannte Kriterium der Nachhaltigkeit erfüllt werden soll.

Eine ähnliche anspruchsvolle, wenn auch nicht so klar in Zahlen formulierbare Zielsetzung ergibt sich, wenn man aus Gründen der Gerechtigkeit zukünftigen Generationen den Zugang zu nicht erneuerbaren Energieträgern nicht komplett unmöglich machen will: Das globale Fördermaximum steht beim Erdöl unmittelbar bevor, ohne dass man genau sagen kann, wann dieses so genannte peak oil eintreten wird. Wenn vermehrt Erdgas für die Erzeugung von Strom und eventuell auch für Transportzwecke eingesetzt wird, erschöpfen sich auch diese Vorräte erheblich schneller. Auch die Reserven an Kernbrennstoffen sind deutlich begrenzt. Ein Umsteuern in großem Stil auf die weltweit noch am ehesten verfügbare Kohle wiederum verbietet sich aus Gründen des Klimaschutzes. Aufgrund des heutigen, extrem energieintensiven Wirtschaftens ist ein globales System entstanden, das sehr labil und krisenanfällig ist. Jeder Staat, der das Ziel einer sicheren Energieversorgung verfolgt, aber nur durch Importe von Energieträgern erreichen kann, muss sich mit den Risiken auseinandersetzen, die bei einer solchen Importabhängigkeit entstehen können.

4 Volker Hauff (Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven 1987, S. 46.

5 Vgl. Intergovernmental Panel on Climate Change (Hrsg.): IPCC Fourth Assessment Report – Climate Change 2007, im Internet unter <http://www.ipcc.ch/ipccreports/assessments-reports.htm>. Alle Internet-Angaben in diesem Beitrag wurden noch einmal am 3.3.2008 überprüft.

Energie-Effizienz als *conditio sine qua non*

Akzeptiert man nachhaltige Entwicklung als ein langfristig gültiges Ziel, dann muss jeder Ge- und Verbrauch von Energieträgern effizient geschehen. Energievergeudung ist bei erneuerbaren Energieträgern, volkswirtschaftlich gesehen, genau so irrational wie bei nicht erneuerbaren – obwohl, wie oben gezeigt, in einer kurzfristigen, betriebswirtschaftlich orientierten Kalkulation Energieverschwendung im Einzelfall die „billigste Lösung“ sein kann.

Bevor wir uns daher in einer angebotsorientierten Betrachtung der Frage zuwenden, welche Probleme der Ausbau der Energieversorgung durch die Nutzung erneuerbarer Energieträger mit sich bringen kann, ist es daher wichtig, sich zu verdeutlichen, dass in erster Linie das Potenzial von Effizienzstrategien ausgeschöpft werden muss. Stephan Kohler, Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur, schreibt zutreffend:

„Eine Gesellschaft, ein einzelner Mensch oder ein Unternehmen, hat primär kein Interesse an Energieträgern, also an einer Kilowattstunde Strom oder einem Liter Öl oder Benzin, sondern an der Bereitstellung von Dienstleistungen wie z.B. behaglich temperierten Wohnraum, gekühlte Nahrungsmittel, Produktion von Waren [...] oder die Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen.“⁶

Alle Effizienzstrategien müssen diesen Nachfrage-Aspekt in den Vordergrund stellen – was die un-bequeme, aber unvermeidbare Aufgabe mit einschließt, zumindest in den Industrieländern eine Debatte über mögliche „Obergrenzen“ des Konsums nicht von vornherein als „marktwirtschaftsfremd“ auszuschließen.

Die Produktion von Energiedienstleistungen erfordert eine jeweils spezifische Mischung aus Know-How, Technik, Kapital und Energie, die insbesondere in vielen Transformations- und Schwellenländern sowie in den armen Entwicklungsländern nicht verfügbar ist. Dadurch entsteht ein Teufelskreis aus Energieverschwendung und Subventionen für teure Energie, der nur sehr schwer zu durchbrechen ist, da die Gefahr massiver sozialer Konflikte droht, wenn der Übergang zu anderen Energiesystemen nicht sozialverträglich gelingt. Regierungen fürchten Konflikte und Krisen dieser Art, weswegen sie oft wider besseres Wissen und viel zu lange am Status Quo festhalten. Drei Beispiele mögen dies illustrieren:⁷

- In Russland liegen die Preise für Erdöl und Erdgas, die Haushalten und Industrieunternehmen berechnet werden, aufgrund erheblicher Subventionen oftmals unter der Hälfte des Weltmarktpreises. Darüber hinaus gibt es weitere, beträchtliche Subventionen aus kommunalen Haushalten für die Heizkosten privater Haushalte. Es wird geschätzt, dass sich der Energieverbrauch in Wohngebäuden durch Effizienzmaßnahmen um weit über 50 Prozent reduzieren ließe. Die dafür notwendigen Investitionsmittel werden derzeit aber nicht aufgebracht.
- Der Wirtschaftsboom in China hat dort zu einer immensen Bautätigkeit geführt, bei der in der Regel aber Gebäude mit einem sehr niedrigen Energie-Effizienzstandard errichtet werden. Die Realisierung eines Niedrigenergiehausstandards könnte zu Einsparungen des Energiebedarfs von geschätzten 60 Prozent führen. China betreibt derzeit eine intensive Politik der Sicherung der eige-

6 Stefan Kohler: „Energieeffizienz als politisches Instrument“, in: Ernst Schwanhold,/Beate Kummer (Hrsg.): Nachhaltige Energiepolitik. Bad Honnef 2006, S. 314 – 325 (Zitat S. 316).

7 Vgl. dazu ausführlich Kohler, a.a.O., 317 ff.

nen Energieversorgung durch Importverträge für Erdgas und Erdöl; die starke Steigerung der chinesischen Nachfrage ist ein Grund für die deutliche Erhöhung des globalen Preisniveaus für Erdöl. Gleichzeitig sind hohe Energiepreise auch ein Grund für massive soziale Probleme in vielen chinesischen Provinzen.

- In Kuba wird Strom zum Teil in veralteten Ölkraftwerken mit einem Wirkungsgrad von nur 30 Prozent produziert; die Netzverluste werden auf 19 Prozent geschätzt. Auch bei den privaten Haushalten besteht ein immenses Einsparpotenzial von insgesamt etwa 70 Prozent, etwa durch den Ersatz alter, ineffizienter Kühlschränke. Auch in diesem Land subventioniert der Staat die Stromkosten privater Haushalte mit hohen Beträgen. Anstelle der Subventionierung teurer Ölimporte für ineffiziente Stromproduktion und Stromverbrauch wäre die Finanzierung einer Effizienzstrategie schon mittelfristig erheblich Gewinn bringend. Dazu bedarf es allerdings einer massiven Grundinvestition, die das Land aus eigener Kraft auf mittlere Sicht nicht aufzubringen vermag.

Aus diesen Gründen muss daher ein Umsteuern auf erneuerbare Energieträger von einer globalen Energieeffizienzstrategie begleitet werden, um die Gesamtnachfrage nach Energiedienstleistungen so Ressourcen schonend wie nur möglich zu befriedigen. Eine solche Strategie ist noch immer in kurz- und mittelfristiger Perspektive in betriebswirtschaftlicher Sicht häufig nicht rentabel und stellt sich daher nicht als Ergebnis eines Marktprozesses ein. Sie ist aber dringend und unverzichtbar notwendig, um das wirtschaftliche und politische Krisen- und Konfliktpotenzial einander konkurrierender nationalstaatlicher Strategien zur Sicherung der jeweils eigenen Energieversorgung zu verringern.

Wasser, Wind, Sonne, Biomasse, Erdwärme: – zum Potenzial erneuerbarer Energieträger

Alle Szenarien zur globalen Energieversorgung gehen davon aus, dass sich der Weltenergiebedarf theoretisch aus erneuerbaren Energien decken ließe. Auch die Vereinigung der Deutschen Elektrizitätswirtschaft (VDEW) stellt in ihrem Internet-Lexikon „Energiewelten“ entsprechende Angaben zusammen.⁸

- Das nutzbare Potenzial an Wasserkraft entspricht weltweit etwa dem fünffachen der heutigen Kapazität.
- Das solare Strahlungsangebot entspricht mehr als dem 12.000 fachen des heutigen Weltenergiebedarfs; davon ist allerdings technisch nur ein Bruchteil nutzbar.
- Das Potenzial an Biomasse entspricht dem zehnfachen des heutigen Weltenergiebedarfs; technisch nutzbar sind davon vermutlich 20 bis 30 Prozent. Bioenergie macht heute etwa 90 Prozent der global genutzten erneuerbaren Energien aus, da in armen Ländern Holz und Dung als Energiequelle eine wichtige Rolle spielen. An der Welt-Primärenergieproduktion hat Bioenergie derzeit nur einen Anteil von etwa zehn Prozent.
- Das wirtschaftlich nutzbare Potenzial der Windenergie wird auf ein Drittel des heutigen Weltenergiebedarfs geschätzt.

⁸ <http://www.energiwelten.de/lexikon/lexikon/index3.htm> → Erneuerbare Energien Potential. Vgl. auch IPCC 2007, op.cit.

- Die Bestimmung des Potenzials der Erdwärme ist besonders unsicher, da die heute verfügbare Technik noch wenig entwickelt ist. Daher gehen konservative Schätzungen von einem Potenzial von nur 3 Prozent des heutigen Weltenergiebedarfs aus.

Derartige erste Kalkulationen sagen jedoch noch nicht sehr viel über die Möglichkeiten und Grenzen der Realisierung dieser Potenziale aus – sie bieten nur eben den Hintergrund für die Aussage, dass ein Umsteuern prinzipiell möglich sein kann. Bei näherer Betrachtung der verschiedenen erneuerbaren Energieträger erweist sich nämlich, dass jeder einzelne nicht nur ein bestimmtes Potenzial der Energie-Erzeugung, sondern auch ein jeweils sehr unterschiedliches Risiko- und Konfliktpotenzial in sich trägt:

- Die Errichtung von Dämmen und Stauseen zum Betrieb neuer großer Wasserkraftwerke bringt häufig die Notwendigkeit mit sich, eine hohe Zahl von Menschen umzusiedeln, mit allen sozialen Folgeproblemen. Der Wasserhaushalt ganzer Regionen, vor allem der Gebiete unterhalb der Staustufe, kann sich grundlegend verändern. Wertvolle Ökosysteme können komplett und irreversibel vernichtet werden.
- Der Ausbau der Windenergie in großem Stil verändert nicht nur das ästhetische Bild von Landschaften, sondern kann auch zu erheblichen Beeinträchtigungen durch Lärm und Beschattung durch die Rotoren führen. Umstritten sind die ökologischen Auswirkungen, unter anderem auf den Vogelflug, die durch große Windparks entstehen können. Aus diesen und anderen ökologischen Gründen ist das Potenzial für den Zubau von Windenergieanlagen in vielen Regionen sehr begrenzt.
- Potenzielle negative Wirkungen der Erdwärme-Nutzung sind bislang wenig erforscht. Aufsehen erregt hat die Auslösung von kleineren Erdbeben in Süddeutschland durch eine bestimmte Technologie zur Gewinnung der Erdwärme, bei der Wasser mit hohem Druck in tiefe Gesteinsschichten gepresst wird.
- Photovoltaik gilt häufig - im Gegensatz zur thermischen Nutzung der Solarenergie – (noch) in gewisser Weise als „Luxus-Energie“. Zur Errichtung sehr großer Photovoltaik-Anlagen in Regionen mit hoher Sonneneinstrahlung – etwa in der Sahara – gibt es seit vielen Jahren Konzepte; ihre Verwirklichung scheiterte bislang unter anderem daran, dass mögliche Partnerländer als wenig verlässlich eingestuft wurden, sodass hier keine Möglichkeit einer Verbesserung der Sicherheit der nationalen Energieversorgung gesehen wurde.
- Schließlich wird in letzter Zeit auch der Ausbau der energetischen Nutzung von Biomasse in zunehmendem Maße kritisch beurteilt, da es zu erheblichen Nutzungs-Konkurrenzen zur Produktion von Nahrungsmitteln und zu einer dramatischen Verringerung der Biodiversität kommen kann.

Dieser letzte Punkt soll im folgenden Abschnitt näher betrachtet werden, denn in diesem Bereich bestehen derzeit besonders große Hoffnungen der Industrieländer. Sie wollen dieses Potenzial mit hoher Priorität erschließen. Seit März 2007 gibt es z.B. einen Beschluss der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, dass bis zum Jahr 2020 in den Mitgliedsstaaten der EU mindestens zehn Prozent der Kraftstoffe im Verkehrssektor aus nachwachsenden Rohstoffen stammen sollen. Dies wird kaum nur durch eigene Produktion zu erreichen sein, sondern auch Importe erfordern. Gerade hier führt der Energiehunger der reichen Länder aber zu Entwicklungen, die nicht nur die sozialen Probleme in vielen Lieferländern verschärfen, sondern auch zu einer Reihe von ökologischen Folgen mit potenziell katastrophalem Ausmaß führen.

Probleme und Kriterien für eine stoffliche und energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe

Die rasant steigende Nachfrage nach Biomasse zur energetischen Nutzung verändert die Landwirtschaft sowohl in den reichen als auch in den armen Ländern. Dabei können sehr unterschiedliche ökologische, wirtschaftliche und soziale Probleme entstehen, deren Lösung nur im Einklang mit dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung erfolgen kann, wenn das globale System der Energieversorgung zukunftsfähig sein soll. Diese Probleme sollen im Folgenden kurz erläutert werden.

Probleme der Sozialverträglichkeit

Durch die Nachfragesteigerung kann eine Nutzungskonkurrenz der Böden zwischen der Produktion von Lebensmitteln und der Produktion von „Energiepflanzen“ entstehen, die zu erheblichen sozialen Problemen führen kann, da als direkte Folge schnelle und deutliche Steigerungen der Preise von Grundnahrungsmitteln entstehen können – siehe die folgenden Beispiele. Die labile Balance zwischen der Produktion von food crops und cash crops ist Gegenstand der entwicklungspolitischen Debatte seit den 1970er Jahren; sie zu erreichen ist aber durch diese neue Nachfrage nach cash crops in Form von Energiepflanzen ungleich schwieriger geworden:

- Die so genannte „Tortilla-Krise“ in Mexiko ist Anfang 2007 auch in den europäischen Medien weithin aufgegriffen worden. Was war geschehen? Der Preis für Tortillas – dünne Fladen aus Maismehl und Wasser – hat sich in wenigen Monaten rasant und auf ein bislang nicht gekanntes Niveau erhöht. Die Kilopreise sind innerhalb eines Jahres von durchschnittlich 48 Euro-Cent auf 65 Euro-Cent angestiegen, in einigen Regionen beträgt der Preis bis zu 1,60 Euro je Kilo. Zwei Gründe wurden – je nach Interessenlage mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung – als Auslöser der Krise identifiziert:⁹ Zum einen die US-amerikanische Förderung von Ethanol als Treibstoff, das unter anderem auch aus Mais hergestellt wird. Die Nachfrage nach Mais ist in den USA deshalb sprunghaft gestiegen, was wiederum zu einem Anstieg der Weltmarktpreise und in dessen Folge zu einer Angebotsverknappung in Mexiko geführt hat. Zum anderen gibt es Anzeichen dafür, dass innerhalb von Mexiko einige Großproduzenten ihre Marktmacht genutzt haben, um von diesem Preisanstieg zu profitieren. Um die angespannte Lage zu beruhigen, hat die Regierung Anfang 2007 eine Preisobergrenze von 60 Euro-Cent je Kilo festgesetzt, die aber nicht durchgehend eingehalten wird.
- Dass diese Krise so unmittelbar auf die Preise des Haupt-Grundnahrungsmittels in Mexiko durchschlagen konnte, hat auch damit zu tun, dass viele mexikanische Bauern nach dem Beitritt Mexikos zur nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) nicht mehr mit dem hoch subventionierten Mais aus den USA konkurrieren konnten und deshalb das Land zunehmend vom Weltmarkt abhängig wurde. Deswegen hatte die mexikanische Regierung lange Übergangsfristen für die vollständige Einführung des Freihandels und Einfuhrquoten festgelegt. Dennoch hatten nach dem Beitritt zu NAFTA viele Kleinbauern die Produktion von Mais aufgegeben, die Maisernte ist in Mexiko seitdem kontinuierlich gesunken. Konnte sich Mexiko Mitte der 1990er Jahre noch selbst mit Mais versorgen, so importierte es im Jahre 2006 fast die Hälfte seines jährlichen Verbrauches.¹⁰

9 Vgl. Claus Tigges, „Tortilla-Krise in Mexiko“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.2.2007

10 Vgl. Lateinamerika-Nachrichten Nr. 393, März 2007

- Für die meisten der unter der Armutsgrenze lebenden Mexikaner sind die USA der Übeltäter. Anfang 2007 gab es 114 Ethanol-Anlagen in den USA, der Ankaufspreis für Mais ist von Anfang 2006 bis Mitte 2007 von 2 Dollar auf 3,60 Dollar je 25 Kilogramm gestiegen.¹¹ Im Jahre 2006 wurden 6 Prozent der inländischen Maiernte in den USA zu Treibstoff verarbeitet, 2007 werden es vermutlich 25 Prozent gewesen sein. Die US-Regierung leistet es sich, die Ölkonzerne, die ihrem Treibstoff Ethanol beimischen, mit zuletzt 2,5 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu subventionieren. Das Lippenbekenntnis zu einem globalen Freihandel wird dabei mit unverminderter Lautstärke vorgetragen.
- Brasilien ist der weltgrößte Hersteller von Ethanol, das hier vorwiegend aus Zuckerrohr gewonnen wird. Zuckerrohr wird auf einer Anbaufläche von 6 Millionen Hektar produziert, von denen über 40 Prozent zu Treibstoff verarbeitet werden. Im Frühjahr 2007 hat US-Präsident Bush eine Vereinbarung mit dem brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva geschlossen, die in den Medien schon als „OPEC des Ethanols“ hochstilisiert wurde.¹² Es gibt Prognosen aus Brasilien, denen zufolge es bis 2013 fast zu einer Verdreifachung der Anbaufläche für Zuckerrohr kommen wird, was dann etwa zehn Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Anbaufläche des Landes entsprechen würde. Auch in Brasilien wird der Biomasse-Boom damit zunehmend zum sozialen Sprengsatz, da auch hier Flächenkonkurrenzen zur Nahrungsmittelproduktion entstehen.¹³ Er hat eine weitere Konzentration des Landbesitzes zur Folge; es gibt auch aus diesem Bereich des Agrarsektors zahllose Meldungen über unmenschliche Arbeitsbedingungen und extreme Ausbeutung der Landarbeiterinnen und Landarbeiter. Die kontrollierten Brände, die bei der konventionellen Ernte gelegt werden, um die großen Blätter der Pflanzen abzusengen, erzeugen neben ökologischen Problemen auch große gesundheitliche Belastungen der Menschen, die in der Nähe der Felder wohnen und arbeiten.
- In einem Text mit dem Titel „Necrocombustiveis“,¹⁴ Treibstoffe des Todes, klagt auch Frei Betto, brasilianischer Befreiungstheologe und Bestsellerautor, an, dass der Boom bereits jetzt weltweit einen deutlichen Preisanstieg bei Lebensmitteln hervorgerufen habe, nicht nur in Brasilien, sondern auch in Europa, in China, Indien und den USA. In Brasilien, so Betto, habe die Bevölkerung im ersten Halbjahr 2007 für Nahrungsmittel dreimal soviel ausgeben müssen wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Preissprünge sind schon für Bezieher des Mindestlohns von umgerechnet 140 Euro schwer und für Empfänger der weit niedrigeren staatlichen Hungerhilfe nicht mehr zu verkraften.
- Eine grüne OPEC sagte auch Abdoulaye Wade, der Präsident Senegals, voraus; er forderte die Afrikaner dazu auf, alles zu tun, damit der Kontinent „der wichtigste Anbieter von Biokraftstoffen wird.“¹⁵ Mitte 2007 hat Brasilien mit Senegal eine Vereinbarung getroffen, um dem afrikanischen Land beim Aufbau einer Biotreibstoff-Industrie zu helfen. Auch die Regierung in Mozambique hat, wie viele andere afrikanische Staaten, sich schon aktiv um den globalen Markt bemüht und ei-

11 Vgl. Hildegard Stausberg, „Ethanol-Durst der USA“, in: Die Welt vom 5.2.2007.

12 Vgl. Humberto Marquéz, „Energy U.S./Latin-America: An OPEC for Ethanol?“, in: Inter Press Service News, 2.3.2007.

13 Vgl. ausführlich dazu Werner Paczian, „Nachwachsender Wahnsinn“, in: Initiativ Nr. 118, November 2007, S. 4 ff.

14 Zit. nach Klaus Hart: „Amazonia, an Ecocide foreseen“ in: Brasilien-Text – Aktuelle Berichte aus Brasilien, 13.2.2008, im Internet unter <http://www.hart-brasilientexte.de/2008/02/13/amazonia-an-ecocide-foreseen/>

15 Vgl. Fritz Vorholz, „Eldorado im Armenhaus“, in: Die Zeit, 28.12.2006.

ne Biokraftstoffstudie in Auftrag gegeben, unterstützt von der Weltbank, der US-Firma Econergy und der italienischen Regierung.

- Zu den möglichen Abnehmern des mosambikanischen Biokraftstoffs könnten British Petrol (BP), die portugiesische Petrogalp, die Petrobras und die schwedische Sekab gehören. BP gründete im Oktober 2007 mit dem britischen Biodieselerzeuger D1 Oil die Firma D1-BP Fuel Crops Limited und setzt ganz auf die Ölpflanze Jatropha. In Swasiland werden 3.000 Hektar angebaut, in Mosambik soll die Anbaufläche von 1.000 auf 20.000, in Sambia auf 174.000 Hektar vergrößert werden.¹⁶ Die giftige Pflanze gilt als robust, sie kann auch auf wenig fruchtbarem Land angebaut werden.
- Auch die afrikanische Biokraftstoffproduktion könnte die Ernährungssituation auf diesem Kontinent noch weiter verschärfen, vor allem dann, wenn die Plantagen auf Land ausgedehnt werden, das auch für Nahrungsmittelpflanzen geeignet ist. Und solange der Preis für Energiepflanzen auf dem Weltmarkt über dem Preisniveau heimischer Grundnahrungsmittel liegt, wird dies sehr schwer zu verhindern sein.
- Indonesien und Malaysia planen eine Verdoppelung ihrer Palmöl-Plantagen auf rund 20 Millionen Hektar; diese Fläche entspricht dem Fünffachen der Fläche der Niederlande. Die Expansion der Palmöl-Plantagen in Ecuador hat zur Vernichtung großer Regenwald-Gebiete geführt, was dort zur Ausrottung von 15 Baumarten geführt hat.¹⁷ Die Biomasse-Plantagen werden oft mit massivem Einsatz von Pestiziden betrieben, die in Ecuador wiederum die Mangrovengürtel stark geschädigt haben. Auch in Indonesien und Malaysia sind große Waldflächen, vor allem auf Sumatra und Borneo, für Palmöl-Plantagen abgeholzt worden. Erhebliche Umweltzerstörungen sind hier die Folge des Verarbeitungsprozesses bei der Palmöl-Produktion. Abfälle werden verbrannt, beim Pressen der Früchte entstehen flüssige giftige Stoffe, die oft nicht sachgerecht entsorgt werden. Daher sind die Produktionsketten vieler Biokraftstoffe in ökologischer Sicht längst nicht so vorteilhaft. Selbst der energetische Gewinn ist bei manchen Produktlinien eher gering, wenn die oft überdimensionierte Düngung der Plantagen und die Verarbeitung der Biomasse sowie deren Transport zum Endverbraucher mit eingerechnet werden.¹⁸

Kriterien für eine nachhaltige Nutzung

Aufgrund der geschilderten Entwicklungen überrascht es nicht, dass der stofflichen und energetischen Nutzung von Biomasse mit zunehmender Skepsis und massiver Kritik begegnet wird. Natürlich lassen sich die Ausbeutung abhängiger Landarbeiter, eine missglückte Freihandelspolitik oder die Subventionen, mit denen reiche Staaten die Weltmarktpreise verzerren, nicht dem erneuerbaren Energieträgern anlasten. Die Beispiele zeigen aber, dass die neue Nutzungskonkurrenz zwischen der Erzeugung von Biomasse für die energetische Nutzung und Nahrungsmitteln alte Konflikte verschärfen können und darüber hinaus ein neues Konfliktpotenzial in sich tragen. Die Diskussion lässt sich in Kriterien zusammenfassen, die erfüllt sein müssen, wenn die Nutzung von Biomasse mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit vereinbart sein soll. Die Erzeugung und Nutzung von Bioenergie

- darf auf keinen Fall zu Lasten der Ernährungssicherheit von Menschen gehen.

16 Vgl. Adelheid Wölfl, „Trendiger Diesel und treuer Hunger“, in: Der Standard (Wien), 16./17.2.2008.

17 Siehe Paczian, a.a.O., S. 3.

18 Vgl. Bundesamt für Energie (Hrsg.): Ökobilanz von Energieprodukten: Ökologische Bewertung von Biokraftstoffen. Schlussbericht, St. Gallen 2007; im Internet unter www.bfe.admin.ch

- muss so stattfinden, ohne dass dabei andere Umweltprobleme entstehen, die zu einer negativen Gesamt-Ökobilanz führen würden.
- sollte bestehende soziale Ungleichheiten nicht noch weiter verschärfen.

Da auf den Ausbau von Energieversorgungssystemen mit erneuerbaren Energieträgern nicht verzichtet werden kann, besteht die Aufgabe darin, sie nach den oben genannten Kriterien zu organisieren. Erneuerbare Energieträger können auch für jene zwei Milliarden Menschen eine Chance sein, die bisher kaum Zugang zu modernen Energien haben. Hier bietet die Bioenergie eine Chance, um die Abhängigkeit von Öl zu verringern. Viele der armen Länder liegen zudem in tropischen Klimazonen, in denen die Bedingungen für den Anbau von Pflanzen zur stofflichen oder energetischen Nutzung von Biomasse sehr günstig sind. Geld, das bisher zum Kauf von Treibstoff ins Ausland fließt, könnte durch den Aufbau einer Produktkette zum Anbau und der Verarbeitung von Biomasse der lokalen Landwirtschaft und Manufaktur zu gute kommen. Voraussetzung einer solchen Strategie ist aber eine vorrangige Orientierung der Energieversorgungssysteme mit erneuerbaren Energiequellen an den Strukturen der jeweiligen lokalen oder regionalen Ökonomie. Ein solches Netzwerk lokaler und regionaler Energieversorgungskonzepte könnte zu einer nationalen Strategie der nachhaltigen Energieversorgung werden; sie müsste auch konsequent in den reichen Ländern erarbeitet werden, denn nur mit der damit verbundenen Abschätzung des jeweiligen Potenzials der regionalen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern wird deutlich, wie groß der Unterschied zwischen dem heutigen und einem zukunftsfähigen Energiesystem ist – und wie groß damit der Handlungsbedarf in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ist. Denn bis heute wird kaum thematisiert, dass bestimmte Formen der Konsum- und Mobilitätsstrukturen vor allem in den reichen Ländern mit Sicherheit nicht mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sind. Hinsichtlich der Ökobilanz schneidet die energetische Nutzung von Abfall- und Reststoffen – etwa zur Wärmeproduktion – gegenüber fossilen Treibstoffen am besten ab. Die Umweltbelastung aller Biotreibstoffe lassen sich – im Gegensatz zu den Belastungen, die bei der Nutzung fossiler Energieträger entstehen – durch gezielte Maßnahmen deutlich verringern. So könnten zum Beispiel strenge Richtlinien für die Zertifizierung von Biotreibstoffen das Problem der Brandrodung von Regenwald mindern.

Gerade die Produktion und Nutzung von regenerativen Energieträgern, insbesondere der Biomasse, bietet die Möglichkeit einer Energieerzeugung in kleinen und mittleren Einheiten und auf der Ebene von Dörfern. Die Entwicklung einer neuen Bioenergie-Industrie, so eine neue Studie von UN Energy,¹⁹ kann 1,6 Milliarden Menschen elektrischen Strom bringen und für 2,4 Milliarden dazu beitragen, dass sie nicht allein auf Holz, Mist oder Stroh als Brennstoff angewiesen sind. Dies wird nur im Rahmen einer Entwicklungsstrategie der self-reliance möglich sein, in der lokale Ressourcen vorrangig zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in der jeweiligen Region verwendet werden.

Obwohl schon die Hälfte der Zeit, in der die Millennium Development Goals verwirklicht werden sollen, verstrichen ist, leiden noch immer weltweit mehr als 800 Millionen Menschen unter Hunger oder Mangelernährung. Etwa sechs Millionen Kinder unter fünf Jahren sterben jährlich an den Folgen von Unterernährung. „Die Getreidemenge für die Tankfüllung eines Mittelklassewagens mit Bioethanol könnte auch einen Menschen ein Jahr lang ernähren.“²⁰ Lester Brown, Direktor des Earth Policy Institute in Washington, prophezeit für die nahe Zukunft eine gefährliche Konkurrenz zwi-

19 UN Energy (Hrsg.): Sustainable Bioenergy – A Framework for Decision Makers. New York 2007, im Internet unter <http://www.fao.org/docrep/010/a1094e/a1094e00.htm>; Ralf Streck, „Die Vereinten Nationen warnen vor exzessivem Einsatz von Biosprit“, in Telepolis, 16.5.2007.

20 Fritz Vorholz, a.a.O.

schen Mensch und Maschine, um Flächen, Wasser und Getreide: Die Nutzer der ungefähr 800 Millionen Kraftfahrzeuge der Welt gegen zwei Milliarden Arme. Lester Brown hält regelrechte Hungeraufstände für möglich. Die Ohnmacht der Not leidenden Menschen wird sich dann gegen nationale Regierungen oder gegen andere Staaten wenden – der Adressat müsste aber auch der anonyme Weltmarkt sein, der sich an der Kaufkraft der Reichen und nicht an der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Armen orientiert. Im letzten Jahr verging kein Monat, in dem nicht über Demonstrationen oder Protestaktionen aufgrund der geschilderten Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel berichtet wurde. Die weitere Strategie des Ausbaus erneuerbarer Energien spielt eine entscheidende Rolle, ob der notwendige Umbau der Energieversorgungssysteme als gravierender Krisenfaktor und Grund zunehmender internationaler Ungerechtigkeit oder als Weg zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung empfunden wird. Vier wesentliche Schritte wurden genannt: eine Erhöhung der Energie-Effizienz, strenge Zertifizierung für den Anbau von Biomasse zur energetischen Nutzung, die Regionalisierung der Energiepolitik, ein anderes Konsumverhalten. Nur der erste dieser Schritte wird zurzeit wirklich ernsthaft verfolgt.

Zur Person

Prof. Dr. Hans Diefenbacher, geb. 1954 in Mannheim, Studium der Volkswirtschaftslehre in Heidelberg und Freiburg, Promotion und Habilitation in Kassel, apl. Prof. am Alfred-Weber-Institut der Universität Heidelberg, stellv. Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft/Institut für interdisziplinäre Forschung (FEST) Heidelberg. Hauptarbeitsgebiete: Verhältnis von Ökologie und Ökonomie, Globalisierung und Lokale Ökonomie, angewandte Statistik.

1 Theoretische Studien

[1-L] Anghel, Remus Gabriel; Gerharz, Eva; Rescher, Gilberto; Salzbrunn, Monika (Hrsg.):
The making of world society: perspectives from transnational research, (Global Studies),
Bielefeld: transcript Verl. 2008, 329 S., ISBN: 978-3-89942-835-3

INHALT: Die Beiträge des Bandes sind aus einer Konferenz hervorgegangen, die im Rahmen des Bielefelder Graduiertenkollegs 'World Concepts and Global Structural Patterns' im November 2005 stattfand. In der Einleitung legen die Herausgeber ihr Verständnis von Weltgesellschaft dar: Demnach handelt es sich dabei weniger um den Gegenstand einer Theorie als vielmehr um ein analytisches Konzept. Dieses soll im Zusammenhang mit transnationalen Prozessen verstanden werden, um so eine interaktive Sicht zwischen Akteurs- und Systemebene zu ermöglichen. Im Gegensatz zu früheren Konzeptionen der Weltgesellschaft sollen gegenseitige Abhängigkeitsverhältnisse ebenso wie mögliche Machtgefälle Berücksichtigung finden. Ferner soll die Aufteilung der Welt in territoriale Einheiten wie etwa in Nationalstaaten überwunden werden. Die Beiträge sind in vier Themenbereichen zusammengefasst: Im ersten Kapitel finden sich theoretische und methodologische Beiträge zum Konzept der Transnationalität. Das zweite Kapitel ist der Problematik von Transnationalismus, politischer Partizipation und neuen Formen der Zugehörigkeit gewidmet. In dem dritten Kapitel finden sich Beiträge zum Zusammenhang von Transnationalismus und Entwicklung. Im letzten Themenblock werden Fragen nach Netzwerken, Knotenpunkten und Lokalitäten aufgegriffen. Im Nachwort verweist Joanna Pfaff-Czarecka auf einen Bias in der Transnationalismus-Forschung: Die globale Verbundenheit werde zu optimistisch gesehen. Sie fordert daher einen kritischen Umgang mit dem Transnationalismus-Konzept. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Remus Anghel, Eva Gerharz, Gilberto Rescher, Monika Salzbrunn: Introduction: The Making of World Society (11-23); Thomas Faist: Transnationalisation in North and South: Concepts, Methodology and Venues for Research (25-50); Gudrun Lachenmann: Transnationalisation, Translocal Spaces, Gender and Development - Methodological Challenges (51-74); Monika Salzbrunn: World Society, Transnationalism and Champs Migratoires: Reflections on German, Anglo-Saxon and French Academic Debates (75-101); Besim Can Zirh: Euro-Alevis: From Gastarbeiter to Transnational Community (103-132); Michael Janoschka: Identity Politics as an Expression of European Citizenship Practice: Participation of Transnational Migrants in Local Political Conflicts (133-152); Germana D'Ottavio: Mothering in Migration: Transnational Strategies of Polish Women in Italy (153-171); Eva Gerharz: Opening to the World: Translocal Post-War Reconstruction in Northern Sri Lanka (173-194); Gilberto Rescher: Transnationality, Translocal Citizenship and Gender Relations: Transformation of Rural Community Organisation, Local Politics and Development (195-219); Stephanie Hering: A Global City-State of Finance - the Staging of Singapore as Financial Hub between Global and Local Rhetoric (221-236); Alexandra Lindenthal: The Transnational Management of Hazardous Chemicals (237-251); Magdalena Nowicka: 'Do you really talk about emotions on the phone..?': Content of Distance Communication as a Structuring Moment of the Modern World Society (253-274); Heike Monika Greschke: Does It Matter Where You Are? - Transnational Migration, Internet Usage and the Emergence of Global Togetherness (275-290); Urmila Goel: The Iinternet - A German Network in a Transnational Space (291-310); Joanna Pfaff-Czarecka: Afterword: Are We All Transnationalists Now? (325-329).

[2-L] Attali, Jacques:

Die Welt von morgen: eine kurze Geschichte der Zukunft, Berlin: Parthas Verl. 2008, 248 S., ISBN: 978-3-86601-027-7

INHALT: Ein düsteres Buch über die Zukunft hat Attali, Ökonom und langjähriger Berater von Mitterrand, geschrieben - und prophezeit trotzdem etwas ganz anderes als den Weltuntergang. Sein Glaube an eine bessere Welt speist sich aus seiner Wahrnehmung der Menschheitsgeschichte: 'Von Jahrhundert zu Jahrhundert hat die Menschheit das Primat individueller Freiheit über alles andere gestellt.' (12) Die Geschichte der Menschheit als die der Herausbildung des Individuums als Rechtssubjekt sei einhergegangen mit einer zweiten Entwicklung, die ihrer eigenen zwingenden Logik folge: die Ausdehnung des Marktes - mit bisher positiven Konsequenzen. 'Die Handelsfreiheit trug schrittweise zur Entwicklung der politischen Freiheit bei' (13). Nach einem Überblick über die Geschichte des Kapitalismus, wobei das jeweilige wirtschaftliche Zentrum einer Epoche im Mittelpunkt steht (gegenwärtig: Los Angeles), und der Aussicht auf die weltweite Durchsetzung der Marktdemokratie in naher Zukunft, stellt Attali die Frage, was dann zu erwarten sei - denn die Geschichte werde auch nach der Demokratisierung aller Staaten nicht zu Ende sein. Diese Welt, die Attali 'Hyperimperium' (150) nennt, werde sich um 2050 vielmehr 'als eine Welt mit extremen Ungleichgewichten und immensen Widersprüchen präsentieren' (185). Auch der über den gesamten Globus ausgedehnte Markt werde nicht in der Lage sein, die Armut zu beseitigen, und sich damit seine Legitimität selbst entziehen. 'Das Hyperimperium wird stranden' (187). Für die zweite Zukunftswelle schließt Attali einen 'Hyperkonflikt' (188) nicht aus. Es werde Kriege um Erdöl und Wasser geben, Kriege zwischen Piraten und Sesshaften, Grenzkriege und zerfallene Staaten, europäische Demokratien könnten sich in Theokratien verwandeln. Attali glaubt aber nicht, dass die Menschheit so ihre Geschichte beenden wird. Die Demokratien würden schließlich so viel Tatkraft entfalten, dass sie eine neue globale Ordnung herstellten. 'Eine weltumspannende soziale Demokratie wird sich einrichten, die die Macht des Marktes einschränkt.' (224). Der einzelne Mensch werde dann frei sein. (ZPol, NOMOS)

[3-L] Bieling, Hans-Jürgen:

Internationale Politische Ökonomie: eine Einführung, (Studienbücher Außenpolitik und internationale Beziehungen), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 305 S., ISBN: 978-3-531-14135-0

INHALT: Bieling liefert ein Einführungswerk über die theoretischen Debatten der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ). Neben den wichtigsten Fragestellungen und dem allgemeinen Gegenstandsbereich der IPÖ werden die gängigen Theorien sowie der aktuelle Diskussionsstand erläutert. Die Schwerpunkte des Bandes bilden eine historische Herleitung der Entwicklungskonstellationen, welche mit der Pax Britannica einsetzt und bis in die Gegenwart reicht sowie eine umfassende Betrachtung der Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen. Analysiert werden Handel, Produktion und Finanzmärkte, der Formenwandel politischer Autoritätsstrukturen sowie das Phänomen der Regionalisierung der Weltökonomie. Den Abschluss bildet eine Betrachtung gegenwärtiger und zukünftiger Konfliktfelder letztere werden anhand von kurz ausgeführten Szenarien erläutert. (ZPol, NOMOS)

[4-L] Bröchler, Stephan; Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.):

Politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, XIX, 250 S., ISBN: 978-3-531-16268-3

INHALT: "Zu Beginn des 21. Jahrhunderts diskutiert die Politikwissenschaft intensiv die Frage, wie es möglich ist, in Zeiten vielfältiger Umbrüche den erreichten Stand der politikwissenschaftlichen Forschung weiter zu entwickeln. Die Disziplin ist gefordert, nicht nur die relevanten Problemstellungen in gewichtigen Forschungsfeldern zu identifizieren, sondern auch neue methodische und theoretische Zugänge zu finden. Der Band will aus dieser Perspektive einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der politikwissenschaftlichen Forschung und der Diskussion über Zukunftsperspektiven leisten. Für die Bereiche Staat und Governance, Umwelt und Technik, Frieden und Konflikt sowie politische Ökonomie führen namhafte Autorinnen und Autoren in den aktuellen Wissensstand ein und entwickeln Perspektiven für die künftige Forschung. Konkreter Anlass für die Entstehung des Bandes ist der 65ste Geburtstag des Politikwissenschaftlers Georg Simonis, dessen zentrale Forschungspunkte sich als äußerst ertragreich für die Strukturierung des Bandes erwiesen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Rolf Kreibich: Zukunftsforschung für die gesellschaftliche Praxis (3-20); Brigitte Biermann: Umwelt und Nachhaltigkeit im Licht der Governanceforschung - Unvollständige Lösungen im Prozess (21-44); Stephan Bröchler: Governance im Lichte der sozialwissenschaftlichen Technikforschung (45-56); Wolfgang Fach: Mitwirkung als Mythos und Maschine (57-70); Arthur Benz: Der Staat als politisches Projekt - eine theoretische Skizze (71-92); Renate Mayntz: Embedded Theorizing: Perspectives on Globalization and Global Governance (93-116); Susanne Lütz: Governance in der vergleichenden politischen Ökonomie (117-142); Martin List: Historisch-soziologische Perspektive in der Analyse internationaler Politik (143-166); Rainer Tetzlaff: Afrika und die Sicherheits- und Entwicklungspolitik der OECD-Welt - Wissen wir wirklich, was wir anderen empfehlen? (167-192); Gerd Junne: Fernunterricht aus Entwicklungsländern (193-209); Helmut Elbers und Josef Kostiner: Die iranische Herausforderung: Konflikt und Kooperation in der Golfregion (210-234); Hajo Schmidt: Ein drittes Standbein: Georg Simonis und die Hagerer Friedenswissenschaft 235-250).

[5-L] Cerutti, Furio:

Warum sind in der Europäischen Union politische Identität und Legitimität wichtig?, in:

Thomas Meyer ; Johanna Eisenberg: Europäische Identität als Projekt : Innen- und Außenansichten, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2009, S. 249-267

INHALT: Der erste Nutzen der Begriffe der Legitimität und der politischen Identität, für die der Verfasser neue Definitionen vorschlägt, liegt ihm zufolge darin, dass sie bessere Instrumente für die Untersuchung der Frage zur Verfügung stellen, inwiefern die EU als Polis betrachtet werden kann und eine eigenständige Akteursqualität erreicht hat. In einem nächsten Schritt sind diese Begriffe wesentlich, um zu verstehen, inwieweit eine postnationale Polis entstehen kann, die auf Mustern politischer Identität und Legitimität basiert, die sich von denen des Nationalstaats und des neo-mittelalterlichen Imperiums unterscheiden. Das ist vielleicht die alles entscheidende Frage: Wenn Wähler, Journalisten, Intellektuelle und Politiker in den Mitgliedsstaaten konzeptuell an nationalen Strukturen haften bleiben, wenn sie glauben, dass derselbe "nationale" Leim oder Zement auch in der EU verwendet werden müsse, damit deren Bürger durch eine europäische Identität zusammengehalten werden und damit die Autorität der Union nach deren Verständnis legitimiert wird, so ist dieser Glaube dazu verdammt, einen Wett-

bewerb mit den Nationalstaaten auszulösen, in deren Augen "Brüssel" trotz aller Beteuerungen, ein Heim für alle Europäer zu sein, eine Höhle voller Techno-Bürokraten bleiben wird. Die europäische Identität wird nur dann Wurzeln schlagen können, so die These, wenn man sie als eine rein politische Identität begreift, die nicht auf einer Ebene mit nationalen Identitäten wetteifert und eher dünn als dick und genauso breit ist, wie es notwendig ist, um die Momente, in denen die Union eine Polis ist, zu legitimieren, und die in der Lage ist, ihre derzeitige finalite politique (das Meistern der Globalisierung) in einem mit ihrem doppelten Wesen vereinbaren Maße zu beanspruchen. Die Tatsache, dass die EU sich mit einer (im Vergleich zum Nationalstaat) abgespeckten Legitimität zufrieden geben muss, bedeutet nicht, dass sie ihre konstitutiven Elemente aufgeben und sich mit einer Ersatz-Legitimität wie beispielsweise einer "Output-Legitimität" zufrieden geben kann. (ICF2)

[6-L] Denninger, Erhard:

Prävention und Freiheit, (Schriftenreihe der Juristischen Studiengesellschaft Hannover, 45), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 32 S., ISBN: 978-3-8329-3504-7

INHALT: Der Autor diskutiert besorgt die Folgen der zunehmenden Orientierung von Politik, Judikatur und Literatur am Sicherheitsbegriff. Sicherheit 'ist ohne näheren Bezug ein nicht definierbarer und nicht zu definierender Begriff, vielmehr ist 'Sicherheit' in sich maßlos und grenzenlos, ein nie zu erfüllbares Ideal' (14), weshalb eine ausschließlich an der Sekurität orientierte Gesellschaft nahezu unbegrenzte präventionsstaatliche Aktivität in Kauf nehmen müsse. Die vorsorgende Selbstverteidigung des Rechtsstaates, welche die traditionelle Gefahrenabwehr bei weitem überschreitet und Risikovorsorge vor Terrorismus verspricht, tendiert daher dazu, unbestimmt zu werden, womit das Verhältnis von rechtsstaatlich gewahrter Freiheit und Sicherheit zunehmend Ambivalenzen aufweist, wenn nicht sogar vakant zu werden droht. Aus diesem Grund benennt Denninger elementare Leitgedanken, die präventivstaatliches Handeln begrenzen: Normenbestimmtheit und Normenklarheit, Verhältnismäßigkeit, einen Kern privater Lebensgestaltung und den Schutzanspruch auf Leben und Menschenwürde. Bei dem Text handelt es sich um einen Vortrag vom Dezember 2007. (ZPol, NOMOS)

[7-L] Eberl, Oliver:

Demokratie und Frieden: Kants Friedensschrift in den Kontroversen der Gegenwart, (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 4), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 293 S., ISBN: 978-3-8329-3892-5

INHALT: In einem ersten Teil setzt sich der Verfasser mit den Hochphasen der Kant-Rezeption in der Geschichte auseinander und arbeitet Unterschiede in der Aneignung heraus. Hier geht es um die Debatte um 1800 (Fichte, Schlegel, Gentz) bis zu Hegels Verwerfung der Friedensschrift sowie um die Kant-Rezeption durch die US-Friedensbewegung und im Kontext der Gründung des Völkerbundes. Der zweite Teil stellt die aktuelle Kant-Interpretation in den Vordergrund. Sowohl die Verwertung Kants durch Theorien des "demokratischen Friedens" und in Arbeiten "liberaler" Völkerrechtstheoretiker als auch die revisionistischen Umdeutungsversuche Kants für weltrepublikanische und weltbürgerliche Ordnungsdimensionen führen zu dem Ergebnis, dass der Gehalt der Kantischen Friedensphilosophie der selektiven Verwendung einiger seiner Lehren oder Argumentationen zum Opfer fallen. Der Verfasser interpretiert die Elemente der Friedensschrift - Republik, Völkerbund, Weltbürgerrecht - als eine

Einheit, deren jeweilige Bestimmung durch den Zusammenhang zwischen den drei Verrechtlichungen gegeben ist: Das Staatsrecht folgt der Idee des "ursprünglichen Vertrages", mit dem existierende Staaten beurteilt werden, das Völkerrecht wird durch einen Völkerbunds-Vertrag gegründet und das Weltbürgerrecht beinhaltet das Recht zum Vertrag für die gegen ihren Willen "besuchten Völkerschaften" Amerikas und Ostasiens. (ICE2)

[8-L] Fabio, Udo Di:

Verfassungsstaat und Weltrecht, in: Rechtstheorie : Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Rechtsinformatik, Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts, Bd. 39/2009, H. 2/3, S. 399-418
(dx.doi.org/10.3790/rth.39.2-3.399)

INHALT: Der Begriff "Weltrecht" impliziert die Behauptung, dass es die national umfriedeten und grundsätzlich abgeschlossenen Rechtskulturen nicht mehr gibt. Für den Autor existiert jedoch kein globales einheitliches Rechtssystem, sondern nur eine Vielheit von Rechtsordnungen, die allerdings einen größer werdenden Überschneidungsbereich aufweisen und sich wechselseitig kommunikativ als Rechtssubjekte erkennen und vermehrt auch anerkennen. Es kann daher in einer hinreichend abstrakten Perspektive von einem Weltrecht geredet werden, gerade auch dann, wenn die Rechtsauffassungen entschieden heterogen sind und selbst in den Grundwertungen - wie etwa bei dem Verständnis der Menschenrechte - weit auseinander liegen. Der Begriff des Verfassungsstaates dagegen scheint aus einer anderen Epoche zu stammen. Er bereitet im Kontext der Weltgesellschaft nicht nur temporäre Probleme, auch sachlich passt er nicht recht in den Begriffshaushalt der Systemtheorie, die den Begriff der Weltgesellschaft maßgeblich ins Bewusstsein gerückt hat. "Verfassungsstaat" klingt zu konkret, zu substanzhaft, wirkt geradezu ontologisch. "Weltgesellschaft" ist für den Autor weiterhin ein Einheitsbegriff im Sinne von "paradox und produktiv zugleich". Natürlich gibt es keine Weltgesellschaft im Sinne des kosmopolitischen Bürgertums, wie es diese im nationalen Horizont einmal entworfen hat. Der Begriff fungiert eher als "regulative Idee" im Sinne Kants. (ICA2)

[9-L] Fernandez, Carlos de Casadevante y Romani:

Sovereignty and interpretation of international norms, Berlin: Springer 2007, 324 S., ISBN: 978-3-540-68206-6

INHALT: "In an International Community characterized by the weight of state sovereignty the interpretation of international norms (by states, International Organizations and judicial and arbitral bodies) is one of the key points of this legal order. State sovereignty conditions the creation and application of International Law as well as the settlement of disputes. That's why the intervention of judicial and arbitral bodies acquire a great importance. This work contents a comprehensive and critic approach to international judicial and arbitral case law concerning interpretation of international norms and international institutions as well as to the way the International Court of Justice conceives access to its jurisdiction and its exercise. So, conventional instruments and instruments of a statutory nature, customary norms, institutional norms of the United Nations, unilateral declarations, as well as procedural instruments, facts alleged and the exercise of the jurisdiction attributed to the International Court of Justice - in the way they have been interpreted by the Court - constitute the object of a work surely useful for persons involved in international practice, studies or teaching." (author's abstract)

[10-L] Fröhlich, Stefan:

Entwicklung einer Weltfriedensordnung, in: Anton Rauscher (Hrsg.): Handbuch der katholischen Soziallehre, Berlin: Duncker & Humblot, 2008, S. 1011-1019

INHALT: Der Völkerbund war der erste Versuch, eine Weltfriedensorganisation zu schaffen, konnte aber den Zweiten Weltkrieg nicht verhindern. Die Vereinten Nationen hatten ihrem gescheiterten Vorläufer zwar einiges voraus, stießen aber trotz ihres unbestrittenen Nutzens gleichsam in dem Maße an ihre Grenzen, wie die fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats weiterhin ihrer eigenen Staatsräson verhaftet blieben. Die Grenzen nationalstaatlichen Handelns zwingen jedoch die Staaten verstärkt zur Kooperation in internationalen Institutionen im Sinne von "Global Governance". Das herkömmliche Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges von einer Invasionsgefahr durch den Gegner ausging, ist überholt. Jedoch bedingen die verschiedenen Konfliktszenarien zwangsläufig sehr unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen und erschweren damit deren Lösung. Daraus resultieren zwangsläufig unterschiedliche Reaktionsmuster der verschiedenen Akteure. Außerdem änderte der Krieg seine Erscheinungsform und führte zu einer erhöhten Interventionspolitik vor allem der USA, die als einzige Macht im globalen Rahmen noch kriegsführungsfähig sind. (ICB2)

[11-L] Greve, Patricia:

Die neokonservative Tradition und amerikanische Aussenpolitik: eine kritische Einordnung, in: Simon Geissbühler (Hrsg.): Der amerikanische Neokonservatismus und die Aussenpolitik der USA : Anne Bayefsky, Max Boot, Michael A. Ledeen, Joshua Muravchik und Douglas Murray in der Diskussion: Lit Verl., 2008, S. 115-152

INHALT: Die Neokonservativen fanden, so die Verfasserin, mit ihren Konzeptualisierungen innerhalb der Administration George W. Bushs Gehör, weil sie das Irak-Problem doktrinär an das Terrorismus koppelten. Damit knüpften sie an eine traditionell-konservative staatszentrierte Sicht von Bedrohungen an. Ihre Ideen wurden zugänglich und nachvollziehbar für verschiedene konservative Flügel in der Administration - insbesondere für die aggressiven Realisten. Aufgrund dieser Anknüpfbarkeit konnte sich eine ideenbasierte Koalition für den Krieg gegen den Irak bilden. Die inklusivste Begründung für einen Krieg die Existenz von Massenvernichtungswaffen - war bald nach Kriegsende obsolet geworden. Schließlich stellte sich eine weitere Begründung - die Verbreitung von Demokratie - als praktisch nicht inklusiv genug heraus, da die konservativen Hardliner der Administration eine sehr begrenzte Sicht von Regime Change und von Nation-Building hatten. Die dritte Hauptbegründung - die Verbindung von Saddam Hussein und Al-Qaida - war schon vor Veröffentlichung des Abschlussberichts der 9/11-Kommission so weit diskreditiert, dass sie nur noch von den Neokonservativen hochgehalten wurde. Im Endeffekt konnte so über die Beschäftigung mit Leitideen sowohl die Bildung als auch der Zerfall der Koalition anschaulich gemacht werden. Im Ergebnis ergibt sich ein komplexeres und zugleich klareres Bild als das einer plötzlichen übermäßigen Dominanz neokonservativer Ideen und Akteure. Hier haben sich nicht die Anhänger einer Denktradition verschworen, um die USA in einen Krieg zu verwickeln, den nur sie wollten. Vielmehr sind, so die These, ihre Ideen zum Teil zu Leitideen einer größeren ideenbasierten Koalition geworden. Allerdings kann der Zerfall dieser breiteren Koalition in der zweiten Amtszeit George W. Bushs nicht überdecken, dass neokonservative Ideen die außenpolitische Diskussion und Praxis auf eine Weise beeinflusst haben, die eine Rückkehr zu einem wie

auch immer gearteten Status qua ante unwahrscheinlich erscheinen lassen. Die neokonservative Herausforderung hat eine lange Tradition und wird nicht einfach verschwinden. Sowohl aus praktisch-politischer als auch akademischer Sicht ist es an der Zeit, die Herausforderung anzunehmen. (ICF2)

[12-L] Haller, Max:

The nation state and war, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 35/2009, Iss. 1, S. 11-30 (Standort: USB Köln(38)-BP04865; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Aufsatz untersucht die Beziehungen zwischen dem Aufstieg der Nationalstaaten und dem Vorkommen von Gewalt und Krieg in den internationalen Beziehungen. Seine Grundthese lautet, dass der 'Hochnationalismus', der in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts kulminierte, historisch gesehen eine Ausnahme darstellte. In dieser Periode wurde der Wert der Würde des menschlichen Individuums auf die kollektive Einheit der Nation übertragen. Es wird argumentiert, dass die Soziologie von Krieg und Frieden von zwei Perspektiven ausgehen muss: einer kausal erklärenden, welche die Formen und Ursachen von Kriegen empirisch untersuchen muss und einer normativen, welche die ethischen Grundprinzipien zur Legitimierung von Gewalt und Krieg einbeziehen muss. Auf der Basis einer Typologie von Kriegen in den letzten Jahrhunderten bis heute wird gefolgert, dass die Fortdauer von Nationalstaaten nicht notwendig mit gewaltsamen internationalen Beziehungen korreliert sein muss, vor allem dann nicht, wenn sich alle Nationen der Welt demokratisieren." (Autorenreferat)

[13-L] Hanrieder, Tine:

Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen: Grenzen einer verständigungstheoretischen "Erklärung" moralischer Debatten, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Jg. 15/2008, H. 2, S. 161-186
(www.zib-online.info/zib/hefte/Aufsatz_ZIB_08_02_01.pdf)

INHALT: "Das handlungstheoretische Fundament der Normenforschung wurde in den deutschen IB durch die Habermas-Rezeption erheblich vorangebracht und in der ZIB-Debatte kontrovers diskutiert. Dieser Aufsatz widmet sich einer Reihe bislang vernachlässigter Probleme, die sich aus der Verschränkung von Handlungstheorie und Moralphilosophie in der Verständigungstheorie internationaler Verhandlungen ergeben. Wo die analytische Trennung zwischen normativer Begründung und empirischer Rekonstruktion aufgehoben wird, drohen nicht nur handlungstheoretische und empirische Verzerrungen, sondern auch eine Preisgabe kritischen Potenzials. Am Beispiel von Nicole Deitelhoffs Diskurstheorie internationalen Regierens werden die Moralisierungstendenzen der Theorie da deutlich, wo das rhetorische Handlungsmodell mit moralphilosophischen Argumenten unter den Verständigungsansatz subsumiert wird. Auf empirischer Ebene ist die Analyse auf Moralisierung angewiesen, sobald es das bessere Argument zu beobachten gilt. Mit dem Formalismus des Universalisierungskriteriums werden dabei normative Parteinahmen nicht umgangen, jedoch als solche unkenntlich gemacht. So verhindert die Diskurstheorie der IB paradoxerweise, dass Räume für normative Kritik entstehen." (Autorenreferat)

[14-F] Harnisch, Sebastian, Prof.Dr.; Maull, Hanns W., Prof.Dr.; Frank, Cornelia, M.A. (Bearbeitung):

Role theory research in international relations. Conceptual challenges and political promise

INHALT: Verortung, Perspektive, Forschungsstand der theoriegeleiteten Außen- und Sicherheitsforschung von demokratischen Staaten und der Einfluss auf internationale Ordnungspolitik, politikwissenschaftliche Theoriebildung soll versucht zur Soziologie hin geöffnet zu werden. Die Konjunktur von Rollentheorien in den Internationalen Beziehungen ist Teil der Soziologisierung der Internationalen Beziehungen und der realgeschichtlichen Entgrenzung des westfälischen Staatenmodells, Eigen- und Fremderwartungen prägen das Verhalten von Demokratien häufiger, aber auch differenzierter als das Verhalten von Anokratien. *ZEITRAUM:* 1990-2008 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Polen, Großbritannien, EU, NATO, Japan

METHODE: akteurszentrierte, konstruktivistische Ansätze gepaart mit quantitativen und qualitativen Methoden; diskurstheoretische Ansätze zur Erhebung von Solidaritäts- und Rollenprofilen; symbolischer Interaktionismus; Habermas'sche Diskurstheorie

VERÖFFENTLICHUNGEN: Frank, C.; Harnisch, S.; Maull, H.W.: On world stage: role theory in international relations (book proposal for Brill Publ.).

ART: *BEGINN:* 2008-09 *ENDE:* 2008-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Fritz Thyssen Stiftung

INSTITUTION: Universität Heidelberg, Fak. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Politische Wissenschaft Professur für internationale Beziehungen und Außenpolitik (Bergheimer Str. 58, 69115 Heidelberg); Universität Trier, FB III, Fach Politikwissenschaft Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik (54286 Trier)

KONTAKT: Harnisch, Sebastian (Prof.Dr. Tel. 06221-542859, e-mail: sebastian.harnisch@uni-heidelberg.de)

[15-L] Hils, Jochen:

Der "demokratische Krieg" als Folge verfälschter Präferenzbildung?: eine systematische Formulierung des Manipulationsverdachts der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Jg. 15/2008, H. 2, S. 237-271

INHALT: "Die (rationalistische) liberale IB-Theorie geht davon aus, dass Demokratiedefizite notwendige Voraussetzungen für die Kriegsfähigkeit einer Demokratie sind. Dazu werden auch mediale Manipulationen gezählt. Dagegen hegt die (konstruktivistische) neuere deutsche Forschung zum demokratischen Krieg lediglich einen begrenzten Manipulationsverdacht. Sie geht hier von demokratiespezifischen Kriegsgründen bzw. Legitimationsmustern aus, die zumindest bei den Bürgerinnen bestimmter (militanter) Demokratien aufgrund einer spezifischen nationalen Mehrheitsinterpretation liberaler Werte und Normen im Rahmen einer bestimmten außenpolitischen Kultur auf Resonanz stoßen. Im Zentrum der bislang nicht explizit geführten Debatte steht also die Frage nach der Existenz des authentischen demokratischen Krieges. Der Beitrag rekapituliert beide Positionen, kritisiert ihre rudimentären Manipulationsbegriffe und entwickelt einen eigenen, der die konkreten informationellen Rahmenbedingungen in den Vordergrund rückt, unter denen sich eine Präferenzänderung der Bürger vollzieht. Die Befunde eines ersten empirischen Tests anhand der Kosovopolitik der USA (1998-

1999), die anschließend umrissen werden, um das Potenzial des Ansatzes zu veranschaulichen, legen nahe, dass beide Positionen problematisch sind." (Autorenreferat)

[16-L] Hoppe, Thomas:

Gerechtigkeit - Menschenrechte - Frieden: zur Geschichte und Aktualität der Idee vom "gerechten Frieden", in: Peter Imbusch (Hrsg.): *Gerechtigkeit - Demokratie - Frieden : Eindämmung oder Eskalation von Gewalt?*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 25-43, ISBN: 978-3-8329-2748-6 (Standort: UB Bonn(5)-20083355)

INHALT: Der Autor gibt zunächst einen kurzen Überblick über die historischen Zeiträume, in denen sich das Konzept eines "gerechten Friedens" herausgebildet hat. Der Ursprung liegt seines Erachtens in der schon immer umstrittenen Lehre vom "gerechten Krieg" und ihrer letztlich durch technische Entwicklungen ad absurdum geführten Möglichkeiten, Gewalt als gerecht oder legitim zu begründen. Daraus ist die Notwendigkeit erwachsen, eine Lehre vom "gerechten Frieden" auszuarbeiten, in welcher die nachhaltige Konfliktprävention und die Verwirklichung der Menschenrechte eine zentrale Bedeutung haben. Der Autor diskutiert vor diesem Hintergrund die Aktualität der Triade "Gerechtigkeit - Demokratie - Frieden" und setzt sich mit einigen strittigen Fragen der Friedenssicherung aus der Perspektive des Konzepts "gerechter Friede" auseinander. Die humanitären Interventionen der UNO benötigen seiner Meinung nach ein klares Mandat, eine ausreichende materielle und personelle Ausstattung sowie den effektiven Willen zu einem langfristigen Engagement in einer Krisenregion. (ICI2)

[17-L] Hurrelmann, Achim; Leibfried, Stephan; Martens, Kerstin; Mayer, Peter (Hrsg.):

Zerfasert der Nationalstaat?: die Internationalisierung politischer Verantwortung. (Staatlichkeit im Wandel), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2008, 359 S., ISBN: 978-3-593-38742-0

INHALT: "Die 1960 und 1970er Jahre gelten als das Goldene Zeitalter des Nationalstaates: Staatliche Einrichtungen gewährleisteten Frieden, Freiheit und Rechtssicherheit, sie garantierten demokratische Selbstbestimmung und sorgten für wirtschaftliches Wachstum und soziale Sicherheit - dies nahezu im Alleingang. In diesem Band wird gezeigt, wie diese umfassende 'nationale Konstellation' durch die Globalisierung und durch innerstaatliche Veränderungen unter Druck geraten ist und wie sie sich mehr und mehr wandelt. Welche Rolle wird der Staat in Zukunft einnehmen?" (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Achim Hurrelmann, Stephan Leibfried, Kerstin Martens, Peter Mayer: Die Zerfaserung des Nationalstaates: Ein analytischer Rahmen (21-52); Susanne Uhl: Europa, der Nationalstaat und die Steuerpolitik (55-79); Sebastian Mayer, Silke Weinlich: Die Internationalisierung von Sicherheitspolitik: UN, EU und der moderne Staat (83-111); Martin Herberg: Globalisierung des Rechts, Öffnung des Staates: der Staat als Koordinator pluraler Teilrechtsordnungen (113-140); Graf-Peter Calliess, Thomas Dietz, Wioletta Konradi, Holgerm Nieswandt, Moritz Renner, Fabian Sosa: Transformation des Handelsrechts? Neue Formen von Rechtssicherheit in globalen Austauschprozessen (143-175); Jens Steffek: Legitimität jenseits des Nationalstaates: vom exekutiven zum partizipativen Multilateralismus? (179-205); Ralf Bendrath, Jeanette Hofmann, Volker Leib, Peter Mayer, Michael Zürn: Namensräume, Datenschutz und elektronischer Handel: die Suche nach Regeln für das Internet (209-239); Kerstin Martens, Ansgar Wey-

mann: Die Internationalisierung der Bildungspolitik: Konvergenz nationaler Pfade? (243-272); Jörg R. Werner, Jochen Zimmermann: Der Staat und die Internationalisierung von Normen der Rechnungslegung (275-299); Achim Hurrelmann, Stephan Leibfried, Kerstin Martens: Die Transformation des Nationalstaates: Ergebnisse und Perspektiven (303-322).

[18-L] Joóp, Mark:

Globale Gerechtigkeit: im Spiegel zeitgenössischer Theorien der politischen Philosophie,
Ödenburg: Christian Acad. Press 2008, 341 S., ISBN: 978-963-06-4828-8

INHALT: "Die vorliegende Arbeit behandelt das Thema der globalen Gerechtigkeit aus der Sicht der Politischen Philosophie anhand prominenter zeitgenössischer Theorien, die den Anspruch erheben, Normen für die Gestaltung internationaler Beziehungen begründen zu können. Nach der Einführung, in der das Phänomen der Globalisierung knapp skizziert, spezifisch globale Probleme angesprochen und schließlich zwei zentrale Anforderungen an eine Theorie globaler Gerechtigkeit formuliert werden, folgt im Hauptteil die kritische Auseinandersetzung mit sieben Konzeptionen globaler Gerechtigkeit, die bereits als Klassiker bezeichnet werden können. Die Ausführlichkeit, mit der diese Konzeptionen behandelt werden, variiert jedoch etwas; so erhalten drei Konzepte, die von vornherein als nicht überzeugend eingestuft werden, weniger Raum, während plausible Konzepte eingehender untersucht werden, um die zwischen ihnen bestehenden, teilweise subtilen Differenzen aufzeigen und vor allem entscheiden zu können, welche Konzeption den empirisch-anthropologischen, begründungstheoretischen und argumentationslogischen Anforderungen am besten entspricht. Im Hauptteil stehen die folgenden drei Fragen im Vordergrund: Ist erstens die betreffende Theorie in sich konsistent und wenn nein, welche Widersprüche enthält sie? Kann zweitens das Gerechtigkeitsideal der jeweiligen Theorie überzeugen, d.h. sind die (auch implizit) aufgestellten Gerechtigkeitsprinzipien zu begründen und liefern sie normative Vorgaben für die relevanten Gebiete der internationalen Beziehungen? Liegt es drittens im Bereich des Möglichen, das betreffende Gerechtigkeitsideal mittels des vorgesehenen institutionellen Arrangements - wenn auch nicht vollkommen und erst in ferner Zukunft - in die Realität umzusetzen? Am Ende der Arbeit erfolgt schließlich eine systematische Auswertung der sieben im Hauptteil untersuchten Theorien in Bezug auf ihre empirisch-anthropologische Fundierung, ihr Gerechtigkeitsideal und das durch sie vorgesehene institutionelle Arrangement, das der Verwirklichung ihres Gerechtigkeitsideals dient, und wird aufgrund der aus der kritischen Analyse der sieben Konzeptionen gewonnenen Erkenntnisse in groben Zügen ein eigenes Konzept globaler Gerechtigkeit präsentiert, das Elemente unterschiedlicher Theorien in sich vereint und insbesondere auch den Aspekt globaler Rechtsdurchsetzung berücksichtigt." (Textauszug).

[19-L] Krawietz, Werner:

Weltrechtssystem oder Globalisierung des Rechts?: Konstruktion und Rekonstruktion der modernen Welt des Rechts in kommunikations- und systemtheoretischer Perspektive, in:
Rechtstheorie : Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Rechtsinformatik,
Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des
Rechts, Bd. 39/2009, H. 2/3, S. 419-451 ([dx.doi.org/10.3790/rth.39.2-3.419](https://doi.org/10.3790/rth.39.2-3.419))

INHALT: Der Beitrag geht der Frage nach, ob man angesichts der fortschreitenden "sozietaalen" (für den Autor gesamtgesellschaftlichen) Ausdifferenzierung, hier verstanden als Emergenz-

phänomen, und der Globalisierung von Funktionssystemen in der modernen Gesellschaft, wie beispielsweise der Religion, der Politik oder der Wirtschaft, heute von einer (und nur von einer) Weltgesellschaft ausgehen kann. Und kann man mit Blick auf das Funktionssystem Recht von einem "Weltrecht" oder gar von einem (und nur von einem) Weltrechtssystem sprechen, das insgesamt als - wenn auch in sich fragmentierte - rechtliche Einheit garantiert? Der Autor diskutiert diese Fragen in rechts- und gesellschafts- und systemtheoretischer Hinsicht. Es geht vor allem darum, (1) ob und wie die Gesellschaft bzw. das Rechtssystem der Gesellschaft sowie (2) das Wissenschaftssystem der Gesellschaft, soweit letzteres es mit Jurisprudenz und Soziologie zu tun hat, sich selbst zu beobachten und zu beschreiben vermögen. Auch wird (3) geklärt, wie - unter Beachtung der jeweiligen systemspezifischen Codierungen, beim Rechtssystem Recht /Unrecht, beim Wissenschaftssystem Wahrheit /Unwahrheit - zwischen Selbstbeobachtung und Fremdbeobachtung dieser Systeme unterschieden werden kann. (ICA2)

[20-L] Kreide, Regina:

Globale Politik und Menschenrechte: Macht und Ohnmacht eines politischen Instruments, (Campus Forschung), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2008, 264 S., ISBN: 978-3-593-38597-6 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4042)

INHALT: Im Zusammenspiel der moralischen, politischen, emotionalen und institutionellen Dimensionen der Menschenrechte verkörpern die Menschenrechte nach Ansicht der Autorin eine Vision, die seit der Amerikanischen und der Französischen Revolution an Überzeugungskraft gewonnen und auch immer wieder verloren hat. Die Menschenrechte sind Gegenstand eines andauernden internationalen Disputs, in dessen Verlauf man gezwungen ist, Gründe für die Geltung von Menschenrechten im Allgemeinen und für eine bestimmte Interpretation im Besonderen anzugeben. Der in der vorliegenden Studie entwickelte Menschenrechtsansatz basiert auf der Theorie des "globalen öffentlichen Vernunftgebrauchs" (Joshua Cohen). Trotz der Pluralität religiöser, ethischer und philosophischer Traditionen kann demnach eine interkulturelle Verständigung erwartet werden, die sich in der kulturübergreifenden Unterstellung einer Praxis vernünftiger Argumentation ausdrückt. Vor diesem Hintergrund werden jene Argumente, die für bzw. gegen die jeweiligen Menschenrechte sprechen, miteinander konfrontiert, um so zu einer Konzeption moralischer Menschenrechte zu gelangen. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf die Argumentationen zur Begründung von Menschenrechten und weniger auf die metatheoretischen Argumente zur Vernünftigkeit von Gründen gelegt. (ICI2)

[21-L] Nielebock, Thomas; Rittberger, Volker:

Wie die Welt erfassen?: Basiskonzepte der Internationalen Beziehungen, in: Georg Weißeno (Hrsg.): Politikkompetenz : was Unterricht zu leisten hat, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 133-149

INHALT: Um die internationale Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts angemessen zu erfassen, greift der vorliegende Beitrag auf eine Reihe von Schlüsselbegriffen zurück, denen die Qualität von Basiskonzepten zur Charakterisierung der internationalen politischen Beziehungen zukommt. Diese Schlüsselbegriffe erschließen Sichtweisen des internationalen Systems, die von unterschiedlichen Denkschulen der politikwissenschaftlichen Teildisziplin Internationale Be-

ziehungen herrühren. Diese unterscheiden sich u. a. dadurch, dass sie den Schwerpunkt ihrer Analyse der internationalen Politik entweder auf die Strukturen des internationalen Systems und die Interaktionsmuster zwischen den Einheiten dieses Systems oder auf die Binnenstrukturen und -prozesse dieser Einheiten sowie deren Wirkungen auf die internationale Politik legen. Im ersten Fall spricht man von einer systemischen, im letzten Fall von einer subsystemischen Ansatzhöhe der Analyse. Sie heben unterschiedliche Struktur- und Prozessbedingungen der internationalen Politik hervor, die bei ihrer Beschreibung und Erklärung zu berücksichtigen sind. Systemische Analyseansätze charakterisieren das internationale System als (1) anarchisches Staatensystem, (2) interdependentes Staatensystem oder als (3) System transnational verflochtener staatlicher und gesellschaftlicher Akteure; (4) ein prominenter subsystemischer Ansatz erfasst Folgen der demokratischen Verfasstheit von Staaten und Gesellschaften für das internationale Teilsystem der Beziehungen von Demokratien untereinander. Die Schlüsselbegriffe dieser vier sehr verschiedenartigen Sichtweisen des internationalen Systems werden im vorliegenden Beitrag näher erläutert. (ICA2)

[22-L] Paffenholz, Thania:

Civil society and peacebuilding, (CCDP Working Paper, No. 4), Genève 2009, 28 S. (Graue Literatur;

graduateinstitute.ch/webdav/site/ccdp/shared/5925/CCDP-Working-Paper-4-Civil-Society.pdf)

INHALT: Die Zivilgesellschaft ist als ein Akteur der Friedensbildung anerkannt, so dass vor allem in Ländern, in denen bewaffnete Konflikte herrschen die Stärkung der Zivilgesellschaft eine wichtige Aufgabe darstellt. Das "Centre on Conflict, Development and Peacebuilding (CCDP)" hat ein dreijähriges empirisches Forschungsprojekt unterstützt, um systematisch die Zusammenhänge zwischen Zivilgesellschaft und Friedensbildung anhand der komparativen Untersuchung von 13 Fallstudien zu analysieren. Der vorliegende Beitrag fasst die Ergebnisse dieses Projektes zusammen und spricht abschließend politische Empfehlungen aus. Es wird deutlich, dass die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei Friedensprozessen spielt, dass allerdings der Anstoß für eine friedliche Konfliktlösung meist von politischen Akteuren oder den Konfliktparteien selbst kommt. Die Zivilgesellschaft hat während der Konfliktlösung sieben mögliche Funktionen, die in den verschiedenen Konfliktphasen eine unterschiedliche Gewichtung annehmen können und unterschiedlich erfolgreich sind. Die sieben Funktionen sind: Schutz, Monitoring, Fürsprache, Sozialisierung, soziale Kohäsion, Förderung und die Erbringung von Dienstleistungen. Darüber hinaus wird deutlich, dass es noch andere Faktoren gibt, die das Agieren der Zivilgesellschaft beeinflussen, wie etwa das Verhalten des Staates, das Gewaltniveau, das Verhalten der Medien, die Zusammensetzung der Zivilgesellschaft und die Einbeziehung externer Akteure. (ICD)

[23-L] Panitch, Leo:

Die "Rückkehr" des Staates: zur Rolle des Staates in der Krise, in: Mario Candeias (Hrsg.) ; Rainer Rilling (Hrsg.): *Krise : Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin: Dietz, 2009, S. 84-95

INHALT: Der Beitrag zur gegenwärtigen Finanzkrise versucht, die Rolle des Staates bei der Liberalisierung der Finanzmärkte, in der Entwicklung einer neuen Regulationsweise und eines neuen Verhältnisses von Staat und Finanzmärkten zu begreifen. Dabei gliedern sich die Aus-

fürungen in folgende Punkte: (1) Die Integration der Finanzmärkte verstanden als eine Art Externalisierung der US-amerikanischen Finanzform, (2) die Rolle der USA als Global-Staat sowie (3) die transnationale Koordination und Hegemonie im internationalen Finanzsystem mit Blick auf die USA, Europa und Deutschland. Es wird nach Ansicht des Autors Änderungen der Regulierung geben, aber eine Fortsetzung der Finanzialisierung. Wesentlich ist die Institutionalisierung eines Musters von Erwartungen, demzufolge die US-Regierung Verantwortung für Schwierigkeiten privater Finanzakteure übernimmt als Voraussetzung für die Wiederherstellung finanzieller Dynamik und Expansion. International beraten die Staaten über strukturelle Reformen des Finanzsystems. Der Staat ist zurückgekehrt, auch wenn er nie weg war. (ICG2)

[24-L] Pelinka, Anton:

Feindbilder: Einführung in das Thema, in: Anton Pelinka (Hrsg.) ; Ilse König (Hrsg.):
Feindbilder in Europa : Analysen und Perspektiven, Wien: Braumüller, 2008, S. 1-11

INHALT: Feindbilder haben eine politische Funktion. Sie helfen, komplexe Verhältnisse so zu vereinfachen, dass eindeutige Parteinahmen ermöglicht werden. Feindbilder sind ein Mittel, um ein nur schwer überschaubares Feld von Grautönen in eindeutig voneinander getrennte Schwarz-Weiß-Felder zu teilen. Der Beitrag diskutiert das Freund-Feind-Verhältnis mit dem Schwerpunkt europäischer Konflikte nach 1945. Es zeigt sich, dass in der Außenpolitik Feindbilder beliebig wechseln können, da nicht die innere Konsistenz und Kohärenz der Bilder, sondern ihre unmittelbare strategische Instrumentalisierbarkeit im Mittelpunkt steht. Auch demokratische Staaten sind zu einer solchen Flexibilität der Feindbilder bei der Gestaltung der Außenpolitik fähig - wenn auch die Notwendigkeit, die einmal mobilisierte öffentliche Meinung nicht durch einen allzu schnellen Wechsel im Freund-Feind-Karussell zu brüskieren, hier als Bremse wirkt. Konstruktion und Dekonstruktion von Feindbildern in der internationalen Politik sind auch die Konsequenz des Siegeszugs liberaler, westlicher Demokratie. (ICB2)

[25-L] Peters, Dirk:

Ansätze und Methoden der Außenpolitikanalyse, in: Siegmund Schmidt (Hrsg.) ; Gunther Hellmann (Hrsg.) ; Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 815-835

INHALT: Die Beschäftigung mit der Frage, wie sich politische Systeme gegenüber ihrer Umwelt verhalten, reicht bis weit in die Antike zurück. Allein mit der deutschen Außenpolitik befassen sich sowohl zahlreiche politikwissenschaftliche Institute an Universitäten im In- und Ausland als auch eher beratungsorientierte Einrichtungen wie die Stiftung Wissenschaft und Politik oder das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Außenpolitik steht dabei immer vor der Frage, wie sie sich ihrem Gegenstand annähern soll und wie sie ihn am besten greifbar machen kann. Zwei grundlegende Herangehensweisen haben sich in der Außenpolitikanalyse in den vergangenen Jahrzehnten herausgebildet und werden in diesem Beitrag vorgestellt: Erstens, eine eher historisch beschreibende Herangehensweise, die versucht, die Inhalte der Außenpolitik eines Landes insgesamt oder einzelner Phasen davon, einzelne Politikbereiche oder auch einzelne außenpolitische Entscheidungen darzustellen. Daneben steht, zweitens, die im weitesten Sinne erklärende Außenpolitikanalyse. Sie untersucht systematisch, wovon die In-

halte staatlicher Außenpolitik beeinflusst werden. Abschließend werden Methoden der Außenpolitikanalyse diskutiert. (ICB2)

[26-L] Pomian, Krzysztof:

Europäische Identität: historisches Faktum und politisches Problem, in: Transit : europäische Revue, 2009, H. 37, S. 128-146 (Standort: USB Köln(38)-24A1544; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Europäer sind gewohnt, in Begriffen der Verschiedenartigkeit zu denken - einer Vielfalt von Sprachen, Kulturregionen, Religionen und religionsinternen Konfessionen und natürlich und vor allem einer Vielzahl von Nationen. Letzteres hat das europäische Denken und die europäische Imagination lange und machtvoll geprägt, dass Europa als eine Realität, die mehr ist als ein Konglomerat aus Nationen, für Europäer ein Problem darstellt und dass die Europäer sich selbst problematisch sind. Ein Europäer zu sein ist alles andere als selbstverständlich. Um die Frage nach einer "europäischen Identität" zu beantworten, zeigt der vorliegende Beitrag, dass sich sinnvoll von einem Europa sprechen lässt, welches sich nicht darin erschöpft ein Kontinent oder ein politischer Verbund zu sein, sondern das darüber hinaus ein den einzelnen Nationen komplementäres und sie überlagerndes kulturelles und historisches Gebilde eigener Art darstellt. So verstanden, lassen sich all die Unterschiede zwischen Europa und seinen Nachbarn als Komponenten der europäischen Identität ansehen. Es lässt sich von einer historisch gewordenen, europäischen Identität sprechen, durch die sich Europa vom Rest der Welt unterscheidet. (ICA2)

[27-L] Pradetto, August:

Humanitärer militärischer Interventionismus: Theorie und Praxis, in: Hans J. Gießmann (Hrsg.) ; Götz Neuneck (Hrsg.): Streitkräfte zähmen, Sicherheit schaffen, Frieden gewinnen : Festschrift für Reinhard Mutz, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 282-291

INHALT: Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich ein neuer militärischer Interventionismus, d. h. eine Strategie und Praxis militärischer Interventionen herausgebildet, der vor allem von westlichen Staaten getragen wird. Im Falle der US-Administration unter George W. Bush wurde die Begründung des Interventionismus um das Argument notwendiger Demokratisierung erweitert. Drei Beispiele eines militärischen Interventionismus ragen in der Zeit nach dem Kalten Krieg heraus: die Interventionen in Kosovo, in Afghanistan und im Irak. Alle drei Fälle zeichnen sich dadurch aus, dass sie genuine Neuordnungsversuche darstellten: Sie zielten nicht auf die Restauration staatlicher Grenzen und auf den Status qua ante wie im Falle Kuwaits 1991 oder auf ein vorwiegend humanitäres Engagement wie im Falle Somalias 1992 ab, sondern auf eine neue (endogen-) systemische und (exogen-) regionale Ordnung. Es wurden Regimewechsel beabsichtigt, die westlichen Vorstellungen von einem gesellschaftlichen und politischen System im Zusammenhang mit Absichten über eine bestimmte regionale Ordnung zum Durchbruch verhelfen sollten. Der Autor stellt die genannten Interventionen in den Kontext post-bipolarer globaler Ordnungspolitik und problematisiert die humanitären Folgen von militärischen Interventionen, die Wahrnehmung von "failed states" und das Prestige des Westens. (ICI2)

[28-L] Risse, Thomas:

Politische Theorie und internationale Beziehungen: zum Dialog zwischen zwei Subdisziplinen der Politikwissenschaft, in: Hubertus Buchstein (Hrsg.) ; Gerhard Göhler (Hrsg.): *Politische Theorie und Politikwissenschaft*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 105-125, ISBN: 978-3-531-15108-3 (Standort: UB Bonn(5)-200710161)

INHALT: Bei genauer Betrachtung zeigt sich, dass der Theoriebestand der Teildisziplin "Internationale Beziehungen" fast vollständig auf Anleihen, Übertragungen und Anwendungen politischer, soziologischer und ökonomischer Theorien besteht. Dies lässt sich gut am Beispiel zweier Themenkomplexe illustrieren, der Theorie politischer Institutionen sowie der Auseinandersetzungen um den Machtbegriff als Zentralkategorie des Politischen. Der Verfasser greift hierzu auf ausgewählte Schriften von Gerhard Göhler zurück. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Internationalen Beziehungen als theoriegeleitete und -orientierte Subdisziplin auf Erkenntnisse der Politischen Theorie angewiesen sind, um konzeptionelle Probleme zu klären und empirischen Befunde theoretisch aufzuarbeiten. (ICE2)

[29-F] Ropers, Norbert, Dr.; Wils, Oliver, Dr.; Körppen, Daniela, M.A.; Schmelzle, Beatrix, Dipl.-Pol. (Bearbeitung):

Theory and practice of systemic conflict transformation

INHALT: Concepts and strategies of peace building and civilian conflict management have been developed substantially since the 1990s. However, fundamental problems in this field remain unresolved, especially with regard to the challenges arising from the high complexity and the multi-layered nature of today's protracted conflicts. Long-lasting conflicts develop their own dynamics where the original causes and reasons for escalation fade into the background. It is one of the basic ideas of this project on systemic conflict transformation to discuss to what extent systemic approaches to conflict transformation provide a creative potential for addressing shortcomings in existing peace building strategies. Since systemic thinking provides avenues linking conflict analysis with intervention strategies it helps to bridge the gap between theory and practice. In addition to this, it encourages new insights on the discussion of peace and conflict impact assessment and the linkage between micro, meso and macro level. Until now, only a few analyses on the synergies between systemic thinking and conflict transformation have been published. Even if systemic approaches have been used for conceptualising political systems for some time, in most cases only selected elements of systemic thinking were applied. In view of the broad spectrum of theories, principles and methods of systemic thinking in the field of sociology, chaos theory, cybernetics, family therapy and organisational development and their particular interpretations, it is one of the intentions of the project to share various understandings of systemic thinking and their respective potential for the transformation of violent conflicts in theory and practice. For this reason, the researchers have invited peace researchers, practitioners and systemic experts from various disciplines to discuss their understandings of systemic thinking and the particular relevance for the conflict transformation field. Some crucial questions emerged for the several publications of the project: What is the respective potential of various understandings of systemic thinking for conflict transformation? To what extent do they differ in their consequences for peace building strategies? What are the critical issues of systemic approaches to conflict transformation and do we need to complement or combine various systemic methodologies? Based on an open and process-oriented concept, the goals are to conceptualise a comprehensive framework for the ana-

lysis and transformation of conflicts and also to develop systemic instruments for conflict analysis, early warning methodologies or concepts for systemic impact assessment.]

VERÖFFENTLICHUNGEN: Körppen, Daniela; Ropers, Norbert (eds): Systemic thinking and conflict transformation. Edited Volume (to be published October 2009). *ARBEITSPAPIERE:*

Körppen, Daniela: State failure - a cause for violent conflicts? A systemic-constructivistic analysis of political order in the Sudan. PhD project.

ART: *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2009-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Berghof Foundation for Peace Support (Altensteinstr. 48a, 14195 Berlin); Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung (Altensteinstr. 48a, 14195 Berlin)

KONTAKT: Körppen, Daniela (e-mail: daniela.koerppen@berghof-peacesupport.org)

[30-L] Sassen, Saskia:

Das Paradox des Nationalen: Territorium, Autorität und Rechte im globalen Zeitalter,

Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008, 735 S., ISBN: 978-3-518-41937-3

INHALT: Ein großartiges Buch, welches mit großer Wahrscheinlichkeit in einigen Jahren rückblickend als wichtigstes Werk der Autorin - gewissermaßen als Kondensation ihrer großen Schaffensbreite - angesehen werden könnte. Der Haupttitel der deutschen Übersetzung verkörpert das zentrale Anliegen des Buches dabei noch wesentlich besser als das englischsprachige Original ('Territory - Authority - Rights. From Medieval to Global Assemblages'). Denn das, was wir im Allgemeinen 'Globalisierung' nennen, so das zentrale Argument der Autorin, ist in den Institutionen eben jenes modernen Nationalstaates angelegt, den es zugleich zu untergraben scheint. Sassen lehnt die verbreitete Annahme des Verhältnisses von Staat und globaler Ökonomie als Nullsummen-Kräftespiel ab und reiht sich damit eher in eine Tradition ein, welche die politische Konstituierung des Phänomens Globalisierung in den Mittelpunkt rückt. Die Autorin geht aber noch weiter. Für sie ist Globalisierung nicht lediglich ein politisches Projekt (und in diesem Sinne national konstituiert), sondern das Nationale stellt für sie eine spezifische institutionelle Konfiguration dar, die das Globale überhaupt erst ermöglicht, wenn nicht gar zwingend nach sich ziehen muss. Der Prozess der Globalisierung wird dabei verkörpert durch eine Vielzahl von Neuorganisationen zeitlicher und räumlicher Sachverhalte, wobei der Großteil dieser Transformationen - dies eine wichtige Aussage des Buches - nicht ohne Weiteres erkennbar ist. Um trotzdem zu tendenziellen Erklärungen gelangen zu können, untersucht Sassen zunächst ausführlich die letzte große Transformation: die vom feudal geprägten Mittelalter zum kapitalistischen Nationalstaat. Hieraus versucht sie, Erkenntnisse für den gegenwärtigen Transformationsprozess abzuleiten. Dabei kommen Einsichten einer Vielzahl von akademischen Disziplinen zum Tragen; nicht zuletzt diese ungewöhnliche Bandbreite führt dazu, dass die Publikation zu einem der bedeutenderen Werke in der Debatte um Globalisierung und Nationalstaat zu werden verspricht. (ZPol, NOMOS)

[31-L] Schiffauer, Werner:

Zur Konstruktion von Sicherheitspartnerschaften, in: Michael Bommers (Hrsg.) ; Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.): Migrationsreport 2008 : Fakten - Analysen - Perspektiven, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2008, S. 205-237

INHALT: Der Verfasser knüpft an seinen Beitrag im Migrationsreport 2006 an. Dort setzt er sich mit der sicherheitspolitischen Konzeptualisierung des Islam und dem daraus resultierenden Umgang des Verfassungsschutzes, der Polizei, der Ausländerbehörden und der Justiz mit den muslimischen Einwanderern auseinander. Er zeigt in dieser Studie, wie diese sicherheitspolitische Logik den Verlauf und die Dynamik der Gespräche, die im Rahmen des von Innenminister Wolfgang Schäuble einberufenen 'Islamgipfels' mit Vertreterinnen und Vertretern der Muslime geführt worden sind, (vor-) strukturiert und dominiert, sodass von dem angekündigten "Dialog mit den Muslimen" kaum noch die Rede sein kann. In einem ersten Schritt werden die 'Schlussfolgerungen' des Gesprächskreises einer inhaltlichen Analyse unterzogen. Dabei wird gezeigt, dass das Papier durchweg die Position der Sicherheitsdienste wiedergibt, und zwar so, wie sie schon vor der Aufnahme der Arbeit des Gesprächskreises formuliert war. In einem weiteren Schritt wird dargestellt, wie diese Positionen nur einer Seite Eingang in ein Papier gefunden haben, in dem angeblich die Schlussfolgerungen aus gemeinsamen Gesprächen zusammengefasst sind. Dabei geht es um die Mikrophysik der Macht im Gesprächskreis. (ICF2)

[32-L] Schmitz, Heinz-Gerd:

Philosophische Probleme internationaler Politik und transnationalen Rechts,

(Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, 47),
Berlin: Duncker & Humblot 2008, 240 S., ISBN: 978-3-428-12662-0

INHALT: Schmitz nimmt eine politik- und rechtstheoretisch fundierte Kritik der Denkschule des Realismus vor, die über das im Rahmen der Theorien der Internationalen Beziehungen übliche argumentative Repertoire hinausgeht. Die fundierte philosophische Argumentation steht im Zentrum, die Bezüge zur internationalen Politik haben den Charakter einer Anwendung der zuvor explizierten Argumente. Schmitz zeigt an etlichen Stellen überzeugend auf, dass die realistische Theorie bereits begrifflich falsche Alternativen aufstellt, etwa indem sie Macht und Recht als antagonistische Begriffe konzipiert. Demgegenüber betont der Autor, dass 'erst das Recht eine realistische Machteinschätzung ermöglicht' (164) und der realistische Machtbegriff mit dem der Gewalt zusammenfalle. Im Anschluss an die Realismus-Kritik von Hedley Bull kritisiert Schmitz die Konzeptualisierung der internationalen Staatenanarchie nach dem Modell des Hobbes'schen Naturzustandes. Demgegenüber erweise sich das nicht auf ontologisch-anthropologischen, sondern rechtstheoretischen Prämissen beruhende 'Locke'sche Naturzustandstheorem als ein brauchbares Beschreibungsmuster für die internationalen Beziehungen' (217). (ZPol, NOMOS)

[33-L] Schor-Tschudnowskaja, Anna:

Die Gleichgültigkeit der Politik: Versuch einer systematischen Analyse, in: Martin Malek

(Hrsg.) ; Anna Schor-Tschudnowskaja (Hrsg.): Europa im Tschetschenienkrieg : zwischen politischer Ohnmacht und Gleichgültigkeit, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2008, S. 17-34

INHALT: Die Gleichgültigkeit gegenüber dem blutigen Krieg am Rande Europas ist ein Indikator: Unterwirft man die gegenwärtig in der EU und ihren Mitgliedsländern vorherrschende politische Entscheidungsfindung, die eine adäquate Reaktion auf den rücksichtslosen Feldzug der russischen Streitkräfte in Tschetschenien nicht zuließ, einer eingehenden Betrachtung, erkennt man den Stellenwert, den hier das Humane einnimmt - oder vermissen lässt. Genau um

diesen Punkt geht es im vorliegenden Buch. Es befasst sich mit unterschiedlichen Facetten des europäischen politischen Denkens und Handelns, in dem es diese quasi einer "Tschetschenien-Prüfung" unterzieht. Der Beitrag argumentiert, dass der in Europa eingestandene oder stillschweigende Verzicht auf die Einhaltung eines Minimalanspruchs auf Grund- und Menschenrechte Raum für Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Fragen bietet. So werden Kriegsverbrechen zu "bedauerlichen Begleiterscheinungen" einer eigentlich "unumgänglichen" Militäroperation. Das aber kann im Endeffekt jenes Fundament untergraben, auf dem in Europa Demokratie, Wohlstand und Frieden stehen. Daher müsste das demokratische Europa seine Werte sorgfältiger als bisher gegenüber Herausforderungen verteidigen. (ICB2)

[34-L] Siedschlag, Alexander; Opitz, Anja; Troy, Jodok; Kuprian, Anita:

Grundelemente der internationalen Politik, (UTB, 2955), Wien: Böhlau 2007, 304 S., ISBN: 978-3-205-77624-6 (Standort: UB Dortmund(290)-D36510)

INHALT: Die Verfasser verstehen Internationale Politik als eine ergebnisoffene Integrationswissenschaft. Sie geben einen Überblick über die Entwicklung des internationalen Systems und der Problematik von Sicherheit und Frieden in Europa von der Antike über Frühe Neuzeit, Westfälisches System, Nationalismus und Imperialismus, Völkerbund, Abschreckungs- und Entspannungspolitik bis zur sicherheitspolitischen Emanzipation Europas zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Im Folgenden werden Aspekte (Krieg, Sicherheit, Frieden, internationale Gemeinschaft, global governance, good governance), Akteure (Staaten, internationale Organisationen, nichtstaatliche Akteure, Medien), Handlungsfelder (Außenpolitik, Konfliktregelung, internationale Wirtschaftspolitik, Entwicklung, Kultur) und regionale Räume der Internationalen Politik behandelt. Ein Überblick über die Internationale Politik als Fachdisziplin schließt sich an, der neben Fachgeschichte, Theorien und Methodik die Konstellationsanalyse als Integrationsmethode behandelt. Interdisziplinäre Verknüpfungen zu benachbarten Disziplinen sowie die Möglichkeiten und Grenzen von E-Learning schließen den Band ab. (ICE2)

[35-L] Sonnenhol, Gustav Adolf; Barthelt, Rainer:

Die Dritte Welt: Mythos und Wirklichkeit, Bonn: Bouvier 2007, 197 S., ISBN: 978-3-416-03163-9

INHALT: Welche Strategie ist die Richtige im Umgang mit der sogenannten Dritten Welt? Für die Diskussion dieser Frage können die beiden Autoren auf einen breiten Erfahrungsschatz zurückgreifen: Sonnenhol war Botschafter in verschiedenen afrikanischen Staaten, arbeitete für die OECD in Paris und für das neu gegründete Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), dessen erster Minister, Walter Scheel, dieses Buch mit einem Vorwort einleitet. Barthelt arbeitete ebenfalls für das BMZ und war als erster Deutscher Mitglied des Afrika-Beratergremiums der VN-Generalsekretäre Boutros-Ghali und Annan. Die Autoren zeichnen vor allem die westliche Debatte um die richtige Strategie mit dem Phänomen der Unterentwicklung nach. Dabei zeigen sie die jeweils vorherrschenden unterschiedlichen Leitlinien der Entwicklungspolitik auf, die sich im Kern um die Frage drehen, ob eine einheitliche, weltweite Strategie gefunden werden kann - wie sie prominente Vertreter wie etwa Willy Brandt zeitlebens gefordert haben -, oder ob nicht pragmatischere, fallorientierte Lösungen gefunden werden müssen, denen die Autoren selbst zuneigen. Im Mittelpunkt steht ihr Verständnis von Geschichte als Kulturwandel - insofern könne dieser Prozess des Kulturwandels

nur inkrementalistisch begleitet werden, um die Folgen abzufedern. Besonders die in den 70er- und 80er-Jahren immer wieder vorgenommene Verknüpfung zwischen Rüstungs- und Entwicklungspolitik bei der Analyse des Problems der Unterentwicklung wird daher von beiden Autoren rückblickend zurückgewiesen. Abschließend bleibt anzumerken, dass die von den Autoren oft gescholtenen westlichen Utopisten vielleicht stärker im Kontext eines damals stattfindenden Bewusstseinswandels in der westlichen Welt hätten verstanden werden müssen, in dessen Zuge zumindest die Problematik der Unterentwicklung langsam dem Ost-West-Konflikt den Rang ablief - im Grunde ganz im Sinne ihrer eigenen These von der Geschichte als Kulturwandel. (ZPol, NOMOS)

[36-L] Troy, Jodok:

Sicherheit und sicherheitspolitische Forschung: eine Standortbestimmung, in: Martin H. W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2008/2009, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2009, S. 53-69, ISBN: 978-3-86676-053-0

INHALT: Der Beitrag liefert einen politikwissenschaftlichen Überblick zu 'Sicherheit und sicherheitspolitischer Forschung' im angloamerikanischen und europäischen Raum, wobei sich die Ausführungen in folgende Aspekte gliedern: (1) Der Zusammenhang von Theorie und Praxis, (2) der Wert von Methoden und Theorien allgemein, (3) die Entwicklung sicherheitspolitischer Analyse (security studies), (4) die theoretische Verortung sicherheitspolitischer Analyse in den Großtheorien internationaler Politik sowie (5) ausgewählte Felder der Analyse wie z. B. politische Psychologie. Der Text legt darüber hinaus dar, dass sicherheitspolitische Forschung, gerade im angloamerikanischen Raum, nach wie vor - teilweise zu Recht - in der realistischen Schule internationaler Politik zu verorten ist. Rücksicht wird auch auf die gemeinhin vorherrschende Unterscheidung zwischen security studies und security theory genommen. Da security studies primär einen taktischen Zweck erfüllen - die Analyse eines einzelnen, spezifischen Sachverhalts - und zum Teil auch ohne theoretische Rahmen auskommen (wollen), wird an dieser Stelle primär auf ebendiese theoretischen Ansätze internationaler Politik eingegangen, um ein kohärentes Gesamtbild sicherheitspolitischer Forschung aufzuwerfen. (ICG2)

[37-L] Ziegert, Klaus A.:

Weltrecht und regionale Differenzierung, in: Rechtstheorie : Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Rechtsinformatik, Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts, Bd. 39/2009, H. 2/3, S. 453-475 (dx.doi.org/10.3790/rth.39.2-3.453)

INHALT: Der Beitrag untersucht die Beziehungen zwischen den verschiedenen Formen der Differenzierung (segmentär, schichtmäßig, funktional) von Gesellschaft, und damit auch dem Recht, sowie der regionalen Entwicklung von Nationalstaaten im Kontext der Weltgesellschaft. Vorgelegt wird eine in ihrem Kern soziologische Theorie des Rechts, die sich aber auch in gewisser Weise auf eine "Geographie des Rechts" erstreckt. Dazu wird eine Typologie einer rechtssoziologischen Kartographie der rechtlichen Landschaft der Welt entwickelt. Das Konzept einer rechtssoziologischen Kartographie wird provokant so formuliert: Gerade weil Geographie für Recht keine Rolle spielt, ist es möglich, die vielen weißen Flecken örtlichen Rechts zu einer Weltkarte des Rechts zu verbinden. Der Autor folgt hier dem "beste-

chenden Gedanken" von Immanuel Kant, Weltrecht von der "Kugelgestalt" des Planeten Erde her zu denken. Unbeeindruckt von mangelhafter Geographie, aber inspiriert von den prinzipiellen Möglichkeiten unbegrenzter Entdeckungs- und Reisefreude der Menschen in einer Zeit weltweiter Entdeckungen, hat Kant - wie bekannt - seine These der Einheit von Weltfrieden und Weltrecht formuliert. (ICA2)

[38-L] Zimmer, Matthias:

Moderne, Staat und Internationale Politik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 312 S., ISBN: 978-3-531-15755-9

INHALT: Dem vor allem in der medialen Öffentlichkeit vielfach bemühten Mythos eines durch die Globalisierung ohnmächtig und handlungsunfähig gewordenen Staates tritt Zimmer mit seiner Studie zur Rolle des Staates im internationalen System entgegen. Dieses System sei noch immer das 1648 installierte Westfälische System. Auch die Globalisierung mache dieses Ordnungsprinzip nicht obsolet, sondern bewirke Veränderungen. Globalisierung sei auch kein sonderlich neues Phänomen, sondern lasse sich als eine radikale Fortsetzung der Moderne beschreiben. Das Westfälische System eröffne mit seiner Betonung der Zentralität des Staates und des Eigentums die Chance, die durch die Globalisierung entgrenzten Prozesse der Gestaltung der internationalen Politik durch zwischenstaatliche Kooperation in die Hände der Staaten zu legen. Insofern sei auch das zunehmend transnationale und supranationale Regieren kein Ausdruck einer abnehmenden Souveränität. Dem Anspruch, einen historisch fundierten und theoretisch konsistenten Rahmen für die Analyse internationaler Politik zu liefern, kann diese Studie umfassend gerecht werden. Nicht nur die historische Genese des modernen internationalen Systems wird eingehend erläutert, sondern auch immer ein Auge auf die Rolle und Funktion des Staates im Beziehungsgeflecht von Wirtschaft und Gesellschaft geworfen. Zwar wird nichts wirklich Neues geboten, aber die fundierte und informative Synopse über den Themenkomplex Staat und Globalisierung samt seiner Entstehungsgeschichte und einer kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen Debattensträngen dieser Disziplin bietet einen sehr guten Einblick für alle, die sich mit der Thematik beschäftigen. (ZPol, NOMOS)

[39-L] Ziolkowski, Katharina:

Gerechtigkeitspostulate als Rechtfertigung von Kriegen: zum Einfluss moderner Konzepte des Gerechten Krieges auf die völkerrechtliche Zulässigkeit zwischenstaatlicher Gewaltanwendung nach 1945, (Völkerrecht und Außenpolitik, 79), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 365 S., ISBN: 978-3-8329-3318-0

INHALT: Die Autorin untersucht aus völkerrechtlicher Perspektive die Frage, inwieweit moderne Konzepte des Gerechten Krieges auf die Bestimmung der zulässigen und der verbotenen Anwendung zwischenstaatlicher Gewalt nach 1945 gewirkt haben. Ihr Ausgangspunkt im Kontext der Einrichtung der Vereinten Nationen und der Konsolidierung des Völkerrechts ist die Feststellung, dass das zwischenstaatliche Gewaltverbot die zentrale Norm und größte zivilisatorische Errungenschaft der Nachkriegszeit sei, jedoch 'scheint der wertorientierte Rechtfertigungstopos des Gerechten Krieges in der Politik eine Renaissance zu erfahren' (23). Ziolkowski verweist darauf, dass die Idee des Gerechten Krieges im Gegensatz zur Situation in den Staaten der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in Deutschland aus historischen Gründen wenig populär sei, jedoch spätestens seit den Debatten um den Einsatz deutscher Soldaten im

Kosovo und um den Irak-Krieg zunehmend auch hier aktuell werde. Für die allgemeine Situation macht sie ein Versagen der Friedenssicherungsmechanismen der Vereinten Nationen verantwortlich, sie seien zu langsam und ineffektiv, sodass Staaten zum Argument der Selbstverteidigung als Ausweichklausel griffen. Sehr detailliert geht die Autorin dann Beispielfälle durch: nationale Befreiungskriege, humanitäre Interventionen, der Krieg gegen den Terrorismus, Pazifikationskriege u. a. Für den Krieg gegen den Terrorismus stellt die Autorin fest: 'Damit wird die Entscheidung über die Zulässigkeit zwischenstaatlicher Gewaltanwendung endgültig der US-amerikanischen Willkür überlassen' (176). Ziolkowski macht deutlich, dass die problematischen Polarisierungen von Gut und Böse argumentativ schwer rationalisierbar sind und somit das Völkerrecht untergraben. Die Autorin berücksichtigt die Rechtsprechung und Literatur bis Juli 2006. (ZPol, NOMOS)

2 Internationale Organisationen und Institutionen, Weltgesellschaft, Menschenrechte

[40-L] Bliesemann de Guevara, Berit; Kühn, Florian:

The "international community": rhetoric or reality? ; tracing a seemingly well-known apparition, in: Sicherheit und Frieden : S + F, Jg. 27/2009, H. 2, S. 73-79

INHALT: "The term 'international community' is commonly understood to refer either to the norms of international policy or to a coalition of concerned actors. However, in this article, the authors argue that it is the interplay of the term's image and the practice of its invocation that shapes its character. It can be used by many different groups, state and non-state alike, to locate their political goals in the context of a wider array of values. Usually these norms are state-related and can be used to simulate political relevance. Conversely, actors defying widely accepted values can be excluded and policies against them legitimized. Addressing domestic as well as international audiences, the claim to be acting as or on behalf of the 'international community' is mostly rhetorical but has very real political consequences." (author's abstract)

[41-L] Brink, Tobias ten:

60 Jahre NATO: zur Gegenwart der Geopolitik, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 38/2008, Nr. 4 = H. 153, S. 635-645 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die NATO passt ihre Bündnisaktivitäten an eine neue internationale Situation an, die das Gegenteil eines harmonischen global village oder des demokratischen Friedens ist. Ihre Mitgliedstaaten - die mächtigsten Akteure in der Wettbewerbsmaschinerie des globalen Kapitalismus - befinden sich in einer Rüstungs- und Gewaltspirale. Die westlichen Machteliten sind sich darin einig, zum Schutz der Weltordnung und der kapitalistischen Akkumulationsbedingungen auf Gewalt zu setzen, sie sind aber uneins, was die Hierarchie in dieser Weltordnung angeht. Die neue Administration in den USA wird vermutlich keinen Beitrag zu einer ernsthaften Entspannung der internationalen Beziehungen leisten. (ICEÜbers)

[42-L] Chojnacki, Sven:

Wandel der Gewaltformen im internationalen System 1946-2006, (Forschung DSF, No. 14), Osnabrück 2008, 60 S. (Standort: UB Münster(6)MK3100-247; Graue Literatur; www.bundesstiftung-friedensforschung.de/pdf-docs/berichtchojnacki.pdf)

INHALT: Wer den Krieg überwinden und wirksame Strategien des Friedens entwickeln will, muss ihn studieren und analysieren. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, beschäftigten sich Analysen bewaffneter Konflikte lange Zeit fast ausschließlich mit den Korrelaten und empirischen Entwicklungen zwischenstaatlicher Kriege. Die Entstehung von global vernetzten Kriegswirtschaftssystemen und nichtstaatlichen Gewaltordnungen transformiert nicht nur die Gewaltmotive und Handlungslogiken der Konfliktakteure, sondern hat auch veränderte Konfliktodynamiken zur Folge. Forscher sehen in diesen Transformationsprozessen die Kern-

elemente des Übergangs von "alten" zu "neuen" Kriegen. Im Wesentlichen werden drei miteinander verknüpfte Entwicklungslinien identifiziert, um die Entwicklungen zu den "neuen" Kriegen zu verdeutlichen und zu erklären: erstens die Entstaatlichung und Privatisierung kriegerischer Gewalt, zweitens die strategische "Asymmetrisierung" des Krieges sowie drittens die Verselbständigung der Gewaltformen, in deren Folge reguläre Streitkräfte die Kontrolle über das Konfliktschehen verlieren. Das vorliegende Projekt geht der Frage nach, durch welche Kriegsformen das internationale System der Gegenwart sicherheits- wie ordnungspolitisch geprägt wird und ob letztlich nichtstaatliche Gewaltformen in Räumen begrenzter Staatlichkeit Ausdruck eines übergreifenden Wandels der Kriegsformen sind und dabei die These von den "neuen Kriegen" rechtfertigen. Zur Verwirklichung der Forschungsziele wurden die zentralen Erklärungsansätze zum Wandel der Kriegsformen herausgearbeitet und Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung, der Regionalwissenschaften und der Internationalen Beziehungen zusammengeführt. Es wird deutlich, dass sich die Schlussfolgerungen vom übergreifenden Wandel des Krieges ("neue Kriege") als empirisch und methodisch problematisch erweisen. Faktisch bestehen zwei Kernprobleme: erstens die unscharfe Begriffsbildung und die in der "neuen Kriegsliteratur" fehlenden operationalen Kriterien; zweitens die dürftige empirische Basis und die damit einhergehende Tendenz zur Überpointierung des Wandels. (ICD2)

[43-L] Dosch, Jörn:

ASEAN und die asiatische Konferenzdiplomatie: Erfolge und Grenzen regionaler Kooperation, in: Hanns W. Maull (Hrsg.) ; Martin Wagener (Hrsg.): Ostasien in der Globalisierung, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 325-344

INHALT: Der Beitrag untersucht zunächst unter der Fragestellung "Wie und warum ASEAN funktioniert(e)" die von einem Theorienpluralismus geleitete gängige Darstellung der ASEAN. Im Anschluss werden die gegenwärtigen regionalen und globalen Herausforderungen der ASEAN erörtert und dabei geklärt, inwieweit ASEAN selbst und andere auf dem ASEAN Way beruhende Foren institutionell in der Lage sind, Bearbeitungs- und Lösungsmechanismen für sich intensivierende interne und externe politische Problemlagen bereitzustellen und, daran anschließend, wo die Herausforderungen und Hürden der ASEAN-zentrierten asiatisch-pazifischen Konferenzdiplomatie liegen. Dabei wird folgendes Argument vertreten: Vor allem als Folge politischer Liberalisierung, die in fast allen Mitgliedsstaaten, in stark variierendem Ausmaß, zu beobachten ist und stetig an Bedeutung gewinnender transnationaler Kooperationsprozesse haben sich die Herausbildung und Konkretisierung gemeinsamer Normen und Identitäten der ASEAN im Laufe des vergangenen Jahrzehnts merklich beschleunigt und verstärkt. Dieser Prozess führte zu einer weitreichenden Visionenbildung zur Zukunft südostasiatischer und - inzwischen darüber deutlich hinausgehend - pan-asiatischer Vergemeinschaftung, die ihrerseits konkrete politische Erwartungen hinsichtlich der Problemlösungskapazitäten regionaler Akteure und Institutionen geweckt hat. (ICB2)

[44-L] Frantz, Christiane:

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als internationale Akteure, in: Christiane Frantz ; Klaus Schubert: Einführung in die Politikwissenschaft: Lit Verl., 2005, S. 189-200

INHALT: Nach einem Überblick über die historische Entwicklung von Nichtregierungsorganisationen, der deutschen Bezeichnung für Non Governmental Organisation (NGO) seit 1979, werden deren rechtliche Handlungsgrundlagen und ihre Funktionen in der internationalen Politik diskutiert. Im Anschluss werden die Einschätzung von NGOs innerhalb der Politikwissenschaft und ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten dargestellt. (ICB)

[45-L] Gebauer, Thomas:

Nicht-Regierungsorganisationen in der Weltpolitik: Garanten für mehr Gerechtigkeit?, in: Peter Imbusch (Hrsg.): Gerechtigkeit - Demokratie - Frieden : Eindämmung oder Eskalation von Gewalt?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 216-226, ISBN: 978-3-8329-2748-6 (Standort: UB Bonn(5)-20083355)

INHALT: Der Autor erörtert die Thematik der Gerechtigkeit in der Weltpolitik aus der Sichtweise von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs). Er umreißt zunächst die Bedeutung und die Tätigkeitsbereiche von NGOs, die von der Expertise im Falle staatlicher Handlungsdefizite bis hin zu Tätigkeiten im Zuge auftretender Defizite in etablierten Regelungssystemen reichen, um zusammen mit anderen Akteuren neue Normen zu formulieren und durchzusetzen. Er skizziert anschließend anhand einiger Beispiele, wie der Minen- und der Diamanten-Kampagne, die Erfolge, die NGOs in ihrem Bemühen um mehr Gerechtigkeit in der Welt erzielen konnten. Gefahren sieht der Autor vor allem in der Kooperation mit privatwirtschaftlichen und staatlichen Akteuren. Für die Unternehmen sind Kooperationen mit NGOs in vielen Fällen werbewirksam und sie versprechen sich dadurch eine größere Reputation. Die NGOs wiederum suchen Kontakt zu Regierungen, um ihren politischen Einfluss zu vergrößern. In beiden Fällen besteht nach Ansicht des Autors die Gefahr einer Kooptation. Um dieser Gefahr zu entgehen, fordert er, dass sich die Akteure wieder stärker auf ihre Wurzeln besinnen und flexibler arbeiten sollten. Denn eine moralische Positionierung ist allein noch kein Garant für mehr Gerechtigkeit. (IC12)

[46-L] Gronau, Jennifer; Nonhoff, Martin; Nullmeier, Frank; Schneider, Steffen:

Spiele ohne Brot?: die Legitimationskrise der G8, in: Leviathan : Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 37/2009, H. 1, S. 117-143 (Standort: USB Köln(38)-XG01679; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.vsjournals.de/index.php?do=show_article/sid=e5fc7e350ba2c8552e47d3851431f77b/site=lev/area=soz/id=7136)

INHALT: "Dass die 'Gruppe der Acht' (G8) ein Legitimitätsproblem hat, unterstreichen insbesondere die jährlich wiederkehrenden Proteste. Zweifel an ihren Legitimationsgrundlagen sind auch in den Medien weit verbreitet, so dass man von einer anhaltenden Legitimationskrise der G8 sprechen kann. Zu diesem Ergebnis kommen wir anhand einer Untersuchung von je zwei Qualitätszeitungen aus vier Ländern (Deutschland, Schweiz, Großbritannien, USA) über einen Zeitraum von zehn Jahren (1998-2007). Die Gründe für die mediale Legitimationskrise der G8 liegen vor allem in ihrem wahrgenommenen Showcharakter und in einem Mangel an fassbaren Ergebnissen. Während man in Rom das Volk durch Brot und Spiele zu beruhigen versuchte, scheinen die G8-Gipfel nur Spiele ohne Brot zu sein." (Autorenreferat)

[47-L] Heinrich Böll Stiftung e.V. (Hrsg.):

Die NATO in einer veränderten Welt, (Schriften zur Demokratie, Bd. 12), Berlin 2009, 34 S., ISBN: 978-3-86928-001-1 (Graue Literatur; www.boell.de/downloads/publikationen/NATO_veraenderte_welt.pdf)

INHALT: "Die Welt sieht heute anders aus als vor sechzig Jahren. Damals, im Jahr 1949, wurde die geopolitische Landschaft in erster Linie durch ideologische und geographische Grenzen bestimmt. Als sich in jenem Jahr Abgesandte der USA und Vertreter europäischer Staaten und Kanadas dazu entschlossen, ein militärisches Bündnis zu gründen, geschah dies auf der Basis klarer gemeinsamer Absichten: Sie sicherten sich gegenseitige Solidarität im Falle einer sowjetischen Aggression zu. Schließlich beherrschte die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt bereits die Hälfte des europäischen Kontinents. Somit entstand die NATO zunächst weniger auf der Grundlage gemeinsamer Werte als vielmehr aufgrund der Anerkennung gemeinsamer Interessen. Entgegen ursprünglich anderslautender Erwartungen, brachte das Ende des Kalten Krieges nach 1989 der NATO neue Betätigungsfelder. Sie handelte sogar aktiver als in den vorangegangenen vier Dekaden. Die NATO gewann neue Mitglieder in den Ländern des ehemaligen Ostblocks und beteiligte sich an militärischen Einsätzen außerhalb ihrer Mitgliedsstaaten, zum Beispiel auf dem Balkan und in Afghanistan. Innerhalb der NATO ist weitgehend unstrittig, dass den großen sicherheitspolitischen Herausforderungen wie der Konfliktlösung in Afghanistan, der Gefahr eines neuen, atomaren Wettrüstens oder der Bewältigung der Folgen des Klimawandels nicht militärisch begegnet werden kann. Eine multilaterale, politische Kooperation, die Einbeziehung aufsteigender Mächte in die globale Verantwortungsgemeinschaft und die Vermeidung von Krisen müssen im Vordergrund stehen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Daniel Hamilton: Eine NATO für das 21. Jahrhundert (9-12); Sven Bishop: Vom Militärbündnis zur Militärpartnerschaft (13-15); Sherri Goodman, David Catarious: Für eine Erweiterung des Horizonts der NATO: Klimawandel und Energieabhängigkeit als Bedrohungen der Sicherheit (16-19); Dimitri Trenin: Die einsame Weltmacht Russland (20-22); Ondrej Lika: Das amerikanische Raketenabwehrsystem und die NATO (23-26); Oleh Rybachuk: Die Ukraine und die NATO (27-28); Bodo Weber: Von der Eindämmung zur Staatenbildung: die NATO auf dem Balkan (29-31); Fazal-ur-Rahman: Der Ruf nach Zusammenarbeit: Lehren aus Afghanistan (32-34).

[48-L] Hottinger, Julian Thomas:

From conflict to peace procedures to enhance peaceful transition : the role of the international community, in: Thomas Fleiner (Hrsg.): *Federalism: a tool for conflict management in multicultural societies with regard to the conflicts in the Near East : a la mémoire de Jean Nordmann ; Jean Nordmann Colloquium on Federal Co-Existence in the Near East (March 14th to March 17th 2004)*: Lit Verl., 2008, S. 207-223

INHALT: Vor dem Hintergrund der Analyse von einzelnen Phasen der Friedensverhandlungen argumentiert der Verfasser, dass die internationale Gemeinschaft über zwei Mittel verfügt, solche Verhandlungsprozesse zu unterstützen. Erstens soll verstärkt Inhaltsanalyse hinsichtlich der Evaluation der Wirksamkeit der einzelnen Instrumente der Verhandlungen verwendet werden. Solche Untersuchungen sollen von Forschungsinstitutionen durchgeführt werden, die mit der jeweiligen Region vertraut sind. Dabei ist wichtig, dass in den Forschungsteams Vertreter unterschiedlicher Meinungen präsent sind, um die Komplexität der Situation gerecht zu werden. Deshalb sind internationale Forschergruppen zu empfehlen. Zweitens sollen Einbli-

cke in frühere Verhandlungsprozesse gewährleistet werden. Die Öffentlichkeit wird in der Regel lediglich über die Ergebnisse von Verhandlungen informiert. Die Teilnehmer an solchen Verhandlungen können durch die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen früherer Verhandlungen wesentliche Entscheidungshilfen gewinnen. Die Bereitstellung solcher Informationen liegt auch im Kompetenzbereich der internationalen Gemeinschaft. (ICF2)

[49-L] Hüfner, Klaus:

UNESCO und Menschenrechte, (Politikwissenschaft, 3), Berlin: Frank & Timme 2008, 156 S., ISBN: 978-3-86596-066-5

INHALT: Hüfner legt hier ein Informationsbuch zu den Tätigkeiten der UNESCO im Bereich Menschenrechtsschutz vor. Die UNESCO ist im Rahmen der Vereinten Nationen für die Bereiche Wissenschaft, Erziehung und Kultur zuständig und tritt besonders als Hüterin des sogenannten Weltkulturerbes prominent in Erscheinung. Hüfner dokumentiert in dieser Schrift nur einen Ausschnitt der UNESCO-Kompetenzen, nämlich die Vertragsinstrumente und Verfahren, die die Organisation zur Wahrung der Menschenrechte in ihrem Zuständigkeitsbereich, also beispielsweise im Presse- und Unterrichtswesen oder in der Menschenrechtserziehung, gebraucht. Das Buch ist an ein spezialisiertes Publikum mit Bedarf an Faktenwissen und umfangreichem Dokumentationsmaterial gerichtet. Auf eine kontextualisierende Darstellung, die die Einschätzung und Gewichtung der vielen hier präsentierten Einzeldaten erleichtern würde, wird weitgehend verzichtet. (ZPol, NOMOS)

[50-L] Janning, Josef:

Europäische Union und deutsche Europapolitik, in: Siegmar Schmidt (Hrsg.) ; Gunther Hellmann (Hrsg.) ; Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 747-762

INHALT: Im Feld der deutschen Außenpolitik bildet die Europapolitik neben der Sicherheitspolitik die zentrale außenpolitische Handlungsebene. Der Beitrag skizziert die Europäische Union als Handlungsrahmen deutscher Außenpolitik und stellt die Europapolitik der Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung dar. Bis 1990 wird eine dynamische Beziehung zwischen zwei Grundfragen der Außenpolitik erkennbar: dem Postulat der Einheit der Deutschen und dem Ziel der europäischen Integration. Die europäische Existenz des Landes ist mit der Wiedervereinigung komplizierter geworden, obwohl staatsrechtliche Hürden entfallen sind, die in den Jahrzehnten des Aufbaus der Integration immer wieder den Nährboden politischer Zweifel gebildet hatten. Jedoch besitzt Deutschland als bevölkerungsreichster und zugleich wirtschaftlich starker und zentral gelegener Staat im Kalkül seiner politischen Klasse ein vorrangiges Interesse an der Einbindung in die europäische Integration und der Fortentwicklung sowie Ausdehnung dieses Raumes. Dabei ist die Akteursstruktur deutscher Europapolitik seit den 1950er Jahren durch die föderale Struktur der Bundesrepublik und die doppelte Interessenlage des Landes an außenpolitischem Handlungsspielraum und offenen Märkten für die eigene Wirtschaft gekennzeichnet. (ICB2)

[51-L] Kamp, Karl-Heinz:

Die NATO nach dem Jubiläumsgipfel: Ziele und Wege einer gemeinsamen

Sicherheitsallianz, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 54/2009, H. 5 = Nr. 474, S. 37-41 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_16411-544-1-30.pdf)

INHALT: Der Autor kommentiert die politischen Verhandlungen beim NATO-Gipfel in Kehl und Straßburg im April 2009 und die langfristigen Konsequenzen, die sich für die Fortentwicklung der Nordatlantischen Allianz ergeben, gerade mit Blick auf die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen, das Engagement im Hindukusch und die neue strategische Ausrichtung der NATO. Mit dem Beginn dieses Jahrzehnts und im Gefolge des 11. September hatten sich Europa und die USA deutlich voneinander entfernt und sowohl heftige transatlantische als auch innereuropäische Gefechte ausgefochten. Schon seit einiger Zeit standen die Zeichen aber wieder auf Annäherung, denn Amerika und Europa hatten erkannt, dass sie aufeinander angewiesen waren und dass eine sicherheitspolitische Konkurrenz ihre Positionen insgesamt schwächt. Zwei Ereignisse im Vorfeld des NATO-Jubiläums symbolisierten diese transatlantische Aussöhnung, auf welche der Autor näher eingeht: der amerikanische Regierungswechsel und die Wiederannäherung Frankreichs an die NATO. Er betont abschließend, dass trotz erfolgreicher Verhandlungen auf dem NATO-Gipfel weitere Debatten auf allen Ebenen des Bündnisses erforderlich sind, um die NATO an kommende Aufgaben anzupassen. Der Gipfel in Straßburg und Kehl war jedoch ein wichtiger Zwischenschritt. (ICI2)

[52-L] Kemmer, Laura:

Friedenssicherung durch Minderheitenschutz: Instrumente und Mechanismen der

Vereinten Nationen, (Arbeitspapier / Universität Hamburg, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Nr. 2/2008), Hamburg 2008, 28 S. (Graue Literatur; www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/publ/AP2008-2.pdf)

INHALT: "Ziel des vorliegenden Papers ist die Bewertung der Instrumente und Mechanismen der Vereinten Nationen zum Minderheitenschutz. Das friedliche Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten innerhalb der Bevölkerung kann, so wird gezeigt, nur durch eine substanzielle Zusammenarbeit der internationalen Staatengemeinschaft erreicht werden. Auf Basis einer Analyse historischer Entwicklungen und mittels exemplarischer Untersuchungen dreier zentraler Minderheitenschutzinstrumente aus dem System der VN wird die Wirksamkeit der Menschenrechtsinstrumente bzw. Mechanismen auf theoretischer sowie legaler Ebene bewertet. Durch eine kritische Bewertung ihrer praktischen Umsetzung werden außerdem Alternativen zum existierenden internationalen Minderheitenschutzsystem aufgezeigt." (Autorenreferat)

[53-L] Knapp, Manfred:

Vereinte Nationen, in: Siegmund Schmidt (Hrsg.) ; Gunther Hellmann (Hrsg.) ; Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 727-746

INHALT: Der Beitrag eröffnet mit einem Kurzporträt der Vereinten Nationen als Weltfriedensorganisation und stellt die Entwicklungsphasen der Beziehungen Deutschlands zu den Verein-

ten Nationen dar. Hierbei werden drei Phasen unterschieden: erstens die Phase der Quasi-Mitgliedschaft der früheren Bundesrepublik und der vereitelten Beitrittsbemühungen der DDR, zweitens die Jahre der deutschen Doppelmitgliedschaft 1973 - 1990 und drittens die Zeit der Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands seit der Wiedervereinigung. Im Anschluss werden die Schwerpunkte der deutschen Außenpolitik im Verhältnis zu den Vereinten Nationen seit 1990 dargestellt. Es zeigt sich, dass das vereinte Deutschland einen nahezu stetig verlaufenden Weg zu einer aktiveren, gleichberechtigten Beteiligung an den multilateralen Friedenssicherungsmissionen zurückgelegt hat. Auf dem zweiten großen Tätigkeitsfeld der VN, im Wirtschafts- und Sozialbereich sind dagegen seit der Wiedervereinigung keine großen Veränderungen eingetreten. Generell tritt Deutschland dafür ein, dass die Menschenrechte und Grundfreiheiten universelle Geltung erlangen. Außerdem teilt Deutschland mit den meisten VN-Mitgliedsstaaten die Überzeugung, dass das gesamte überlieferte VN-System dringend reformbedürftig ist. (ICB2)

[54-L] Kunze, Thomas; Keller, Patrick:

Die Zukunft der NATO: Überlegungen zu einer neuen Periode in der Geschichte des Bündnisses, in: KAS-Auslands-Informationen, 2008, Nr. 12, S. 45-52 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_15625-544-1-30.pdf)

INHALT: "Anlässlich des 60. Geburtstags der NATO stellt sich die Frage nach der Zukunft der atlantischen Verteidigungsallianz, die bereits mit dem Ende des Kalten Krieges den Gegner und mit ihm ihre Ursprungsfunktion verloren hatte. Nach der Erweiterung in Richtung Osten und dem Aufkommen neuer globaler Bedrohungen nach dem 11. September 2001 ist die weltpolitische Problemlage eher komplexer geworden. Ist eine Neudefinition des alten Auftrags im Sinne einer Verteidigung des Bündnisgebietes ein Weg? Soll man als globale Feuerwehr auf Krisen in aller Welt reagieren? Oder kann die Allianz als Instrument einer Interessenpolitik der Mitgliedstaaten und ihrer Partner sinnvoll sein? Die Frage der Zukunft der NATO ist auch die nach ihren Grenzen, zumal jede neue Erweiterung Moskau provozieren könnte. Wie immer die Zukunft der NATO aussieht - auf eine Einbindung Russlands als strategischer Partner in die eigenen Planungen sollte der Westen, schon mit Blick auf die Vielzahl der bisherigen und wohl auch künftigen Kooperationsfelder, keinesfalls verzichten." (Autorenreferat)

[55-L] Lukner, Kerstin:

Japans Streben nach einem ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat: eine unendliche Geschichte?, in: Manfred Pohl (Hrsg.) ; Iris Wiczorek (Hrsg.): Japan 2006 : Politik und Wirtschaft: Lit Verl., 2006, S. 77-102, ISBN: 3-88910-332-4 (Standort: USB Köln(38)-XE417-2006)

INHALT: Die Verfasserin legt zunächst dar, welche Gründe für eine Reform des UN-Sicherheitsrats sprechen. Sie beschreibt dann den Reformdiskurs der Jahre 2003 bis 2006 und Japans intensive Bemühungen zur Erreichung einer ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat. Hierzu werden die Vorschläge eines japanischen "Weisenrats zur UN-Reform", die Reformmodelle der "Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel" sowie die Reformvorstellungen der G4-Allianz ebenso erläutert wie die Positionen derjenigen Staaten, die

sich den japanischen Ambitionen letztlich erfolgreich in den Weg stellten. Der Beitrag schließt mit einer kurzen Bewertung der Rolle Japans bei der gescheiterten Reform des Sicherheitsrates; statt der verpassten Chance auf einen Sicherheitsratsstz nachzutruern, sollte sich Japan jetzt nach Ansicht der Verfasserin um eine aktive Teilnahme an der gerade in Gründung befindlichen "Kommission zur Friedenskonsolidierung" bemühen. (ICE2)

[56-L] May, Bernhard:

G7/G8-Gruppe, in: Siegmar Schmidt (Hrsg.) ; Gunther Hellmann (Hrsg.) ; Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 802-812

INHALT: 1975 trafen sich zum ersten Mal die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten OECD-Staaten Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Großbritannien und die USA zum Gedankenaustausch und beschlossen, das Treffen zu einer festen Institution zu machen. Über die Jahrzehnte hinweg haben sich die Gipfeltreffen jedoch im Hinblick auf die personelle Zusammensetzung sowie hinsichtlich der Schwerpunkte der Zusammenarbeit geändert. Es kamen neue Mitglieder hinzu und die Gipfeltreffen entwickelten sich vom ursprünglichen Kammingespräch zum Medienereignis mit einigen Tausend Journalisten. Außerdem haben internationale Interdependenzen, Globalisierung und weltpolitische Strukturveränderungen dem Problem der global governance ein neues Gewicht gegeben. Der Beitrag geht auf die Entstehung, Entwicklung, Struktur und Arbeitsweise der Gipfeltreffen ein sowie auf die wichtigen Probleme in den vergangenen Jahrzehnten. Darüber hinaus wird die Frage der Legitimation der G7/ G8 diskutiert sowie abschließend eine Bewertung der Gipfeltreffen vorgenommen. Das Interesse Deutschlands an der G8 kann in drei Phasen unterschieden werden. In der ersten Phase war Deutschland mit Frankreich zusammen der treibende Motor für die Einrichtung und effektive Nutzung der Weltwirtschaftsgipfeltreffen. In der zweiten Phase der 80er Jahre gab es ein wesentlich geringeres Interesse, jedoch waren auch die USA und Frankreich weniger interessiert als in der Gründungsphase. Die aktuelle dritte Phase ist von der Grundauffassung gekennzeichnet, dass die G8 zwar nicht perfekt, aber das beste und effektivste Mittel zur Koordinierung der G8 Staaten ist, das den Regierungen zur Verfügung steht. (ICB2)

[57-L] Rickers, Tim:

Die südamerikanische Staatengemeinschaft: Potential und Herausforderungen einer Zusammenarbeit, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 95 S., ISBN: 978-3-8364-1118-9

INHALT: "Südamerika verfügt über einen langen Integrationshintergrund. Bereits Simon Bolivar, der Befreier Südamerikas versuchte vor 180 Jahren die Gemeinsamkeiten der Länder als Grundgedanken für einen Zusammenschluss zu nutzen. Heute haben die südamerikanischen Länder gemeinsame handelspolitische Ziele in Verhandlungen mit den Industriestaaten. Nach einer Vielzahl bisheriger Integrationsbemühungen gründeten zwölf südamerikanische Staaten Ende 2004 die Südamerikanische Staatengemeinschaft, angetrieben vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez. Vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen, der wirtschaftlichen Strukturen, der internationalen Beziehungen und der Theorie der regionalen Integration arbeitet der Autor Erfolgsfaktoren und Schwierigkeiten heraus, welche den Integrationsprozess in Südamerika beeinflussen, um so Potential und Herausforderungen des neuen Integrationsgebildes aufzuzeigen." (Autorenreferat)

[58-L] Rodionow, Iwan:

Russland und die NATO: Grenzen der Gemeinsamkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2009, H. 15/16, S. 34-40
(www.bpb.de/files/NHT6R8.pdf)

INHALT: Vor dem Hintergrund der Kaukasus-Krise 2008 wird die bereits durch diverse vorhergehende Konflikte strapazierte Beziehung zwischen Russland und der NATO und die Konsequenzen des von der Bush Regierung im Alleingang geplanten Raketenabwehrprojekt für die Haltung Russland untersucht. Dabei geht es sowohl um die Rolle Russlands im Russland-NATO-Rat als auch die Zusammenarbeit Russlands mit der NATO am Beispiel des Afghanistan-Transits. Beide Beispiele verdeutlichen die zum Teil sehr unbefriedigende Situation für Russland und signalisieren berechtigte Gründe für eine Enttäuschung Russlands über die Allianz. Daher wird von verschiedensten Seiten eine neue Sicherheitsarchitektur gefordert, eine Partnerschaft, die auch Russland mit erfasst. Abschließend wird der Frage nachgegangen, welche NATO-Perspektive für Russland zukünftig denkbar ist und welchen Herausforderungen sich die Allianz bei der Suche nach der Neudefinition ihres Auftrags stellen will. (ICH)

[59-L] Roloff, Ralf:

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in: Siegmund Schmidt (Hrsg.) ; Gunther Hellmann (Hrsg.) ; Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 779-787

INHALT: Nach einer Einführung in die Aufgaben und Struktur der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) beleuchtet der Beitrag die deutsche OSZE-Politik in drei Perioden: von 1972 bis 1989/90; von 1990 bis 1995 und von 1995 bis 2005. Neben Elementen der Kontinuität sind in der OSZE-Politik Deutschlands deutliche Elemente des Wandels und Brüche feststellbar. In der Außenpolitik wird die OSZE vom Instrument des Wandels über die Funktion als Stabilitätsanker zum Forum des Ausgleichs zwischen den drei Gravitationszentren in Europa (USA, EU und Russland) gesehen. Realpolitisch ist eine Instrumentalisierung erkennbar. Wurde sie in den frühen neunziger Jahren als Instrument des Krisenmanagements eingesetzt, so verlagerte sich seit 1992 die Nutzung der OSZE auf die Konfliktprävention und das Peacebuilding. Der regionalistische gesamteuropäische Ansatz ist dem "NATO first"- und dem "EU first"-Ansatz gewichen. Die OSZE wird somit auf die Dimension des Europarats als einer weichen Institution reduziert und verliert weiter an Bedeutung, je stärker die NATO und die EU ihre Erweiterungen vorantreiben. (ICB2)

[60-F] Seibel, Wolfgang, Prof.Dr.; Welz, Martin, M.Sc. (Bearbeitung); Seibel, Wolfgang, Prof.Dr. (Betreuung):

The African union: integration and sovereignty

INHALT: Auswirkungen unterschiedlicher Interpretationen des Souveränitätsbegriffs auf den Afrikanischen Integrationsprozess in Gestalt der AU. *ZEITRAUM:* seit 1999 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Afrika (Südafrika, Burkina Faso, Togo, Uganda, Simbabwe, Swaziland, Mauritius, Äthiopien)

METHODE: Methoden: Fallstudie, Causal Process Tracing, Process Analysis. Theorie: relevante Integrationstheorien: Konstruktivismus, englische Schule, Neo-Punktualismus, Regionalisie-

rungstheorien etc. Untersuchungsdesign: Fallstudiendesign mit 8 Fällen *DATENGEWINNUNG*: Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen; Beobachtung, teilnehmend; Qualitatives Interview; Standardisierte Befragung, face to face. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: *BEGINN*: 2007-09 *ENDE*: 2010-09 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Institution

INSTITUTION: Universität Konstanz, Exzellenzcluster "Kulturelle Grundlagen von Integration" (Fach D 173, 78457 Konstanz)

KONTAKT: Welz, Martin (Tel. 07531-88-4634, e-mail: martin.welz@uni-konstanz.de)

[61-L] Spitz, Stefanie:

UN-peacekeeping-Reformen: der Völkermord in Ruanda und die Lehren der Vereinten Nationen, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 115 S., ISBN: 978-3-8364-2179-9

INHALT: Die Untersuchung setzt sich mit der Frage auseinander, ob es UN-Peacekeeping-Reformen nach dem Völkermord in Ruanda gibt. Die Verfasserin stellt zunächst den Westfälischen Frieden und den Beginn des modernen Staatensystems als Ursprung der Lehre von den internationalen Beziehungen dar, die sich auf vier Prinzipien zurückführen lässt: Idealismus, Realismus, Institutionalismus und Strukturalismus. Der Idealismus und das Scheitern des Völkerbundes führen zur Gründung der Vereinten Nationen. In den Peacekeeping-Operationen der UNO kommt ein Souveränitätsverständnis zum Ausdruck, demzufolge staatliche Souveränität grundsätzlich relativiert werden kann und sich eine militärische Intervention legitimieren lässt. Es schließt sich eine Darstellung des Völkermords in Ruanda 1994 an (Akteure, Kolonialmacht, Opposition, Rolle der internationalen Staatengemeinschaft, französische Intervention). Aufbauend auf dieser Fallstudie werden drei Reformen vorgestellt, die nach dem Völkermord Einzug in die Friedenssicherung fanden: die Agenda for Peace, der Brahimi-Report und "Responsibility to Protect". Am Beispiel des Darfur-Konflikts wird abschließend gefragt, was die UNO aus dem Ruanda-Einsatz gelernt hat. (ICE2)

[62-L] Stahl, Bernhard; Lütticken, Florian:

Welthandelsorganisation, in: Siegmar Schmidt (Hrsg.) ; Gunther Hellmann (Hrsg.) ; Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 788-801

INHALT: Nach einer Vorstellung der Ziele und Struktur der Welthandelsorganisation (WTO) und eines Rückblicks auf die Geschichte des GATT-System (Allgemeines Zoll und Handelsabkommen), wird der Bezug der deutschen Außenpolitik zur GATT/ WTO - System dargestellt. Dabei wird schwerpunktmäßig diskutiert, welche Möglichkeiten der Einflussnahme einem modernen EU-integrierten Nationalstaat wie Deutschland in einer internationalen Organisation wie der WTO noch verbleiben. Zur Verdeutlichung dessen wird als Fallbeispiel Deutschlands Verhalten in der Uruguay-Runde einer ausführlicheren Analyse unterzogen. Es folgt ein Streifzug durch die 1990er Jahre bis in die jüngste Zeit (Konferenz von Doha) und eine Analyse von Deutschland als Akteur im GATT/ WTO - System. Über das Ende des Ost-West-Konflikts hinweg lässt sich eine gewisse historische Kontinuität feststellen. Dies gilt in Bezug auf frühere GATT-Runden genauso wie für die Uruguay-Runde (1986-94) und die Konferenz von Doha (2001). Deutschland trat sehr aktiv für Marktöffnungen, einen Ausbau

des Regelungsbereichs des GATT bzw. der WTO und eine Stärkung des institutionellen Rahmens ein, lehnte aber stets Liberalisierungen im Agrarbereich ab. (ICB2)

[63-L] Steiner, Silke:

Entwicklungsländer in der WTO, in: Verfassung und Recht in Übersee, Jg. 41/2008, H. 3, S. 336-354 (Standort: USB Köln(38)-XF160; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Verfasserin zeigt, dass die Entwicklungsländer im Laufe des Bestehens des GATT durch das special and differential treatment mit Rücksicht auf ihre Wettbewerbsnachteile eine Sonderrolle eingeräumt bekamen. Nachdem ursprünglich jegliche Bezugnahme auf das Anliegen der Entwicklung gefehlt hatte, wurden im Laufe der Geschichte des GATT und später mit der Gründung der WTO zahlreiche Sonderbestimmungen, die der besonderen Lage der Entwicklungsländer Rechnung tragen sollten, in das GATT- und später WTO-Regelwerk aufgenommen. Die bisherigen Erfolge, die durch diese Sonder- und Vorzugsbehandlung erzielt wurden, blieben allerdings oft hinter den Erwartungen zurück - dies nicht zuletzt deshalb, weil es sich bei den Bestimmungen, die eine Sonder- und Vorzugsbehandlung von Entwicklungsländern vorsehen, zum Großteil um nicht verpflichtende Regelungen handelt. Ein sehr illustratives Beispiel bilden in dieser Hinsicht auch die Allgemeinen Präferenzsysteme, in deren Rahmen die Industriestaaten den Entwicklungsländern freiwillig und nach ihrem Gutdünken einseitige Präferenzen gewähren können. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, so die These, dass die Sonderbehandlung von Entwicklungsländern nicht immer die erwarteten Erfolge gebracht hat. Nichtsdestotrotz sind die Entwicklungsländer in den letzten Jahren erheblich erstarkt und haben sich durch Gruppenbildung immer besser in die Lage gebracht, am Verhandlungstisch für ihre Interessen einzutreten. Insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder werden allerdings auch in Zukunft weiterhin auf eine Sonderbehandlung angewiesen sein, doch deren konkrete Ausgestaltung ist derzeit noch ebenso ungewiss. (ICF2)

[64-L] Varwick, Johannes:

Nordatlantische Allianz, in: Siegmund Schmidt (Hrsg.) ; Gunther Hellmann (Hrsg.) ; Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 763-778

INHALT: Die deutsche Rolle in der Nordatlantischen Allianz (NATO) ist seit dem Beitritt im Mai 1955 bis Mitte 2005 durch erheblichen Wandel gekennzeichnet. Deutschland ist zu einem vollständig souveränen Staat geworden, dessen Sicherheits- und Bündnispolitik trotz der selbst gewählten Einbindung formal frei bestimmt werden kann und dessen Streitkräfte im Rahmen der verfassungsmäßigen Grenzen gleichberechtigt an Einsätzen aller Art teilnehmen können. Der Beitrag analysiert die Rolle Deutschlands und die deutschen Beiträge in der Allianz, fragt nach den deutschen Positionen hinsichtlich wichtiger Streitthemen im Bündnis und bewertet die deutsche Interessenlage. Alle Bundesregierungen sahen und sehen in der NATO nicht nur den Garanten der Sicherheit Deutschlands, sondern auch den wichtigsten (wenngleich nicht immer exklusiven) sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsrahmen sowie das zentrale institutionalisierte transatlantische Bindeglied. Die Allianz ist nicht nur die einzige vertragliche Grundlage zwischen den Partnern auf den verschiedenen Seiten des Atlantiks, sondern sie bildet trotz aller Unterschiede der Mitgliedsstaaten auch eine Wertege-

meinschaft. So lange die NATO ein funktionsfähiger multilateraler Handlungsrahmen bleibt, dürfte es deutsche Politik bleiben, ihre Sicherheitspolitik an diesem auszurichten. (ICB2)

[65-L] Varwick, Johannes:

Ein neuer Multilateralismus?: das zukünftige Verhältnis der USA zu internationalen Organisationen, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 60/2009, H. 423, S. 24-33 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.hss.de/downloads/PolStudien423_Internet.pdf)

INHALT: Obama steht nach seiner Wahl zum US-amerikanischen Präsidenten für einen Aufbruch innerhalb der Außenpolitik der USA. Der Autor sieht für die Zukunft zwar keinen Paradigmenwechsel, er bezeichnet die zukünftige Außenpolitik als 'wohlmeinende Hegemonie'. Unter diesen Voraussetzungen ordnet er auch die künftigen Beziehungen der USA zu internationalen Organisationen ein, insbesondere zu NATO und UNO. Die USA zeigen zwar Bereitschaft, sich an die bestehende internationale Ordnung anzupassen, bekennen sich offener zu Partnerschaften und multilateraler Zusammenarbeit, werden aber weiterhin eine Außenpolitik betreiben, die von dem obersten Prinzip der Wahrung und Durchsetzung der eigenen Interessen dominiert sein wird, der zukünftig auch zu Alleingängen der USA in der internationalen Politik führen könnte. (ICC)

[66-L] Varwick, Johannes:

Die NATO: vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei?, (Beck'sche Reihe), München: Beck 2008, 198 S., ISBN: 978-3-406-56809-1 (Standort: UB Bonn(5)-2008/2751)

INHALT: "Dieses Buch zieht anlässlich des 60. Gründungstages eine kritische Bilanz der NATO. 1949 als reines Verteidigungsbündnis in der Zeit des Kalten Krieges geschlossen, schildert der Autor die gravierenden Änderungen, die das Bündnis in sechs Jahrzehnten erfahren hat. Die Allianz dient den Mitgliedstaaten nicht mehr nur als Verteidigungsbündnis, sondern versteht sich in zunehmendem Maße als militärisch-politische Organisation, die die Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten wahren und zugleich weltweit für friedliche stabile Verhältnisse sorgen soll. Nimmt die NATO immer mehr die Aufgaben einer Weltpolizei wahr, die ihr gar nicht zustehen? Wer entscheidet über die Wahl der Mittel, die von ihr eingesetzt werden? Was bedeuten die Bemühungen der Europäischen Union um eine eigenständige Sicherheitspolitik für die Existenz der NATO? Wie sieht die Zukunft der Allianz in einer Welt aus, die zunehmend von Gefahren bedroht ist, die die bisherigen nationalen Grenzen überschreiten?" (Autorenreferat)

[67-L] Young, Brigitte:

Ungleichheit als globales Risiko?: Divergierende Strategien der Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation und ihre nicht-intendierten Konsequenzen, in: Peter Imbusch (Hrsg.): Gerechtigkeit - Demokratie - Frieden : Eindämmung oder Eskalation von Gewalt?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 175-191, ISBN: 978-3-8329-2748-6 (Standort: UB Bonn(5)-20083355)

INHALT: Die Autorin skizziert zu Beginn ihres Beitrages den erweiterten "Human Security"-Ansatz der Vereinten Nationen und den Wandel in der Wahrnehmung von globalen Risiken, wie z.B. der Tsunami-Flutkatastrophe im Jahr 2004. Diese Risiken sind heute nicht mehr kalkulierbar wie zu Zeiten des Kalten Krieges und werden als indirekt, ungewiss und unintendiert wahrgenommen, was die internationalen politischen Akteure zur Kooperation bei der Bekämpfung von Risiken zwingt. Dies birgt nach Ansicht der Autorin jedoch die Gefahr, dass sich die Handlungsoptionen ungewollt negativ auf die Risikopolitik und damit letztlich konfliktverschärfend und destabilisierend auswirken. Am Beispiel der globalen Handelspolitik und der weltweiten Liberalisierungsregime verdeutlicht die Autorin die destabilisierenden Wirkungen auf Entwicklungsländer und die Sicherheit der dort lebenden Bevölkerungen. Sie geht ferner auf die von der WTO einberufene "Doha-Entwicklungsrunde" zur Bekämpfung globaler Ungleichheiten ein und wirft die Frage auf, ob die makroökonomischen Ziele des globalen Freihandels, der Liberalisierung und Deregulierung zentraler Wirtschaftsbereiche die Risiken der Armut auf der Mikro- und Mesoebene in den ärmsten Ländern nicht eher vergrößert. (ICI2)

[68-L] Zellner, Wolfgang:

Die OSZE in den Spannungsfeldern asymmetrischer Interdependenzen, in: Hans J. Gießmann (Hrsg.) ; Götz Neuneck (Hrsg.): Streitkräfte zähmen, Sicherheit schaffen, Frieden gewinnen : Festschrift für Reinhard Mutz, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 171-182

INHALT: Die OSZE besteht dem Autor zufolge aus komplexen hybriden Strukturen, die sich durch ein hohes Maß an Informalität im Entscheidungs- und Implementierungsprozess auszeichnen. Der Umstand, dass sich die OSZE im Besitz ihrer Teilnehmerstaaten befindet, führt dazu, dass sich die Interessenstrukturen und -konflikte im atlantisch-eurasischen Raum sehr gut im OSZE-Geschehen widerspiegeln. Dass die Organisation in den vergangenen Jahren einen nicht unerheblichen Relevanzverlust hinnehmen musste, tut dem keinen Abbruch, sondern ermöglicht im Gegenteil, viele Konflikte im OSZE-Rahmen freier auszutragen. Dies betrifft sowohl Konflikte, die von außen in die Organisation hineingetragen werden, als auch diejenigen, welche die genuinen Normen und Verpflichtungen insbesondere in den Bereichen Demokratie und kooperative Sicherheitspolitik betreffen. Damit wurde der OSZE-Prozess zu einem bedeutenden Frühwarnindikator hinsichtlich des Mischungsverhältnisses von Kooperation und Konflikt zwischen den Staaten Europas. Der Autor thematisiert in seinem Beitrag die asymmetrischen Interdependenzen im OSZE-Prozess, die veränderte Aufgabenstellung der OSZE zwischen Regulierung ethno-politischer Konflikte und der Bewältigung transnationaler Risiken, die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen sowie den aktuellen Streit um die Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE. (ICI2)

3 Außenpolitik

[69-L] Albiez, Sarah; Kauppert, Philipp:

Die Beziehungen zwischen China und Lateinamerika von den Anfängen bis zur Gegenwart: ein transpazifischer Brückenschlag, in: Sarah Albiez (Hrsg.) ; Philipp Kauppert (Hrsg.) ; Sophie Müller (Hrsg.): China und Lateinamerika : ein transpazifischer Brückenschlag, Berlin: Wiss. Verl. Berlin, 2007, S. 15-37, ISBN: 978-3-86573-301-6 (Standort: Württ. LB Stuttgart(24)-58/360)

INHALT: Ziel der Verfasser ist es, mit diesem einleitenden Beitrag einen Rahmen zu liefern, in dem sich die weiteren Artikel des von ihnen herausgegebenen Sammelbandes bewegen können. Im Mittelpunkt steht ein Überblick über die Geschichte der Kontakte zwischen China und Lateinamerika von den ersten Kontakten im 16. Jahrhundert über die im 19. Jahrhundert einsetzende Migration nach Lateinamerika bis zur enormen Expansion der Handelsbeziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Seit Beginn der 1990er Jahre macht sich Chinas Rückkehr auf die Weltbühne auch in den Beziehungen zu Lateinamerika bemerkbar. Die wirtschaftlichen und politischen Perspektiven dieser Entwicklung werden abschließend aufgezeigt. (ICE2)

[70-L] Arnold, Christian; Maihold, Günther:

Zentralamerika und sein außenpolitisches Handlungsfeld, in: Sabine Kurtenbach (Hrsg.) ; Werner Mackenbach (Hrsg.) ; Günther Maihold (Hrsg.) ; Volker Wunderlich (Hrsg.): Zentralamerika heute : Politik, Wirtschaft, Kultur, Frankfurt am Main: Vervuert, 2008, S. 229-251

INHALT: Die Außenpolitik kleiner Staaten steht, so die Verfasser, unter den expliziten Beschränkungen der Verwundbarkeit und Abhängigkeit vom internationalen Umfeld, welches in Zentralamerika im besonderen Maße durch die geopolitische Lage in der Nähe zu den USA und Mexiko geprägt ist. Auch wenn sich die zentralamerikanischen Regierungen in den vergangenen Jahren intensiv um eine Diversifizierung ihrer Außenbeziehungen bemüht und dabei etwa in Taiwan einen sehr aktiven Partner gefunden haben, der seine prekäre weltpolitische Präsenz durch Zusammenarbeit mit den Ländern der Region zu befördern gedachte, stehen die Beziehungen zu Mexiko und den USA im Vordergrund. Von den Folgen des Kalten Krieges befreit, haben die Länder Zentralamerikas nach einer Rolle in der internationalen Politik gesucht, die maßgeblich von nationalen Prioritäten geprägt war. Die für kleine Länder bestehende Gefahr einer "Privatisierung des Staates" durch informelle Strukturen zugunsten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen hat sich insbesondere bei der Aushandlung des Freihandelsabkommens gezeigt. Es ist der Region nicht gelungen, so die These, ihr außenpolitisches Handeln zu koordinieren, obwohl dies zur Entfaltung ihres Potenzials hätte beitragen können. Die zentralamerikanischen Staaten werden ihre Haltung gegenüber den Integrationsprozessen in Südamerika, den beginnenden Verhandlungen eines Assoziierungsabkommens mit der EU und den Beziehungen zu der VR China und Taiwan neu bestimmen müssen, um nicht Gefahr zu laufen, weltpolitisch weiter marginalisiert zu werden. (ICF2)

[71-L] Behrens, Kai:

Transatlantische Beziehungen: Europas strategische Emanzipation im Zerrspiegel, in:

Thomas Meyer ; Johanna Eisenberg: Europäische Identität als Projekt : Innen- und Außenansichten, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2009, S. 221-245

INHALT: Auch wenn die USA teilweise zur Entstehung vieler Krisenherde beigetragen haben, so der Verfasser, muss sich ein Europa, das seine zukünftig Relevanz als unabhängiger militärisch-strategischer Akteur unter Beweis stellen will, auch dort versuchen, wo Amerika scheitert. Ohne derartige Praxis-Tests der selbsterklärten moralischen Überlegenheit europäischer Sicherheitspolitik erscheinen Europas Selbstverständnis und seine Kritik an den USA schnell heuchlerisch und selbstgerecht. Eine autonomere und aktivere europäische Sicherheitspolitik ist unerlässlich, wenn Europa eine ausgeglichene Machtbalance in den transatlantischen Beziehungen erreichen will. Friendly balancing kann nur funktionieren, wenn die Macht, die austariert werden soll, diejenige ernst nimmt, die als balancer fungiert. Größere militärische Unabhängigkeit und größere politische Einigkeit sind zwingend notwendig, um Europas sicherheitspolitische Integration vor zukünftigen amerikanischen Störversuchen zu schützen und Europas Diplomatie größere Durchschlagskraft zu verleihen. Eine Erhöhung der Militärausgaben ist allerdings nicht die einzige Voraussetzung, um diese Ziele zu erreichen. Damit Europas Flucht aus seiner "selbstverschuldeten Unmündigkeit" gelingt, bedarf es eines schwierigen und schmerzhaften Bewusstseinswandels - vor allem in Deutschland. Statt sich darauf zu beschränken, so die These, lediglich passiv auf amerikanische Außenpolitik zu reagieren, muss Europa sich dazu durchringen, aus Amerikas militärisch-strategischem Schatten zu treten und ein eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur zu werden. Deutschland ist das einzige Land, das sowohl in der NATO als auch in der EU von zentraler Bedeutung ist. Auch deshalb ist die sich andeutende Weiterentwicklung der deutschen Außenpolitik eine Grundvoraussetzung für Europas zukünftige strategische Emanzipation. Die inneren Widersprüche, die in den akademischen und innenpolitischen Debatten der Bundesrepublik während der Balkan-Kriege und vor allem im Zusammenhang mit dem "Nein" zum Irak-Krieg erkennbar wurden, verdeutlichen allerdings, dass eine derartige Weiterentwicklung der deutschen Außenpolitik keinesfalls sicher ist. (ICF2)

[72-L] Bettzuege, Reinhard:

Auswärtiger Dienst, in: Siegmund Schmidt (Hrsg.) ; Gunther Hellmann (Hrsg.) ; Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 225-245

INHALT: In 227 deutschen Auslandsvertretungen arbeiten rund 8.000 Bedienstete des Auswärtigen Dienstes. Sie agieren in einer sich rasant wandelnden globalisierten Welt. Mehr denn je muss der Auswärtige Dienst Präsenz, Kompetenz und Effizienz beweisen. Die größten Herausforderungen im Bereich der Außenpolitik in der nächsten Dekade sind die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, einschließlich des Terrorismus, die Bekämpfung der Armut, die Multilateralisierung, die Europäisierung, die Globalisierung, der weltweite gesellschaftliche Wandel, der technologische Fortschritt, die veränderten internationalen Machtpotentiale, die ökologischen Herausforderungen sowie die schrumpfenden Ressourcen. Der Beitrag stellt die Geschichte des Auswärtigen Dienstes seit 1870 dar und gibt einen Überblick darüber, wie das Instrumentarium aussieht, das dem Auswärtigen Dienst heute zur Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung steht, wie er sich organisiert und wie er agiert. (ICB2)

[73-L] Betz, Joachim:

Die Interaktion interner und externer Faktoren beim Wandel der indischen Außenpolitik, (AIPA - Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik, 1/2009), Köln 2009, 38 S. (Graue Literatur;
www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/aipa/AIPA_1_2009_Betz.pdf)

INHALT: "Der Einfluss gesellschaftlicher Gruppen auf die indische Außenpolitik, auch des Parlaments oder selbst des militärischen Apparats war traditionell recht gering; die außenpolitische Elite genoss daher erhebliche Entscheidungsautonomie, war sich im übrigen in den wesentlichen Fragen auch einig. Ein Kurswechsel, der eigentlich nach dem Ende der Blockkonfrontation zu erwarten gewesen wäre, blieb zunächst aus. Er wurde wesentlich gefördert durch die wirtschaftlichen Reformen seit Mitte der 1980er Jahre, verstärkt seit 1991 - Reformen, die ihrerseits auch durch die sicherheitspolitischen Implikationen des relativen Zurückbleibens Indiens gegenüber den Konkurrenten veranlasst waren. Diese Reformen und die damit einhergehende Notwendigkeit, die Attraktivität des Landes für internationales Kapital zu erhöhen und neue Absatzmärkte für indische Waren zu finden - in einer Welt intensiverer Standortkonkurrenz -, förderten schließlich eine Reorientierung der indischen Außenpolitik, nämlich eine Annäherung an den Westen und die südostasiatischen Staaten. Sie stärkten auch jene gesellschaftlichen Gruppen, die von diesem Wandel profitierten und sich daher für seine Fortsetzung stark machten. Das Resultat ist ein neues außenpolitisches Paradigma: Sicherheit wird nun breiter definiert, beinhaltet nicht nur wirtschaftlichen Fortschritt, sondern auch Schutz vor den Rückwirkungen ungleicher Entwicklung innerhalb des Landes und seiner Nachbarschaft. Diesbezügliche Befürchtungen und der Druck der wirtschaftlichen Globalisierung haben auch eine konziliantere Haltung gegenüber den anderen südasiatischen Staaten gefördert, die sich in einseitigen Konzessionen Indiens niederschlägt. Verbunden mit den wirtschaftlichen Motiven der Neuausrichtung ist eine neue Werthaltung der indischen Außenpolitik im Sinne der Allianz mit anderen demokratischen Staaten, vornehmlich den USA. Das Wachstum jener gesellschaftlichen Gruppen, die von einem stärkeren Austausch mit dem Rest der Welt begünstigt werden und die politische Stärkung bislang unterprivilegierter Gruppen haben allerdings das Management der Außenpolitik schwieriger gemacht." (Autorenreferat)

[74-L] Brill, Heinz:

Geopolitik und deutsche Ostpolitik, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 16/2008, Nr. 63, S. 33-46 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Diskussion der geopolitischen Leitbilder deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist kontrovers. Der Autor, langjähriger Verfechter des Konzepts der Geopolitik, arbeitet die Optionen und geopolitischen Interessen der Ostpolitik Deutschlands heraus. Er analysiert die Motive der NATO-Osterweiterung sowie die mögliche Troika Paris-Berlin-Moskau, wobei er Deutschland als Dreh- und Angelpunkt Europas sieht." (Autorenreferat)

[75-L] Chivvis, Christopher:

What role for Germany in Iraq?, (SWP Research Paper, RP 07), Berlin 2008, 19 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/en/common/get_document.php?asset_id=5208)

INHALT: "The security situation in Iraq has improved markedly. The U.S. 'Surge,' along with several other factors appear to have had a positive effect. A window of opportunity has opened. Iraq's future nevertheless remains uncertain and the possibility that the situation could deteriorate into a broader regional crisis remains. To date, debate over Iraq in Germany and Europe has focused primarily on the wisdom and success of the U.S.-led 2003 invasion. Five years later, however, experts are beginning to recognize that the time has come for a renewed discussion of Germany's own interests in Iraq." (author's abstract)

[76-L] Crome, Erhard:

Die EU - von der "Friedensmacht" zur imperialen Politik, in: Erhard Crome (Hrsg.): Internationale Politik im 21. Jahrhundert : Konfliktlinien und geostrategische Veränderungen, Berlin: Dietz, 2008, S. 102-121

INHALT: Der Beitrag beschreibt die Entwicklung bzw. den Wandel der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, wobei sich die Ausführungen in folgende Punkte gliedern: (1) das Kapitalismus-Modell der EU und sein Konzept der Sozialstaatlichkeit, (2) die außenpolitischen Konfliktfelder seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, (3) die militärische Weltmacht USA und ihre Außen- und Sicherheitspolitik, (4) die Schwerpunktverlagerungen in den internationalen Beziehungen, (5) die veränderten Konstellationen in der internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges, (6) die deutsche Wiedervereinigung und seine Auswirkungen auf die EU-Politik, (7) die militärische Intervention des Westens im Balkan-Krieg und die damit einher gehende Entgrenzung der Zivilmacht EU sowie (8) das Denken einer 'europäischen Antwort' auf die 'neuen' Kriege unter Berücksichtigung des Standpunktes von H. Münkler. (ICG2)

[77-L] Gall, Julia:

Aktuelle Entwicklungen in der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands: Russland als Großmacht in einer "multipolaren Welt"?, in: Ronald H. Tuschl (Hrsg.): Die neue Weltordnung in der Krise : von der uni- zur multipolaren Weltordnung? Friedensbericht 2008: Lit Verl., 2008, S. 174-192, ISBN: 978-3-7000-0855-2 (Standort: SUB Hamburg(18)-A20085195)

INHALT: Russland ist, so die Verfasserin, vom Kurs des bedingungslosen Euroatlantismus und den Bemühungen um eine Integration in Europa abgekommen und setzt nun verstärkt auf alternative Partner wie China und Indien. Russland versteht sich heute wieder als Großmacht und ist nicht mehr gewillt, eine Rolle als Juniorpartner der USA zu spielen, sondern beansprucht ein Mitspracherecht in der internationalen Politik. Der aktuelle außen- und sicherheitspolitische Kurs Russlands gründet sich auf gute Beziehungen sowohl zum Westen als auch zum Osten. Einerseits wird die Partnerschaft zur USA betont, und es gibt Zusammenarbeit vor allem im Bereich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Andererseits ringen die USA und Russland um Einflussphären, z.B. im Kaukasus und in Zentralasien, und ihre geopolitischen Interessen stehen im direkten Konflikt zueinander. Durch mehrere Ereignisse, wie die Verkündung amerikanischer Pläne für eine Raketenabwehr in Osteuropa, die

Unterstützung der "bunten Revolutionen" in ehemaligen sowjetischen Ländern durch die USA und die militärische Stationierung US-amerikanischer Truppen in Zentralasien kam es zu einer Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen. Russland sieht sich dabei selbst in der Defensive, was Präsident Putin in seiner wegweisenden Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007 deutlich ausdrückte. Die zentrale Aussage in Putins Rede war, dass Russland sich nicht mehr alles gefallen lassen wird, und dass eine unilaterale Vorgehensweise der USA aus russischer Sicht nicht mehr akzeptabel ist. In dieser Auffassung wird Russland durch seine an Bedeutung gewinnenden Partner China und Indien unterstützt. Es wird die These vertreten, dass Russland, sofern sein Wirtschaftswachstum und seine weitgehende innere Stabilität anhalten, auch unter Präsident Putins Nachfolger seinen multidirektionalen Kurs in der Außenpolitik fortsetzen wird, der auf Partnerschaften sowohl mit dem Westen als auch mit dem Osten abzielt, um ein internationales Gleichgewicht der Kräfte innerhalb der multipolaren Welt sicherzustellen. (ICF2)

[78-L] Haftendorn, Helga:

Deutschlands Rückkehr in die Weltpolitik, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 60/2009, H. 425, S. 49-57 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.hss.de/downloads/PolStudien-425.pdf)

INHALT: Der Beitrag untersucht die Rückkehr Deutschlands in die Weltpolitik seit der Wiedervereinigung 1989. Dabei wird die Ausgangslage in beiden deutschen Staaten, die Erwartungen nach der Vereinigung, die Phase der Kontinuität und Normalisierung sowie die Einbindung in die EU diskutiert. Mit der Wiedervereinigung hatte die Geschichte den Deutschen eine kaum noch für möglich gewordene Chance eröffnet. Die erste Phase war geprägt von dem Beharren der Bundesregierung auf politischer Kontinuität und ihrem Bemühen um internationale Normalisierung. Die zweite Phase wurde wesentlich bestimmt durch die Erfahrung des Kosovo-Krieges und der deutschen Beteiligung an diesem. Auch gegen die USA bestimmten aufgeklärte Eigeninteressen die deutsche Politik. Die Phase nach der Abwahl von Rot-Grün war gekennzeichnet durch die Rückkehr Deutschlands als Zentralmacht nach Europa. Der drohende Absturz in eine weltweite Rezession 2008/ 2009 zeigte deutlich, dass Deutschland die Krise nur zusammen mit seinen Partnern bewältigen kann. Abschließend werden Aufgaben dargestellt, die von der Bundesregierung gelöst werden sollten, um der internationalen Verantwortung Deutschland gerecht zu werden. (ICB2)

[79-F] Harnisch, Sebastian, Prof.Dr.; Stahl, Bernhard (Bearbeitung):

EU-Kosovo-Politik, der Einfluss nationaler Identität auf außenpolitisches Konfliktverhalten

INHALT: Vergleichende Analyse der Kosovopolitiken der EU-Mitgliedstaaten; Forschungsbeitrag zur vergleichenden Außenpolitikforschung, zur EU-Außenpolitikforschung und zum wachsenden wissenschaftlichen und politikpraktischen Interesse an "international security governance". *ZEITRAUM:* 1990-2008 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union, Kosovo

METHODE: Akteurszentrierte, konstruktivistische Ansätze gepaart mit quantitativen und qualitativen Methoden; diskursanalytische Ansätze. Untersuchungsdesign: Panel; Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, standardisiert; Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, standardisiert; Aktenanalyse, offen (Auswahlverfahren: total). Sekundäranalyse von Individualda-

ten; Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Stichprobe: 50 pro Land). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: *BEGINN:* 2008-03 *ENDE:* 2009-03 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* ASKO Europa-Stiftung; Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Heidelberg, Fak. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Politische Wissenschaft Professur für internationale Beziehungen und Außenpolitik (Bergheimer Str. 58, 69115 Heidelberg)

KONTAKT: Harnisch, Sebastian (Prof.Dr. Tel. 06221-542859, e-mail: sebastian.harnisch@uni-heidelberg.de)

[80-L] Husar, Jörg; Maihold, Günther; Mair, Stefan; Niedermeier, Pia:

Neue Führungsmächte als Partner deutscher Außenpolitik: ein Bericht aus der Forschung, (SWP-Studie, S 36), Berlin 2008, 43 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5610)

INHALT: "Die vorliegende Studie präsentiert in komprimierter Form die Ergebnisse eines SWP-Projekts. Ausgangspunkt der Überlegungen waren zwei fundamentale Aufgaben deutscher Außenpolitik: die globale Ordnung zu gestalten und regionale Risiken einzudämmen. Die Beziehungen zu den aufstrebenden Mächten der globalen Politik, die hier als 'neue Führungsmächte' bezeichnet werden, können bei der Bewältigung dieser Aufgaben eine zentrale Rolle spielen. Mit diesen Mächten bestehen zwar teilweise relativ dichte Beziehungen - eine strategische Konzeption für deren Nutzung ist jedoch nicht erkennbar. Zielsetzung des Projekts war es dementsprechend, Möglichkeiten der Kooperation mit neuen Partnern auszuloten, Blockadepotentiale zu identifizieren und Empfehlungen zu formulieren, wie deutsche Außenpolitik bezogen auf die Führungsmächte und auf bestimmte Politikfelder effektiver gestaltet werden kann. Fast alle Autoren des Projekts waren sich in einem Punkt einig: Damit die Beziehungen zu Führungsmächten ertragreich gestaltet werden können, ist es nicht so sehr notwendig, zusätzliche Instrumente bereitzustellen. Die Vielfalt der Instrumente deutscher Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik ist groß. Augenfällig ist jedoch, dass die Instrumente nicht aufeinander abgestimmt sind. Es bedarf daher vorrangig der Konstruktion eines strategischen Überbaus für den Einsatz des außenpolitischen Instrumentariums und der Schaffung bzw. verstärkter Nutzung institutionalisierter politikfeldübergreifender Dialogstrukturen." (Autorenreferat)

[81-L] Ikegami, Masako:

The European Union's progressive foreign policy and role in preventing cross-strait conflict, in: Steve Tsang (Hrsg.): Taiwan and the international community, Frankfurt am Main: P. Lang, 2008, S. 133-152

INHALT: Im Kontext der Untersuchung der gemeinsamen Außenpolitik der EU wird die Dynamik der Beziehungen zu China analysiert. Diese Beziehungen spielen eine zentrale Rolle in der Außenpolitik der EU angesichts der schnell wachsenden wirtschaftlichen Macht Chinas. Dabei scheint eine Erweiterung der ökonomischen Zusammenarbeit möglich. Seit dem Anfang des 21. Jahrhunderts haben die EU und China rasch ihre Kontakte in den akademischen, kulturellen und sogar militärischen Bereichen erweitert. Der Verfasser argumentiert, dass die EU das Risiko einer Krise zwischen der Volksrepublik China und Taiwan erkannt und sich

den Versuchen der Volksrepublik China widersetzt hat, auf Taiwan Druck auszuüben, um es zu integrieren. In dieser Situation hat es Taiwan versäumt, seine Beziehungen zu der EU zu intensivieren. Der Mangel Taiwans an nationaler Integrität wird als der entscheidende Grund für diese Fehleinschätzung der Situation angesehen. Die Außenpolitik der EU wird als eine grundsätzliche Garantie für die 'friedliche Koexistenz' zwischen der Volksrepublik China und Taiwan präsentiert. Es wird die These vertreten, dass eine Integration Taiwans in die Volksrepublik China einen großen Verlust für die Demokratie in der Welt bedeuten würde. (ICF2)

[82-F] Knothe, Danko, Dr.phil. (Bearbeitung):

Zwischen Staatsräson und Koalitionsdisziplin: außenpolitische Profile deutscher Regierungsparteien nach 1990

INHALT: keine Angaben **ZEITRAUM:** nach 1990 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Bundesrepublik Deutschland

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät I Sozialwissenschaften und historische Kulturwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft und Japanologie Professur Regierungslehre und Policyforschung (06099 Halle)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0345-5524214, e-mail: danko.knothe@politik.uni-halle.de)

[83-F] Lüddecke, René (Bearbeitung); Schüttemeyer, Suzanne S., Prof.Dr. (Betreuung):

Parlamente und Außenpolitik - Strategien nationaler Parlamente zur effektiven Mitwirkung an der nationalen Außenpolitik im Kontext des Strukturwandels der internationalen Beziehungen

INHALT: Die Forschungsfrage lautet: Welche Rolle spielen Parlamente in der nationalen Außenpolitik und wie sind ihre Strategien zur effektiven Mitwirkung im Kontext des Strukturwandels der internationalen Beziehungen und der europäischen Integration? Mit Deutschland, Großbritannien und Dänemark werden drei unterschiedliche Varianten der parlamentarischen Demokratie mit dem Ziel verglichen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Mitwirkung zu identifizieren sowohl deren Gründe herauszuarbeiten. **ZEITRAUM:** 1989-2009 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Westeuropa

METHODE: Vergleichende Parlamentarismusforschung; Neoinstitutionalismus; Prinzipal-Agent-Ansatz **DATENGEWINNUNG:** Aktenanalyse, offen; Beobachtung, teilnehmend; Beobachtung, nicht teilnehmend; Standardisierte Befragung, face to face; Standardisierte Befragung, telefonisch; Standardisierte Befragung, schriftlich. Qualitatives Interview (Stichprobe: 30). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: *BEGINN:* 2004-06 *ENDE:* 2009-11 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät I Sozialwissenschaften und historische Kulturwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft und Japanologie Professur Regierungslehre und Policyforschung (06099 Halle)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: rene.lueddecke@gmx.de)

[84-L] Maihold, Günther:

Weder Strategie noch Partnerschaft?: die politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Staaten Lateinamerikas/ Karibik, in: Ottmar Ette (Hrsg.) ; Dieter Ingenschay (Hrsg.) ; Günther Maihold (Hrsg.): *EuropaAmerikas : transatlantische Beziehungen*, Frankfurt am Main: Vervuert, 2008, S. 143-170

INHALT: Der Verfasser setzt sich mit dem Begriff des "effektiven Multilateralismus" und seiner Bedeutung für die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen auseinander und fragt nach der Reichweite der Formel "strategische Partnerschaft". Er konstatiert einen Bedeutungsverlust Lateinamerikas in der europäischen Außenpolitik und diskutiert vor diesem Hintergrund Möglichkeiten und Grenzen von Format und Agenda der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen. Die Beziehungen Europas zu Lateinamerika sieht er durch folgende Faktoren bestimmt: einen selektiven Biregionalismus, reale Veränderungen bei den handelnden Akteuren, Veränderungen in der Beziehungsdynamik, Veränderungen im Verhältnis zur Außenwelt und "empty shell relations". Für notwendig hält er eine neue Interaktionsordnung und Beziehungskultur und die Einbindung der spanischen Lateinamerikapolitik in eine konstruktive Führungsrolle. (ICE)

[85-L] Mair, Stefan; Tull, Denis M.:

Deutsche Afrikapolitik: Eckpunkte einer strategischen Neuausrichtung, (SWP-Studie, S 10), Berlin 2009, 47 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5855)

INHALT: "Afrika südlich der Sahara ist in den vergangenen zehn Jahren zunehmend in den Fokus der deutschen Außenpolitik gerückt. Die Region hat einen Zuwachs an strategischer Bedeutung erfahren, mit dem sich der über Jahrzehnte bestimmende Blick überholt hat, der auf humanitäre und entwicklungspolitische Fragen wie Bürgerkriege und regionale Konfliktsysteme, Zerfall staatlicher Ordnung, Migration, Terrorismus und internationale Kriminalität fokussiert hat. Dies zeigt sich auch darin, dass Afrika einen Schwerpunkt der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) bildet. Vor diesem Hintergrund sollte die Bundesregierung ihre Afrikapolitik stärker inhaltlich und strategisch ausgestalten. Die Entwicklung eines strategischen Überbaus macht es unerlässlich, Deutschlands afrikapolitische Interessen und Ziele genauer zu bestimmen. Darauf aufbauend schlägt die Studie eine Reihe von Kriterien vor, anhand derer die deutsche Afrikapolitik ihre funktionalen und regionalen Prioritäten setzen könnte. In funktionaler Hinsicht werden die Effektivierung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, die Herstellung von Frieden und Sicherheit, die Förderung effektiver Staatlichkeit, die Regulierung von Migration und die Erhaltung der Biodiversität in Afrika als Prioritäten identifiziert. Hinsichtlich der regionalen Prioritäten wird eine Liste von Ländern mit großem Gewicht vorgeschlagen, die eine zentrale Rolle bei der Umsetzung bzw. Blockade der inhaltlichen Prioritäten deutscher Außenpolitik spielen. Sie sollten im Mittelpunkt deutscher Afrikapolitik stehen. Im letzten Teil schlagen die Autoren eine Reihe von Schritten vor, um die Strukturen und Instrumente deutscher Afrikapolitik an die Erfordernisse der strategischen Neuausrichtung anzupassen." (Autorenreferat)

[86-L] Martin, Christian W.:

"Ready to lead once more": American-German relations under president Obama, in:

Hamburg review of social sciences, Vol. 4/2009, Iss. 1, S. 1-9

(www.hamburg-review.com/fileadmin/pdf/04-01/Christian_Martin_-_American_German_Relations.pdf)

INHALT: "This article discusses the implications of the Obama presidency on German-American relations. Despite some major disagreements on single policy issues, the fundamentals of the transatlantic relations have, in fact, always been strong. However, the rise of new global players such as China and India will cause German-American relations to become relatively less important. Still, there are issues on the international security agenda that require transatlantic cooperation. Joint action on issues such as the war in Afghanistan, the Iranian nuclear programme, energy independence, and relations with Russia is constrained by possibly conflicting national interests as well as by the necessity for leaders in both countries to stand in electoral contests at home. The future of German-American relations, therefore, lies in keeping their interests in sync." (author's abstract)

[87-L] Masala, Carlo:

Möglichkeiten einer Neuorientierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, in: Aus

Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 43, S. 22-27

(www.bpb.de/files/JWO9MR.pdf)

INHALT: Der Beitrag wendet sich Möglichkeiten der Neuorientierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu. Das Ende des Ost-Westkonflikts hat einen massiven Wandel in der globalen Machtverteilung eingeleitet. Der Beitrag tritt der häufigen Fehleinschätzung entgegen, dass die Welt "unipolar" geworden sei; sie ist tatsächlich multipolar, jedoch mit einem unipolaren sicherheitspolitischen Kern, den USA. Die Grundstruktur des internationalen Systems hat Auswirkungen auf die deutsche Sicherheits- und Außenpolitik, die dargestellt werden: (1) Es entstehen neue Machtzentren, die vor allem eine "Strategie des denial" verfolgen, also versuchen, den Amerikanern Zugang zu regionalen Räumen zu verwehren. Das gilt vor allem für China und Russland; aber auch Indien und Brasilien entwickeln sich zunehmend zu regionalen Großmächten. Es ist dabei schon jetzt klar, dass wenigstens einige dieser neuen Akteure versuchen könnten, auch weltpolitisch ordnend einzugreifen. Ob der Aufstieg der neuen Mächte friedlich oder konflikthaft gestaltet wird, ist noch nicht absehbar, da es davon abhängt, ob diese Mächte die bestehende Ordnung als ihren Interessen dienlich betrachten. Eine neue Phase der Konfrontation kann daher nicht ausgeschlossen werden. (2) Schließlich kann eine Schwächung multilateraler Institutionen konstatiert werden, wie etwa der NATO. Die NATO hat als militärisches und politisches Instrument für die Amerikaner an Bedeutung verloren, da sie kaum mehr für die Erreichung strategischer Ziele gebraucht werden kann. Die USA setzen daher eher auf eine "Koalition der Willigen und Fähigen" für Einsätze außerhalb des europäischen Raumes. Zudem spalten Kritik oder Befürwortung militärischer Operationen die NATO; und es gibt unterschiedliche Sichtweisen in Europa hinsichtlich des Umgangs mit Russland, das in Osteuropa viel kritischer gesehen wird als in Westeuropa. So werden auch die EU und ihre "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) und eine "Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (ESVP) gelähmt. (3) Außerdem muss das Ende des "politischen Westens" festgestellt werden. Zwar teilen Europa und die USA nach wie vor gleiche Wertvorstellungen, Kultur und Geschichte - jedoch gibt es keine stabile

Handlungseinheit mehr. Vielmehr werden die alten Partner von Fall zu Fall kooperieren. Der Beitrag schildert die Situation Deutschlands nach dem Ende des Kalten Krieges, und wendet sich dann den möglichen Alternativen deutscher Außenpolitik angesichts der veränderten Weltlage zu: (1) Deutschland könnte als Juniorpartner der USA aktiv werden. Europa wird aufgrund innerer Differenzen absehbar keine eigene Großmacht werden. Der Vorteil des Juniorpartner-Status liegt in der weiterhin fast kostenlosen "Versorgung mit militärischer Sicherheit" durch die USA. Deutschland müsste sonst selbst massiv militärisch investieren. Als nachteilig wird gesehen, dass die USA nicht immer selbstlos zum Wohle "des Westens" agieren, man bliebe "Hilfstruppe". Der Beitrag verwirft diese Möglichkeit. (2) Deutschland könnte selbst zur Großmacht aufsteigen, und von Fall zu Fall Allianzen mit anderen Großmächten schmieden. Es müsste sich langfristig um eine Atombewaffnung kümmern. Nachteilig: Massiver Widerstand fast aller europäischen Staaten, die das übermächtige Deutschland blockieren würden. Deutschland wird als "zu klein" beschrieben, um Hegemonie ausüben zu können, und als "zu groß", um "ausbalanciert" zu werden: Europa wäre auf Dauer paralytisch. (3) Deutschland würde seine Macht über die EU einbringen und so "mit anderen Mächten gemeinsam" führen; Ängste der Nachbarn würden verhindert, mit dem zusätzlichen Gewicht der europäischen Partner könnte Macht entfaltet werden. Dazu muss ein Teil der "willigen" europäischen Partner voran marschieren, die anderen könnten folgen. Diese Integration von Macht im EU-Kontext auch in der Sicherheits- und Außenpolitik empfiehlt der Artikel als konstruktive Lösung. (ICB)

[88-L] Müller, Harald:

Der "demokratische Frieden" und seine außenpolitischen Konsequenzen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 43, S. 41-46

INHALT: Der Beitrag widmet sich dem "demokratischen Frieden" und seinen außenpolitischen Konsequenzen. Zunächst wird auf die Überlegenheit des demokratischen Gesellschaftssystems eingegangen. Ein "Überlegenheitsgefühl" des demokratischen Westens kann aber schlecht bei autoritären Gesellschaften ankommen, die eh schon Minderwertigkeitsgefühle gegenüber dem Westen haben - aufgrund dessen massiver wirtschaftlicher und militärischer Überlegenheit. Der Artikel weist darauf hin, dass demokratische Staaten die größten Aussichten für ein friedliches Miteinander haben. Gleichwohl werden auch Kontakte zu eher autoritären Staaten gepflegt - sei es, weil diese für das internationale System unentbehrlich sind (wie China und Russland), oder weil wirtschaftliche Möglichkeiten oder Notwendigkeiten einer Kooperation gegen Terroristen gegeben sind. Es folgt dann eine Schilderung der Problematik einer "Wir und die anderen"- Dichotomisierung. Es wird hervorgehoben, dass "Demokratisierungsbemühungen" und damit verbundene Werthaltungen in den westlichen Demokratien nie so wertgeschätzt wurden, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Einem gewaltsamen "Export" der Demokratie in autoritäre Länder wird jedoch eine Absage erteilt. Denn dies erhöht den Widerstand gegen eine als "fremd" erlebte Macht und ist nur in einigen Fällen erfolgreich. Das stets angeführte Beispiel der - tatsächlich sehr erfolgreichen - "Demokratisierung" Deutschlands und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg taugt nicht zur Verallgemeinerung: Denn in diesen Ländern gab es zumindest rudimentäre demokratische Vorerfahrungen, und zudem war der Widerstand der Bevölkerung durch den "totalen Krieg" beider Seiten dermaßen massiv gebrochen, wie dies heutzutage nicht mehr akzeptiert werden würde. Der Artikel stellt dann drei "Demokratisierungsmodelle" vor: Das idealistische Modell der "kosmopolitischen Demokratie", einer Art Weltdemokratie mit Weltregierung, die auf der Aufgabe der

Souveränität der Nationalstaaten beruhen würde. Dieser Ansatz muss als illusorisch zurückgewiesen werden. Ein weiteres Modell stellt die "Liga der Demokratien" dar, eines Zusammenschlusses der demokratischen Gesellschaften, die sich das Recht zur Gestaltung der Welt zubilligen. Dies würde wohl zur Ausbildung einer "Gegenmacht" führen. Schließlich gibt es noch das Modell der "Demokratisierung mit Gewalt". Der Beitrag weist den Anspruch eines gewaltsamen "Regimewechsels" zurück und vermutet, dass Ängste vor einem sehr mächtigen, interventionsbereiten Westen zu einer Aufrüstung mit Massenvernichtungswaffen führen könnten. Während der Beitrag die Demokratieförderung begrüßt, spricht er sich eher für "sanften Zwang" und Kooperation aus - da autoritäre Gesellschaften von innen heraus am stärksten "unter Druck" durch die eigene Bevölkerung geraten, wenn der Außendruck nachlässt. (ICB)

[89-L] Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela:

Die Europäische Außenpolitik: Genese, Entwicklungsstand und Perspektiven, in: Ellen Bos (Hrsg.) ; Jürgen Dieringer (Hrsg.): Die Genese einer Union der 27 : die Europäische Union nach der Osterweiterung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 265-282, ISBN: 978-3-531-15744-3 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE755G3U5S)

INHALT: Die Verfasserin beschreibt in einem ersten Teil die historische Entwicklung der EU-Außenpolitik von der machtpolitischen Abstinenz der Gründungsjahre über die Europäische Politische Zusammenarbeit der 1970er bis zur GASP und ESVP. Sie diskutiert im Folgenden Vorzüge und Defizite der ESVP, den aktuellen Stand der Entscheidungsverfahren in diesem Politikfeld, das GASP-Kapitel im Vertrag von Nizza sowie die Zielsetzungen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Abschließend werden die Innovationen im Bereich von GASP und ESVP referiert, die der Verfassungsvertrag vorgesehen hatte, und deren Zukunft nach dem Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden bewertet. Die Verfasserin schließt mit einem Blick auf das Eurobarometer, das für die GASP einen hohen Grad an Zustimmung bei den Bürgern Europas zeigt. (ICE)

[90-L] Peine, Anke (Hrsg.):

Demokratische Außenpolitik und Geheimdienste: ein Vergleichsraster, in: Melanie Morisse-Schilbach (Hrsg.) ; Anke Peine (Hrsg.): Demokratische Außenpolitik und Geheimdienste : Aspekte eines Widerspruchs in Deutschland, Großbritannien, Israel, USA und Frankreich im Vergleich, Berlin: Köster, 2008, S. 177-198

INHALT: Frankreich, Großbritannien, die USA, Israel und Deutschland sind allesamt etablierte Demokratien des Westens. Jeder dieser Staaten besitzt Geheimdienste als außenpolitisches Instrumentarium und Bestandteil des außenpolitischen Systems. Die vorliegende Vergleichsanalyse hat zum Ziel, den Besonderheiten eines Staates im Umgang mit seinen Geheimdiensten im Sachbereich Außen- und Sicherheitspolitik zwei analytische Faktoren gegenüberzustellen, die in der Außenpolitikanalyse, insbesondere der sog. liberalen Schule, prominent sind und die helfen können, in einer komparativen Studie Unterschiede herauszuarbeiten und möglicherweise sogar zu erklären. Zum einen ist dies die Beschaffenheit des außenpolitischen Systems, zum anderen wird die außenpolitische Identität eines Staates hinzugezogen. Die Verbindung zwischen Beschaffenheit des außenpolitischen Systems und Geheimdienste deckt dabei den Themenkomplex eines "Demokratiegrades" von Außenpolitik (politics) ab, wäh-

rend außenpolitische Identität und Geheimdienste sich auf den Themenkomplex der "Außenpolitik von Demokratien" bezieht. Die analytische Leitfrage zum Komplex "Außenpolitik von Demokratien" lautet, inwiefern von der spezifischen außenpolitischen Identität eines Staates auf das Gewicht von Geheimdiensten als Instrumentarium in der Außenpolitik einer Demokratie geschlossen werden kann. (ICA2)

[91-L] Perthes, Volker:

Soft Power in der auswärtigen Politik, in: Georg Schütte (Hrsg.): Wettlauf ums Wissen : Außenwirtschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution, Berlin: Berlin Univ. Press, 2008, S. 46-51

INHALT: Macht, ob hart oder sanft, bedeutet immer, Einfluss auf andere auszuüben und damit den eigenen Willen durchzusetzen. Sanfte Macht oder Soft Power wird verstanden als die Fähigkeit, durch Überzeugung Einfluss zu nehmen, "andere dazu zu bringen, dieselben Ergebnisse zu wollen, die Du willst". Es geht also vor allem um Attraktivität, und zwar die der eigenen Kultur, Werte, Ideen, Politik und des eigenen politischen Systems - also eindeutig nicht um Einflussnahme durch Zwang. Glaubwürdigkeit und eine positive öffentliche Meinung dem eigenen Staat gegenüber im Ausland spielen eine wesentliche Rolle. Ansehen und Attraktivität schaffen Einfluss, während fehlendes Ansehen erklärt, wieso mächtige oder sogar übermächtige Staaten an Einfluss verlieren bzw. ihre militärische und wirtschaftliche Macht nicht in tatsächlichen Einfluss auf das Geschehen in anderen Ländern übersetzen können. Als Instrumente sanfter Macht gelten nicht zuletzt gute Beziehungen zu anderen Staaten mittels Diplomatie sowie Kulturaustausch im allerweitesten Sinne. Der Autor geht ein auf die Dimensionen und Grenzen sanfter Macht, und gibt Hinweise für die Politik. (TA)

[92-L] Pleuger, Gunter:

Die Rolle Deutschlands in der Welt des 21. Jahrhunderts: Perspektiven der internationalen Politik, in: Zeitschrift für Politik : Organ der Hochschule für Politik, Sonderband, 2009, Bd. 3, S. 135-140

INHALT: Deutsche Außenpolitik ist vor allem, so der Verfasser, eine Politik der Stärkung des Multilateralismus. Angesichts des gegenwärtigen Verlustes des Einflusses und der Glaubwürdigkeit der Führungsmacht USA ist insbesondere die Europäische Union gefordert, Handlungsfähigkeit zu gewinnen und internationale Verantwortung für Frieden und Sicherheit zu übernehmen. Dem dienen der Reformvertrag zum Ausbau der organisatorischen und Entscheidungsstrukturen der Europäischen Union und die sich entwickelnde Fähigkeit, durch "battlegroups" friedenssichernde Aufgaben im Rahmen von vom Sicherheitsrat beschlossenen Maßnahmen zu übernehmen. Auch wenn nach der Ratifizierung des Reformvertrags die Europäische Union über eine Art Außenminister und einen europäischen Auswärtigen Dienst verfügt, wird auf absehbare Zeit eine bilaterale deutsche Außenpolitik erhalten bleiben müssen, so lange es in vielen Bereichen noch keine europäische Außenpolitik gibt. Das gilt im Verhältnis zu wichtigen Mächten wie USA, Russland, China und Indien ebenso wie in komplexen Bereichen wie Energieversorgung, Sicherheitspolitik, Abrüstung und Menschenrechte. Für die deutsche Außenpolitik sind drei Ziele von zentraler Bedeutung: An erster Stelle steht eine Politik des internationalen Interessenausgleichs. Das zweite wichtige Element ist die friedliche Konfliktlösung unter Einhaltung des Gewaltverbots der UNO-Charta. Drittens

braucht Deutschland eine umfassende Stabilitätspolitik. Die internationale Staatengemeinschaft muss bereit sein anzuerkennen, dass es keine Sicherheit ohne Entwicklung und keine Entwicklung ohne Sicherheit gibt. In der Umsetzung dieser Prioritäten wird Deutschland auch in Zukunft die Erwartungen der internationalen Staatengemeinschaft auf einen angemessenen Beitrag zur globalen Sicherung von Frieden und Stabilität erfüllen. (ICF2)

[93-L] Riemer, Andrea K.:

Petroimperialismus und Freiheit?: die Irak-Intervention aus geoökonomischer Sicht der USA im Kontext der amerikanischen Außenpolitik, (International security studies, 7), Frankfurt am Main: P. Lang 2008, 145 S., ISBN: 978-3-631-57084-5

INHALT: Die Autorin untersucht das militärische Eingreifen im Irak aus der geoökonomischen Perspektive der USA. Zunächst seziert sie die konstanten Parameter der US-Außenpolitik und erörtert deren Einfluss auf die nationale Sicherheitsstrategie. Einflussfaktoren sind u. a. die Rolle der Religion als Teil der Politik, der Glaube an universelle Werte unter dem Leitmotiv 'What is good for Amerika is good for the rest of the World' (21), ferner das Sendungsbewusstsein, unilateralistisches Handeln bei gleichzeitigen multilateralen Verpflichtungen, psychologische Faktoren sowie die nationale Interessenlage. Die Autorin analysiert dann die US-amerikanische Energiepolitik im Zusammenhang mit der Bedeutung von Gas und Öl für die Weltenergiemärkte. Sie erläutert die dem Irak-Krieg zugrunde liegende nationale Agenda der USA in Bezug auf die eigene Interessenlage im Nahen und Mittleren Osten. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen versucht sie die Bedeutung geoökonomischer Überlegungen auszuloten. Die Autorin bilanziert, dass es den USA nicht primär um die Sicherstellung ihrer Ressourcen, sondern um die ihrer Verbündeten geht, deren Energiesicherheit die USA aufgrund enger Wirtschaftsbeziehungen auch als in ihrem vitalen Interesse liegend ansehen. Der steigende Energiebedarf der USA und ihrer Verbündeten gehört somit als gesamtstrategische Überlegung zu den sogenannten 'root causes'. Noch untergeordneter ist die Bedeutung der Geoökonomie bei den 'surface causes' (85), hier war die Kriegsentscheidung in typisch US-amerikanische Parameter der Außenpolitik eingebettet, wobei sich rationale Überlegungen mit emotionalen Motiven mischten. Geoökonomische Überlegungen dienten lediglich dazu, das Bedrohungsszenario um die Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins zu verstärken. (ZPol, NOMOS)

[94-L] Risse, Thomas:

Deutsche Identität und Außenpolitik, in: Siegmund Schmidt (Hrsg.) ; Gunther Hellmann (Hrsg.) ; Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 49-61

INHALT: Der Beitrag fragt zunächst, was unter nationaler Identität zu verstehen ist und was diese zur Erklärung außenpolitischen Verhaltens beitragen kann. Daran anschließend wird auf außenpolitisch relevante Bestandteile der deutschen Identität und ihrer Entwicklung im Nachkriegsdeutschland eingegangen. Im dritten Teil wird der Einfluss der deutschen Identität auf die Außenpolitik anhand empirischer Beispiele dargestellt. Dabei geht es zum einen um die Kontinuität der deutschen Europapolitik, zum anderen um den Wandel der deutschen Sicherheitspolitik, insbesondere um die Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bundesgebietes. Abschließend wird gefragt, ob die Opposition der Schröder-Regierung gegen die Irak-

Politik der USA als Bruch mit der außenpolitischen Identität der "alten" Bundesrepublik ge-
deutet werden kann. (ICB2)

[95-L] Sandschneider, Eberhard; Welt, Ralf:

Eine Strategie für Deutschland: die Bundesrepublik und ihre Rolle in der Welt aus Sicht der außenpolitischen Elite, in: Internationale Politik, Jg. 64/2009, Nr. 3, S. 46-51 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang-2009/maerz2009/eine-strategie-fur-deutschland.html)

INHALT: "Welche Themen werden in der Zukunft Deutschlands Außenpolitik dominieren? Diese Frage stellten DGAP und dimap-Gruppe ausgewählten deutschen Entscheidern. Ganz vorn: Energie-, Umwelt- und Finanzpolitik, gefolgt vom internationalen Terrorismus. Und Europa sollte auch weiterhin das tun, was es am besten kann - vermitteln." (Autorenreferat)

[96-L] Siciliano Bretas, Lena:

Brasiliens Außenpolitik: die Vermittlung der außenpolitischen Agenda Brasiliens durch die Regierung Lula, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2008, 82 S., ISBN: 978-3-8364-6964-7

INHALT: "Seit einigen Jahren lässt sich in Lateinamerika ein politischer Linksruck beobachten, der sich zum Teil stark im außenpolitischen Kurs einzelner Länder widerspiegelt. In Brasilien wurde mit Präsident Lula da Silva im Jahr 2003 die erste linksliberale Regierung gewählt. Seit Amtsbeginn vollzog sich ein Wandel in der Außenpolitik des größten Staates Lateinamerikas mit einer ausgeprägten Südorientierung und einem verstärkten gesellschaftspolitischen Akzent. Im Zentrum dieses Buches steht die Frage, inwieweit die Regierung Lula ihre Neuausrichtung in der Außenpolitik an die Gesellschaft vermittelt und welchen politischen Handlungsspielraum sie daraus möglicherweise gewinnt. Die Autorin liefert eine umfassende Analyse der brasilianischen Außenpolitik der ersten beiden Amtsjahre von Präsident Lula da Silva. Sie belegt empirische, wie erfolgreich der außenpolitische Kurs an die Bevölkerung vermittelt wird und welche Grenzen dem Agenda-Setting der Regierung gesetzt sind." (Autorenreferat)

[97-L] Speckmann, Thomas:

Von Japan lernen?: Tokios Umgang mit außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft : Journal of Political Science, Jg. 18/2008, H. 3, S. 385-393 (Standort: USB Köln(38)-EWA Z3338; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Darf man Äpfel mit Birnen vergleichen? Darf man die Außen- und Sicherheitspolitik eines Nationalstaats mit der einer Staatengemeinschaft vergleichen? Auf den ersten Blick sind das rhetorische Fragen. Doch ein Vergleich der Reaktionen von Japan und der Europäischen Union auf die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart kann aufzeigen, welche Handlungsräume und -optionen die Mittelmächte des Westens heute haben, ob in Afrika, im Nahen Osten, bei der Raketenabwehr oder im Verhältnis zum Bündnispartner USA. Da es den größeren Nationalstaaten der EU wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien oder Polen im Fall aktueller Krisen weiterhin schwer fällt, ihre nationalen

Interessen zu koordinieren und ihre viel beschworene gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in die Tat umzusetzen, und sie stattdessen immer wieder in unilaterales Handeln mittlerer Mächte zurückfallen, erscheint ein Vergleich japanischer und europäischer Vorgehensweisen - losgelöst von allen formalen Kriterien - reizvoll. Dabei erhebt dieser Essay aber keinesfalls einen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr soll schlaglichtartig der Blick auf einzelne Handlungsfelder geworfen werden, um daraus Rückschlüsse auf konzeptionelle Elemente von Japans Außen- und Sicherheitspolitik zu ziehen, die als Vorbild für Europa dienen könnten." (Autorenreferat)

[98-L] Steinberg, Guido (Hrsg.):

Deutsche Nah-, Mittelost- und Nordafrikapolitik: Interessen, Strategien, Handlungsoptionen, (SWP-Studie, S 15), Berlin 2009, 82 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5977)

INHALT: "Deutschland hat in den letzten Jahren begonnen, im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika eine aktivere Politik zu betreiben, obwohl es sich schwer damit tut, seine Interessen in dieser Region zu definieren. Dies gilt besonders für Länder und Gebiete, denen die deutsche Politik sich erst seit kurzer Zeit widmet - wie dem Irak, der Arabischen Halbinsel und dem Maghreb - und für Themen wie Migration, islamistischer Terrorismus oder Energie. Die Autoren dieser Studie schließen diese Lücke, indem sie deutsche Ziele und Interessen in der Region definieren. Sie prüfen, wie groß die deutschen Handlungsspielräume sind, inwieweit die deutsche Politik Konzepte und Strategien entwickelt hat, ihre Interessen umzusetzen, und gehen der Frage nach, inwieweit die identifizierten Vorgehensweisen den deutschen Zielen entsprechen. Die deutsche Politik wird nur dann Einflussmöglichkeiten gewinnen, wenn es ihr gelingt, eigene Konzepte zu entwickeln und sinnvolle Beiträge anzubieten. Hiermit tut sich Deutschland jedoch sehr schwer, da die eigene Interessenlage nicht systematisch diskutiert wird. Dies bedeutet zwar nicht, dass sich kein roter Faden durch die deutsche Politik gegenüber der Region zieht. Er beschränkt sich aber allzu oft auf die Themen, bei denen die deutsche Politik bereits seit längerem Schwerpunkte setzt, wie dem israelisch-arabischen Konflikt und Iran. Vor dem Hintergrund der wachsenden Herausforderungen, mit denen Deutschland in der Region konfrontiert ist, genügt dies nicht." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Guido Steinberg: Einleitung (5-6); Isabelle Werenfels: Maghreb (7-15); Guido Steinberg: Terrorismusbekämpfung (16-23); Muriel Asseburg: Der israelisch-arabische Konflikt (24-32); Guido Steinberg: Irak (33-40); Steffen Angenendt: Migration (41-50); Johannes Reissner: Iran (51-58); Katja Niethammer: Die Staaten des Golfkooperationsrats (59-65); Jens Hobohm: Energie (66-73); Guido Steinberg: Schlussfolgerungen: Deutsche Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika (74-80).

[99-L] Steinberg, Guido:

Saudi-Arabien als Partner deutscher Nahostpolitik, (SWP-Studie, S 35), Berlin 2008, 32 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5554)

INHALT: "Für die westliche Politik ist Saudi-Arabien innerhalb weniger Jahre vom Problemfall zum Hoffnungsträger geworden. Unmittelbar nach den Anschlägen des 11. September 2001 schien es, als seien die Beziehungen zwischen Riad und Washington massiv geschädigt. Sieben Jahre später hingegen gilt das Königreich der westlichen Politik und Öffentlichkeit als

unverzichtbarer Verbündeter und als Führungsmacht in einer anti-iranischen Allianz 'moderater' Staaten und Regierungen. Dabei hat sich die saudi-arabische Außenpolitik nicht grundlegend verändert. Riads Regionalpolitik - die sich auf das Gebiet zwischen Israel und dem Libanon im Westen und dem Iran im Osten erstreckt - ist seit 2005 lediglich aktiver geworden. In Riad ist die Wahrnehmung verbreitet, dass der Nahe und Mittlere Osten sich in einer schweren Krise befinde, die auch Saudi-Arabien bedrohe. Deshalb tritt das Königreich dem Iran entgegen - offener, als dies vor 2005 der Fall war - und versucht, die Konflikte im Libanon und den palästinensischen Gebieten zu entschärfen. Die regionalpolitischen Interessen Saudi-Arabiens stimmen weitgehend mit denen Europas und Deutschlands überein. Die Führung in Riad will verhindern, dass der Iran - auch mit Hilfe seines Atomprogramms - die Vorherrschaft in der Golfregion erringt, und ist an einer friedlichen Beilegung des israelisch-arabischen Konflikts interessiert. Ebenso wie die Europäer wünscht Saudi-Arabien eine Stabilisierung des Irak und des Libanon und die Einbindung Syriens in Ansätze zur Konfliktlösung. Will Deutschland seinen Handlungsspielraum im Nahen und Mittleren Osten erweitern, drängt sich der Gedanke einer verstärkten Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien geradezu auf." (Autorenreferat)

[100-L] Stumbaum, May-Britt U.:

The European Union and China: decision-making in EU foreign and security policy towards the People's Republic of China, (DGAP-Schriften zur Internationalen Politik), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2009, 250 S., ISBN: 978-3-8329-3744-7

INHALT: "Am Beispiel Chinas analysiert die Autorin den Einfluss von Interessensgruppen, aber auch von Entscheidungsstrukturen auf nationaler und europäischer Ebene auf die europäische Handels- und Sicherheitspolitik. China ist die aufstrebende Weltmacht des 21. Jahrhunderts und fordert die Europäer auf allen Ebenen - wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich und ideologisch - heraus. Wie positioniert sich die Europäische Union gegenüber dieser Herausforderung? Wer entscheidet, wie europäische Außen- und Sicherheitspolitik aussieht? Wie kommen Entscheidungen zustande und welche Rolle spielen Wirtschaftsinteressen, die Medien als auch die Vereinigten Staaten hierbei? Der Analyse der Entscheidungsprozesse liegt ein auf 'rational choice' basierendes Mehrebenenmodell zu Grunde. Die Autorin untersucht zu diesem Zweck u.a. die Entscheidungen zum Waffenembargo und dem Textilstreit aus den Jahren 2003-2005. Die Untersuchung schließt mit konkreten Handlungsempfehlungen für eine durchsetzungsfähige und weitsichtige Chinapolitik der Europäischen Union." (Autorenreferat)

[101-L] Tsang, Steve:

The long-term prospect for Taiwan's foreign relations, in: Steve Tsang (Hrsg.): Taiwan and the international community, Frankfurt am Main: P. Lang, 2008, 213-231

INHALT: Taiwan muss sich, so der Verfasser, Klarheit bezüglich des Preises verschaffen, den es dafür zu bezahlen hat, kein Mitglied der UNO zu sein. Wenn es sich nur benachteiligt zeigt, dann wird es auch von den anderen Staaten als internationaler Paria wahrgenommen. Dies ist jedoch kein gutes Argument, wenn Taiwan stabile Beziehungen zu seinen internationalen Partnern aufbauen will. Es befindet sich in einer anderen Situation im Vergleich mit Pariastaaten wie Nordkorea, Burma oder Iran. Diese drei Länder sind Mitglieder der UNO, aber

diese Tatsache hat nicht verhindert, dass sie von den anderen Staaten als 'Gauner' wahrgenommen werden. Der Verlust der Möglichkeiten, an UNO-Friedensmissionen teilzunehmen, kann durch andere Aktivitäten ersetzt werden, um seine 'soft power' zu fördern. Würde eine UNO-Mitgliedschaft Taiwan vor der Bedrohung Chinas schützen? Wenn Taiwan ein Mitglied der UNO wäre, wäre China prinzipiell verboten, gegen Taiwan Gewalt anzuwenden. Aber auch die UNO-Mitgliedschaft Kuwaits hat Saddam Hussein nicht davon abgehalten, es zu überfallen und es als eine irakische Provinz zu annektieren. Die Frage, ob es eine Chance sei, die UNO als Garantie gegen die chinesische Bedrohung einzusetzen, wird zur Diskussion gestellt. (ICF2)

[102-L] Wagner, Wolfgang:

Die parlamentarische Kontrolle der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, in: Stefan Kadelbach (Hrsg.): Europäische Integration und parlamentarische Demokratie, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 157-169

INHALT: Bei der Diskussion über die parlamentarische Kontrolle europäischer Politik spielt die Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP), zu der seit 1999 auch eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gehört, nach Einschätzung des Autors nur eine marginale Rolle. Er geht in seinem Beitrag zunächst auf neuere Arbeiten der Konfliktforschung ein, um zu zeigen, dass die Parlamente auch im Bereich der Sicherheitspolitik bedeutsam sind. Daran anschließend verdeutlicht er am Beispiel der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, dass die Möglichkeiten nationaler Parlamente, diese Rolle effektiv auszuüben, im Prozess der Europäisierung sehr wohl beschnitten worden sind. Gleichzeitig werden die wachsenden Schwierigkeiten parlamentarischer Kontrolle auf nationaler Ebene bislang nicht durch einen Parlamentarismus jenseits des Nationalstaates ausgeglichen. Wie der Autor im Einzelnen zeigt, ist weder ein supranationaler Parlamentarismus in Form des Europäischen Parlaments noch ein transnationaler Parlamentarismus in Form der Parlamentarischen Versammlung der WEU in der Lage, eine wirkungsvolle parlamentarische Kontrolle europäischer Sicherheitspolitik zu gewährleisten. Der Autor beschließt seinen Beitrag mit einigen Überlegungen zu Möglichkeiten der Stärkung parlamentarischer Kontrolle europäischer Sicherheitspolitik. (ICI2)

[103-L] Wessels, Wolfgang:

Deutsche Europapolitik - Strategien für einen Wegweiser: verstärkter Nutzen durch verbesserte Integration?, in: Peter-Christian Müller-Graff (Hrsg.): Deutschlands Rolle in der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S.173-204, ISBN: 978-3-8329-3333-3 (Standort: UB Bonn(5)-2008/6534)

INHALT: Der Beitrag versucht einen groß und umfassend angelegten Überblick über die Bedeutung der Europäischen Union für die Bundesrepublik Deutschland. Es werden verschiedene Positionen aufgezeigt und widerlegt, etwa die Annahme, das größer gewordene Deutschland sei vielleicht nicht mehr so angewiesen auf die Europäische Integration. Der Artikel hebt hervor, dass die EU mehr ist als ein Zweckbündnis: sie ist auch eine bewährte und erprobte "Problemverarbeitungs- und Krisengemeinschaft". Der Beitrag erläutert dann, dass die EU auch eine "Wertegemeinschaft" ist, ein Bündnis demokratischer, sozialer, den Menschen- und Minderheitenrechten verpflichteter toleranter und freier Staaten - was auch Ausstrahlung auf die

Nachbarregionen ausübt und zudem klare Forderungen an jeden potenziellen Beitrittskandidaten stellt. Außerdem ist die Union eine "Sicherheitsgemeinschaft", die Deutschland zusammen mit der NATO eine äußerst günstige sicherheitspolitische Konstellation beschert hat, "umzingelt von Freunden". Offensichtlich ist die EU zudem eine politische und "Wirtschaftsgemeinschaft". Der Beitrag geht dann auf "deutsche Strategien" ein, beleuchtet die "Kosten-Nutzen-Rechnung" und stellt "alternative Strategien" vor zum - zumindest vorläufig - gescheiterten "Verfassungsvertrag"; er beleuchtet deren Potenzial und Probleme. Der Artikel geht dann auf Möglichkeiten ein, bestehende Verträge besser zu nutzen und wendet sich gegen Tendenzen, die "Vertiefung" der Union aufzuschieben. Schließlich werden Strategien zur Vertiefung in "kleinen Gruppen" vorgestellt, was bekannt ist unter den Schlagwörtern eines "Europas der zwei Geschwindigkeiten" oder eines "Kerneuropas". Dieses Kleingruppenvorgehen hat Vor- und Nachteile, die dargelegt werden. Abschließend geht der Artikel noch kurz auf Strategien zur Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union ein und beendet damit eine umfassende Rundreise durch das Thema. (ICB)

4 Sicherheitspolitik, Rüstung, Konversion, Friedensbedingungsforschung

[104-L] Bredow, Wilfried von:

Akzeptanz ohne Verbindlichkeit: Die deutsche Sicherheitspolitik im zivilgesellschaftlichen Diskurs, in: Dieter Ose (Hrsg.): Sicherheitspolitische Kommunikation im Wandel, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 83-97, ISBN: 978-3-8329-3296-1 (Standort: UB Duisburg(464)-01PEP6868)

INHALT: Der Beitrag konstatiert für die Bundesrepublik ein "strukturelles Defizit": Es gibt kein genügend großes Potential für einen stetigen und kritisch-produktiven sicherheitspolitischen Diskurs in Politik und Gesellschaft. Das "gebremste öffentliche Interesse" - Umfrageergebnisse belegen es - für dieses Politikfeld ist für den Autor in gewissem Sinne sogar verständlich. Es ist kurzfristig nicht abzustellen. Problematisch ist jedoch, dass es nicht ausbalanciert wird von einem Expertendiskurs im weiten Sinne des Wortes: (1) Im deutschen Bundestag gilt Sicherheitspolitik nicht unbedingt als wichtiges und die Karriere förderndes Betätigungsfeld. (2) Unter Hochschullehrern gilt Interesse für Militär und Streitkräfte als "exotisch"; das hat sich in letzter Zeit ein wenig geändert, aber hauptsächlich wegen der steigenden Popularität der Friedens- und Konfliktforschung. (3) Publizisten und Journalisten mit fachlichen Interessen an diesem Politikfeld und entsprechenden Fachkenntnissen lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen. Die Ausführungen des Autors zeigen insgesamt, dass es in Deutschland zwar ein hohes Maß an Zustimmung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik der jeweiligen Regierung gibt, auch zur Bundeswehr und ihren Aufträgen, dass all dies aber "relativ oberflächlich bleibt und auch rasch erodieren kann: Es handelt sich um eine Akzeptanz ohne Verbindlichkeit". (ICA2)

[105-L] Brüne, Stefan:

Noch das alte oder schon das neue Europa?: die autonomen Militärmissionen der EU in Afrika; eine erste Bilanz, in: Heinz-Gerhard Justenhoven (Hrsg.) ; Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.): Intervention im Kongo : eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU, Stuttgart: Kohlhammer, 2008, S. 200-216

INHALT: Der Verfasser legt eine Bilanz der Militäreinsätze der EU in Afrika aus realpolitischer Perspektive vor. Er untersucht zunächst die beiden ersten autonomen Operationen in der Geschichte der EU - die Operation Artemis 2003 und die EUFOR-Mission 2006. Dann widmet er sich der Operation EUFOR Tschad/CAR. Er fragt nach den Beweggründen, Entscheidungsgrundlagen und Wirkungen des europäischen Kongoengagements und identifiziert die damit verbundenen Zielkonflikte und Entscheidungsnotwendigkeiten, um so Aufschlüsse über die Interessenlagen, Konzepte und Handlungskalküle der maßgeblichen Akteure zu erhalten. Er vertritt die Auffassung, dass die großen europäischen Geber ihre Afrikapolitik nach wie vor überwiegend pfadabhängig an nationalen Eigeninteressen ausrichten. Darüber hinaus prägen weltpolitische Problemlagen im Zusammenspiel mit innereuropäischen Integrationsagenden das europäische Außenhandeln stärker als lokale Konfliktkonstellationen und die öffentlich reklamierten Befriedungs- und Demokratisierungsziele. (ICE2)

[106-L] Bulmahn, Thomas; Fiebig, Rüdiger:

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland, in: SOWI news : Newsletter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, 2007, H. 4, S. 1-11
(www.sowi.bundeswehr.de/portal/PA_1_0_P3/PortalFiles/02DB04000000001/W2794DRJ432INFODE/SOWI.NEWS+Heft+4+2007.pdf?yw_repository=youatweb)

INHALT: Die Verfasser legen Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr vor. Die Ergebnisse ergeben ein umfangreiches und detailliertes Bild vom sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsklima in Deutschland. Im einzelnen werden folgende Themen behandelt: (1) Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmung der Bundesbürger; (2) Einstellungen zu grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen; (3) Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr; (4) Einstellungen zu den Auslandseinsätzen; (5) Meinungen zu den Aufgaben der Bundeswehr, zu den Verteidigungsausgaben und zum Streitkräfteumfang; (6) Haltungen der Bundesbürger zur Wehrpflicht; (7) Einstellungen zu ESVP und zur NATO; (8) Vertrauen in öffentliche Institutionen; (9) Attraktivität der militärischen und der zivilen Laufbahnen bei der Bundeswehr; (10) Werteorientierungen, gesellschaftspolitische Ziele und Mediennutzung. (ICE2)

[107-L] Chlibakh, M'hammed:

Die Euro-Mediterrane Partnerschaft: der Mittelmeerraum als Herausforderung für die Sicherheitspolitik der Europäischen Union, (Schriften zur Rechtswissenschaft, Bd. 111), Berlin: Wiss. Verl. Berlin 2008, XVI, 249 S., ISBN: 978-3-86573-416-7

INHALT: Die Dissertation gliedert sich in folgende Kapitel: (1) enthält die Begriffsbestimmung des Mittelmeerraums und der Sicherheit als Forschungsgegenstand. In (2) wird auf aktuelle Problemzonen im Mittelmeerraum bzw. zwischen- und innerstaatliche Konflikte eingegangen. In (3) wird die sicherheitspolitische Lage im Mittelmeerraum untersucht. Hier werden in fünf Punkten die neuen Gefahren und Herausforderungen im Mittelmeerraum vorgestellt. Alle Punkte wirken sich zusammen auf die Sicherheit und Stabilität der Europäischen Union aus. (4) beinhaltet einen Überblick über die Entwicklung der Mittelmeerpolitik der EU und stellt die Sicherheitspolitische Partnerschaft im Sinne des Barcelona-Prozesses vor. Im Rahmen der bilateralen Kooperation wird Marokko im Rahmen einer Fallstudie vorgestellt, die besonders auf die soziale und wirtschaftliche Lage des Landes eingeht. Hier wird auch ein Überblick über Demokratie und Menschenrechte im Mittelmeerraum gegeben sowie das MEDA-Programm als Instrument der Zusammenarbeit analysiert. (5) behandelt die politischen und militärischen Konflikte im Mittelmeerraum sowie die Ziele der EU-Sicherheitsstrategie. In (6) werden die Beziehungen der Institutionen europäischer Sicherheit zum Mittelmeerraum und die Auswirkungen der EU-Erweiterung in der Region auf die EU-Sicherheitspolitik vorgestellt. Im abschließende Kapitel werden innere und äußere Einflussfaktoren dargestellt, die auf die Umsetzung der EMP einwirken. (ICA2)

[108-L] Debiel, Tobias:

Kosten des Krieges, Chancen des Wiederaufbaus: Überlegungen zum Nutzen der Friedenskonsolidierung, in: Herfried Münkler (Hrsg.) ; Karsten Malowitz (Hrsg.): Humanitäre Intervention : ein Instrument außenpolitischer Konfliktbearbeitung ; Grundlagen und Diskussion, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 243-273

INHALT: Der Verfasser behandelt Chancen und Risiken der Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften. Gestützt auf eine Reihe neuerer empirischer Untersuchungen diskutiert er zunächst die menschlichen, sozialen und ökonomischen Kosten von Kriegen und umreißt ihre negativen Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklungsfähigkeit von Gesellschaften. Nach einem vorübergehenden Anstieg in den ersten Jahren nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die Häufigkeit bewaffneter Konflikte seit 1993/94 deutlich zurückgegangen. Die hohe Zahl der Friedensabkommen in den zurückliegenden zehn bis fünfzehn Jahre haben den Wiederaufbau von Nachkriegsgesellschaften zu einer zentralen Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft werden lassen. Peacebuilding in Nachkriegsgesellschaften ist um so notwendiger, als das Rückfallrisiko armer Länder in den ersten fünf Jahren nach Kriegsende sehr hoch ist und kollektive Gewalt sich rasch in Nachbarländer ausbreitet. Mit Blick auf die Wiederaufbaubemühungen externer Akteure plädiert der Verfasser für eine Revision bestehender Policy-Optionen in den Bereichen der internationalen Entwicklungs- und Steuerungspolitik sowie für eine verbesserte Rückkopplung militärischer Friedenssicherung an sozioökonomische Reformen. (ICE2)

[109-L] Ebert, Berit:

Die neue Weltordnung als Strategiefrage?: sicherheitspolitische Divergenzen zwischen EU und USA, Marburg: Tectum Verl. 2008, 75 S., ISBN: 978-3-8288-9656-7

INHALT: "Besonders seit dem zweiten Irakkrieg 2003 wurden häufig Unterschiede zwischen der US-amerikanischen und europäischen Sicherheitspolitik betont. Von einem Weltordnungskonflikt war gar die Rede. Dabei verfolgen die Sicherheitsstrategien von USA und Europäischer Union einen ähnlichen Ansatz, um militärische wie terroristische Bedrohungen auszumachen und zu bekämpfen. Warum unterscheiden sich dennoch die sicherheitspolitischen Realitäten der transatlantischen Partner? Berit Ebert analysiert parlamentarische Debatten in ausgewählten Staaten der Europäischen Union und den USA, die im Vorfeld des Kosovo- und Irakkrieges stattfanden. Auf deren Grundlage entwickelt sie einen multidimensionalen Ansatz. Mit seiner Erklärung der sicherheitspolitischen Divergenzen geht er über die jeweiligen Sicherheitsstrategien weit hinaus." (Autorenreferat)

[110-L] Engels, Bettina:

Gender und Konflikt: die Kategorie Geschlecht in der Friedens- und Konfliktforschung, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2008, III, 75 S., ISBN: 978-3-8364-6527-4

INHALT: Der Band gibt einen Überblick über die theoretische und empirische Arbeit feministischer Ansätze in der Friedens- und Konfliktforschung. Er gliedert sich in vier Kapitel. Zuerst wird in einige grundlegende Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung einerseits - Gewalt, Konflikt, Krieg, Frieden und Konfliktbearbeitung - und die Entwicklung feministischer Ansätze in der Disziplin andererseits eingeführt. Die drei folgenden Kapitel sollen zeigen,

dass die Kategorie Geschlecht auf allen Ebenen der Friedens- und Konfliktforschung einen Unterschied macht: theoretisch-konzeptionell, empirisch und praxisbezogen. Dazu werden jeweils zwei Themenbereiche vorgestellt, die in der feministischen Forschung zu bewaffneten Konflikten eine wichtige Rolle spielen: Identität und Sicherheit, Militär und sexualisierte Gewalt, peacekeeping und Demobilisierung. So werden die bisher vorliegenden Debatten und Ergebnisse feministischer Ansätze in der Friedens- und Konfliktforschung systematisch zusammenggeführt. (ICE2)

[111-L] Feske, Susanne:

Rüstungskontrolle in Asien, in: Hans J. Gießmann (Hrsg.) ; Götz Neuneck (Hrsg.): Streitkräfte zähmen, Sicherheit schaffen, Frieden gewinnen : Festschrift für Reinhard Mutz, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 265-271

INHALT: In keiner anderen Region der Welt steigen die Militärausgaben so rasant wie in Asien und nirgendwo sonst bestehen so viele Konflikte, die die Gefahr der Eskalation bis zu einer globalen Auseinandersetzung in sich bergen. Die Notwendigkeit von Rüstungskontrolle und Abrüstung stellt sich hier daher so dringend wie zu Zeiten des Kalten Krieges im Ost-West-Verhältnis. Allerdings sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Rüstungskontrolle in dieser Region ungleich ungünstiger, wie im vorliegenden Beitrag gezeigt wird. Es werden zunächst die Rüstungsdynamik in Asien, die jeweiligen Konfliktkonstellationen sowie die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen für die Rüstungskontrolle kurz vorgestellt. Hierbei werden die zwei unterschiedlichen Regionen Südostasien und Nordostasien betrachtet und folgende Fragen untersucht: Welche Schwierigkeiten ergeben sich bei der Entwicklung von Rüstungskontrollkonzepten im außereuropäischen Kontext? Welche Dialogforen könnten genutzt werden und welche kulturellen Faktoren gilt es zu berücksichtigen? Es werden verschiedene Problemstellungen sowie die spezifische politische Kultur Asiens betrachtet, die ein konzeptionell verändertes Herangehen an die Rüstungskontrollproblematik erforderlich machen. In diesem Zusammenhang wichtige Elemente sind: (1) Ein zirkuläres anstelle eines linearen Zeitverständnisses, (2) Informalität statt formalisierter Institutionen, (3) Verhandlungs- statt Vertragskultur, (4) Konsens statt Konfrontation. (ICI2)

[112-L] Fledes, Daniel:

Brasiliens neue Verteidigungspolitik: Vormachtsicherung durch Aufrüstung, (GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 12), Hamburg 2008, 7 S. (Graue Literatur;
www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_0812.pdf)

INHALT: "Brasiliens neue Verteidigungsstrategie überrascht mit der Rückbesinnung auf Relikte des Kalten Krieges: Aufrüstung und Abschreckung. Das am 17. Dezember 2008 veröffentlichte Regierungsdokument trägt in weiten Teilen die nationalistisch gefärbte Handschrift der brasilianischen Streitkräfte, die bis heute erheblichen Einfluss auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik nehmen. Auch die Regierung von Lula da Silva ist bekanntlich nicht frei von nationalistischen Zügen. So ließ sich der Präsident in der Heiligabendausgabe des Estado de São Paulo nach der Unterzeichnung von Rüstungsverträgen mit Frankreich über US Dollar 8,5 Mrd. wie folgt zitieren: 'Effektive militärische Fähigkeiten sind eine unverzichtbare Notwendigkeit, um unser Land in eine Macht zu transformieren, die in der ganzen Welt respek-

tiert wird. (...) Brasilien muss die Größe verkörpern, die Gott ihm gab, als er die Welt schuf.' Sein Minister für strategische Angelegenheiten und Spindoktor der neuen Verteidigungspolitik Mangabeira Unger, ein ehemaliger Harvardprofessor, kommentierte die neue Strategie mit dem Ausspruch: 'O Brasil vai nas armas!' (Brasilien greift zu den Waffen!). Brasiliens neue Verteidigungsstrategie zielt auf den Ausbau militärischer Abschreckungsfähigkeit und Machtprojektion. Zu diesem Zweck ist die Redislozierung der Streitkräfte sowie ihre Modernisierung und Aufrüstung geplant. Truppen und Material werden künftig in Amazonien und im Südatlantik konzentriert, um einer militärischen Intervention der USA vorzubeugen. Die Bedrohungsszenarien beinhalten außerdem konventionelle und asymmetrische Konflikte in Südamerika. Eine strategische Allianz mit Frankreich im Rüstungssektor soll die Abhängigkeit von externer Rüstungstechnologie reduzieren. Brasilien akquiriert vorerst französische Rüstungsgüter inklusive technologischem Know-how für rund US Dollar 8,5 Mrd. Nachdem Rüstungskäufe aufstrebender Mittelmächte wie Venezuela und Chile seine militärische Dominanz in den letzten Jahren auf die Probe gestellt haben, sucht Brasilien den außenpolitischen Status als Regionalmacht nun militärisch zu untermauern. Zwar bemüht sich Brasília mit der Errichtung eines regionalen Verteidigungsrates um die symbolische Einbindung der Nachbarstaaten (und die Ausgrenzung der USA). Doch gefährdet die unilaterale Aufrüstung zusehends die Reputation als kooperative Führungsmacht in Südamerika." (Autorenreferat)

[113-L] Heinemann-Grüder, Andreas:

Auslandseinsätze der Bundeswehr - Anspruch und Wirklichkeit, in: Hans J. Gießmann (Hrsg.) ; Götz Neuneck (Hrsg.): Streitkräfte zähmen, Sicherheit schaffen, Frieden gewinnen : Festschrift für Reinhard Mutz, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 79-90

INHALT: Der Autor fragt in seinem Beitrag nach der Zweckrationalität von militärischen Einsätzen der Bundeswehr und deren Einbindung in Strategien der Konflikttransformation. Interventionen sind seines Erachtens nur dann gerechtfertigt, wenn die Lage der betroffenen Bevölkerung nachweisbar verbessert wird. Interventionen müssen in diesem Sinne begründete Aussichten auf Erfolg vorweisen. Kriege mit dem Ziel, autoritäre, repressive, terroristische oder aggressive Regime zu stürzen, könnten nicht nur legitim sein, wenn damit eine akute Gefährdung des internationalen Friedens abgewendet würde. Sie sind es aber insbesondere dann nicht, wenn dies mehr Menschenleben kostet als das Regime selbst zu verantworten hat. Militäreinsätze bedürfen ferner einer systematischen, unabhängigen, qualitativen, transparenten und kriteriengeleiteten Wirksamkeitsmessung. Der Autor weist in seiner Erörterung der Erfolgsbedingungen von Militäreinsätzen auf folgende Maßnahmenbündel zur Konflikttransformation hin: (1) Herstellung öffentlicher Sicherheit (u.a. durch Kleinwaffenkontrolle sowie Demobilisierung und Reintegration), (2) Herstellung regionaler Sicherheit, (3) schnelle Nothilfe, (4) Förderung von Rechtsstaatlichkeit (vor allem Reform und Rekonstruktion des Sicherheitssektors), (5) Klärung von Eigentumsrechten für Investoren, (6) Förderung von Demokratie und Partizipation und (7) Einrichtung einer Übergangsjustiz zur moralischen Wiedergutmachung und Versöhnung. (ICI2)

[114-L] Höfer, Gerd:

Europäische Armee: Vision oder Utopie?, Hamburg: Merus Verl. 2008, 192 S., ISBN: 978-3-939519-34-8

INHALT: "Verteidigung und Sicherheitspolitik sind keine neuen Themen der europäischen Politik. Neu ist dagegen die stärkere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft hin zu einer Verteidigungsgemeinschaft und damit zu einer Europäischen Armee. Damit wird ein Faden aufgenommen, der bereits in den 50-er Jahren des letzten Jahrhunderts kurz nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder Montanunion) gelegt wurde. In diesem Buch soll die Entwicklung der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik dargestellt werden und der Frage nachgegangen werden, ob eine gemeinsame Europäische Armee auch in Zukunft eine Utopie bleiben wird und warum oder ob es sich dabei um eine Vision für die Zukunft handelt." (Autorenreferat)

[115-L] Klimas, Mirko:

Das iranische Atomprogramm - Energie- vs. Sicherheitspolitik?: zur Problematik des internationalen Nicht-Verbreitungsregimes, Norderstedt: Books on Demand 2007, 166 S., ISBN: 978-3-8370-2875-1

INHALT: Der Autor betrachtet das iranische Atomprogramm im Zusammenspiel der weltweiten Energiepolitik und internationalen Sicherheitspolitik der vergangenen Jahrzehnte. Unter Zuhilfenahme der Theorie des Neorealismus untersucht er einerseits das Nichtverbreitungssystem mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) und dem Atomwaffensperrvertrag (NPT), andererseits die Entwicklung von Nukleartechnik durch den Iran als Mitglied eben dieses Nichtverbreitungsregimes. Klimas fragt, warum die IAEO in diesem Fall ihrer Zielsetzung nicht gerecht wurde. Die Nuklearwaffen würden im ständigen Sicherheitsdilemma als garantierter Schutz gegen Angriffe gesehen, schreibt er als Ergebnis seiner Analyse. Sowohl für den NPT als auch für die IAEO sei es ein grundsätzliches Problem, dass eine Verbreitung der Nukleartechnik zu friedlichen Zwecken mit einer steigenden Gefahr des militärischen Missbrauchs einhergehe. Zudem, so Klimas, hätten die IAEO-Mitgliedstaaten lange Zeit selbst aus wirtschaftlichen Interessen das Vertragswerk ausgehöhlt, das anfangs eher als Kanal zur Verbreitung ihrer hochkarätigen Nukleartechnik gesehen worden sei. Es fehlten der IAEO, so das Fazit des Autors, die Negativanreize im Vertragswerk: Wichtiger als die Maßnahme der UN-Resolutionen wäre ein Sanktionsinstrumentarium bereits bei kleinen Verstößen gegen den Atomwaffensperrvertrag. (ZPol, NOMOS)

[116-L] Lang, Sabine:

Die USA und der umfassende nukleare Teststopp-Vertrag, (Politik und Demokratie, Bd. 13), Frankfurt am Main: P. Lang 2008, 191 S., ISBN: 978-3-631-57340-2

INHALT: Die Verfasserin setzt sich zunächst aus theoretischer Perspektive mit dem "Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty" (CTBT) auseinander. Sie diskutiert dann das ambivalente Verhältnis der USA zu Multilateralismus und stellt die Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik zwischen Isolationismus und Internationalismus dar. Ein Überblick über Multilateralismus im Bereich der nuklearen Rüstungskontrollpolitik schließt sich an. Dann werden die Veränderungen in den internationalen Rahmenbedingungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts benannt, die letztendlich dazu führten, dass die Verhandlungen über einen CTBT möglich wurden. Die Entwicklungen, die zur Entscheidung der Clinton-Administration für einen CTBT und zur deutlichen Ablehnung der Ratifizierung des Vertrages im Senat führten, werden mit Hilfe eines Analysemodells verdeutlicht, das fünf Faktoren umfasst: Machtpoten-

ziale, Strukturperzeptionen, nationale Rollenkonzepte, Interessen- und Akteurkonstellationen und externe Faktoren. Abschließend wird der CTBT als Teil des Nonproliferationsregimes diskutiert. (ICE2)

[117-L] Müller, Harald:

Zukunft der nuklearen Nichtverbreitung, in: Hans J. Gießmann (Hrsg.) ; Götz Neuneck (Hrsg.): Streitkräfte zähmen, Sicherheit schaffen, Frieden gewinnen : Festschrift für Reinhard Mutz, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 105-115

INHALT: Der Autor kommentiert die gegenwärtige Situation und die Verhandlungen zur Nichtverbreitung von Nuklearwaffen. Diejenigen Kernwaffenstaaten, die den bestehenden Vertrag brechen oder sich an den Rand des Vertragsbruchs bewegen, tragen seines Erachtens zu einer sicherheitspolitischen Krise bei. Ohne einen radikalen Perspektivwechsel ihrer Nuklearpolitik ist das Abrüstungsregime jedoch nicht reparabel. Das "Herantasten an die Waffenschwelle" wird zur Verhaltensnorm der Mittelmächte werden; regionale Bedrohungslagen einerseits, der erwartbare Ausbau der zivilen Kernenergie andererseits werden diesen Verfallsprozess beschleunigen und die gegenwärtig zerstrittene Vertragsgemeinschaft wird nicht die Kraft finden, dies zu verhindern. Schaffen die Kernwaffenstaaten aus langfristiger Einsicht in die eigenen Stabilitätsinteressen die Wende, so ist dieser Prozess aber durchaus aufzuhalten. Es bedarf nach Meinung des Autors der Neuorientierung auf einen glaubwürdigen Abrüstungsprozess in den nächsten 30 bis 50 Jahren. Längst fällige Maßnahmen wie die Ratifikation des Teststoppvertrages durch die USA und China sowie der Beginn von Verhandlungen über ein verifizierbares Verbot der Spaltstoffproduktion für explosive Zwecke (FMCT) könnten hingegen sofort eingeleitet werden. Gleichzeitig sollten Verhandlungen auf zwei Ebenen aufgenommen werden, nämlich zwischen den Kernwaffenbesitzern und in der Genfer Abrüstungskonferenz. (ICI2)

[118-L] Münkler, Herfried; Malowitz, Karsten (Hrsg.):

Humanitäre Intervention: ein Instrument außenpolitischer Konfliktbearbeitung ; Grundlagen und Diskussion, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 313 S., ISBN: 978-3-531-14591-4

INHALT: "Haben Staaten oder regionale Bündnisse das Recht, den Schutz der notleidenden oder verfolgten Zivilbevölkerung eines anderen Landes notfalls mit militärischer Gewalt zu erzwingen? Sind sie dazu womöglich sogar verpflichtet? Der Kosovo-Einsatz der NATO im Frühjahr 1999 hat eine kontroverse Debatte um die Legalität und Legitimität humanitärer Interventionen ausgelöst, die angesichts der weltweit wachsenden Zahl von Krisenherden weiter an Intensität gewinnt. Doch die Fragen, mit denen sich sowohl Befürworter als auch Kritiker humanitärer Interventionen heute auseinandersetzen müssen, erstrecken sich längst nicht mehr nur auf die Gebiete von Recht und Moral. Strukturelle, ökonomische und strategische Veränderungen im globalen Kriegsgeschehen haben Prozesse in Gang gesetzt, die Auswirkungen auf die Erfolgsbedingungen bewaffneter Friedenseinsätze haben und die Verantwortlichen aus Politik und Militär vor neue Herausforderungen stellen. Die Autoren der Beiträge nehmen die Komplexität der Problematik aus den Perspektiven unterschiedlicher Disziplinen in den Blick. Sie bieten völkerrechtliche und politische Analysen, erörtern moralische und strategische Fragen, diskutieren sowohl militärische als auch zivile Alternativen und skizzieren

ren zukünftige Herausforderungen und Tendenzen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Herfried Münkler, Karsten Malowitz: Humanitäre Interventionen: Bedeutung, Entwicklung und Perspektiven eines umstrittenen Konzepts - Ein Überblick (7-28); Stefan Oeter: Humanitäre Intervention und die Grenzen des völkerrechtlichen Gewaltverbots - Wen oder was schützt das Völkerrecht: Staatliche Souveränität, kollektive Selbstbestimmung oder individuelle Autonomie? (29-64); Christian Tomuschat: Humanitäre Intervention - ein trojanisches Pferd? (65-88); Herfried Münkler: Humanitäre militärische Interventionen. Eine politikwissenschaftliche Evaluation (89-112); Skadi Krause: Gerechte Kriege, ungerechte Feinde - Die Theorie des gerechten Krieges und ihre moralischen Implikationen (113-142); Karsten Malowitz: Zum Erfolg verdammt, zum Scheitern verurteilt? - Zur pragmatischen Komplexität humanitärer Interventionen (143-176); Sven Chojnacki: Zum Formwandel bewaffneter Konflikte (177-202); Norbert Eitelhuber, Ulrich Petersohn: Krisenmanagement und die Rolle der Bundeswehr. Ein umfassender Ansatz (203-220); Oliver Wolleh: Zivile Konfliktbearbeitung - Möglichkeiten und Grenzen des integrierten Ansatzes (221-242); Tobias Debiel: Kosten des Krieges, Chancen des Wiederaufbaus - Überlegungen zum Nutzen der Friedenskonsolidierung (243-274); Stefan Mair: Private Militärfirmen und humanitäre Intervention (275-294); Skadi Krause: Legitimationsdiskurse von Interventionen (295-310).

[119-L] Neuneck, Götz; Schaaf, Michael:

Internet-Ressourcen zu Fragen atomarer Rüstung und Rüstungskontrolle: Studie für Greenpeace Deutschland, (IFAR (Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien) Working Paper, 12), Hamburg 2007, 45 S. (Graue Literatur; www.ifsh.de/IFAR/pdf/wp12.pdf)

INHALT: Im Rahmen einer Informationskampagne für die deutsche Öffentlichkeit über Massenvernichtungswaffen liefert die Arbeit einen möglichst systematischen Überblick über die im Internet bereits verfügbaren Quellen zu Fragen atomarer Rüstung und Rüstungskontrolle. Ein spezieller Schwerpunkt wird auf deutschsprachige Quellen gelegt. Im ersten Teil werden zunächst Überblicks- und Einstiegsseiten aufgeführt, die zahlreiche Materialien und Artikel zu verschiedenen Unterthemen bereithalten. Im zweiten Teil werden thematisch sortiert Internetseiten aufgeführt, die detailliertere Informationen zu speziellen Fragen enthalten. Dabei gliedern sich die Ausführungen in (1) technologische (Funktionsweise von Atomwaffen, Trägersysteme, Auswirkungen von Atomwaffen/Atomtests, Schutz vor Atomwaffen), (2) historische (Geschichte der Entwicklung von Atomwaffen, Einsatz der Atomwaffen in Hiroshima und Nagasaki, der Kalte Krieg) und (3) aktuelle Themen (Stand der nuklearen Rüstung, Friedensbewegung, Stand und Ausblick der nuklearen Rüstungskontrolle). Schließlich werden im dritten Teil einige Seiten benannt, auf denen sich speziell aufgearbeitete Informationen in Form fertiger Unterrichtsmaterialien, Dokumentensammlungen oder illustrativer Filme und Bilder finden. (ICG2)

[120-L] Neuneck, Götz:

Abrüstung und Rüstungskontrolle: ein Blick zurück nach vorn, in: Hans J. Gießmann (Hrsg.) ; Götz Neuneck (Hrsg.): Streitkräfte zähmen, Sicherheit schaffen, Frieden gewinnen : Festschrift für Reinhard Mutz, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 128-143

INHALT: Abrüstung und Rüstungskontrolle scheinen nach den Abrüstungserfolgen am Ende des Kalten Krieges einmal mehr aus der Mode gekommen zu sein. Für die einen ist Rüstungskontrolle eine bloße Verlängerung von Militärstrategie und untauglich zur Kriegsverhütung; für andere ein von "Peaceniks" favorisierter sinnloser Entwaffnungsversuch von Staaten, die sich in ihrem militärischen Streben dadurch eingeengt fühlen. Eine vertragsbasierte Rüstungskontrolle scheint in weite Ferne gerückt zu sein und das Jubiläum von Reinhard Mutz kann daher zum Anlass genommen werden, um über die Abrüstung und Kriegsverhütung im atomaren Zeitalter neu nachzudenken. Mutz plädierte stets für praxisnahe und politikfähige Ziele zur Kriegsverhütung und zum Rüstungsabbau und machte auf die Widersprüche kollektiver und individueller Rationalität im Rahmen des nach übermäßiger Rüstung strebenden Abschreckungssystems des Kalten Krieges aufmerksam. Der Autor zeigt in seinem Beitrag, wie die Rüstungskontrolle nach dem Ende des Kalten Krieges möglich wurde und dass sie in der Folgezeit in eine Krise geraten war. Angesichts des Atomwaffeneinsatzes im regionalen Konflikt zwischen Indien und Pakistan und der fortschreitenden Weiterverbreitung von Atomwaffen stellt sich seiner Meinung nach die Frage nach einem neuen Nuklearwaffenzeitalter. (ICI2)

[121-L] Pihls, Susanne:

EU power examined: an analysis of the instigation of ESDP military operations, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 103, a-q S., ISBN: 978-3-8364-3327-3

INHALT: "Within the community of scholars that accepted the existence of a European foreign policy, the lack of military means was long seen as central to the argument about the civilian nature of EC/ EU power. With 1) the signature of the Maastricht Treaty in 1992 that rendered possible the eventual framing of a common defence policy establishing the Common Foreign and Security policy and more importantly 2) the Joint Declaration on European Defence at the Anglo-French Summit at Saint Malo in 1998, this argument crumbled. Consequently, debates on more than just the nature of European foreign policy came back to the fore. Additionally, emotional discussions on the necessity of and the reasons for European militarisation broke out and gradually intensified with the launch of Althea, Artemis, and Concordia - the EU's first ever military operations. Combining both debates, this book analyses the reasons for the EU to launch its first military operations and thus their instigation as an intrinsic/ instrumental case study in order to draw theoretical conclusions about the nature of European foreign policy. Given that the EU's unique character interdicts an investigation of this topic within a traditional foreign policy analysis framework, and the insufficiency of existent concepts to answer the two main research questions, this book introduces an adequate analytical, conceptual, and theoretical framework. Furthermore, it provides a contextual analysis of EC/ EU semi-detachment towards Bosnia-Herzegovina, the Democratic Republic of Congo, and Macedonia before the deployment of the respective military operations to demonstrate that the launch of these missions requires critical examination. Subsequently, it identifies the EU's rather non-cosmopolitan reasons to initiate Althea, Artemis, and Concordia. Building upon this analysis and the theoretical conclusions that are drawn from it, this book finally argues that European foreign policy is normative by nature but determined by Neorealist impulses in a Neoliberal Institutional framework." (author's abstract)

[122-L] Richter, Benjamin:

Die militärische Nuklearpolitik der USA nach dem Ost-West-Konflikt, (Schriften zur internationalen Politik, Bd. 20), Hamburg: Kovac 2007, VII, 236 S., ISBN: 978-3-8300-3069-0 (Standort: Aachen BTH(82)-Mg1068-20)

INHALT: "Fast zwei Jahrzehnte nach dem Kalten Krieg gibt es noch immer tausende von Atomwaffen. Benjamin Richter untersucht die Nuklearpolitik jener Macht, die das größte und modernste nukleare Arsenal besitzt die Vereinigten Staaten von Amerika. Dabei wird der außenpolitische Stellenwert von Atomwaffen ebenso in Betracht gezogen wie die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik, die Nuklearstrategie und die Entwicklung der Atomstreitkräfte. In die Analyse mit ein fließende Erkenntnisse, die der Autor bei Interviews mit Entscheidungsträgern, Beratern und Wissenschaftlern in Washington, D.C., gewonnen hat." (Autorenreferat)

[123-L] Roithner, Thomas:

Die Europäische Union als "global player": die Militarisierung der Sicherheitspolitik und ihre Alternativen, in: Erhard Crome (Hrsg.): Internationale Politik im 21. Jahrhundert : Konfliktlinien und geostrategische Veränderungen, Berlin: Dietz, 2008, S. 122-134

INHALT: Die Europäische Union verfügt heute über eine einsatzbereit erklärte militärische Interventionstruppe von 60.000 SoldatInnen, die im gesamten 'Petersberger Spektrum' (von humanitären Einsätzen bis zu Kampfeinsätzen) autonom innerhalb von 60 Tagen eingesetzt werden kann. Die Interventionstruppe ist nicht als stehendes Heer konzipiert, sondern setzt sich multinational zusammen. Aus Sicht der politischen Linken beschreibt der Text die Verortung der europäischen Sicherheitspolitik auf der internationalen Bühne, wobei sich die Ausführungen in folgende Punkte gliedern: (1) Die Regelung der Militärpolitik in der Europäischen Verfassung, (2) EU-Militärstrategie, (3) die EU-battle groups, (4) die militärischen Interventionsgebiete, (5) Interventionismus statt Verteidigung, (6) die Einsatzmotive, (7) das European Defence Paper, (8) die militärische Aufrüstung in der EU, (9) das Verhältnis der EU zu völkerrechtlichen Mandatierungen für Militäreinsätze, (10) die Friedenspolitik der EU, (11) der Paradigmenwechsel in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie (12) ein neues Verständnis und Bewusstsein von Außen- und Krisenpräventionspolitik. (ICG2)

[124-L] Ruf, Werner:

Internationale Perspektiven für eine Friedensregelung?, in: Erhard Crome (Hrsg.): Endstatusverhandlungen im Nahen Osten? : nur ein lebensfähiger palästinensischer Staat kann zu einer dauerhaften Friedensregelung führen, Berlin: Dietz, 2008, S. 76-86

INHALT: Der Beitrag zum israelisch-palästinensischen Krieg befasst sich mit der Ausgestaltung einer internationalen Friedenspolitik für diese Region. So wird im ersten Schritt zunächst der Stand des Konflikts hinsichtlich der völkerrechtlichen Ausgangsbasis und des ersten Versuchs zu Verhandlungslösungen auf bilateraler Ebene dargestellt. Der zweite Schritt liefert die jüngsten Lösungsvorschläge, und zwar (1) die Roadmap, (2) die Genfer Initiative sowie (3) der saudische Friedensplan. Der dritte Schritt informiert schließlich über die Ergebnisse der Konferenz im US-amerikanischen Annapolis, zu der Präsident Bush den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert und den Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, eingeladen hatte. Das Ergebnis der Reise wertet der Autor als kontraproduktiv.

tiv - für einen möglichen Frieden zwischen Israel und Palästina wie für die Stabilität in der Region: Antizionismus, Anti-Amerikanismus und anti-westliche Stimmungen verschmelzen immer mehr. Der vierte Schritt geht schließlich der Frage nach, ob es Voraussetzungen für einen Frieden gibt. Der fünfte Schritt thematisiert die Rolle und Verantwortung der EU, wobei hier insbesondere auf die Versäumnisse auf politisch-diplomatischer Ebene hingewiesen wird. Im sechsten Schritt formuliert der Verfasser abschließend Perspektiven für eine linke - das heißt: friedensorientierte - Politik. (ICG2)

[125-L] Scahill, Jeremy:

Blackwater: der Aufstieg der mächtigsten Privatarmee der Welt, München: Kunstmann 2007, 351 S., ISBN: 978-3-88897-512-7

INHALT: Söldner benötigen ein geeignetes politisches Umfeld. Die US-Administration begann in den frühen 90er-Jahren damit, dieses Umfeld zu schaffen. Ziel war es, die eigenen Streitkräfte zu verschlanken, so viel wie möglich Outsourcing zu betreiben. Das ist der Wirkungskreis für den Mischkonzern Halliburton, mit dem US-Vizepräsident Dick Cheney verbunden ist, und für sogenannte Sicherheitsfirmen wie Blackwater. Der Firmengründer, Erik Prince, selbst als 'Navy Seal' ausgebildet, stammt aus katholisch-konservativer Familie, liquide genug, um Ende der 90er-Jahre in eine Marktlücke zu stoßen, die die amerikanischen Streitkräfte eröffnen: die kleine Firma Blackwater bietet auf ihrem Firmengelände in North Carolina Trainingsmöglichkeiten für Spezialeinheiten an, für die in der Armee und Marine finanziell kaum noch Raum für moderne Ausbildung besteht. Der Irakkrieg wird zum Durchbruch für Blackwaters Geschäftsmodell und auch für andere Anbieter von Sicherheit, allerdings nicht nur wegen der unkomplizierten, wenn auch kostspieligen Personalgestaltung von Söldnern für unterschiedliche Bedarfsträger (die amerikanischen Botschaften in Bagdad und Kabul werden durch Blackwater-Mitarbeiter gesichert), sondern vor allem auch wegen einer ungehinderten Lobby-Arbeit in konservativen Politikkreisen. Scahill zeigt anschaulich, wie sich Blackwater unentbehrlich machte und wie eine Privatfirma das staatliche Gewaltmonopol unterminiert - tatkräftig unterstützt durch Teile der Administration in Washington, während andere Teile den politisch-militärischen Kontrollverlust beklagen. Was als Trainingseinheit begann, sieht sich jetzt allerdings durchaus in der Lage, eine komplette Brigade meistbietend aufzustellen, 'deployable' in alle Krisengebiete der Welt. (ZPol, NOMOS)

[126-L] Schmidl, Erwin A.:

Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen Neutralität und den Bündnissystemen, in: Michael Gehler (Hrsg.) ; Ingrid Böhler (Hrsg.) ; Rolf Steininger (Adressat): Verschiedene europäische Wege im Vergleich : Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart ; Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag, Innsbruck: Studien-Verl., 2007, S. 177-192, ISBN: 978-3-7065-4503-7 (Standort: UB Frankfurt/Oder(521)-51/MG15030S822)

INHALT: Der Verfasser gibt einen Überblick über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Österreichs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und zieht Parallelen zur Bundesrepublik. Er zeichnet die Anfänge des Militärs in Österreich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nach ("B-Gendarmerie"), beschreibt die Entwicklung zum Bundesheer Anfang der 1950er Jahre und behandelt die zahlreichen Einsätze des Bundesheeres bei Naturkatastrophen, das Konzept der "umfassenden Landesverteidigung", den Ausbau der Miliz und die Beteiligung

an Militäroperationen in Ex-Jugoslawien. Im Zuge der gewandelten Sicherheitslage nach dem 11. September 2001 sieht der Verfasser auf militärpolitischem Gebiet eine weitere Annäherung zwischen Österreich und Deutschland. (ICE2)

[127-L] Thränert, Oliver; Wagner, Christian:

Atommacht Pakistan: nukleare Risiken, regionale Konflikte und die dominante Rolle des Militärs, (SWP-Studie, S 3), Berlin 2009, 31 S. (Graue Literatur;

www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5715; www.swp-berlin.org/en/common/get_document.php?asset_id=6081)

INHALT: "Pakistan ist von allen Staaten, die derzeit über Kernwaffen verfügen, der instabilste. Die Studie befasst sich mit drei Fragen: 1. Wie sicher sind Pakistans Atomwaffen und kern-technische Anlagen? 2. Wie stabil ist die innenpolitische Situation in Pakistan? 3. Welche Perspektiven für den pakistanisch-indischen Konflikt sind abzusehen? Die technischen Maßnahmen zur Sicherung der Kernwaffen dürften, soweit dies öffentlich bekannt ist, einen ausreichend hohen Schutz davor bieten, dass Unbefugte sich Zugang zu einzelnen Komponenten verschaffen. Da der Armeeführung der strategische und globale Wert der Nuklearwaffen bewusst ist, wird sie auch künftig alles daran setzen, deren Sicherheit unter allen Umständen zu gewährleisten. Aus diesem Grunde werden vor allem die USA weiterhin auf eine enge nukleare Zusammenarbeit mit der Armee setzen. Unbeschadet dessen bleibt die Sicherheit der pakistanischen Nuklearwaffen prekär, vor allem, weil das gesellschaftliche Umfeld weiterhin von Instabilität bestimmt ist." (Autorenreferat)

[128-L] Wagener, Martin:

Hegemonialer Wandel in Südostasien?: der machtpolitische Aufstieg Chinas als

sicherheitsstrategische Herausforderung der USA, Trier 2009, XIV, 922 S. (Graue Literatur; ubt.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2009/520/pdf/Martin_Wagener_-_Dissertation_-_Trier_2009.pdf)

INHALT: "Verfügen die USA über eine Sicherheitsstrategie für Südostasien? Die große Mehrheit der Experten vertritt die Auffassung, dass sich die Politik Washingtons vor allem an tagespolitischen Erfordernissen orientiert. Entscheidungen werden demnach ad hoc gefällt. Unklar ist dabei, von welchen Kriterien solche Bewertungen abhängig gemacht werden: Was ist eine Strategie? An diesem Punkt setzt die vorliegende Abhandlung an und kommt zu dem Ergebnis, dass das Verhalten der USA in Südostasien sicherheitsstrategischen Kriterien gerecht wird. Die Dissertation soll in drei Gebieten einen Beitrag zum Forschungsstand der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen leisten: Für den Begriff der Strategie werden, erstens, konkrete Messkriterien entwickelt. Innerhalb des realistischen Paradigmas wird, zweitens, der Forschungsstrang des funktionalen offensiven Realismus herausgearbeitet. Gezeigt wird, dass eine Akteursöffnung auch unter systemischen Bedingungen möglich ist, wozu methodisch die Instrumente der Impulsverarbeitung und Impulsumsetzung entwickelt werden. Der dabei entstandene idealtypische, theoretisch aufgeladene Strategiebegriff wird so formuliert, dass er für weitere Arbeiten, die sich mit staatlicher Sicherheitspolitik befassen, verwendbar ist. Empirisch trägt die Dissertation, drittens, zur Aufarbeitung des amerikanisch-chinesischen Wettbewerbs um Macht und Einfluss in Südostasien bei. Dabei werden sämtliche bilateralen Beziehungen Chinas und der USA im ASEAN-Raum analysiert und aufeinander bezogen." (Autorenreferat)

[129-L] Zellner, Wolfgang:

Abrüstung reloaded?: zur Lage der europäischen Sicherheitspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 54/2009, H. 8, S. 89-97 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Auf ihrem Gipfeltreffen am 6. und 7. Juli in Moskau einigten sich US-Präsident Barack Obama und sein russischer Amtskollegen Dmitrij Medwedjew auf neue Schritte zur Abrüstung. Was bedeuten die Vereinbarungen für die europäische Sicherheitspolitik? Der Autor erörtert die unterschiedlichen Sicherheitsperzeptionen der OSZE-Staaten und entwickelt Vorschläge, wie die Abrüstung weiter befördert werden kann." (Autorenreferat)

5 Einzelne Kriege, ethnische, nationale Konflikte

[130-L] Becker, Johannes M.; Wulf, Herbert (Hrsg.):

Zerstörter Irak - Zukunft des Irak?: der Krieg, die Vereinten Nationen und die Probleme eines Neubeginns, (Schriftenreihe zur Konfliktforschung, Bd. 24), Berlin: Lit Verl. 2008, 289 S., ISBN: 978-3-8258-1200-3

INHALT: "Der Irak-Krieg hat seit dem 19. März 2003 ein ungeheueres menschliches, wirtschaftliches und politisches Desaster angerichtet. Er hat Millionen vertrieben, eine Volkswirtschaft zerstört, eine andere in tiefe Verschuldung getrieben. Er hat die Privatisierung des Krieges ungeahnt vorangetrieben. Die Rolle der Medien im Krieg muss neu geschrieben werden. 'Zerstörter Irak - Zukunft des Irak' beleuchtet Geschichte, Gegenwart und mögliche Perspektiven des umkämpften erdölreichen Landes. Eine reformierte UNO muss bei der nicht-militärischen Konfliktregelung eine dominante Rolle spielen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Johannes M Becker: Bilanz eines katastrophalen Krieges (17-42); Gert Sommer: Die Irakkriege: Feindbilder, Selbstbilder, Realbilder (43-63); Herbert Wulf: Der privatisierte Krieg (64-84); Gert Sommer: Menschenrechtsverletzungen im dritten Golfkrieg (85-104); Herbert Wulf: Iraks Abrüstung durch die UN: Die unvollendete Geschichte (105-120); Hans-Christof Graf von Sponeck und Tareq Y Ismael: Reformen der UN-Sanktionen im Schatten des Irak: Regierungen anvisieren, Zivilbevölkerung verschonen (121-145); Seref Ates, Jörg Becker, Richard Brunhart, Hüseyin Cicek, Thomas Oberhofer, Arzu Onay-Ok und Gülsel Taskara: "Europa kann Nein zu Amerika sagen." Die Berichterstattung über den Irak-Krieg in ausgewählten deutschen und türkischen Zeitungen (146-172); Andréa Eleonore Vermeer: Medienwelten des Irakkrieges: Kriegsberichterstattung des öffentlichen Fernsehens in Deutschland (173-192); Julia Sommerhäuser: Warblogs - Tagebücher zum Krieg (193-216); Walter Sommerfeld: Geschichte und gesellschaftliche Strukturen (217-236); Mohssen Massarrat: Perspektiven für den Irak und die gesamte Region durch gemeinsame Sicherheit und Kooperation (237-251); Jochen Hippler: Nachkriegszeit als Krieg - Der Irak seit der Invasion der USA (252-266); Andreas Buro: Die Rolle der Zivilgesellschaften in Konflikten (267-282).

[131-L] Begg, Jasmine:

Der Kaschmirkonflikt in der internationalen Politik: unter besonderer Berücksichtigung der USA, Russlands (UdSSR) und Chinas, Hamburg: Diplomica Verl. 2008, 153 S., ISBN: 978-3-8366-6868-2

INHALT: In der Untersuchung wird der Frage nachgegangen, welche Interessen und Machtpotenziale diese drei Staaten besaßen und durchsetzen konnten, welche Kooperationen und Konflikte sich mit Indien oder Pakistan daraus ergeben haben und welche direkten oder indirekten Einflussmöglichkeiten sie auf den Kaschmirkonflikt hatten. Die Arbeit ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil wird eine abgewandelte Konstellationsanalyse präsentiert, die in einigen Teilanalysen nicht nur Indien und Pakistan, sondern auch die anderen relevanten Staaten betrachtet. Während die Entstehung des Konflikts ein rein bilateraler Disput gewesen ist, soll mit Hilfe der Konstellationsanalyse untersucht werden, inwiefern überregionale Akteure - namentlich die USA, die frühere Sowjetunion und China - die Verhandlungen um Kaschmir bis 1972 maßgeblich beeinflussten. Die Rolle dieser Staaten wird in der Interessen-, Macht- und Perzeptionsanalyse gesondert betrachtet. Als Brücke und zum Ver-

ständnis der heutigen Situation werden im Anschluss an den ersten Teil der Studie die für Kaschmir relevanten politischen Ereignisse zwischen 1972 und 2005 zusammengefasst. Diese bilden die Grundlage für den zweiten Teil der Arbeit, der sich mit den Lösungsmöglichkeiten beschäftigt. Abschließend werden diese Lösungsszenarien anhand der aus der Synopsis der Konstellationsanalyse gewonnenen Erkenntnisse und aus einer persönlichen Perspektive heraus bewertet. (ICF2)

[132-L] Brüne, Stefan:

Somalia: Scheitern als Chance?, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 17/2009, Nr. 66, S. 91-100 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Nach der US-gestützten äthiopischen Besetzung bemühen sich Somalias Nachbarn sowie die USA und die UN um ein Ende des Bürgerkrieges. Im Beitrag wird argumentiert, dass die dafür notwendige stabile Regierung alle nationalen und regionalen Akteure einbinden muss. Eine neue Friedensinitiative, das Dschibuti-Abkommen, berücksichtigt diese Machtkonstellation und setzt entsprechende Impulse. Die Aussichten für eine Beilegung der somalischen Krise sind so gut wie lange nicht. Zwar bietet der durch das Dschibuti-Abkommen angestoßene Prozess keine Erfolgsgarantien, aber die Chancen stehen gut. Dennoch: In den politischen Entscheidungszentren starker Staaten wie Äthiopien, Sudan und Eritrea liegt die Wahrnehmung von Sicherheitsbedrohungen weitgehend in der Hand von Militär- und Geheimdienstzirkeln, die sich traditionellen militärischen Machtgedenken verpflichtet fühlen. Deshalb sollten die somalischen Akteure auf eine Konfliktlösung verpflichtet werden, die einer behutsamen Einbindung den Vorzug gibt. (ICB2)

[133-L] Brüne, Stefan:

Umstrittener Friedenseinsatz: Europa, Frankreich und der Tschad, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 17/2009, Nr. 64, S. 19-23 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Im Prinzip könnte EUFOR TCHAD/RCA, so der Verfasser, einen wichtigen Friedensbeitrag leisten. Die Feststellung, dass die Doppelgesichtigkeit des französischen Vorgehens dessen Legitimität und damit auch dessen Erfolg in Frage stellt, weil Frankreich als Richter und Partei zugleich agiert, lässt sich, gemessen am offiziellen Ziel der Operation - Befriedung der Region und Schutz der Zivilisten - kaum bestreiten. Vor dem Hintergrund eines afrikanischen Frankreichbildes, das ohnehin Schaden genommen hat, hat das französische Eingreifen maßgeblich dazu beigetragen, das politische Überleben eines für systematische Menschenrechtsverletzungen bekannten Präsidenten zu sichern. Über die mittel- und langfristigen Wirkungen dieses Vorgehens lässt sich nur spekulieren. Sicher scheint indes, dass eine auf Wirksamkeit bedachte europäische Krisenbewältigungspolitik neben der Linderung der Symptome auch deren Ursachen in den Blick nehmen muss. (ICF2)

[134-L] Brzoska, Michael; Heller, Regina; König, Marietta; Kreikemeyer, Anna; Kropatcheva, Elena; Mutz, Reinhard; Schlichting, Ursel; Zellner, Wolfgang:

Der Kaukasuskrieg 2008: ein regionaler Konflikt mit internationalen Folgen, (Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 45), Hamburg 2008, 16 S. (Graue Literatur; www.ifsh.de/pdf/publikationen/hifs/HI45.pdf)

INHALT: Von der Weltöffentlichkeit beinahe unbemerkt startete die georgische Armee in der Nacht zum 8. August 2008, dem Tag der Eröffnung der Olympischen Spiele in Peking, eine Militäroffensive in Südossetien. Georgische Truppen marschierten in die abtrünnige Provinz ein und lieferten sich schwere Gefechte mit südossetischen Milizen. Zchinwali, die Hauptstadt Südossetiens, wurde unter massiven Raketenbeschuss genommen und innerhalb weniger Stunden besetzt. Vertreter der südossetischen De-facto-Regierung warfen Georgien eine "breitangelegte militärische Aggression" vor. Die georgische Regierung hingegen rechtfertigte das militärische Vorgehen als notwendige Antwort auf anhaltende Angriffe südossetischer Kämpfer auf georgische Dörfer im Konfliktgebiet und als Maßnahme zur "Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung Georgiens". Der vorliegende Beitrag untersucht die internationalen Auswirkungen dieses Konfliktes, bei dem erstmals nach Ende des Kalten Krieges die USA und Russland in einem militärisch ausgetragenen Regionalkonflikt auf verschiedenen Seiten standen. Es wird deutlich, wie schlecht es um die Beziehungen zwischen den westlichen Ländern, insbesondere den USA, und Russland bestellt ist und welches Potenzial für eine weitere Eskalation besteht. Exemplarisch wurde deutlich, dass die mit der Charta von Paris 1990 eingeleitete kooperative Sicherheitspolitik in Europa, aber auch zwischen Russland und den USA, vor dem Kollaps steht. Die Liste strittiger Fragen reicht inzwischen von strategischen Nuklearwaffen und Raketenabwehr über taktische Nuklearwaffen und konventionelle Rüstungskontrolle in Europa bis zur NATO-Erweiterung und den beiden prominentesten Regionalkonflikten in Europa, Georgien und Kosovo. (ICD2)

[135-L] Bunzl, John:

Spiegelbilder - Wahrnehmung und Interesse im Israel-Palästina-Konflikt, in: John Bunzl (Hrsg.) ; Alexandra Senfft (Hrsg.): Zwischen Antisemitismus und Islamophobie : Vorurteile und Projektionen in Europa und Nahost, Hamburg: VSA-Verl., 2008, S. 127-144, ISBN: 978-3-89965-281-9 (Standort: UB Duisburg-Essen(464)-01OCD1388)

INHALT: Der Beitrag versucht eine Brücke zwischen europäischen und nahöstlichen Debatten zu Antisemitismus und Islamophobie zu schlagen. Der Konflikt in und um Palästina selbst ist ein wesentliches Einfallstor für undifferenzierte Verallgemeinerungen und kollektive Zuschreibungen (von beiden Seiten). Das bezieht sich sowohl auf die Amalgame von Israelkritik und Antisemitismus in arabischen und islamischen Diskursen, als auch auf israelische Denunziationen von Gegnern mit islamophoben "Argumenten" oder mit der Unterstellung, sie würden die Neuaufgabe eines europäisch-völkisch-eliminatorischen Antisemitismus repräsentieren. Der Autor verweist in diesem Kontext auch auf ein "zionistisches Paradoxon", "das jeden Juden, auch wenn er es nicht will, mit Israel und Israel, selbst wenn es das nicht will, mit jedem Juden verbindet". (ICA2)

[136-L] Clawson, Patrick:

Modest change, not a breakthrough: Obama and Iraq, Iran and the Arab-Israeli conflict, in: Orient : deutsche Zeitschrift für Politik Wirtschaft und Kultur des Orients ; Zeitschrift des Deutschen Orient-Instituts, Jg. 50/2009, H. 2, S. 13-21 (Standort: StBA Wiesbaden(282)-81.6568; www.deutsche-orient-stiftung.de/component?option=com_docman/task,doc_download/gid,51/lang,de/)

INHALT: Der Autor setzt sich in seinem Beitrag ausführlich mit der amerikanischen Außenpolitik und den neuen diplomatischen Bemühungen von Präsident Barack Obama im Irak, im Iran und im arabisch-israelischen Konflikt auseinander. Er diskutiert die Herausforderungen und Perspektiven der Obama-Administration, welche unter anderem beabsichtigt, Gespräche direkt mit dem Obersten Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, zu führen. Er kommentiert des Weiteren den geplanten Rückzug der US-Streitkräfte aus dem Irak, die Verpflichtung des Iran, sich stärker bei den Verhandlungen um eine weltweite Abrüstung von Atomwaffen zu engagieren, den Regimewandel im Iran und das Misstrauen der iranischen Führungskräfte gegenüber der US-Politik sowie die veränderten politischen Gelegenheiten im arabisch-israelischen Konflikt. Der Autor begründet außerdem die These, dass die Bemühungen von Präsident Obama aufgrund der schwierigen Position der USA im Mittleren Osten nur eine geringe Aussicht auf Erfolg versprechen und keinen wirklichen Durchbruch in der Nahostpolitik und Friedenssicherung darstellen. (ICI)

[137-L] Crome, Erhard (Hrsg.):

Internationale Politik im 21. Jahrhundert: Konfliktlinien und geostrategische Veränderungen, (Manuskripte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, 80), Berlin: Dietz 2008, 171 S., ISBN: 978-3-320-02166-5

INHALT: "Aus der Sicht linker Politik kommt der Konfliktprävention und der friedlichen Konfliktbearbeitung in der internationalen Politik zentrale Bedeutung zu. Die Ablehnung von Militäreinsätzen und die Entwicklung alternativer friedenspolitischer Ansätze bilden eine Einheit. Dazu gehören die Entmilitarisierung internationaler Konflikte, das Ringen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, die Schaffung von internationalen Regimen gemeinsamer Sicherheit sowie die Stärkung der Organisation der Vereinten Nationen und der Durchsetzung der UNO-Charta. Im Kern geht es um die 'Herrschaft des Rechts' in Gestalt des Völkerrechts gegen ein 'Recht des Stärkeren' in der internationalen Politik. Ein grundlegendes politisches Ziel der Linken besteht darin, dass deutsche und europäische Außenpolitik Friedenspolitik wird." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: I. Konfliktlinien der internationalen Politik im 21. Jahrhundert - H.J. Krysmanski: Elgersburger Thesen (10-18); Jochen Scholz: Die wichtigsten Konflikte in den nächsten Jahren: in Eurasien (19-26); Wolfgang Grabowski: Auseinandersetzung mit dem Mainstream (27-29); Claus Montag: Herausforderungen für die Politik (30-34); Jürgen Nieth: Eine gerechte Weltordnung sollte selbstverständlich sein (35-38); Erhard Crome: Zu den internationalen Konfliktlinien im 21. Jahrhundert (39-49); Werner Ruf: Konfliktdimensionen im Internationalen System (50-52). II. Geostrategische Veränderungen der Gegenwart - Marlies Linke: Chinas Aufstieg (53-57); John P. Neelsen: Indien als Swing State im multipolaren internationalen System (58-69); Wolfgang Grabowski: Russland in der globalen Politik. Moskaus neues Selbstbewusstsein und die Beziehungen zu den USA (70-77); Julij Kwizinskij: Über regionale Konflikte in Europa, einschliesslich der Lage um Kosovo, und mögliche Wege zu ihrer Regelung (78-82); Peter Linke: Die unbemerkte Revolution. Japan

als "normaler Staat" (83-88); Rainer Rilling: Change? (89-98); Peter Linke: Hightech-Dun-
dee. Australien auf dem Weg zur vernetzten Kriegsführung (99-101); Erhard Crome: Die EU.
Von der Friedensmacht zur imperialen Politik? (102-121); Thomas Roithner: Die Europäi-
sche Union als "Global Player". Die Militarisierung der Sicherheitspolitik und ihre Alternati-
ven (122-134); Werner Ruf: Naher und Mittlerer Osten (135-139); Peter Strutynski: Die ein-
zige Alternative zum Afghanistankrieg heißt: Kein Krieg (140-150); Joachim Wahl: Latein-
amerika in der internationalen Politik zu Beginn des XXI. Jahrhunderts (151-169).

[138-L] Crome, Erhard (Hrsg.):

Endstatusverhandlungen im Nahen Osten?: nur ein lebensfähiger palästinensischer Staat kann zu einer dauerhaften Friedensregelung führen, (Manuskripte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, 82), Berlin: Dietz 2008, 109 S., ISBN: 978-3-320-02186-3

INHALT: "Der Gesprächskreis 'Frieden und Sicherheitspolitik' bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte sich im Herbst 2007 - in der Zeit, da alle Welt von den kommenden 'Endstatusverhandlungen im Nahen Osten' redete und die USA-Regierung dann auch zu der entsprechenden Konferenz nach Annapolis einlud - entschlossen, einen Workshop zu diesem Thema zu veranstalten. Der fand dann im Januar 2008 statt. Harri Grünberg und Werner Ruf hatten ein Problempapier erarbeitet, das betonte: Nur ein lebensfähiger palästinensischer Staat kann zu einer dauerhaften Friedensregelung führen. Wir haben der Diskussion im Gesprächskreis Frieden das Konzept der zwei Staaten zugrunde gelegt und diskutiert, was gegenwärtig die Bedingungen für eine solche Friedensregelung sein können." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Harri Grünberg, Werner Ruf: Stichworte zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts - Bedingungen für die Existenz eines lebensfähigen palästinensischen Staates (13-15); Michael Ingber: Eine Bestandsaufnahme der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern (16-32); Helga Baumgarten: Palästina: die unendliche Katastrophe (oder) Katastrophe ohne Ende. Die aktuelle politische Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten (33-55); Peter Schäfer: Vom Geländewagen überfahren. 15 Jahre internationale Demokratieförderung und wirtschaftliche Aufbauhilfe führten zur Rückentwicklung der palästinensischen Gesellschaft. Fortschrittliche Kräfte wurden mit Geld überschüttet und so ins Koma finanziert: Herausforderungen für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die seit kurzem ihre Präsenz in Ramallah aufbaut (56-64); Karin Kulow: Zum offensichtlich schwierigen Umgang mit Hamas. Einige Anmerkungen (65-75); Werner Ruf: Internationale Perspektiven für eine Friedensregelung? (76-86); Arne C. Seifert: Das System "Antiterrorstrategie", Deutschland und der islamische Nachbarraum (87-104); Wolfgang Gehrcke: Isolierung führt zu Radikalisierung (105-108).

[139-L] Gruber, Stefan:

Die Lehre vom gerechten Krieg: eine Einführung am Beispiel der NATO-Intervention im Kosovo, Marburg: Tectum Verl. 2008, 167 S., ISBN: 978-3-8288-9650-5

INHALT: "Dieses Buch will eine Einführung in die Lehre vom gerechten Krieg geben, die wohl wichtigste Theorie der Kriegsethik. In Zeiten vermeintlich schwindender Beachtung des Völkerrechts und immer zahlreicheren militärischen Engagements von NATO-Staaten und insbesondere der USA, scheint die Staatenwelt auch nach Ende des Kalten Krieges nicht sicherer geworden zu sein. Insbesondere die Vereinten Nationen erwecken nicht den Eindruck, als ob sie ihrer Aufgabe zur Wahrung des internationalen Friedens effektiv nachkommen können.

Zu offensichtlich wurden sie während des Kosovo-Krieges 1999 und zuletzt des Irak-Krieges 2003 übergangen. Trotz des Desasters im Irak lassen die USA und andere Staaten keine Zweifel aufkommen, dass sie auch weiterhin militärische Aktionen auf fremdem Territorium durchführen werden, wenn sie dies als politisch oder moralisch geboten sehen, auch wenn keine Autorisierung durch die Vereinten Nationen vorliegt. Der Krieg scheint als politisches Mittel wieder zurückgekehrt zu sein, wodurch gleichzeitig das internationale Gewaltverbot in Frage gestellt und die Vereinten Nationen in ihrer Autorität deutlich zurückgedrängt werden. Mehr denn je werden dabei militärische Aktionen mit moralischen Argumenten gerechtfertigt, um die Unterstützung durch Bündnispartner und Bevölkerung sicherzustellen. Die Lehre vom gerechten Krieg bietet sich hier als Instrument an, um vermeintlich gerechte Militärationen zu beurteilen und die Rechtfertigungen von politischen Entscheidungsträgern zu überprüfen. Auch wenn sie bereits auf eine lange Tradition zurückblickt, ist ihr Anwendungsbereich aktueller denn je. Im vorliegenden Buch werden die Kriterien der Lehre vom gerechten Krieg erklärt, an aktuellen Beispielen vorgestellt und schließlich am Beispiel der NATO-Intervention im Kosovo 1999 auf ihre Tauglichkeit in der Praxis überprüft. Denn gerade bei Befrachtungen in der Disziplin der internationalen Beziehungen ist die Gefahr groß, durch die Beschränkung auf rein theoretische Darstellungen dem behandelten Thema nicht gerecht zu werden. Nur in der praktischen Anwendung zeigt sich, was eine Theorie zu leisten vermag. Neben einer Einführung in die Lehre vom gerechten Krieg wird weiter dargestellt, wie diese auch zur Weiterentwicklung von Völkerrecht und Menschenrechtsschutz dienen kann und wie es um die Zukunft des Gewaltverbots in der Staatengemeinschaft bestellt ist." (Textauszug)

[140-L] Guske, Katja:

Der Tschetschenienkonflikt und die internationale Reaktion: Analyse eines vergessenen Konfliktes, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 123 S., ISBN: 978-3-8364-5155-0

INHALT: "Der Tschetschenienkonflikt, ein von der Weltöffentlichkeit weitgehend vergessener Konflikt mit einer langen Geschichte, hat vor allem in den 90er Jahren des Zwanzigsten Jahrhunderts an Intensität zugenommen, und dauert bis in die Gegenwart an. Die Autorin untersucht seine historische Entwicklung, das Verhalten der Konfliktparteien, die Politik der internationalen Staatengemeinschaft sowie die Auswirkungen auf die Kaukasus-Region und Russland. Die tschetschenische Gesellschaft wird zunehmend deformiert, die Kriegsführung auf beiden Seiten immer gewalttätiger. Diese Entwicklungen stehen in engem Zusammenhang mit dem zunehmend autoritär werdenden politischen System der Russischen Föderation. Geht es um den Kampf gegen internationalen Terrorismus und fundamentalistischen Islam? Warum kann das überlegene russische Militär diesen Konflikt nicht beenden und welche Handlungsperspektiven existieren? Wie kann ein Konflikt solchen Ausmaßes von der internationalen Gemeinschaft ignoriert werden, obwohl gleichzeitig die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland intensiviert werden? Diese Fragen werden auf theoretischer und pragmatisch politischer Ebene von der Autorin beantwortet." (Aitorenreferat)

[141-L] Heinicke, Thomas:

Piratenjagd vor der Küste Somalias: Überlegungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der EU NAVFOR Somalia/ ATALANTA-Operation, in: Kritische Justiz : Vierteljahresschrift für Recht und Politik, Jg. 42/2009, H. 2, S. 178-195 (Standort: USB Köln(38)-XF126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Rat der Europäischen Union hat in seiner Entscheidung vom 8.12.2008 den Beginn einer europäischen Militäraktion vor der Küste Somalias beschlossen, an der die Bundesmarine nach dem Beschluss des Bundestages vom 17.12.2008 beteiligt ist. Gegenstand der EU NAVFOR Somalia-Mission, die in Anlehnung an eine Jägerin der griechischen Mythologie 'Atalanta' getauft wurde, ist die Entsendung von Kriegsschiffen in den Indischen Ozean und den Golf von Aden. Dort sollen die Kriegsschiffe die zahlreichen Übergriffe von Piraten auf Schiffe des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen mit Hilfslieferung für die somalischen Flüchtlinge sowie Handels- und Passagierschiffe eindämmen. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den völker-, europa- und verfassungsrechtlichen Fragen, die ein solcher Einsatz aufwirft." (Autorenreferat)

[142-L] Koch, Christian:

The changing international relations of the Gulf Region, in: Orient : deutsche Zeitschrift für Politik Wirtschaft und Kultur des Orients ; Zeitschrift des Deutschen Orient-Instituts, 2007, H. 4, S. 4-16 (Standort: StBA Wiesbaden(282)-81.6568; www.deutsche-orient-stiftung.de/component?option=com_docman/task,doc_download/gid,28/lang,de/)

INHALT: Der Verfasser argumentiert, dass die Rolle der USA unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht nachhaltig ist, da das Zeitalter ihrer klaren strategischen Dominanz in der Golf-Region bald enden wird. Er betrachtet die sich wandelnden Sicherheitsbeziehungen zwischen den USA und den Ländern des Golf-Kooperationsrates (Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi Arabien und die Vereinigten arabischen Emirate), die für das Engagement der USA maßgebend in der Region sind, als kritisch. Auf den ersten Blick sehen diese Beziehungen unproblematisch aus, weil sie den Golf-Ländern eine gewisse Sicherheit vermitteln, die sie veranlassen, keine eigenen Verteidigungskapazitäten aufzubauen. Zugleich aber bestehen, so die These, begründete Zweifel bezüglich der Erfolgchancen der USA, im Alleingang mithilfe von militärischen Mitteln den Golf-Ländern eine nachhaltige Sicherheit zu garantieren. Die USA sind mittlerweile nicht allein in der Region präsent: viele andere Mächte kämpfen hier um Einfluss. Darüber hinaus sind sich die Golf-Staaten nicht mehr sicher, ob sich hohen Kosten, mit denen die engeren Sicherheitsbeziehungen zu den USA verbunden sind, lohnen. (ICF2)

[143-L] Kranz, Jerzy:

Der Kampf um den Frieden und sein besonderer Facilitator: Anmerkungen zur Georgienkrise, in: Archiv des Völkerrechts, Bd. 46/2008, H. 4, S. 481-501 (Standort: USB Köln(38)-FHM Ga 00252; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Seit Beginn der 1990er Jahre hat Georgien immer wieder vergeblich versucht, die Kontrolle über seine abtrünnigen Provinzen (Abchasien und Südossetien) militärisch zurückzugewinnen. Auch wenn sich über diese Methode der Machtsicherung streiten lässt, bleibt

dennoch festzuhalten, dass Russland die Wiederherstellung von normalen Beziehungen zwischen Georgiern und Abchasen bzw. Osseten keinesfalls erleichtert hat (divide et impera). Russland fällt es schwer, sich mit dem Verlust des ehemaligen Imperiums abzufinden. Der ehemalige Staatspräsident Putin bezeichnete den Zerfall der Sowjetunion als größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Während der Kreml in der Ara des Kalten Krieges die Interessen des Sozialismus verteidigte (sog. Breschnew-Doktrin), favorisierte er in den 1990er Jahren die Konzeption des sog. nahen Auslands, also der an Russland angrenzenden Nachbarstaaten, von denen man die Respektierung der russischen Interessen erwartet. Resümierend bleibt festzuhalten, dass sowohl Russland als auch Georgien die aus ihrer Sicht schlüssigen Rechtsstandpunkte vertreten. Es stellt sich nur die Frage, ob die in Moskau und Tiflis gefällten politischen Entscheidungen richtig waren bzw. sind. Etwaige Irrtümer liefern jedenfalls keine Rechtfertigung für Verstöße gegen das Völkerrecht. Dabei ist auch zu untersuchen, inwieweit beide Konfliktparteien die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts eingehalten haben. (LO2)

[144-L] Lütterfelds, Johanna:

Das Konzept der Sicherheit als Mittel und Zweck der Konstruktion öffentlicher Meinung: die Bushdoktrin und der Irakkrieg in den USA, Hamburg: Diplomica Verl. 2008, 158 S., ISBN: 978-3-8366-6667-1

INHALT: In einem ersten, theoretischen Teil gibt die Verfasserin einen Überblick über das theoretische Fundament ihrer Untersuchung, die Ansätze von G. Almond, W. Lippmann, H. Maslow, S. Freud und C. Schmitt. Er schließt sich eine empirische Analyse an, die zwischen der Situation vor und nach den Anschlägen vom 11. September differenziert. Sie behandelt öffentliche Meinung, die amerikanische Außenpolitik und die amerikanische Medienlandschaft. Dann werden die Auswirkungen des 11. September auf psychologischer, gesellschaftlicher, politischer und medialer Ebene analysiert. Es schließt sich eine Analyse der politischen Rhetorik bezüglich der Agenda eines möglichen Irakkrieges an, wobei auch die Reaktionen der amerikanischen Öffentlichkeit und der amerikanischen Medien berücksichtigt werden. Die Verfasserin zeigt, dass für die erfolgreiche Legitimation des Irak-Krieges gegen den mehrheitlichen Wunsch der Bevölkerung durch Bush auf den in der amerikanischen Öffentlichkeit etablierten rally-Effekt zurückzuführen ist sowie auf die durch 9/11 ausgelöste traumatische Situation. (ICE2)

[145-L] Malek, Martin; Schor-Tschudnowskaja, Anna (Hrsg.):

Europa im Tschetschenienkrieg: zwischen politischer Ohnmacht und Gleichgültigkeit, (Soviet and post-soviet politics and society, Vol. 84), Stuttgart: Ibidem-Verl. 2008, 516 S., ISBN: 978-3-89821-676-0

INHALT: "Das Buch befasst sich mit unterschiedlichen Facetten des europäischen politischen Denkens und Handelns, indem es diese einer 'Tschetschenien-Prüfung' unterzieht. Am Beispiel der Reaktionen auf den Krieg in der kleinen nordkaukasischen Republik wird die Fähigkeit der Europäer hinterfragt, ihr politisches und geistiges Wertefundament zu vertreten, zu verteidigen und durchzusetzen. Damit konzentriert sich die Aufmerksamkeit weniger auf das Geschehen in Russland bzw. Tschetschenien selbst, sondern eher darauf, wie jenes in Europa wahrgenommen, reflektiert und gedeutet wurde. Die hier versammelten Autorinnen und Au-

toren kommen aus den Bereichen Wissenschaft, Journalismus, Diplomatie und Menschenrechtsarbeit. Die von ihnen untersuchte Problematik lässt sich mit folgender Frage eines Beiträgers zusammenfassen: 'Wie ist es möglich, dass trotz der massiven Menschenrechtsverstöße in Tschetschenien und der im Prinzip ausreichenden Informationen darüber jenes 'Europa' passiv bleibt, das sich ständig auf die Menschenrechte als eine seiner geistigen und politischen Grundlagen beruft?' (S. Reinke)" (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Anna Schor-Tschudnowskaja: Einleitung: Die Gleichgültigkeit der Politik. Versuch einer systematischen Analyse (17-34); Martin Malek: Tschetschenien und die europäische Öffentlichkeit: Positionen, Reaktionen, Aktivitäten (35-102); Susanne Scholl: Über die Grenzen des Journalismus - Oder: Wo die vierte Gewalt machtlos ist (103-112); Irena Brezná: Wenn fremde Trümmer zur Heimat werden (113-124); Irena Brezná: Liebespost an Ramzan - Eine Replik auf die Tschetschenienreportagen von Barbara Lehmann (125-130); Karl Grobe-Hagel: Die russischen Kriege in Tschetschenien: Versuch eines selbstreflexiven Rückblicks (131-144); Sarah Reinke: Versuche gegen das Scheitern - Menschenrechtsarbeit zum Tschetschenienkrieg am Beispiel der Gesellschaft für bedrohte Völker (145-162); Ondrej Ditrych, Emil Souleimanov: Tschechische Reflexionen über den Tschetschenienkonflikt (163-180); Karol Sauerland: Tschetschenien aus polnischer Sicht (181-190); Raphael Utz: Russland als europäische Projektion: Der Triumph des Ressentiments (191-220); Martin Malek: Das Reden und Schweigen europäischer Intellektueller, Kunst- und Kulturschaffender zu Tschetschenien (221-254); Micha Brumlik: Stärker als Hass - Tschetschenien, Tolstoj und die Weltgesellschaft (255-274); Olaf Melzer: Russland und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte - Ausgewählte Aspekte ihrer Beziehungen (275-296); Olaf Melzer: Der Europarat, Russland und Tschetschenien: Dialog ohne Konsequenzen? (297-340); Georg Heindl: Das Vorgehen der russischen Regierung in Tschetschenien seit 1999 im Lichte der internationalen Normen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts (341-390); Barbara Morlock: Männerfreundschaft vor dem Hintergrund des Krieges: Die deutsche Tschetschenienpolitik unter Schröder (291-438); Barbara Esser: Tschetschenische Flüchtlinge in Deutschland - von Abschiebung bedroht (439-488); Karl Grobe-Hagel: Anhang: Der Krieg in Tschetschenien - Zur Perzeption wenig beachteter Aspekte (489-504).

[146-L] Mboka, Abu Karimu:

The politics of chapter VII interventions in violent conflicts: a comparative analysis of Bosnia, Iraq, Rwanda, and Sierra Leone, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2008, 209 S., ISBN: 978-3-8364-3721-9

INHALT: "This book emerges out of the notion that Security Council's Title VII interventions follow a decision making process that weighs not only on legal interpretations of threat to international peace and security but also on common triggers and frequently cited moral reasoning. Thus it examines the main factors that inform the Council's Title VII decision-making process by comparatively analyzing its involvement in Bosnia, Iraq, Rwanda, and Sierra Leone. The focus of analysis is on the Council's elements of concern, strategies used by actors and employed by the Security Council, the roles historical and contemporary contexts play in the development, containment, prosecution and sustenance of violent conflicts, and the level of consistency of communicative interactions among the Security Council and international human rights practitioners. A comparative analysis of Security Council resolutions, U.N documents, Amnesty International annual reports, New York Times and London Guardian editorials and articles on violent conflicts in Bosnia, Iraq, Rwanda, and Sierra Leone between

1990 and 2000 suggests that the Council's primary elements of concern were the protection of state functions, diplomatic operations and regime ties. However, the Council frequently and conveniently utilized gross human rights violations as the moral and legal basis for its Title VII decisions." (author's abstract)

[147-L] Möller, Almut:

Perspectives of Israeli-Arab peace: under the new U.S. administration, in: Orient : deutsche Zeitschrift für Politik Wirtschaft und Kultur des Orients ; Zeitschrift des Deutschen Orient-Instituts, Jg. 50/2009, H. 2, S. 47-54 (Standort: StBA Wiesbaden(282)-81.6568; www.deutsche-orient-stiftung.de/component/option,com_docman/task,doc_download/gid,51/lang,de/)

INHALT: Der neue Präsident Barack Obama hat in den ersten zwei Monaten seiner Amtszeit deutliche Signale für einen politischen Wandel in der Nahostpolitik gesendet, die im vorliegenden Beitrag näher analysiert werden. Die Autorin kommentiert unter anderem die Prioritäten, die neuen Facetten und die Sprache der Versöhnung und Vertrauensbildung bei Obamas ersten Schritten in der Nahostpolitik, die Initiativen zur Konfliktregelung im israelisch-arabischen Konflikt, die Aufnahme von diplomatischen Gesprächen mit der Widerstandsbewegung Hamas sowie die Auswirkungen des neuen Multilateralismus im Mittleren Osten unter der Administration Barack Obamas. (ICI)

[148-L] Schlumberger, Oliver:

Autoritarismus in der arabischen Welt: Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung, (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, 2), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 255 S., ISBN: 978-3-8329-3114-8

INHALT: Die Regime im Nahen und Mittleren Osten haben sich trotz erkennbarer Liberalisierungstendenzen in den vergangenen Jahren als bemerkenswert demokratieresistent erwiesen. Den Ursachen dieser Persistenz geht Schlumberger in seiner Studie nach. Populäre kulturalistische Erklärungsmuster, die eine Unverträglichkeit von Islam oder arabischer Kultur und Demokratie postulieren, lehnt der Autor als wissenschaftlich unplausibel ab. Vor dem Hintergrund einer gründlichen und umfangreichen Zusammenfassung des Debattenstandes zu Ansätzen in der Transitionsforschung macht er vier verschiedene Hauptfaktoren aus, die für eine arabische Demokratisierung hinderlich sind: die patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen, die neopatrimoniale Ausgestaltung politischer Herrschaft, die Abhängigkeit der Wirtschaftsstrukturen von Renteneinkünften sowie externe Einflüsse wie z. B. regionale Konfliktlagen und internationale Interessen an Stabilität in der Region. Entscheidend ist, dass diese Faktoren gleichzeitig auftreten. Schlumberger beschreibt den politischen Wandel in der arabischen Welt und die Probleme der Demokratieförderung in autoritären Regimen. Er konstatiert, dass die westliche Priorisierung von Stabilität über Systemwechsel wesentlich zu der Überlebensfähigkeit der arabischen Regime beiträgt. Die beobachteten Liberalisierungstendenzen in den vergangenen 15 Jahren seien weniger als Demokratisierungsprozesse, sondern vielmehr als Anpassungsprozesse autoritärer Regime an veränderte globale Bedingungen zu werten. Daher sieht Schlumberger in einer Grundlagenforschung zu nichtdemokratischen Herrschaftsformen, die Demokratie nicht als Referenzrahmen heranzieht, eine dringende Aufgabe für die Wissenschaft. (ZPol, NOMOS)

[149-L] Schmidt, Peter (Hrsg.):

Das internationale Engagement in Afghanistan: Strategien, Perspektiven, Konsequenzen,

(SWP-Studie, S 23), Berlin 2008, 92 S. (Graue Literatur;

www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5196)

INHALT: "Im Juni dieses Jahres bekundeten die in Afghanistan engagierten Staaten auf der Pariser Konferenz ihre Absicht, der Kabuler Regierung die volle Verantwortung für den Aufbau des Landes zu übertragen. Diese Politik erscheint zwar alternativlos, führt angesichts der schwindenden Unterstützung, die die afghanische Regierung in der eigenen Bevölkerung genießt, jedoch in eine durchaus problematische Situation. Einerseits gilt es nun, die Kapazitäten der Kabuler Führung trotz ihres mangelnden Ansehens zu stärken, andererseits müssen aber auch die nationalen Kontrollorgane ausgebaut werden, mit denen sich Korruption und Misswirtschaft eindämmen lassen. Gleichzeitig bedeutet eine Stärkung der afghanischen Regierung nicht, dass das Engagement der internationalen Staatengemeinschaft reduziert werden kann, im Gegenteil: Der Ausbau von Streitkräften und Polizei muss - vor allem in Zusammenarbeit mit den USA - entschlossener als bisher vorangetrieben, die Koordination ziviler und militärischer Maßnahmen nachhaltig verbessert werden. Flankenschutz sollte diese Politik durch eine pragmatische Kooperation mit Iran erhalten: Die Europäer sollten versuchen, bei der Bekämpfung des Drogenhandels und der Rückführung von Flüchtlingen mit Teheran zusammenzuarbeiten - unter Hintanstellung des Konfliktes um das iranische Nuklearprogramm. Pakistan wiederum gilt es in seinen Bemühen zu unterstützen, die Kontrolle über die westlichen Landesteile wiederzuerlangen, ohne dass Nato oder USA dabei selbst direkt eingreifen. Insgesamt haben sich beim Wiederaufbau in Afghanistan zahlreiche Erwartungen als überzogen erwiesen. Die internationale Gemeinschaft sollte ihre Zielsetzungen entsprechend reduzieren und ein besseres Gespür dafür entwickeln, was der Bevölkerung des Landes zuzumuten ist." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Peter Schmidt: Afghanistan - Problemaufriss und Schlussfolgerungen (5-12); Citha D. Maaß: Afghanisierung der Stabilisierungsstrategie (13-30); Timo Noetzel, Benjamin Schreer: Bundeswehr: Herausforderung Aufstandsbekämpfung (31-36); Ronja Kempin: Polizeiaufbau in Afghanistan (37-42); Michael Paul: Zivil-militärische Zusammenarbeit im ISAF-Einsatz (43-48); Claudia Hofmann: Das Problem der Sicherheit für NGOs in Afghanistan (49-58); Johannes Reissner: Iran und sein Problem Afghanistan (59-64); Christian Wagner: Pakistans Interessen in Afghanistan (65-72); Frank Kupferschmidt: Sisyphus bei der Arbeit - oder: Wie viel ist genug? (73-85).

[150-L] Scholvin, Sören:

Ein neues Great Game um Zentralasien?, (GIGA Focus Global, Nr. 2), Hamburg 2009, 7 S.

(Graue Literatur; [www.giga-hamburg.de/dl/download.php?](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_global_0902.pdf)

[d=/content/publikationen/pdf/gf_global_0902.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_global_0902.pdf))

INHALT: "Im frühen 20. Jahrhundert prägten Rudyard Kipling und Halford Mackinder den Begriff 'Great Game' für die britisch-russische Konkurrenz um Zentralasien. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion mehrt sich die Zahl derjenigen, die von einem neuen Great Game sprechen. Durch die US-amerikanische Intervention in Afghanistan, den Konflikt um Irans Atomprogramm, Russlands militärisches Vorgehen gegen Georgien und den Run auf die zentralasiatischen Erdgas- und Erdölvorkommen wird diese These gestützt. Zwei Faktoren erklären die Instabilität Zentralasiens: Erstens sind die Staaten der Region autoritär, korrupt und von einer boomenden Schattenökonomie geprägt. Zweitens konkurrieren dort verschiedene

externe Mächte um Einfluss. Hieraus ergeben sich Spannungen, die enormes Konfliktpotenzial bergen. Die EU und die USA sind an den zentralasiatischen Ressourcen interessiert, um ihre Abhängigkeit vom russischen Erdgas und vom Erdöl der OPEC zu verringern. Sicherheitspolitisch streben sie danach, durch Demokratisierung und marktwirtschaftliche Entwicklung Rückzugsräume für Terroristen aufzulösen. Russland zählt die fünf postsowjetischen Republiken zu seiner Einflussphäre und versucht, sie sicherheits- und wirtschaftspolitisch über intergouvernementale Organisationen, Pipelines und den Kauf von Förderrechten eng an sich zu binden. China hofft, seine Ressourcenversorgung über Zentralasien zu diversifizieren, Entwicklungsimpulse für seine westlichen Provinzen zu erzeugen und so dort separatistischen Bestrebungen entgegenzuwirken. Auch Indien, Iran, Pakistan, Saudi-Arabien und die Türkei haben Interesse an Zentralasien. Sie sind jedoch deutlich weniger einflussreich als China, die EU, Russland und die USA." (Autorenreferat)

[151-L] Schröder, Hans-Henning (Hrsg.):

Die Kaukasus-Krise: internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik, (SWP-Studie, S 25), Berlin 2008, 55 S. (Graue Literatur;

www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5255; www.swp-berlin.org/en/common/get_document.php?asset_id=5524)

INHALT: "In der zweiten Augustwoche 2008 entwickelte sich ein lokaler Konflikt in Südossetien unversehens zu einem Brandherd internationalen Maßstabs. Die Entscheidung der russischen Führung, den georgischen Angriff auf Südossetien mit einem massiven Truppeneinsatz zu beantworten und Georgiens missliebige Führung 'zu bestrafen', löste eine internationale Krise aus. In den hier versammelten Kurzanalysen fragen die Autoren danach, wie die Kaukasus-Krise in den wichtigsten betroffenen Staaten und den internationalen Organisationen wahrgenommen wird, und welche Handlungsoptionen sich daraus ergeben. Dabei stehen drei Themen im Vordergrund - neben dem unmittelbaren Konfliktmanagement geht es um eine stabile europäische Friedensordnung auch über die Grenzen der EU hinaus, es geht um eine stärkere politische Integration der EU selbst und um die Bestimmung der Rolle der Nato in einem erweiterten Europa." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Problemstellung und Empfehlungen (5-6); Hans-Henning Schröder: Ein kurzer, siegreicher Krieg ... Russische Sichtweisen der Kaukasus-Krise (7-11); Uwe Halbach: Die regionale Dimension: Georgien und der Südkaukasus nach dem Krieg (12-15); Andrea Schmitz: Der Kaukasus-Konflikt und die Zukunft der GUSS (16-19); Rainer Lindner: Ukraine und Russland: die Krim als neuer Konfliktherd im Schwarzmeerraum (20-23); Kai-Olaf Lang: Die alte Angst der neuen Europäer (24-28); Markus Kaim: "We are all Georgians" - Perzeptionen des russisch-georgischen Krieges in den USA (29-32); Frank Kupferschmidt: Erste Priorität: das Bündnis zusammenhalten (33-36); Annegret Bendiek, Daniela Schwarzer: Die Südkaukasuspolitik der EU unter französischer Ratspräsidentschaft: zwischen Konsultation, Kooperation und Konfrontation (37-42).

[152-L] Schütte, Hans-Wilm:

Entspannung an der Taiwan-Straße: ein Land, zwei Regionen, in: China aktuell : Journal of Current Chinese Affairs, Vol. 37/2008, No. 4, S. 183-209

INHALT: "Within a very short time after Taiwans Ma Ying-jeou took over the presidency, the impasse in relations with mainland China gave way to a new phase of dialogue that rapidly

achieved concrete results, notably in terms of air links and tourism. Responsibility for this success lies not only with Ma but also - maybe even more so - with the leadership in Beijing under Hu Jintao, who shares Mas basic policy of pragmatism and flexibility. Beijing has now even agreed to deal with Taibei on an equal basis according to the new approach of one country, two regions, which replaces the old concept of one country, two systems. Though more progress in terms of normalization and detente between the two sides is likely to be achieved in the near future, big problems remain to be solved, especially with regard to military security and disarmament." (author's abstract)

[153-L] Steen, Klaus Gerd:

Der Nahostkonflikt, (Studien zur Soziologie und Politikwissenschaft), Oldenburg: Bibliotheks- u. Informationssystem d. Univ. Oldenburg 2007, 220 S., ISBN: 978-3-8142-2081-9

INHALT: Zwei Völker, die mit begründeten historischen und politischen Argumenten die Rechte auf ein Territorium für sich selbst reklamieren und keine Alternative für eine Lösung zu diesem Konflikt finden, bilden eines der dramatischsten Kapitel der modernen Geschichte. In der vorliegenden Magisterarbeit werden Ursachen, Tragweite, Folgen und Alternativen des Palästina-Israel-Konflikts ausführlich dokumentiert und dargestellt. Die sorgfältigen Analysen des Autors zeigen deutlich, dass es "die eine Lösung" nicht gibt. Jede totale Lösung würde sehr destruktiv auf die gesamte Region wirken. Es bleibt nur die Möglichkeit, partielle Lösungen zu finden. Wie können aber Teillösungen erreicht werden, wenn unter den Kontrahenten fundamentale, sogar fundamentalistische Prinzipien herrschen? Zu dieser komplizierten Frage versucht die Arbeit Antworten zu finden. Wie können zwei Völker mit einem ungelösten territorialen Problem zusammenleben? Die Alternative kann nur politisch sein. Der Verfasser untersucht verschiedene Annäherungsmöglichkeiten, die sich im Laufe des Konflikts ergeben haben und kommt zu dem Schluss, dass ohne die Intervention eines Dritten nichts geht. Der Dritte kann die USA, die UNO, sogar die EU sein; aus der eigenen Dynamik der Eskalation kann man aber nur weitere Verschärfungen des Konflikts erwarten. Der Verfasser hat grundsätzlich seine Kritik auf den israelischen Staat konzentriert. Das hat mit der Tatsache zu tun, dass Israel als demokratisch und politisch gebildete Nation, Mechanismen für eine Konfliktmeisterung besitzt, welche die Palästinenser - eher völkisch strukturiert und kulturell orientiert sowie unter einer Besatzung lebend - (noch) nicht haben. Sehr deutlich sind dabei die internationalen Verflechtungen des Konflikts analysiert. Die koloniale Geschichte Europas, die faschistischen Erfahrungen in Deutschland, die Zwänge des Kalten Krieges, die Friedensbemühungen der UN und der unerklärte Krieg der Islamisten gegen den Westen werden in ihren Zusammenhängen historisch und politisch betrachtet. Letztendlich sieht der Verfasser den Schlüssel zur Lösung des Nahost-Konflikts im völligen Verzicht der Palästinenser, ihre Ansprüche unter Anwendung von Gewalt gegenüber Israel realisieren zu wollen. (ICD2)

[154-L] Stimmler, Martin:

Opium und Guerillakrieg: Afghanistan nach dem Sturz der Taliban, in: Jochen Hippler (Hrsg.): Von Marokko bis Afghanistan : Krieg und Frieden im Nahen und Mittleren Osten, Hamburg: Konkret Literatur Verl., 2008, S. 127-141

INHALT: In der Studie werden aus der Fülle der Schwierigkeiten, mit denen die afghanischen Pro-Regierungskräfte und die vor Ort aktiven internationalen Akteure konfrontiert sind, zwei

besonders gravierende Probleme untersucht, die beide sowohl einzeln, aber vor allem gemeinsam das derzeit größte Hindernis für die Schaffung funktionierender Staatlichkeit in Afghanistan darstellen: erstens die seit Ende 2001 fast kontinuierlich wachsende Produktion von und der Handel mit Opium, die sich auf praktisch alle Aspekte der afghanischen Gesellschaft auswirken, und zweitens die sich ebenfalls stetig vergrößernde Aufstandsbewegung in Süd- und Ostafghanistan, die sich zusehends auch auf andere Landesteile auszuweiten droht. Die Situation in Afghanistan ist heute, so der Verfasser, kritisch, aber nicht aussichtslos. Die überwiegende Mehrheit der Afghanen erstrebt vor allem ein Ende der Kampfhandlungen und einen erfolgreichen Wiederaufbauprozess, der der Bevölkerung zumindest bescheidenen Wohlstand bringt. Deshalb ist es, neben dem entscheidenden Faktor der innerafghanischen Entwicklung, vor allem eine Frage des politischen Willens und der Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft zu langfristigem - auch kosten- und personalintensivem - Engagement und ihrer Lernfähigkeit vor Ort, ob dem Land und seiner Bevölkerung nach 25 Jahren Krieg ein Weg zu einer friedlichen Entwicklung eröffnet wird. Dabei steht sowohl für die Afghanen als auch - wie der 11. September 2001 verdeutlichte - für die internationale Gemeinschaft viel auf dem Spiel: Ein erneuter Rückfall in Staatszerfall und Bürgerkrieg wäre für alle Beteiligten verhängnisvoll. (ICF2)

[155-L] Strutynski, Peter:

Die einzige Alternative zum Afghanistankrieg heißt: Kein Krieg: worum es am Hindukusch wirklich geht und warum ein Truppenabzug die erste und wichtigste Bedingung für eine friedliche Entwicklung ist, in: Erhard Crome (Hrsg.): Internationale Politik im 21. Jahrhundert : Konfliktlinien und geostrategische Veränderungen, Berlin: Dietz, 2008, S. 140-150

INHALT: Der Beitrag zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik beschreibt aus Sicht der politischen Linken im ersten Schritt die ökonomischen und geostrategischen Interessen der nahezu 40 Länder, die rund 67.000 ausländische Soldaten zur Befriedung in Afghanistan stationiert haben. Der zweite Schritt beleuchtet sodann die militärische Lage nach sechseinhalb Jahren Krieg, die nach Einschätzung des Autors völlig offen ist. In diesem Zusammenhang wird die Rolle der Besatzungstruppen kritisch diskutiert, indem der Frage nachgegangen wird, ob sie als Garanten der Sicherheit oder als Ursache für den Widerstand anzusehen sind. So wird das Vorgehen der westlichen Besatzungsmächte als Neokolonialismus dargestellt und damit das Recht der einheimischen Bevölkerung auf Widerstand begründet. Stattdessen plädiert der Verfasser für einen zivilen Wiederaufbau ohne Militär, das heißt für einen Abzug der Soldaten aus Afghanistan. (ICG2)

[156-L] Wagner, Christian:

Gemeinsamer Feind: die indisch-pakistanischen Beziehungen in Zeiten des Terrors, in: Internationale Politik, Jg. 64/2009, Nr. 1, S. 100-103 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang-2009/januar/gemeinsamer-feind.html)

INHALT: Der Anschlag von Mumbai im Herbst 2008 markiert, so der Verfasser, eine neue Dimension des Terrors in Indien. Seine Ziele, innerindische Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen zu provozieren und den indisch-pakistanischen Friedensprozess zu unterminieren, sind bisher nicht aufgegangen. Stattdessen bietet sich nun die Chance, das Verhältnis

nachhaltig zu verbessern. Der Anschlag von Mumbai bietet, so die These, für Indien und Pakistan auch die Chance, ihre bilateralen Beziehungen zu verbessern. "Mumbai" hat deutlich gemacht, dass Indien und Pakistan in islamistischen Gruppen wie LeT einen gemeinsamen Feind haben. Gruppen wie LeT kämpfen nicht nur gegen Indien, sondern lehnen auch die moderaten muslimischen Parteien in Pakistan ab, die bei der Wahl 2008 eine klare Mehrheit erzielt haben. Beide Staaten haben eine Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung vereinbart. Indien agiert hier aber derzeit noch zögerlich, aus Angst, dass die Erkenntnisse in Pakistan in die falschen Hände gelangen könnten. (ICF2)

[157-L] Werning, Rainer:

War and peace in the Southern Philippines: legacies of one of South East Asia's longest-lasting conflicts, in: György Széll (Hrsg.) ; Carl-Heinrich Bösling (Hrsg.) ; Ute Széll (Hrsg.): Education, labour & science : perspectives for the 21st century, Frankfurt am Main: P. Lang, 2008, S. 245-263

INHALT: Vor dem Hintergrund historischer Daten zur kolonialen und postkolonialen Entwicklung der Philippinen analysiert der Verfasser die ethnischen und religiösen Beziehungen und Konflikte in diesem Land. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht eine Bevölkerungsgruppe, die Moros, und ihre Kämpfe um Unabhängigkeit. Es werden die einzelnen politischen und militärischen Organisationen sowie die Beziehungen der Interessenvertretungen der Moros zu der Zentralregierung in Manila präsentiert. Ein Schwerpunkt der Untersuchung bezieht sich auf die Verhandlungen und die einzelnen Schritte zur Etablierung einer autonomen muslimischen Region. Die Marginalisierung der muslimischen Bevölkerung im Süden der Philippinen wird als eine Quelle paramilitärischer Gewalt und terroristischer Aktivitäten thematisiert. Abschließend werden die Maßnahmen zur Bewältigung der bestehenden Konfliktpotentiale und die relevante Rolle der USA zur Diskussion gestellt. (ICF2)

[158-F] Willenberg, Sabine (Bearbeitung); Leiß, Olaf, PD Dr.habil. (Betreuung):

Nach Staatszerfall und Krieg: die jugoslawischen Nachfolgestaaten zwischen Konfrontation, regionaler Kooperation und europäischer Integration

INHALT: Das Promotionsprojekt untersucht die Entwicklung der Außenbeziehungen zwischen den jugoslawischen Nachfolgestaaten - im Fokus die Beziehungsverhältnisse in der konfliktären Kernregion Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro - im Kontext der EU-Erweiterungspolitik. Die grundlegende Fragestellung zielt auf die Bestimmungsfaktoren der sich wandelnden Außenpolitiken der Staaten, die auf der Suche nach ihrem Platz im internationalen System zwischen Konfrontation, regionaler Kooperation und ihrem Primärziel der europäischen Integration pendeln. Besonderes Interesse gilt den Wechselbeziehungen zwischen internen Verhältnissen und Außenpolitik im Spannungsfeld der nationalen Identitätskonstruktion der jungen, in der Transformation begriffenen Staaten und der Wirkungsmacht der im Dilemma zwischen regionalem und bilateralem Ansatz stehenden EU-Westbalkanpolitik. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro

METHODE: Theoriesynthese außenpolitischer Liberalismus-Transformationsansätze; Konzepte kollektiver Identität (konstruktivistische Betrachtungsweise); Methoden vergleichender Politik- und Außenpolitikforschung, diachron und synchron. Untersuchungsdesign: Trend,

Zeitreihe; Querschnitt *DATENGEWINNUNG*: Inhaltsanalyse, offen. Aktenanalyse, offen; Dokumentenanalyse, offen. Qualitatives Interview. Sekundäranalyse von Individualdaten. Sekundäranalyse von Aggregatdaten. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Willenberg, S.: Modernisierung der Außenpolitik im westlichen Balkan? in: Forschungsstelle Osteuropa Bremen (Hrsg.): Modernisierung in Ost- und Ostmitteleuropa? Dynamiken innerstaatlichen und internationalen Wandels. Beiträge für die 16. Tagung junger Osteuropa-Experten. Bremen 2008, S. 49-52.+++Willenberg, S.: Ordnet Kosovo den Balkan neu? Serbiens Nachbarn und die Anerkennung des Kosovo. in: Südosteuropa Mitteilungen, 2008, 4, S. 16-33 (besprochen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.09.2008).+++Willenberg, Sabine: Die Beziehungen zwischen Serbien und Bosnien & Herzegowina durch das "Brennglas Kosovo". in: Südosteuropa Mitteilungen, 2007, 5-6, S. 6-21.

ART: *BEGINN*: 2006-10 *ENDE*: 2009-09 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Deutsche Forschungsgemeinschaft; Freistaat Thüringen

INSTITUTION: Universität Jena, Graduiertenkolleg 1412 "Kulturelle Orientierungen und gesellschaftliche Ordnungsstrukturen in Südosteuropa" (Fürstengraben 13, 07743 Jena)

KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: sabinewillenberg@yahoo.de)

6 Wirtschaftsbeziehungen, Globalisierung, Umwelt, Nord-Süd-Beziehungen

[159-L] Bach-von Gumpfenberg, Markus:

Energie und Sicherheit - das "neue Spiel" um die Ressourcen, in: Marie-Carin Gumpfenberg (Hrsg.) ; Udo Steinbach (Hrsg.): *Der Kaukasus : Geschichte - Kultur - Politik*: Beck, 2008, S. 159-174, ISBN: 978-3-406-56800-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/2589)

INHALT: Anhand der Analyse der Situationsdynamik im Kaukasus stellt der Verfasser fest, dass es - mit Ausnahme Armeniens - keine Verlierer in diesem Spiel gibt. Über Russland ließe sich allenfalls sagen, dass es nicht im von Moskau erwarteten Maße zum Zuge gekommen ist. Die strukturelle Kontrolle Russlands über die Energieversorgung Armeniens und einen immer noch beträchtlichen Anteil der Gasversorgung Georgiens ist natürlich auch dem Beharrungsvermögen einer "imperialen" Politik gegenüber dem "Nahen Ausland" geschuldet. Dennoch darf man Russland nicht als einen Verlierer im "Neuen Großen Spiel" ansehen. Es wird argumentiert, dass von einer wirklichen Konfrontation der Großmächte USA und Russland hingegen keine Rede sein kann. Zwar stimmen die beiden mächtigsten Spieler in mancher taktischen Überlegung nicht überein, dennoch stehen sie sich nicht antagonistisch gegenüber. Zum einen respektiert Russland die Interessen des "Westens" am kaspischen Öl und Gas, zum anderen weiß Moskau auch, dass ein friedlicher und prosperierender Südkaukasus nur förderlich sein kann für eine nachhaltige Befriedung des Nordkaukasus. (ICF2)

[160-L] Bellers, Jürgen:

Weltwirtschaftsordnung in politikwissenschaftlicher Perspektive, in: Jörg Althammer (Hrsg.) ; Uwe Andersen (Hrsg.) ; Joachim Detjen (Hrsg.) ; Klaus-Peter Kruber (Hrsg.): *Handbuch ökonomisch-politische Bildung*, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2007, S. 495-506

INHALT: Wie die starken und globalen Schwankungen und Bewegungen auf den Weltfinanz-, Kapital- und Devisenmärkten zeigen, können die großen Probleme der Weltwirtschaft aber nur durch (fast) weltweite Institutionen bewältigt oder zumindest angegangen werden. Hier ist zunächst die UNO in den Blick zu nehmen, die aber durch eine doppelte Schwäche gehindert ist. Einerseits durch die Vorherrschaft der Dritte Welt-Staaten in der UN-Vollversammlung, die zwar die Interessen der reichen Industrienationen einfach überstimmen können, aber dann wenig bewirken, da diese solche Beschlüsse einfach ignorieren. Man denke an die Deklarationen der UNCTAD und der UNO aus den 1970er Jahren, wie z. B. die, 25 % der Industrieproduktion bis zur Jahrtausendwende in die Dritte Welt zu verlagern, oder den Beschluss, einen Weltrohstofffonds einzurichten, der die Rohstoffpreise bei sinkenden Marktpreisen durch staatliche Aufkäufe auf einem bestimmten Niveau stabilisieren sollte. Beides wurde jedoch nicht verwirklicht, zumal die Dritte Welt in den 1980ern durch enorme Verschuldungen aktionsunfähig wurde. Andererseits besteht generell eine geringe Durchsetzungsfähigkeit der UNO: Nur wenn die Veto-Mächte im UN-Sicherheitsrat zustimmen, sind z. B. wirtschaftliche Sanktionen gegen bestimmte Mitgliedstaaten (früher Irak, Rhodesien, Republik Südafrika) möglich. Und die werden dann oft auch noch durch illegale Aktivitäten von Exporteuren umgangen, die auch in der Exportnation Deutschland bis in die 90er Jahre

geduldet wurden - erst auf Druck der USA hin verschärfte man dann das Außenwirtschaftsge-
setz entsprechend. (ICF2)

[161-L] Berking, Helmuth:

Globalisierung, in: Nina Baur (Hrsg.) ; Hermann Korte (Hrsg.) ; Martina Löw (Hrsg.) ; Markus
Schroer (Hrsg.): Handbuch Soziologie, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 117-137,
ISBN: 978-3-531-15317-9

INHALT: Die überraschende Karriere des Begriffs der Globalisierung im Alltagsbewusstsein wie
in den Sozialwissenschaften scheint nach Meinung des Autors mit dessen Unschärfe und ei-
nem überbordenden Geltungsanspruch zu korrespondieren. Die Globalisierung dient nicht nur
der Beschreibung realhistorischer Prozesse der Transnationalisierung von Waren-, Finanz-
und Kulturmärkten, sondern intendiert zugleich deren Erklärung. Der Begriff zählt nicht nur
zum Kernbestand jenes ideologischen Projekts, das im Zeichen des Neoliberalismus eine
neue Weltordnung anvisiert, sondern bietet zugleich Anlass für Zeitdiagnosen jedweder Art,
deren Eigensinn darin besteht, das Neue als Epochenbruch, als "global age" in Erscheinung
treten zu lassen. Insbesondere die These, es mit radikal neuen Raumbildungsprozessen zu tun
zu haben, liefert den Rahmen für den Aufstieg der zeitdiagnostischen Großmetaphern vom
globalen Nomadentum, vom Ende des Nationalstaates und der Produktion der einen, globalen
Gesellschaft. Der Autor gibt einen Überblick über den postdisziplinären Diskurs zur Globali-
sierung und stellt einige soziologische Theorien vor, z.B. von Roland Robertson, Anthony
Giddens, Martin Albrow, Ulrich Beck, John Urry und Niklas Luhmann. Er diskutiert ab-
schließend die Frage nach einer Verortung der Globalisierung jenseits der Container-Theorie
des Raumes. (ICI2)

[162-L] Bhagwati, Jagdish:

Verteidigung der Globalisierung: Mit einem Vorwort von Joschka Fischer, in: , München:
Pantheon Books, 2008, 524 S., ISBN: 978-3-570-55070-0

INHALT: Bhagwati, Wirtschaftsprofessor an der New Yorker Columbia University, hat ein flam-
mendes Plädoyer für die Vorteile der Globalisierung verfasst. Ausgehend von einer wirt-
schaftlichen Definition von Globalisierung widerlegt er die häufig uninformierten Pauschal-
kritiken an Globalisierungsprozessen und deren Auswirkungen. In einem ersten Teil differen-
ziert Bhagwati die verschiedenen Argumente gegen die Globalisierung aus und entkräftet sie
überzeugend. Wie im ganzen Buch spart er auch hier nicht mit scharfer Kritik an den Organi-
sationen und Einzelpersonen, die ihre Thesen unzureichend fundieren und mehr Wert auf die
öffentliche Wirkung denn auf informierte Debatten legen. Ausführlich legt Bhagwati im
zweiten Teil anhand verschiedener Einzelthemen (u. a. Armut, Kinderarbeit und Umweltpro-
bleme) dar, dass die Globalisierung bereits ein menschliches Antlitz besitze und erheblich zur
Verbesserung der Lebensumstände eines bedeutenden Teils der Menschheit beigetragen habe.
Im dritten Teil setzt er sich mit zwei drängenden aktuellen Problemen auseinander und disku-
tiert die Auswirkungen stark liberalisierter Kapitalflüsse sowie zunehmender internationaler
Migrationsbewegungen. Der letzte Teil des Bandes ist der Frage nach angemessenen Gover-
nance-Strukturen zur Steuerung und Verbesserung von Globalisierungsprozessen gewidmet.
Die 'Verteidigung der Globalisierung' ist eine herausragende Studie zu falschen Pauschalkriti-
ken an Globalisierungsprozessen, die sich durch mehrere Aspekte besonders auszeichnet: Ers-

tens vermag es Bhagwati, durch praktische Beispiele auch abstrakte Theorien verständlich zu machen. Zweitens schafft er den Spagat zwischen pointierter Kritik und empirischer Fundierung ausgezeichnet. Drittens kommen nicht nur Wirtschaftswissenschaftler zu Wort, es werden stattdessen durchaus auch Kulturtheoretiker und Intellektuelle anderer Fachrichtungen zitiert. Diese Vorteile sollten Bhagwatis Band zu einer Pflicht- und Standardlektüre in den entsprechenden Seminaren werden lassen. (ZPol, NOMOS)

[163-L] Brunnengräber, Achim; Dietz, Kristina; Hirschl, Bernd; Walk, Heike; Weber, Melanie:
Das Klima neu denken: eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot 2008, 256 S., ISBN: 978-3-89691-732-4

INHALT: Mühsame Klimaverhandlungen in den letzten fünfzehn Jahren, geringe Fortschritte beim Klimaschutz und nach wie vor steigende CO₂-Emissionen zeigen, dass sich die Hoffnungen auf einen weitreichenden Klimaschutz nicht allein auf die internationale Politik stützen können. Die dort verabschiedeten Instrumente werden in ihrem Wirkungsgrad und ihrer Reichweite dem komplexen Problem Klimawandel nicht gerecht. Das theoretische Konzept "Multi-Level-Governance" (MLG) bietet hier die Chance zu einem viel versprechenden Perspektivwechsel. Schließlich wird Klimawandel unter Bezugnahme auf das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse diskutiert. Die Mehrebenenbetrachtung von Klimawandel und Klimapolitik soll dazu beitragen, nicht nur die Konflikte und Prozesse im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen deuten zu können, sondern auch die grenzüberschreitenden Interessenformationen zu beleuchten. Auf diese Weise sollen die Interdependenzen und Wechselwirkungen zwischen den lokalen und globalen Orten der Politik, dominante wie marginalisierte Diskurse, Strukturen und Prozesse sowie Widersprüchlichkeiten zwischen den Ebenen aufgedeckt und analysiert werden. MLG definiert sich aber nicht nur durch politisch-räumliche Handlungsebenen. Das Konzept wird ebenso durch eine Reihe von funktionalen Kopplungen geprägt. Denn Treibhausgasemissionen werden in der Energiewirtschaft, der Landwirtschaft, im Verkehrssektor und vielen anderen Wirtschaftsbereichen von der Industrie und privaten Haushalten ausgestoßen. Aus diesem Grund ist Klimapolitik von unterschiedlich starken, zum Teil antagonistischen Interessen geprägt, die sich aus dieser Interdependenz ergeben. Blindstellen der internationalen Klimapolitik werden identifiziert, der Klimawandel wird als tiefgreifende Krise gesellschaftlicher Entwicklung interpretiert. Der Klimawandel hat in der öffentlichen Diskussion bislang nicht dazu geführt, über ein fundamental anderes Verständnis der Mensch-Umwelt-Beziehung nachzudenken. Technologische Problemlösungsstrategien mit dem Ziel der ökologischen Modernisierung werden bevorzugt, denn sie stellen weder den westlichen Lebensstil noch den Wunsch nach ungebremstem Wirtschaftswachstum in Frage. Das Buch setzt genau hier an. Es will dazu anregen, nicht nur über Bestehendes hinaus zu denken, sondern auch anders und Anderes zu denken. (LO)

[164-L] Brunnengräber, Achim; Dietz, Kristina:
Nord-Süd-Beziehungen: raues Klima ; Ökonomie und Klimapolitik im Widerstreit, in:
Forum Wissenschaft, Jg. 26/2009, Nr. 2, S. 31-34

INHALT: Die Entwicklungs- und Schwellenländer sind über klimapolitische Instrumente in das internationale Klimaregime eingebunden: Anpassung an den Klimawandel, Finanztransfer

von Nord nach Süd sowie der Mechanismus für saubere Entwicklung (CDM). Die Autoren zeigen auf, dass aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage zwischen Industrieländern einerseits und Schwellenländern und Entwicklungsländern andererseits die internationale Klimapolitik auf der Grundlage von Kyoto und der Klimarahmenkonvention in eine Sackgasse geraten wird und tendenziell zu einer Fortsetzung statt zu einer Abmilderung der globalen sozialen Ungleichheiten führen wird. Die Industrieländer sind kaum bereit, ihre Emissionen wirksam zu verringern, insbesondere die Schwellenländer sind eher an einem günstigen Investitionsklima interessiert als an weit reichenden Klimaschutz-Maßnahmen. Die Autoren werfen die Frage auf, ob angesichts der Dominanz ökonomischer Interessen die Internationale Klimapolitik überhaupt der richtige Ort ist, dem Klimawandel entgegenzuwirken. (ICC)

[165-L] Conzelmann, Thomas; Faust, Jörg:

"Nord" und "Süd" im globalen Regieren, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Jg. 50/2009, H. 2, S. 203-225 (Standort: USB Köln(38)-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.vsjournals.de/index.php;do=show_article/sid=91937407c21e7ce4625fba63047b3ee2/site=vs/area=pol/id=7282)

INHALT: "Die Diskussion um globales Regieren bezieht sich bislang vornehmlich auf die hoch industrialisierten Gesellschaften der OECD-Welt. Innenpolitische Voraussetzungen für effektives und legitimes globales Regieren sind jenseits der OECD-Welt oftmals in geringerem Ausmaß gegeben als im Kreis der entwickelten Industriestaaten. Aus der Perspektive der liberalen Außenpolitikforschung lassen sich unterschiedliche Strategietypen von Entwicklungsländern in Prozessen globalen Regierens ableiten, die Implikationen für das Konzept von Global Governance haben. Eine innenpolitische Konstellationen berücksichtigende Perspektive erlaubt auch einen differenzierten Blick auf die normativen Herausforderungen globalen Regierens." (Autorenreferat)

[166-L] Deppe, Frank:

Globalisierung und Ausgrenzung, in: Roland Anhorn (Hrsg.) ; Frank Bettinger (Hrsg.): Sozialer Ausschluss und soziale Arbeit : Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie sozialer Arbeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 51-62, ISBN: 978-3-531-15181-6 (Standort: UB Trier(385)-0Dln42020(2))

INHALT: In jüngerer Zeit werden nach Meinung des Autors wieder Ansätze einer materialistischen Internationalen Politischen Ökonomie aufgegriffen, die den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Globalisierung und dem Kampf um Weltordnungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes reflektieren. Der Diskurs über die Globalisierung hat sich in Richtung einer kritischen Imperialismusdebatte verschoben, wobei die Globalisierung als ein außerordentlich komplexer Prozess der Vergesellschaftung und der politischen Machtveränderungen aufgefasst wird. Die wesentlichen Elemente dieses Prozesses sind: (1) Eine neue Stufe der kapitalistischen Expansion und Durchdringung des Weltmarktes mit den transnationalen Konzernen als Hauptakteuren, (2) die Transformation der Nationalstaaten von den keynesianischen Wohlfahrtsstaaten der Nachkriegsepoche zu neuen "Wettbewerbsregimen", (3) eine neue Stufe der globalen Standardisierung und der Kommunikation sowie (4) eine Umwälzung der politischen Ordnungen und Kräfteverhältnisse. Der Autor beleuchtet in seinem Beitrag die Me-

chanismen der Ausgrenzung im globalen Kapitalismus, welche eng mit den Veränderungen in Ökonomie, Politik und Kultur verbunden sind. Die "Schattenseiten" der Globalisierung bestehen seiner Meinung nach in spezifischen Formen des Ausschlusses von den formellen Sicherheiten, Kreisläufen und Institutionen, die sich mit der Entfesselung der Marktfreiheiten und dem Siegeszug des Neoliberalismus immer weiter ausgedehnt haben. (ICI2)

[167-L] Enderlein, Henrik:

Global Governance der internationalen Finanzmärkte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2009, H. 8, S. 3-8 (www.bpb.de/files/JMEDYV.pdf)

INHALT: Der Beitrag zur internationalen politischen Steuerung untersucht mittels des Global Governance-Konzeptes die Entwicklung der aktuellen weltweiten Finanzkrise. So widmen sich die Ausführungen im ersten Abschnitt einer Ursachenanalyse der derzeitigen Finanzkrise. Im Anschluss wird anhand des Finanzkrisenbeispiels sowohl die Relevanz als auch die Schwierigkeit von Global Governance herausgearbeitet. Zum Abschluss wird im dritten Abschnitt untersucht, welche regulativen und institutionellen Instrumente notwendig gewesen wären, um die Krise zu vermeiden, ebenso, welche Komponenten zum erfolgreichen Aufbau globaler Governance-Strukturen im globalen Finanzsystem nötig (gewesen) wären. Dabei wird unterschieden zwischen folgenden Aspekten: (1) Governance durch den Markt, (2) die koordinierte Marktkorrektur durch Global Governance sowie (3) inkrementelle, durch die Politik initiierte Governance-Prozesse. (ICG2)

[168-F] Freier, Alexander, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Engel, Ulf, Prof.Dr. (Betreuung):

Exklusionsprozesse als Krisenphänomen einer sich globalisierenden Welt. Das Fallbeispiel Brasilien (Arbeitstitel)

INHALT: Prozesse der Globalisierung rufen zutiefst dialektische Entwicklungstendenzen hervor, welche sich besonders in der funktional-räumlichen Fragmentierung von sogenannten 'Global Cities' widerspiegeln. Neben globalen Angleichungs- und Homogenisierungsprozessen entwickeln sich Prozesse gesellschaftlicher In- und Exklusion zum Strukturmerkmal einer sich wandelnden Weltgesellschaft. In Brasilien gingen politische Transformation und wirtschaftliche Liberalisierung in den 80er und 90er Jahren mit dem Ausbruch endemischer, organisierter und anomischer Gewalt in den Metropolen des Landes einher. Ineffizienz und Willkürlichkeit staatlicher Sicherheitsorganisationen, "bad governance" und die Aufrechterhaltung der extremen sozialen Ungleichheit unterstützten die fortwährende Ausdifferenzierung der einzelnen Gewaltsegmente. Gleichzeitig wird deutlich, dass die aus der Inkompatibilität der peripheren gesellschaftlichen Strukturen und den globalen Prozessen in Zeiten der Modernisierung resultierenden gesellschaftlich-räumlichen Bruchzonen neue und dauerhafte Formen von Governance in urbanen Räumen entstehen lassen. Das Dissertationsprojekt untersucht die Emergenz differenzierter Sicherheitsstrategien internationaler Firmen in Rio de Janeiro. Die Eruption der Gewalt entwickelte sich in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße zum Standortnachteil der Metropolitanregion. Im Rahmen der Herstellung relativer Sicherheit zur Durchführung von Wirtschaftsaktivitäten von Unternehmen in der 'high crime area' Rio wird daher vermehrt auf Strategien rekuriert, welche sowohl technische Innovationen (CCTV) zur unmittelbaren Sicherung eigener Anlagen, spezielle Schutzmaßnahmen für Mitarbeiter und für Kunden außerhalb der Firmenanlagen als auch eine Reihe von Kooperationen mit staatlichen

und nicht-staatlichen Institutionen umfassen. Diese Strategien sollen im Einzelnen untersucht werden. Der Privatisierung von Sicherheit kommt hierbei besondere Bedeutung zu, da genuin staatliche Aufgaben zunehmend von privaten Sicherheitsorganisationen substituiert werden. Internationale Unternehmen und deren Sicherheitsbedürfnis tragen somit zunehmend zur Herausbildung neuer und institutionalisierter Formen von Sicherheit bei. Ausgehend von diesen Beobachtungen wird die These aufgestellt, dass das Gewaltmanagement von Firmen als gleichsam lokale und globale Akteure zur Verhinderung der Herausbildung eines beim Staat liegenden Gewaltmonopols beiträgt. Das Entstehen einer kritischen Geographie innerhalb der Metropolitanregion Rio de Janeiros wird durch Eingriffe privater Akteure in den öffentlichen Raum gefördert. Das Eigeninteresse der Generierung von Sicherheit wirkt zugunsten der Verstärkung sozialräumlicher Fragmentierung und Hierarchisierung. Das Dissertationsprojekt soll einen wichtigen Beitrag zum Entstehen neuer und sich verfestigender Formen von Governance in städtischen Räumen liefern, welche sich aufgrund ihrer gewachsenen gesellschaftlichen und politischen Strukturen essentiell von den Grundannahmen moderner Staatlichkeit in den OECD-Ländern unterscheiden. Im Zuge der Untersuchungen werden die Möglichkeiten und die Grenzen von spatial governance untersucht und analysiert. Darüber hinaus sollen die Forschungsergebnisse Aussagen über die Einflüsse neuer Sicherheitsstrategien von privaten Akteuren auf die fortschreitende Fragmentierung der "geteilten Stadt" Rio de Janeiro ermöglichen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Rio de Janeiro, Brasilien

ART: *BEGINN:* 2006-04 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Leipzig, Research Academy Leipzig Graduiertenzentrum Geistes- und Sozialwissenschaften (Emil-Fuchs-Str. 1, 04105 Leipzig); Universität Leipzig, Graduiertenkolleg "Bruchzonen der Globalisierung" (Emil-Fuchs-Str. 1, 04105 Leipzig)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: afreier@uni-leipzig.de)

[169-F] Graz, Jean-Christophe, Prof. (Leitung):

Standards and international relations: devolution of power in the global political economy

INHALT: This project explores the political implications of the growing influence of international standards in globalisation, taking the case of the service sector as a distinct field of study. The analysis relies on global political economy approaches, which try to identify constitutive patterns of authority mediating between the political and the economic spheres on a transnational space. It extends to the area of service standards the assumption that the process of globalisation is not opposing states and markets, but a joint expression of both of them including new patterns and agents of structural change through formal and informal power and regulatory practices. The research combines cross-institutional and sectoral analyses. It targets the most important international institutions involved in the devolution of power of service standards. It focuses on a sample of four sectoral case studies selected with either high or low values on the main characteristics differentiating the service economy. Higher education and call/contact centres exemplify areas with rather high relational intensity, immateriality, end-user-orientation and labour intensity. In contrast, transport systems and non-life insurance (in general and emerging liabilities) epitomise industries with low relational intensity, a greater materiality, a strong business-oriented implication, and capital intensity.]

METHODE: Méthode qualitative. Sources documentaires, recherche de terrain et entretiens.

ART: *BEGINN:* 2006-09 *ENDE:* 2010-08 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung

INSTITUTION: Université de Lausanne, Faculté des Sciences Sociales et Politiques, Institut d'études politiques et internationales -IEPI- (Anthropole, 1015 Lausanne, Schweiz)

[170-L] Hauser, Gunther:

Battle groups: Interventionstruppen für die Rohstoffsicherung?, in: Thomas Roithner (Projektleiter): Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? : Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses: Lit Verl., 2008, S. 220-235

INHALT: Die Abhängigkeit von Energieimporten gilt als eine der wichtigsten Herausforderungen europäischer Sicherheit und der Faktor Versorgungssicherheit hat eine zunehmende strategische Bedeutung im Zieldreieck von Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit gewonnen. Die Energiesicherheit ist mittlerweile auch ein integraler Bestandteil der GASP geworden und hat Ende 2003 in die Europäische Sicherheitsstrategie Eingang gefunden. Ungebrochen ist bis 2030 zunächst die Bedeutung fossiler Energieträger, die bis zu 90 % des weltweiten Anstiegs der Energienachfrage decken sollen. Einzelne EU-Mitgliedstaaten haben in ihren Außenministerien begonnen, analog zur EU-Kommission die außen-, sicherheits- und geopolitische Dimension der künftigen europäischen Energiesicherheit zu analysieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die Rohstoffsicherung eine "conditio sine qua non" für die EU und die USA darstellt. Der Autor geht in seinem Beitrag insbesondere auf die Rolle der "Battle Groups" und die "NATO Response Force" (NRF) bei der Energiesicherung ein. Er thematisiert außerdem den verstärkten Einsatz des US-Militärs in Afrika sowie die Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik als Ziele der EU. (ICI2)

[171-L] Henken, Lühr:

Knapper werdende Rohstoffe: eine Quelle für Aufrüstung und Kriegsplanungen?, in: Thomas Roithner (Projektleiter): Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? : Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses: Lit Verl., 2008, S. 203-219

INHALT: Der Autor zeigt bei seiner Analyse von Militärdoktrinen der USA und der EU sowie der jüngsten militärischen Weißbüchern der VR China und Deutschlands Belege für die Absicht auf, das Militär zur Rohstoff- und Energiesicherung einsetzen zu wollen. Im Falle der USA nutzt er folgende Quellen: die Rede von Präsident George W. Bush in der "Zitadelle", der berühmten Militärakademie von Charlston/North Carolina vom 23. September 1999, der Cheney-Report vom 16. Mai 2001, der "Quadrennial Defense Review Report" von 2001 und 2006 sowie die Nationale Sicherheitsstrategie 2002 ("Bush-Doktrin"). In Bezug auf die NATO beleuchtet er das strategische Konzept vom 24. April 1999 und die "NATO Response Force" (NRF). Im Falle der Europäischen Union geht er auf die schnellen Eingreiftruppen, die Battle Groups und die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) ein. Er unterbreitet ferner einen Vorschlag für ein Weißbuch der EU-Militarisierung. Neben dem Weißbuch der VR China analysiert er kurz das Weißbuch der deutschen Bundesregierung und die Positionen des CDU-Bundesvorstands. (ICI)

[172-L] Kesselring, Thomas:

Weltwirtschaft, Ungerechtigkeit und der ethische Imperativ Entwicklungspolitik, in: Peter Imbusch (Hrsg.): *Gerechtigkeit - Demokratie - Frieden : Eindämmung oder Eskalation von Gewalt?*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 94-128, ISBN: 978-3-8329-2748-6 (Standort: UB Bonn(5)-20083355)

INHALT: Der Autor beleuchtet aus ethischer Perspektive die Ungerechtigkeit der Weltwirtschaft und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Entwicklungspolitik. Er thematisiert die möglichen Begründungen von Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung und setzt sich mit den unterschiedlichen Legitimationen von Entwicklungshilfe auseinander. Im Vordergrund stehen zum Beispiel folgende ethische Fragen: Gibt es eine Pflicht zur Entwicklungshilfe? Was sind die Motive für ein entwicklungspolitisches Engagement? Wer ist zu einem solchen Engagement verpflichtet und wem gegenüber gilt diese Verpflichtung? Der Autor plädiert für die Einhaltung der "Goldenen Regel" als Maßstab des politischen Handelns: "Tue nichts, was du nicht allen anderen auch erlauben würdest". Dem realpolitischen Problem, dass der globale Wettbewerb unter sehr unterschiedlichen Bedingungen stattfindet und die Kooperation nicht der Regelfall ist, begegnet der Autor mit einem Verweis auf John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit, die er auf entwicklungspolitische Fragestellungen überträgt. Er sieht insbesondere in den drei Rawls'schen Gerechtigkeitskriterien - gleiche Grundrechte, Chancengleichheit und Differenzprinzip - eine hinreichende Grundlage für gerechte Verfahrensweisen und Prinzipien in der Weltgesellschaft. (ICI2)

[173-L] Krusewitz, Knut:

Der Griff nach dem Weltklima: zur friedenswissenschaftlichen Kritik westlicher Klimapolitik, in: Ronald H. Tuschl (Hrsg.): *Die neue Weltordnung in der Krise : von der uni- zur multipolaren Weltordnung?* Friedensbericht 2008: Lit Verl., 2008, S. 63-79, ISBN: 978-3-7000-0855-2 (Standort: SUB Hamburg(18)-A20085195)

INHALT: Vor dem Hintergrund der kritischen Auseinandersetzung mit dem herrschenden Klimaverständnis analysiert der Verfasser den ökonomischen und militärischen Griff nach dem Weltklima. Wer den Griff nach dem Weltklima mit Methoden und Mitteln der Wetterkriegsführung fördert, so die These, kann das Weltklima nicht in Übereinstimmung mit den feststehenden und fundamentalen Zielen des Friedens und der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nutzen. Er kann das Weltklima in Übereinstimmung mit den feststehenden und fundamentalen Zielen der neoliberalen Klimapolitik nur planvoll zerstören. (ICF2)

[174-F] Kuhn, Judith (Bearbeitung); Simonis, Georg, Prof.Dr. (Betreuung):

Zivilgesellschaftliche Akteure in Global-Governance-Prozessen: das Agieren von Umweltorganisationen im Klimaregime nach Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls

INHALT: Es wird untersucht, in welche Rolle zivilgesellschaftliche Akteure im Klimaregime der UN seit Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls am 16.02.2005 spielen. Hierfür werden die Partizipationsmöglichkeiten von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Klimaregime analysiert und besonderes Augenmerk auf das Handeln von Umweltorganisationen während der Weltklimakonferenzen gelegt.

ART: AUFTRAGGEBER: keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Fernuniversität Hagen, FB Kultur- und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Lehrgebiet Politikwissenschaft II Internationale Politik (58084 Hagen)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 02331-987-2146, Fax: 02331-987-4890,
e-mail: judith.kuhn@fernuni-hagen.de)

[175-L] Lindenthal, Alexandra:

Leadership im Klimaschutz: die Rolle der Europäischen Union in der internationalen Umwelt, (Staatlichkeit im Wandel), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2009, 303 S., ISBN: 978-3-593-38886-1

INHALT: Ziel der Studie ist es, die Leadership der EU im internationalen Regime zum Klimaschutz vom Ende der 1980er Jahre bis zum UN-Klimagipfel von Bali im Dezember 2007 zu analysieren. Als theoretische Perspektive wird die handlungstheoretische Variante des Konstruktivismus ausgewählt. In einem eigenen Kapitel werden die wesentlichen Prämissen des handlungstheoretischen Ansatzes des Konstruktivismus der Internationalen Beziehungen dargestellt und offengelegt, wodurch sich eine handlungstheoretische Regimeperspektive auszeichnet. Den Internationalen Beziehungen mangelt es, so die Autorin, an einer eindeutigen Definition von Leadership. Dies wird damit erklärt, dass sich die Befassung mit Leadership auf die Theorie hegemonialer Stabilität zurückführen lässt, welche mit den Formen der benevolent leadership und der coercive leadership zwei Konzeptionen bietet, bei denen es sich um zwei verschiedene Ausprägungen von Leadership handelt. In diesem Kapitel wird aufgezeigt, dass sich hinter diesen beiden Begrifflichkeiten zwei unterschiedliche theoretische Konzeptionen verbergen, welche im Kontext der Theorie hegemonialer Stabilität diskutiert werden: Bei coercive leadership handelt es sich im eigentlichen Sinne um Hegemonie, während es bei benevolent leadership tatsächlich um eine hiervon gänzlich verschiedene Form der Einflussnahme geht, die berechtigterweise als Leadership zu bezeichnen ist. Es wird argumentiert, dass beide Konzeptionen eindeutig voneinander abgegrenzt werden können, so dass Leadership mit einem spezifischen Bedeutungsgehalt versehen werden kann. In einem nächsten Schritt wird mit der Theorie hegemonialer Stabilität der Ursprung der Hegemon- bzw. Leadership-Diskussion in den Internationalen Beziehungen offengelegt. Im Rahmen einer Fallstudie wird analysiert, ob und inwiefern die EU im internationalen Regime zum Klimaschutz die Rolle eines Leaders übernommen hat. Rekurrierend auf eine Auswahl der Sekundärliteratur zur internationalen Klimaschutzpolitik sowie anhand einer Auswertung einschlägiger Dokumente und unter Berücksichtigung der Ergebnisse von Experteninterviews, die mit Vertretern der Europäischen Kommission geführt worden sind, wird überprüft, welche der herausgearbeiteten Formen von Leadership die EU in den internationalen Klimaschutzverhandlungen vom Ende der 1980er Jahre bis zum Jahr 2007 ausgeübt hat. Es wird die These vertreten, dass das Leadership-Konzept auf einen Untersuchungsgegenstand der Internationalen Beziehungen angewendet werden kann und dass dies einen Mehrwert erbringt, der mit anderen Konzeptionen der Internationalen Beziehungen nicht zu erzielen ist. (ICF2)

[176-L] Messer, Dirk:

Klimawandel, globale Entwicklung und internationale Sicherheit, in: Transit : europäische Revue, 2008, H. 36, S. 107-115 (Standort: USB Köln(38)-24A1544; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser zeigt, dass der Klimawandel existierende Entwicklungsprobleme in vielen Ländern und Regionen verschärft und neue Entwicklungsblockaden hervorbringt. Zukunftsorientierte Entwicklungsstrategien müssen daher notwendige Anpassungen an klimainduzierte Veränderungen von Natur- und Lebensräumen berücksichtigen. Sicher ist: Die Erreichung der Millenniumsziele wird mit fortschreitendem Klimawandel immer unwahrscheinlicher. Um die Klimakrise abzuwenden, sind, so die These, drei Elemente zusammenzuführen: eine wirksame, durch glaubwürdige und zielorientierte Akteure vorangetriebene globale Klimapolitik (Pionierrolle), die Beschleunigung von Innovationsprozessen im Energiebereich sowie in anderen Feldern der Ressourceneffizienz und die Mobilisierung multilateraler Prozesse sowie die Einbindung von China und Indien, ohne die eine tragfähige Klimapolitik nicht gelingen kann. Die EU verfügt in diesen Dimensionen über große Wettbewerbsvorteile. Die Klimapolitik soll daher eine zentrale Arena werden, in der Europa eine wichtige Rolle als global mitgestaltende Macht des 21. Jahrhunderts spielen kann. Diese Strategie soll trotz - oder gerade wegen - der globalen Finanzmarktkrise 2008 zielstrebig verfolgt werden, um nach dem Scheitern kurzfristigen Denkens auf den Finanzmärkten denselben Fehler in der Klimapolitik zu vermeiden. (ICF2)

[177-L] Messner, Dirk:

Der beschleunigte globale Wandel verändert die Nord-Süd-Beziehungen, in: Georg Schütte (Hrsg.): *Wettlauf ums Wissen : Außenwirtschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution*, Berlin: Berlin Univ. Press, 2008, S. 67-77

INHALT: Der Umbruch in der Weltordnung von 1989 wurde flankiert von einer großen, bis heute anhaltenden Debatte, der Globalisierungsdiskussion. In ihrem Zentrum steht die Analyse der Beschleunigung grenzüberschreitender ökonomischer, aber auch politischer, sozialer und kultureller Prozesse im Verlauf der vergangenen Dekaden. Die Globalisierungsdiskussion thematisiert den Übergang von der Epoche der Nationalstaaten in die Ära der Globalisierung. Die Analyse der Grenzen nationalstaatlichen Handels sowie die Schlussfolgerung, dass zur Gestaltung globalisierter ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse und zur Bearbeitung von grenzüberschreitenden Problemkonstellationen und -risiken sowie von Weltproblemen neue Formen von Global Governance notwendig seien, stellen den Kern dieser anhaltenden Diskussion über die Transformation der Politik unter den Bedingungen der Globalisierung dar. Es werden drei Wellen globalen Wandels und ihre Auswirkungen auf die Nord-Süd-Beziehungen skizziert. (1) grenzüberschreitende Prozesse fordern die Welt der Nationalstaaten heraus (2) tektonische Machtverschiebungen in Richtung Asien und (3) die Folgen des Klimawandels destabilisieren das Erdsystem. Unter der Annahme, dass sich in der 1. Hälfte des 21. Jahrhundert eine große globale Transformation entwickeln wird, die über die bisherigen Wirkungen weit hinausgehen wird, identifiziert der Autor als Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik.: (1) Internationale Wissenschaftskooperationen, die die Prozesse globalen Wandels untersuchen, werden immer wichtiger zur Gestaltung des globalen Wandels (2) die Wissenschaftsdisziplinen müssen stärker zusammenarbeiten. Diese Erfordernisse werden an drei Beispielen erläutert: dem Klimawandel, der Forschung zu Megastädten und den internationale Beziehungen. (LO)

[178-L] Mez, Lutz; Brunnengräber, Achim:

Auf dem Weg in die Zukunft - Erneuerbare Energien, in: Elmar Altvater (Hrsg.) ; Achim Brunnengräber (Hrsg.): Ablasthandel gegen Klimawandel? : marktbasierende Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen ; Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, Hamburg: VSA-Verl., 2008, S. 216-233

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit der notwendigen Transformation des bestehenden Energieregimes. Wenn bis 2050 die Treibhausgasemissionen weltweit gegenüber dem Stand von 1990 mehr als halbiert werden sollen, muss der "erste Weg" der Energieeffizienz (rationelle Umwandlung und Nutzung von Energie- und Strom) beschritten werden, vor allem aber: Die fossilen (Kohle, Öl und Gas) und nuklearen Energiesysteme müssen durch ein umweltverträgliches, erneuerbares Energiesystem mittel- bis langfristig ersetzt werden. Die erneuerbaren Energien haben eine Schlüsselrolle beim Schutz des Weltklimas und der Umwelt. Der Beitrag beschreibt und analysiert weiterhin die verschiedenen Förderungsinstrumente zum Ausbau erneuerbarer Energien, die in Europa und der Welt derzeit eingesetzt werden. Ferner wird auf die Notwendigkeit der internationalen Vernetzung und Institutionalisierung der Akteure eingegangen, die das Wissen über die Technik der verschiedenen erneuerbaren Energieträger und den Technologietransfer verbreiten und unterstützen. Eine Internationale Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) ist ein wichtiger Schritt, um den weltweiten Technologietransfer bei erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz zu fördern. (ICA2)

[179-L] Ohr, Renate (Hrsg.):

Internationalisierung der Wirtschaftspolitik, (Schriften des Vereins für Socialpolitik , Neue Folge, Bd. 321), Berlin: Duncker & Humblot 2009, 168 S., ISBN: 978-3-428-12984-3

INHALT: "Die seit Jahrzehnten weltweit stark wachsenden internationalen Handels- und Kapitalverflechtungen lassen die nationalen Wirtschaftsentwicklungen zunehmend interdependent werden. Welchen Herausforderungen ist unter diesen Umständen die nationale Wirtschaftspolitik ausgesetzt? Wo setzt die Internationalisierung fast aller Wirtschaftsprozesse der nationalen Wirtschaftspolitik Grenzen? Mit diesen und anknüpfenden Fragen befasste sich der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vereins für Socialpolitik auf seiner diesjährigen Jahrestagung. Der hier vorliegende Tagungsband dokumentiert die wesentlichen Aussagen und Ergebnisse. Dabei geht es zunächst um Internationalisierungsaspekte im Rahmen der Europäischen Integration: Welche Konsequenzen hat der angestrebte Beitritt zur EWU für die nationale Arbeitsmarktpolitik in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU? Inwiefern ist innerhalb der Währungsunion noch Spielraum für eine nationale Geldpolitik? Welche Interdependenz besteht zwischen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und Entwicklungen auf den Weltagrarmärkten? In einem zweiten Block werden vor allem wettbewerbstheoretische und ordnungspolitische Aspekte der weltwirtschaftlichen Verflechtungen thematisiert. So befasst sich ein Beitrag mit den Wettbewerbsproblemen bei der Marktabgrenzung im Rahmen der Bewertung internationaler Fusionen; die Übertragbarkeit des in der EU geltenden Prinzips der gegenseitigen Anerkennung auf die globale Ebene wird geprüft; und schließlich wird der Mangel an hinreichenden ordnungstheoretischen Grundlagen in der internationalen Klimaschutzpolitik deutlich gemacht." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Werner Sesselmeier: Arbeitsmärkte und soziale Sicherung in den MOEL: Richtig aufgestellt für einen EWU-Beitritt? (9-38); Fritz Helmedag: Getrennt marschieren, vereint schlagen: Nationale

Geldpolitik im Euro-Raum (39-52); Bernhard Brümmer, Ulrich Koester: Agrarpolitik zwischen Internationalisierung und Föderalismus(53-74) Ansgar Belke, Walter Orth, Ralph Setzer: Globale "Überschuss"-Liquidität: Hat sie weltweit Auswirkungen auf die Wohnimmobilien- und Aktienpreise? (75-100); Pio Baake, Christian Wey: Zum Problem der räumlichen Marktabgrenzung bei internationalen Fusionen (101-118); Andre Schmidt: Global Warming - Herausforderungen an eine internationale Ordnungspolitik (119-134); Wernhard Möschel: Internationalisierung der Wettbewerbspolitik - Zielkonflikte und Lösungsmöglichkeiten (135-146); Wolfgang Kerber, Roger van den Bergh: Wechselseitige Anerkennung von Regulierungen: Ist die EU ein Vorbild für das globale Handelsregime? (147-168).

[180-L] Richter, Emanuel:

Prozesse internationaler Politik: Globalisierung, in: Christiane Frantz ; Klaus Schubert: Einführung in die Politikwissenschaft: Lit Verl., 2005, S. 203-218

INHALT: Der Beitrag analysiert Globalisierung als aktueller Begriff innerhalb der Politikwissenschaft. Nach der methodischen Diskussion zur Definition des Begriffs, werden seine Bezüge zu "Weltgesellschaft", "Internalisierung" und "Modernisierung" dargestellt. Abschließend werden die besonders für die Politikwissenschaft wesentlichen Aspekte der Denationalisierung und der Demokratieentwicklung im Wandel zur globalen Gesellschaft beschrieben. (ICB)

[181-L] Rohlfing, Ingo:

Bilateralismus und Multilateralismus in den internationalen Beziehungen: ein polit-ökonomischer Ansatz am Beispiel der Handelskooperation, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Jg. 16/2009, H. 1, S. 75-101

INHALT: Die Anzahl der kooperierenden Akteure, gemessen am Bilateralismus und Multilateralismus, repräsentiert eine der zentralen Dimensionen internationaler Kooperation. Bisher gibt es jedoch kaum Untersuchungen über die Bestimmungsfaktoren der beiden Kooperationsformen. Ziel dieses Beitrags ist die Entwicklung einer polit-ökonomischen Erklärung der Wahl zwischen Bi- und Multilateralismus. Die Entscheidung ist gekennzeichnet durch widerstrebende Handlungsanreize. Auf der einen Seite können Verteilungsinteressen besser in bilateraler Kooperation realisiert werden, weil diese spezifische Reziprozität und die Feinabstimmung des eigenen Verhandlungsverhaltens ermöglicht. Auf der anderen Seite generiert Bilateralismus Externalitäten und hohe Transaktionskosten, die einen Anreiz für Multilateralismus setzen, welcher allerdings wiederum die Realisierung der eigenen Verteilungsinteressen sehr schwierig macht. Die Wahl eines Staates hängt daher davon ab, ob der Verfolgung von Verteilungsinteressen Vorrang vor der Lösung der Externalitätenprobleme eingeräumt wird oder umgekehrt. Die Erklärung findet empirische Bestätigung durch eine Plausibilitätsprobe anhand zweier Fälle aus dem Bereich der internationalen Handelskooperation (Dillon-Runde, Kennedy-Runde). (ICE2)

[182-F] Roser, Dominic, lic.rer.pol. (Bearbeitung); Wagner, Alexander, Prof.Dr.; Meyer, Lukas, Prof.Dr. (Betreuung):

Justice in a changing climate

- INHALT:** Die Milderung des Klimawandels sowie die Anpassung an die veränderten Bedingungen ist eines der drängendsten und wahrhaft globalen Projekte der Menschheit. Klimawandel geht mit gigantischen Verteilungseffekten zwischen Nord und Süd sowie Gegenwart und Zukunft einher. Die Aufgabe der Dissertation besteht darin, die gerechte Verteilung der klimawandelbedingten Kosten und Nutzen zu bestimmen. In einem ersten Schritt geht es um die Frage: Wie viel Klimaschutz schuldet die gegenwärtige Generation der Zukunft? Die Antwort auf diese Frage muss u.a. miteinbeziehen, dass unsere Prognosen über die Auswirkungen gegenwärtigen Handelns auf zukünftige Menschen von massiver Unsicherheit geprägt sind. In einem zweiten Schritt geht es um die Frage: Wie soll die gegenwärtige Generation die Kosten der Klimapolitik gerecht unter sich aufteilen? Kann es beispielsweise gerechtfertigt werden, dass Entwicklungsländer, die selbst in der Vergangenheit kaum zum Klimaproblem beigetragen haben, durch strenge Klimaschutzmassnahmen in ihrem Wachstum gebremst werden?
- VERÖFFENTLICHUNGEN:** Meyer, L.; Roser, D.: Intergenerationelle Gerechtigkeit. Die Bedeutung von zukünftigen Klimaschäden für die heutige Klimapolitik. Hrsg. v. Bundesamt für Umwelt BAFU. Bern 2007, 31 S. Download unter: www.ethik.uzh.ch/static/ufsp/downloads/dokumente/GP-Roser-gerechtigkeit_klimaschaeden_0708.pdf.+++Meyer, L.; Roser, D.: Historical emissions and climate justice. in: Matravers, M.; Meyer, L. (eds.): Democracy, equality, and justice (forthcoming).+++Meyer, L.; Roser, D.: Enough for the future. in: Meyer, L.; Gosseries, A. (eds.): Theories of intergenerational justice. Oxford: Oxford Univ. Press (forthcoming).+++Meyer, L.; Roser, D.: Climate justice: past emissions and the present allocation of emission rights. in: Cobben, P.; Coppens, P.; Gosseries, A.; Marti, U. (eds.): Distributive justice. Dordrecht: Springer (forthcoming).+++Meyer, L.; Roser, D.: Klimaökonomische Studien und intergenerationelle Gerechtigkeit. in: Bucholz, W. (Hrsg.): Wirtschaftsethische Perspektiven IX. Berlin: Duncker & Humblot (forthcoming). *ARBEITSPAPIERE:* Roser, D.: Climate change, rights, and risks. Manuscript. 2008.
- ART:** *BEGINN:* 2007-03 *ENDE:* 2010-03 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung
- INSTITUTION:** Universität Zürich, Universitärer Forschungsschwerpunkt Ethik Graduiertenprogramm für interdisziplinäre Ethikforschung (Zollikerstr. 117, 8008 Zürich, Schweiz)
- KONTAKT:** Bearbeiter (e-mail: roser@ethik.uzh.ch)

[183-L] Sachs, Wolfgang:

Wem gehört, was übrig bleibt?: Ressourcenkonflikte und Menschenrechte, in: Transit : europäische Revue, 2008, H. 36, S. 65-79 (Standort: USB Köln(38)-24A1544; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser sieht in dem Aufstieg der Idee der Menschenrechte eine Chance für jene, die am wenigsten für die Klimakrise verantwortlich sind und am meisten unter ihr leiden: die Armen. Die Basisformel einer menschenrechtlichen Perspektive lautet: Überleben geht vor Besserleben. Ohne Zweifel genießen fundamentale Rechte Priorität gegenüber höherem Lebensstandard, und zwar im Norden wie im Süden. Dies gilt auch für die Umwelt- und Ressourcenpolitik, gerade in Zeiten umfassender Knappheiten. Denn sie entscheidet darüber, welcher Anteil am globalen Umweltraum der marginalisierten Mehrheit auf der Erde zur Verfügung bleibt. Genauer gesagt, sie hat Einfluss darauf, in welchem Umfang die Armen Zugang zu Ressourcen haben und in welchem Ausmaß sie von Emissionen betroffen sind. Je ungleicher der Ressourcenverbrauch in der Welt verteilt ist, desto weniger bleibt für die Marginalisierten, und je mehr der Verbrauch sich den Grenzen der Tragfähigkeit nähert, desto stär-

ker geraten sie unter Druck. Eine kosmopolitisch angelegte Umwelt- und Ressourcenpolitik wird daher den Rückbau des Ressourcenverbrauchs in den Industrieländern betreiben, um in der Weltgesellschaft Subsistenzbedürfnissen den Vorrang vor Wohlstandsbedürfnissen zu sichern. Der Klimaschutz ist, so die These, ein Menschenrechtsthema ersten Ranges. Weit davon entfernt, nur dem Schutze von Wasserrosen und Walen zu dienen, ist ökologische Politik sowohl auf Seiten der Inputs wie auf Seiten der Emissionen die einzige Option, um einer wachsenden Anzahl von Menschen Gastfreundschaft auf der Erde anzubieten. (ICF2)

[184-L] Scherpenberg, Jens van:

Die Finanzkrise und die wirtschaftspolitischen Optionen der Regierung Obama, in:

Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 60/2009, H. 423, S. 34-41 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.hss.de/downloads/PolStudien423_Internet.pdf)

INHALT: Entscheidend für das Überwinden der internationalen Finanzkrise wird das Krisenmanagement innerhalb der internationalen Beziehungen sein, insbesondere die Wirtschafts- und Außenpolitik der Obama-Administration. In seiner Kurzanalyse stellt der Verfasser zu Beginn den Stand der Krise Anfang 2009 dar, insbesondere die Herausforderungen, vor der die Wirtschaftspolitik der US-amerikanischen neuen Regierung steht. Im Folgenden analysiert der Autor die Auswirkungen der Finanzkrise für die internationalen Beziehungen sowie die Interessenlagen der USA, der EU, der VR China, den Emerging-Markets und den Ölexportländern. Abschließend erläutert der Verfasser die Handlungsoptionen für die Regierung Obama (Staatsverschuldung) und deren Auswirkungen auf Europa. (ICC2)

[185-L] Schrogl, Kai-Uwe:

Weltraumpolitik, Weltraumrecht und Außerirdische(s), in: Michael Schetsche (Hrsg.) ;

Martin Engelbrecht (Hrsg.): Von Menschen und Außerirdischen : transterrestrische Begegnungen im Spiegel der Kulturwissenschaften, Bielefeld: transcript Verl., 2008, S. 255-266

INHALT: Der Verfasser zeigt, wie schwer sich die Verantwortlichen in Politik und staatsfinanzierter Weltraumforschung mit dem Thema 'Außerirdische' tun. Doch selbst in diesem Bereich haben sich einige Unermüdliche auf den Weg gemacht, das offenbar Undenkbare zu denken. So haben Rechtswissenschaftler ein Papier mit dem Titel "Declaration of Principles Concerning Activities Following the Detection of Extraterrestrial Intelligence" auf den Weg gebracht, mittels dessen das Zusammentreffen mit Außerirdischen völkerrechtlich verhandel- und handhabbar gemacht werden könnte. Trotzdem bleibt der Autor skeptisch, was das Szenario eines potentiellen Kontakts mit Außerirdischen in näherer Zukunft angeht: 'Die Erde' ist politisch, ideologisch und ethisch auf so ein Zusammentreffen nicht vorbereitet, ganz zu schweigen von verbindlichen rechtlichen Mechanismen der formalen und inhaltlichen Bearbeitung eines solchen Ereignisses durch einzelne Nationalstaaten oder die internationale Staatengemeinschaft. (ICF2)

[186-L] Schütte, Georg (Hrsg.):

Wettlauf ums Wissen: Außenwirtschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution, Berlin: Berlin Univ. Press 2008, 254 S., ISBN: 978-3-940432-43-8

INHALT: "Die Wissensrevolution des 21. Jahrhunderts hat Deutschland in einen globalen Wettbewerb um Innovationen und Standorte katapultiert. Weltweit konkurrieren Staaten um wissenschaftliche Talente und um Investitionen nationaler und multinationaler Unternehmen. Die Entwicklungslabors sind inzwischen weltweit verteilt. Das publizierte Wissen entsteht heute mehr und mehr unabhängig von Sprach- und Landesgrenzen. Klimawandel, Infektionskrankheiten, Armut, Hunger sowie die Energieversorgung der Zukunft stellen Wissenschaft und Politik vor umfassende Herausforderungen. Der Band zeigt Perspektiven aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Er enthält Beiträge von Frank-Walter Steinmeier, Annette Schavan, Ernst-Ludwig Winnacker, Peter Strohschneider und vielen anderen. Die Alexander von Humboldt-Stiftung hat in mehr als so Jahren ein weltweites Netz von über 23.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aufgebaut, die enge Beziehungen zu Deutschland unterhalten. Die Stiftung fördert Postdoktoranden und erfahrene Wissenschaftler, die zu längeren Forschungsaufenthalten nach Deutschland kommen. Nach ihrer Rückkehr in die Heimatländer setzen die Stipendiatinnen und Stipendiaten, die Preisträgerinnen und Preisträger vielfach die Zusammenarbeit mit ihren deutschen Fachkolleginnen und -kollegen fort. Oftmals sind sie auch die Initiatoren größerer bilateraler Forschungsprojekte oder Hochschulkooperationen. In einem derartigen weltweiten Netz entstehen persönliche Beziehungen, die durch einen hohen Grad von Vertrauen geprägt sind. Dieses Vertrauen ist eine wichtige, bisweilen unschätzbare Ressource für die deutschen auswärtigen Beziehungen. Zugleich tragen die internationalen Gäste dazu bei, den Wissenschaftsstandort Deutschland zu stärken. So arbeitet die Humboldt-Stiftung seit Jahren an der Schnittstelle von Außen- und Wissenschaftspolitik. Mit dem vorliegenden Band soll diese Schnittstelle genauer beleuchtet werden. Die Alexander von Humboldt-Stiftung ist deshalb allen Autorinnen und Autoren dieses Bandes zu Dank verpflichtet. Sie haben, oftmals neben einem anstrengenden und zeitraubenden Tagesgeschäft, hinterfragt, was es bedeutet, wenn wir von 'Internationalität' und 'Internationalisierung' der Wissenschaft sprechen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Georg Schütte: Wettlauf ums Wissen: Außenwirtschaftspolitik als Herausforderung moderner Wissensgesellschaften (12-27); Frank-Walter Steinmeier: Partner gewinnen und Potenziale nutzen - Warum sich Außenpolitik für die Wissenschaft einsetzt (28-30); Annette Schavan: Von Alexander von Humboldt lernen (31-34); Andreas Pinkwart: Bereit sein, groß zu denken (35-39); Uschi Eid: Die Internationalisierung von Kultur und Wissenschaft (40-45); Volker Perthes: Soft Power in der Auswärtigen Politik (46-51); Stefan Kuhlmann: Forschungs- und Innovationssysteme im internationalen Wettbewerb (52-58); Ekhard K. H. Salje: The race to the top: some insular comments on science policy (59-66); Dirk Messner: Der beschleunigte globale Wandel verändert die Nord-Süd-Beziehungen (67-77); Joachim Treusch: Globale Herausforderungen, internationale Forschungsk Kooperationen, nationale Strategien (78-84); Ernst-Ludwig Winnacker: Zur internationalen Sichtbarkeit des deutschen Forschungssystems (85-91); Georg Schütte: Die neue Landkarte akademischer Mobilität (92-103); Wilhelm Krull: Kreativität, Kooperation und die zukünftige Entwicklung des deutschen Wissenschaftssystems (104-111); Joachim Nettelbeck: Wissenschaftsaußenpolitik - Asymmetrie der Wissensordnung und Orte der Forschung (112-121); Peter Strohschneider: Internationalität von Geisteswissenschaften. Zehn gelegentliche Anmerkungen (122-134); Dieter Grimm: Rechtswissenschaft - eine internationale Disziplin? (135-141); Friedhelm Neidhardt: Die Internationalität der deutschen Soziologie (142-149); Ulrich Schollwöck: Physik zwischen arktischer Wildnis und alpinen Teilchen-

beschleunigern (150-156); Katharina Kohse-Höinghaus: Moleküle haben keine Nationalität (157-165); Martin Korte: Wie international ist Wissenschaft? Internationale Kooperationen in den Biowissenschaften (166-175); Friedrich Pfeiffer: Wie international sind die Ingenieurwissenschaften? (176-185); Stefan Hormuth: Internationalisierung der Hochschulen (186-193); Wolfgang A. Herrmann: Aufholjagd auf den internationalen Bildungsmärkten: Universitäten als Faktor der Außenwissenschaftspolitik (194-202); Sascha Spoun, Felix C. Seyfarth: Internationalisierung für kleine und mittelgroße Universitäten (203-213); Marion Schick: Systematische Internationalisierung - Chancen der deutschen Hochschulen für angewandte Wissenschaften (214-220); Christian Bode: Exportschlager Hochschulen? Deutsche Studienangebote im Ausland als Instrumente der Außenwissenschaftspolitik (221-231); Georg Schütte: Wissenschaft im globalen Wandel gestalten - ein Fazit (232-238).

[187-L] Simonis, Udo Ernst:

Zukünftige Positionierung der globalen Umweltpolitik: zur Errichtung einer Weltumweltorganisation, in: Reinhold Popp (Hrsg.) ; Elmar Schüll (Hrsg.): Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung : Beiträge aus Wissenschaft und Praxis, Berlin: Springer, 2009, S. 619-626

INHALT: Seit gut 35 Jahren hat es seitens der Regierungen immer wieder Versuche gegeben, die Bemühungen zum Schutz der globalen Ökologie zu koordinieren, durch internationales Recht, multilaterale Diplomatie und internationale Organisationen. Mehr als 500 Verträge zu etwa 25 verschiedenen Umweltproblemen wurden unterzeichnet, mindestens 18 bestehende internationale Organisationen haben ihre Aktivitäten um die Aufgabe Umweltschutz erweitert. Der größte Teil globaler Umweltpolitik bestand dabei in der Aushandlung multilateraler Kooperationsabkommen zum Schutz der Umwelt und natürlicher Ressourcen, in so genannten Umweltregionen. Das zentrale Konzept der globalen Umweltpolitik wird verstanden als System von Prinzipien, Normen, Regeln und Verfahrensweisen, die die Akteure von Politik aufstellen oder akzeptieren, um Handlungen im Feld internationaler Beziehungen zu regulieren und zu koordinieren. Der Beitrag zeichnet die Debatte um globale Umweltpolitik nach und fokussiert in der Beschreibung des Streits um Problemlösungen die Rolle der Wissenschaft, von der erwartet wird, sie müsse Teil der Problemlösung sein, von der aber nicht auszuschließen ist, dass sie auch Teil des Problems ist. (ICB2)

[188-L] Staudenmann, Jürg; Scheurer, Karin:

Wasser - der Stoff aus dem Konflikte sind?, in: Thomas Roithner (Projektleiter): Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? : Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses: Lit Verl., 2008, S. 116-130

INHALT: Wasser ist eine lebensnotwendige Grundlage und durch nichts ersetzbar, aber die Konkurrenz um deren Nutzung nimmt in vielen Teilen der Erde stetig zu. Trifft die Hypothese zu, dass das nutzbare Wasser für die wachsende Weltbevölkerung immer knapper wird und dies unweigerlich zu verstärkten Konflikten oder gar kriegerischen Auseinandersetzungen führen kann? Wie knapp sind unsere Wasser-Ressourcen tatsächlich? Wie manifestieren sich Wasser-Konflikte? Die Autoren gehen in Beantwortung dieser Fragen auf die globale Wasserkrise, auf die Wasserknappheit als Frage der Politik und auf die Wasser-Hegemonie versus res-

sourcenpolitischer Diplomatie am Beispiel des Niltals ein. Sie skizzieren ferner die Bausteine einer zukunftsfähigen Wasser-Ressourcenpolitik, die das Recht auf Wasser, einen integrierten Ansatz zur Wasserbewirtschaftung und die "Effective Water Governance" als geschickten Umgang mit vorhandenen Ressourcen umfassen. (ICI2)

[189-L] Varwick, Johannes (Hrsg.):

Globale Umweltpolitik: eine Einführung, (Uni Studien Politik), Schwalbach: Wochenschau Verl. 2008, 126 S., ISBN: 978-3-89974-411-8

INHALT: Der Band enthält fünf Beiträge aus fünf unterschiedlichen Richtungen zu zentralen Aspekten der globalen Umweltpolitik. Konzeptionelle Nachhaltigkeitsfragen werden von Ekardt ausführlich dargestellt und hinsichtlich ihrer globalen politischen Umsetzung kritisch analysiert. Rechkemmer befasst sich mit dem Klimawandel und untersucht ihn als Weltproblem, indem er das globale Klimaregime in seinen zentralen Elementen darstellt und Elemente eines neuen Klimaregimes sehr knapp beschreibt. Oberthür analysiert die Rolle der EU als Vorreiter der internationalen Klimapolitik, fragt nach Erfolgen, aber auch Defiziten dieser Vorgehensweise und sieht die Führungsrolle der EU für den Klimaschutz als förderlich an, weil auch die USA sich durch die EU-Positionierung herausgefordert fühlen könnten. Internationale Wasserprobleme werden von Lindenberg im Rahmen verschiedener theoretischer Herangehensweisen zunächst allgemein beschrieben, bevor anhand eines Anwendungsbeispiels die Modelle einem Praxistest unterzogen werden. Abschließend widmen sich Reichenbach und Requate der Darstellung und der Analyse umweltpolitischer Instrumente. Die Autoren unterscheiden zwischen den theoretischen Eigenschaften der Instrumente einerseits und der teilweise defizitären Umsetzung in der politischen Praxis andererseits. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Johannes Varwick: Einführung (5-9); Felix Ekardt: Das Prinzip Nachhaltigkeit (10-31); Andreas Rechkemmer: Klimawandel als Weltproblem (32-48); Sebastian Oberthür: Die Vorreiterrolle der EU in der internationalen Klimapolitik: Erfolge und Herausforderungen (49-71); Tobias Lindenberg: Konfliktstoff Wasser (72-93); Johanna Reichenbach/ Till Requate: Umweltpolitische Instrumente in Theorie und Praxis (94-122).

[190-L] Vasilache, Andreas:

Verlierer oder Gewinner?: Überlegungen zum Staat in Zeiten der Globalisierung, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 17/2009, Nr. 64, S. 81-90 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Rede von einem Machtverlust oder gar Ende des Staates, von einer "Post-Sovereignty Era" selbst von einer "Denationalisierung" in Zeiten der Globalisierung scheint, so der Verfasser, ebenso unzureichend wie die Aussage, dass der Staat auch in der Globalisierung noch immer ein einflussreicher, wenn nicht herausragender Akteur sei. Vielmehr ist für eine differenzierte Sicht auf den Binnenbereich des Staates und auf die Interaktion der institutionell gebündelten Gewalten zu plädieren. Es wird argumentiert, dass demokratische Strukturen weniger durch einen umfassenden Bedeutungsverlust des demokratischen Staates, als vielmehr durch eine globalisierungsinduzierte Verlagerung souveräner Potenziale von legislativen Organen hin zur Verwaltung bedroht sind. Neben einer verstärkten legislativen, judikativen, und zivilgesellschaftlichen Kontrolle der Regierung, die mithin auf einer kritischen und skeptischen Wachsamkeit fußt, ist, so die These, insbesondere auf eine binnenstaatliche De-

mokratisierung nationaler Außenpolitik hinzuwirken. Dazu sind Parlamente und Gerichte institutionell berufen. Sie müssen ihre Kompetenzen, Kontrollrechte und ihren Gestaltungswillen in den internationalen Beziehungen ebenso selbstbewusst wahrnehmen wie in allen anderen Politikfeldern auch. In Zeiten globalisierter Entgrenzung kann nationale Außenpolitik nur noch um den Preis eines demokratischen Legitimitäts- und Kontrollverlustes als exekutiv-technokratisches Politikfeld verstanden werden. (ICF2)

[191-L] Westphal, Kirsten:

Russisches Erdgas, ukrainische Röhren, europäische Versorgungssicherheit: Lehren und Konsequenzen aus dem Gasstreit 2009, (SWP-Studie, S 18), Berlin 2009, 41 S. (Graue

Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6144)

INHALT: "Der Gasstreit vom Januar 2009 löste die bisher größte Gasversorgungskrise in Europa aus und bedeutet eine echte Zäsur im trilateralen Verhältnis Russlands, der Ukraine und der EU. Es ist offenkundig geworden, dass die regelmäßige Konfrontation zwischen Russland und der Ukraine tiefere, strukturelle Ursachen hat, die die Sicherheit auf Europas wichtigster Transitroute gefährden. Auch wenn sich beide Staaten im Januar 2009 auf ein neues Gasabkommen geeinigt haben, sind damit die Konflikte alles andere als gelöst. Die fortwährende politische und wirtschaftliche Krise in der Ukraine ist eng mit den Problemen im Energiesektor verwoben. Das europäisch-russische Verhältnis wiederum ist geprägt von latenter Konkurrenz. Russland wie die EU haben ein strategisches Interesse am ukrainischen Energiemarkt und seiner künftigen Ausrichtung. Die schwelenden Konflikte stellen Deutschland und die EU vor energie-, aber vor allem auch vor außenpolitische Herausforderungen, deren Dringlichkeit mit geographischen und infrastrukturellen Gegebenheiten verbunden ist: Die EU ist der weltgrößte Nettoimporteur von Gas, Russland der größte Gasproduzent und -exporteur sowie das Land mit den größten Reserven. Die Ukraine ist mit Abstand das wichtigste Transitland für Europa. Daran wird sich in absehbarer Zeit auch nichts ändern. Die Gasimporte aus dem Osten sind steter Testfall und Menetekel für die gemeinsame europäische Energiepolitik. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Lehren und Konsequenzen die deutsche und die europäische Politik aus dem Geschehen ziehen können." (Autorenreferat)

[192-L] Wohlmuth, Karl; Alabi, Reuben Adeoulu; Burger, Philippe; Gutowski, Achim; Jerome, Afeikhena; Knedlik, Tobias; Meyn, Mareike; Urban, Tino (Hrsg.):

New growth and poverty alleviation strategies for Africa: international and regional perspectives, (African development perspectives yearbook, Vol. 8), Berlin: Lit Verl. 2008, 606 S., ISBN: 978-3-8258-1542-4

INHALT: "This Volume analyses the 'New growth and poverty alleviation strategies for Africa - how to reach the millennium development goals?'. Country cases in Africa for the integration of new growth and poverty alleviation policies are presented. New international strategies in the context of the Millennium Development Goals (MDGs), the New Partnership for Africa's Development (NEPAD) and the EU Strategy for Africa are discussed that aim at promoting pro-poor policies. Regional aspects of new growth and poverty alleviation strategies are analysed with regard of the case of South Africa. The South Africa of 2007 is a much different country from the South Africa of 1994, the year in which the country held its first democratic election. The country returned to positive per capita growth in the period since 1994. Howe-

ver, large challenges remain - the most glaring being the high levels of poverty and unemployment. Innovative strategies to address these challenges are discussed - incentives for sub-regional economic growth; improving the relationship between growth and employment; enhancing the role of education in the labour market; promoting Broad-Based Black Economic Empowerment; and moving step by step towards a South African welfare state. New researches, initiatives and publications related to the theme are reviewed carefully in this Volume. This Volume builds the foundation for a comprehensive strategy of policy reforms in Africa so as to integrate new growth and poverty alleviation strategies. Complementary to Volume XIII is Volume XIV on 'New growth and poverty alleviation strategies for Africa - Institutional and local perspectives'. Both Volumes are of importance for all those who work in African countries as officials, executives, managers, researchers, and policy-makers, but also for all those who actively support Africa's development concerns at the international, regional, country, local and project levels. They will experience this Volume XIII and also the complementary Volume XIV as indispensable sources of insight, reference and inspiration." (author's abstract). Contents: New Growth and Poverty Alleviation Strategies: Afeikhena Jerome, Karl Wohlmuth: New growth and poverty alleviation strategies: International Policies, the Millennium Development Goals, and African Cooperation. An Introduction (3-34); Francis M. Baye, Sunday A. Khan: The HIPC Process, Well-being Outcomes, and the Realisation of the MDGs in Rural Cameroon (35-64); Arno J. van Niekerk: Post-conflict Reconstruction and the Millennium Development Goals: Lessons from the Mozambican Case (65-94); Tobias Knedlik, Eva Reinowski: The African Growth Gap, Development Policy and the Realization of the MDGs (95-112); Mark Knell: Technology, Growth and Poverty Alleviation in Sub-Saharan Africa (113-144); Anil K. Kanungo: Productive Capacities and Policies Key to Growth Study of African LDCs (145-176); Oludele A. Akinboade: Some Aspects of the Political Economy of the New Partnership for Africa's Development: An Explanation (177-226); Emmanuel Nnadozie, Siham Abdulmelik: Integrating the MDGs and NEPAD for Pro-Poor Growth and Poverty Reduction in Africa (227-262); Afeikhena Jerome, Oluyele Akinkugbe, Francis Chigunta: Are Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs) making Headway in Promoting Pro-Poor Growth necessary for the Attainment of the MDGs in Africa? (263-294); Mareike Meyn: Is the EU Strategy for Africa Promoting Growth and Development in Africa? (295-316); Philippe Burger, Mareike Meyn: New Growth and Poverty Alleviation Strategies: The Future of Reform Policies in South Africa. An Introduction (317-334); Lochner Marais, Lucius Botes: Growth and Development Strategies in South Africa: Towards inCENTives for Sub-Regional Economic Growth (335-354); JP Geldenhuys, Marina Marinkov: Does Economic Growth lead to Higher Employment and Lower Unemployment in South Africa? (355-390); Philippe Burger: South African Economic Policy: Are we moving towards a Welfare State? (391-428); H el ene Maisonnave, Bernard Decaluw e: Education Policy, Growth and the Labour Market in South Africa: A Dynamic Computable General Equilibrium Analysis (429-442); Antonie Pool: Determinants of Household Poverty in Kwazulu-Natal, South Africa: Evidence from KIDS 2004 (443-464); Theo Potgieter: Broad-Based Black Economic Empowerment: Towards more Equal Sharing of the Benefits of Growth in South Africa (465-488); Doreen Atkinson: Soft Boundaries: Pro-Poor Tourism and Cross-border Collaboration in the Arid Areas of Southern Africa (489-514); Global Equity Initiative (GEI): The Global Equity Initiative at Harvard University: A Summary of Africa-related Work and Programs (515-520); Namibian Economic Policy Research Unit (NEPRU): Applied Socio-Economic Policy Research towards achieving Namibia's Development Objectives (521-528); African Economic Research Consortium (AERC): Building Capacity for Economic Policy Research in Sub-Saharan Africa (529-534); International Poverty Centre (IPC): Poverty in Focus: United Nati-

ons Development Programme promoting South-South Cooperation on Applied Poverty Research and Training (535-540); Centre for Development Support (CDS): Promoting Sustainable Human Development by Leading Research and Training: The Centre for Development Support (541-548); Organization for Social Science Research in Eastern and Southern Africa (OSSREA): Poverty Reduction Strategies in Sub-Saharan Africa: Assessing the Cases of Ethiopia, Kenya, Malawi, Rwanda, Uganda and Zambia (549-552); Robert Blatter, Oliver Schmidt: Do Associations impact on Growth? - The Case of the Association of Microfinance Institutions of Uganda (553-562); Luca Marchiori: What is the Growth Potential for Africa of its Economic Relations with China? (563-570); Federico Bonaglia, Denise Wolter: Promoting Commercial Agriculture in Africa: Lessons from Five Countries (571-584); Tino Urban: New Growth and Poverty Alleviation Strategies for Africa: International Research Trends (585-606).|

[193-L] Zündorf, Lutz:

Das Weltsystem des Erdöls: Entstehungszusammenhang, Funktionsweise, Wandlungstendenzen, (Neue Bibliothek der Sozialwissenschaften), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 309 S., ISBN: 978-3-531-16085-6

INHALT: Im ersten Kapitel wird der theoretische Bezugsrahmen für die historischen und empirischen Analysen in drei Schritten entfaltet - die strukturellen Besonderheiten der Weltwirtschaft des Erdöls, der Kapitalismus als Quelle der Bewegung und die zyklischen Bewegungsmuster der kapitalistischen Weltwirtschaft. Im zweiten Kapitel geht es um Erdöl als nicht vermehrbaren Rohstoff, als Schlüsselfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung und als strategische Ressource von weltpolitischer Bedeutung. Thema des dritten Kapitels ist die räumliche Expansion der internationalen Ölwirtschaft: die von Staaten und Unternehmen der Zentrumsländer betriebene Inkorporation externer Regionen als Rohstofflieferanten der ölbasierten Weltwirtschaft. Im vierten Kapitel wird der Aufbau von Gegenmacht in der Peripherie als Folge von zwei Prozessen untersucht: zum einen als Reaktion auf die in den Konzessionsverträgen und Gewinnverteilungen zum Ausdruck kommende Übermacht der westlichen Konzerne, zum anderen als Folge des Machtgewinns der Exportländer im Kontext von Entkolonialisierung, Staatenbildung und internationaler Kooperation. Im fünften Kapitel geht es um den Zusammenhalt des immer komplexeren und störanfälligeren Weltölsystems (Dauerproblem der Integration). Abschließend wird ein Ausblick auf die Zukunft der globalen Ölwirtschaft gegeben. (ICE2)

7 Europäische Integration, europäische Sozialpolitik, EU-Osterweiterung

[194-L] Agh, Attila:

Ungarn in der EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2009, H. 29/30, S. 12-18 (www.bpb.de/files/KGNLSN.pdf)

INHALT: Die Folgen des Systemwandels, die Finanzkrise sowie die Anforderungen an Ungarn nach dem EU-Beitritt 2004 sind die Hauptursachen für die gegenwärtige Krise des Landes. Der Verfasser arbeitet die gegenwärtigen Krisenelemente sowie die langfristig zu erwartenden Demokratisierungs- und Europäisierungstendenzen. Er beschreibt die positive Bedeutung der EU-Mitgliedschaft Ungarns für die ungarische Außen- und Innenpolitik sowie die Haltung der Bevölkerung zur EU. Diese weist ein Paradoxon auf: Die geringe Befürwortung der EU-Mitgliedschaft ist mit einer starken Befürwortung der europäischen Integration und einer positiven Beurteilung der EU-Institutionen verbunden. Die ungarischen politischen Institutionen genießen eine weitaus geringere Wertschätzung. Daraus leitet der Autor einen mehrstufigen Entwicklungsprozess der EU- und nationalen Identität ab. Die Unterstützung Ungarns seitens der EU im Kampf gegen die Finanzkrise hat nach Auffassung des Autors große Wirkung auf die öffentliche Meinung ausgeübt. Seine Prognose: Ungarn bleibt ein hartnäckiger Verfechter der EU-Integration. (ICC)

[195-L] Albrecht, Claudia:

Die Rolle der Mitgliedsländer für die regionale Integration in der Europäischen Union: Analyse der Parameter unter Berücksichtigung interessengesteuerter Interaktionsprozesse, Hamburg 2008, 239 S. (Graue Literatur; deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=99004419x&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=99004419x.pdf;nbv-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:18-37402)

INHALT: "Verschiedene Ansätze der Ökonomik und der Politikwissenschaft werden in dieser Arbeit kombiniert, um die Hintergründe für die unterschiedliche Beteiligung der einzelnen Mitgliedsländer im regionalen Integrationsprozess in einer interdisziplinären Sichtweise untersuchen zu können. Zentrales Instrumentarium ist ein entwickeltes Integrationschema bestehend aus Innen- und Außenverhältnis. Hier werden bestimmte Umstände und Bedingungen sowohl auf der Ebene des Mitglieds-/ Beitritts-Landes (Innenverhältnis) als auch auf der länderübergreifenden Ebene (Außenverhältnis) im Hinblick auf einen bestimmten (angestrebten) Integrationsraum betrachtet. Bezug genommen wird dabei auf die wirtschaftlichen Interessengruppen, die eine intermediäre Funktion zwischen politischen und ökonomischen Systemen auf den verschiedenen Ebenen dieses Integrationsraumes innehaben. Unterschiedliche Parameter werden definiert: Im Innenverhältnis erfolgt so die Darstellung der integrationsfördernden und -hemmenden Bedingungen auf der jeweiligen landesbezogenen Ebene, im Außenverhältnis werden der Grad der Handelsverflechtung, die formellen Bedingungen der Handelsbeeinflussung und Gestaltung des Integrationsraumes sowie der bestehende organisationsbezogene Rahmen auf dieser Ebene untersucht. Die Auseinandersetzung mit diesen einzelnen Parametern im Innen- und Außenverhältnis zeigt bestimmte Zusammenhänge in der Ausprägung dieser Größen. Sie legt den Schluss nahe, dass diese in einer bestimmten Beziehung zu-

einander stehen, interagieren und dadurch unterschiedliche Aussagen zum Verhältnis der Systeme im Integrationsschema implizieren. Mit der Festlegung eines Integrationsindexes einmal im Innenverhältnis und einmal im Außenverhältnis wird diese Beziehung konkretisiert und mit der inhaltlichen Bestimmung der Interdependenz in der Gegenüberstellung dieser Größen die Analyse der Stellung der einzelnen Länder in diesem Prozess ermöglicht. Die entwickelten Parameter werden im Sinne von Ressourcen in ein Handlungsmodell eingefügt. Sie können so als unterschiedliche Bedingungen der wirtschaftlichen Interessengruppen im Integrationsprozess auf der nationalen wie intergouvernementalen/ supranationalen Ebene verstanden werden. Mit der Anwendung des erweiterten Becker-Ansatzes im Blickfeld der Ergebnisse des akteurzentrierten Institutionalismus erfolgt die Umsetzung in eine handlungsorientierte Betrachtung. Mithilfe dieser Konzeption wird im Anschluss eine Analyse der Europäischen Union und unterschiedlicher Entwicklungen innerhalb dieses Integrationsraumes vorgenommen." (Autorenreferat)

[196-L] Bingran, Dai; Junbo, Jian (Hrsg.):

The enlarged European Union: prospects and implications, (Transformation, Development, and Regionalization in Greater Asia, 4), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 233 S., ISBN: 978-3-8329-4005-8

INHALT: Contents: Ali M El-Agraa: The Impact of the Recent EU Enlargements on the EU as an International Actor (13-32); Toshiro Tanaka: The Four Dilemmas of the European Union (33-40); Andreas Vasilache: Supranational Power - Approaching a Theoretical Dilemma (41-56); Yang Na: The Essence of Transformation of European Governance Institutions after World War Two (57-70); Reimund Seidelmann: EU's Enlargement to the East - Patterns, Causes, and Problems (71-84); Frank Delmartino: Challenges to the Policy-making Process in the Enlarged European Union (85-94); Iwona Anna Hanska: The European Union after Enlargement - a Polish View (95-114); Soko Tanaka: Divergences in the Euro Area and Stability of the EEMU (115-128); Jian Junbo: Impact of the Eastern Enlargements on the EU's Legitimacy (129-146); Cae-One Kim: The Enlargement of EU: Some Lessons for East Asian Regionalism (147-152); Ali M El-Agraa: The EU/ China relationship and the impact of the recent EU enlargements on it (153-180); David Camroux: The Political Economy of European Studies in Europe and Asia: Programmes, Pitfalls, Prospect (181-190); Marc-Antoine Eyl-Mazzega: The EU and its direct and indirect neighbours from the East (191-212); Zhang Ji: EU Enlargement: Implications on Transatlantic Relations (213-228).|

[197-L] Bos, Ellen; Dieringer, Jürgen (Hrsg.):

Die Genese einer Union der 27: die Europäische Union nach der Osterweiterung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 418 S., ISBN: 978-3-531-15744-3 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE755G3U5S)

INHALT: "Mit dem Beitritt der Staaten Mitteleuropas hat sich die Europäische Union heterogenisiert. Die unterschiedlichen Erfahrungshorizonte von Transformationsgesellschaften treffen auf gewachsene Politikverarbeitungsmuster im institutionellen Gefüge der Union. Die spezifischen Interessen der neuen Mitglieder beeinflussen, gepaart mit divergierenden Verwaltungskulturen, Inhalt und Form europäischer Politik. Dieses Buch untersucht die Veränderung der europäischen policies in der ersten Phase nach der Osterweiterung. Behandelt werden insbe-

sondere redistributive und regulatorische Politiken sowie die intergouvernemental organisierte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Jürgen Dieringer: Einführung: Probleme der Integration und Herausforderungen für das neue Europa (9-13); Martin Große Hüttmann: Vom Elefanten, den blinden Männern und der EU-Osterweiterung: neue Herausforderungen für die Integrationstheorien (17-35); Jürgen Dieringer, Kai-Sebastian Melzer, Micha Wirtz: Die Europäische Union nach der Osterweiterung: zur politisch-kulturellen und institutionellen Entwicklung (37-53); Ulrich Hufeld: Der staatliche Souveränitätsvorbehalt in der EU: Polen als Paradigma (55-81); Attila Agh: Completing EU membership in Central Europe: Lisbon strategy and the qualitative catching-up process (83-110); Roland Sturm: Wettbewerbspolitik: die Fortschritte ihrer Europäisierung (113-123); Klaus Beckmann: Tax competition strategies and Europe's fiscal constitution (125-138); Uwe Puetter: Regieren in der Eurozone und die wirtschaftspolitische Koordinierung in der erweiterten Union - die Bedeutung deliberativer Entscheidungsprozesse (139-155); Zoltan Pogatsa: Cohesion policy after 2007 (157-168); Zoltan Csealvay: Regionalpolitik am Wendepunkt - Ungarn nach dem EU-Beitritt (169-191); Johannes Kleis: Perspektiven der europäischen Umweltpolitik nach der Osterweiterung (193-204); Markus M. Müller: Daseinsvorsorge und die EU: Anmerkungen zu einem alten Streit und jüngeren Entwicklungen (205-212); Andrej Stuchlik: Sozialpolitik in der erweiterten Europäischen Union (213-225); Petra Bendel: Die EU-Migrationspolitik: Exportschlager oder Neuorientierung? (227-242); Michaela Willen: Was kann die Offene Methode der Koordinierung im Bereich Alterssicherung leisten? (243-262); Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: Die Europäische Außenpolitik: Genese, Entwicklungsstand und Perspektiven (265-282); Margareta Mommsen: Die Europäisch-Russischen Beziehungen - eine Europäische Perspektive (283-297); Galina Michaleva: Die Europäische Union und die russländische Transformation - eine russische Perspektive (299-315); Ellen Bos: Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine (317-330); Margarete Klein: Die Beziehungen der EU zum Kaukasus: neue Dynamik ohne Strategie (331-350); Antje Helmerich: Der westliche Balkan vor den Toren der Europäischen Union (351-377); Dieter Bingen: Polnische Europapolitik, polnische Nachbarschaftspolitik (381-396); Laszlo J. Kiss: Integration, Nation und Modernisierung Ungarns Außenpolitik am Anfang des 21. Jahrhunderts (397-418).

[198-L] Clemens, Gabriele; Reinfeldt, Alexander; Wille, Gerhard:

Geschichte der europäischen Integration: ein Lehrbuch, (UTB, 3097), Paderborn: Schöningh 2008, 335 S., ISBN: 978-3-506-76571-0

INHALT: Das einführende Lehrbuch bietet einen Überblick über die europäische Integrationsgeschichte. Neben der deskriptiven Darstellung des historischen Verlaufs gehen die Autoren auf gesellschaftlich kontrovers diskutierte Fragen ein und zeigen unterschiedliche Perspektiven auf. Einleitend wird die Disziplin der Integrationsforschung näher beleuchtet und ihre Entwicklung skizziert. Gleichzeitig werden praktische Hinweise zum Studium gegeben, die unter anderem Verweise auf einschlägige Ressourcen wie Nachschlagewerke, Zeitschriften oder Internetquellen enthalten. Mit dem zweiten Teil beginnt die Darstellung der geschichtlichen Ereignisse, die den europäischen Integrationsprozess auf den Weg brachten. Beginnend mit der Nachkriegszeit werden die Kooperationsverhandlungen beschrieben, die nach und nach zur Vergemeinschaftung führten. Neben den anfänglichen Erfolgen, die sich in der Gründung der EGKS sowie der EAG zeigten, werden auch die Gründe für die krisenhaften Phasen erläutert, die den Integrationsprozess ins Stocken brachten. Einen Schwerpunkt der Analyse stellen zu-

dem die Fortschritte der 70er-Jahre dar, die zunehmend zur Abgabe politischer Kompetenzen an die supranationalen Institutionen führten. Die folgenden Abkommen - die Einheitliche Europäische Akte sowie die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon - werden zusammenfassend dargestellt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen erklärt. Im dritten Teil werden die verschiedenen Dimensionen der Integration thematisiert: die politische, die wirtschaftliche, die gesellschaftliche und die kulturelle Integration sowie die Rolle unterschiedlicher Staaten als Motor dieses Prozesses. Abschließend wird auf die in diesem Zusammenhang zentralen politikwissenschaftlichen Theorien eingegangen. (ZPol, NOMOS)

[199-L] Cohen-Tanugi, Laurent:

Beyond Lisbon: a European strategy for globalisation, Brüssel: P.I.E. Lang 2008, 320 S., ISBN: 978-90-5201-461-6

INHALT: "'Beyond Lisbon: A European Strategy for Globalisation' is the product of six months' work and extensive Europe-wide consultations within the framework of a mission entrusted to Laurent Cohen-Tanugi by the French government ahead of France's presidency of the European Union. It provides the first assessment of the Lisbon strategy - generally presented as 'the European response to globalisation' - established at the initiative of a Member State since its 2005 relaunch, as well as an analysis of the new challenges and opportunities facing the EU in the years to come. Against that background, the Cohen-Tanugi report demonstrates that in spite of its merits, the Lisbon strategy no longer represents a sufficient European response to globalisation not only because of its intrinsic shortcomings, but also because it constitutes solely an internal reform agenda designed to adapt the European economies and societies to globalisation without attempting to influence it. The report advocates a more ambitious strategy beyond 2010 that includes, along with a more effective innovation-based competitiveness agenda ('Lisbon Plus'), an external dimension based on common policies to help Europe shape globalisation and stay in the race in the 21st century's global economy. Following the mission's interim recommendation, the European Council of March 2008 has officially launched the reflection on a post-Lisbon globalisation strategy. As a pioneer, substantive contribution to this exercise, the Cohen-Tanugi report has been met with significant interest throughout the EU since its delivery to the French government, and is likely to influence future EU policy in this critical area." (author's abstract)

[200-L] Dorfmann, Julia:

Der Schutz der sozialen Grundrechte - eine Untersuchung aus völkerrechtlicher und europarechtlicher Sicht, (International law, European law, comparative law, 1), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2006, 325 S., ISBN: 978-3-8329-2413-3

INHALT: Ausgehend von einer prägnanten rechtsdogmatischen und historischen Bestimmung der Grundrechte sowie der Skizzierung ihrer Legitimationsquellen widmet sich Dorfmann hauptsächlich der Bewertung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC). Hierzu erläutert sie zunächst die Grundlagen und den Stellenwert der GRC und diskutiert anschließend die einzelnen Grundrechte. Dorfmann hebt dabei immer wieder die Komplexität der Aufgabe hervor, Grundrechte, die sich aus unterschiedlichen Quellen speisen und in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU verankert sind, zu vereinheitlichen. Dies und der nicht geringe Zeitdruck erklären nach Ansicht der Autorin die fehlende begriffliche Konkretisierung

einzelner Garantien. Jedoch kommt sie nicht umhin, mit Blick auf das Schicksal des Europäischen Verfassungsvertrages festzustellen, dass durch diese Begriffskonfusion die inhaltliche Reichweite der einzelnen Artikel den Unionsbürgern weitgehend verschlossen bleiben dürfte. Problematischer noch ist ihrer Ansicht nach, dass die Charta in bestimmten Bereichen inhaltlich hinter den an sie gestellten Erwartungen zurückgeblieben ist: Dies betrifft das fehlende Recht auf Berufsberatung und auf betriebliche Mitbestimmung, aber auch den Bereich Umwelt- und Verbraucherschutz, wo sich lediglich auf Grundsätze und nicht auf Rechte geeinigt werden konnte. Als 'äußerst unbefriedigend' (305) bewertet Dorfmann zudem die unterlassene Einführung einer speziellen Grundrechtsbeschwerde auf europäischer Ebene. (ZPol, NOMOS)

[201-L] Dzebisashvili, Kakhaber:

Grenzen des Möglichen: Europas Nachbarschaftspolitik nach Osten, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 54/2009, H. 6 = Nr. 475, S. 39-43 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.kas.de/wf/doc/kas_16710-544-1-30.pdf)

INHALT: Die Dynamik der militär-und wirtschaftspolitischen Ereignisse östlich der Europäischen Union hat im Jahre 2008 mit aller Deutlichkeit die Wichtigkeit dieses regionalspezifischen Vektors der europäischen Außenpolitik samt ihren sicherheitspolitischen Dimensionen gezeigt. Die immer größer werdenden Interessenunterschiede zu Russland, die zunehmende Aggressivität der russischen Außenpolitik gegenüber Nachbarländern, die dadurch verursachte Instabilität der neuen demokratischen Regime in postsowjetischen Ländern und die systematische Verletzung der europäischen Interessen veranschaulichen nach Meinung des Autors die Notwendigkeit, nicht nur die konkreten Problembereiche im Osten, sondern die gesamte Ostpolitik Europas neu zu definieren. Die zentralen Fragen dabei sind sowohl die Rolle Russlands und seiner Dominanzansprüche als auch die sehr gegensätzlichen Interessen der europäischen Länder in diesem riesigen Peripheriegebiet von Weißrussland bis hin zum Kaukasus. Der Autor erörtert in seinem Aufsatz Europas Nachbarschaftspolitik in Osteuropa und bewertet es insgesamt als positives Zeichen, dass am 7. Mai 2009 in Prag die Eröffnung des Programms "Östliche Partnerschaft" für sechs postsowjetische Länder unter dem Dach der europäischen Nachbarschaftspolitik stattfand. Dadurch verpflichtete sich die EU nicht nur zu deutlich mehr Engagement im Osten, sondern gewissermaßen auch für die Zukunft der neuen Partnerstaaten. (ICI2)

[202-F] Ehrhart, Hans-Georg, Dr. (Leitung):

Security Governance als Herausforderung für die EU

INHALT: Das Projekt befasst sich mit der Frage, wie sich die Europäische Union als internationaler Akteur im Bereich der Konfliktprävention und des Krisenmanagements einbringt. Ausgehend von der Überlegung, dass einerseits die heutigen Konflikte von komplexer Natur sind und einer entsprechend differenzierten Bearbeitung im internationalen Kontext bedürfen und andererseits die EU über ein breitgefächertes, aber noch zu vernetzendes institutionelle und materielle Instrumentarium zur Konfliktvorbeugung und Krisenbearbeitung verfügt, sollen Ziele, Rolle und Funktionsweise der Union als postmodernem Krisenmanager untersucht und

das Konzept der "Security Governance" näher bestimmt werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Europäische Union

METHODE: Governance-Ansatz

VERÖFFENTLICHUNGEN: Ehrhart, Hans-Georg: The EU as a civil-military crisis manager: coping with internal security governance. in: International Journal, Spring 2006, pp. 433-450.
+++Ehrhart, Hans-Georg: Security Governance als politische und konzeptionelle Herausforderung. in: Siedschlag, Alexander (Hrsg.): Jahrbuch für europäische Sicherheitspolitik. Baden-Baden: Nomos 2008, S. 165-175.

ART: *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 040-866077-41, Fax: 040-8663615, e-mail: ehrhart@ifsh.de)

[203-L] Fuchs, Dieter; Guinaudeau, Isabelle; Schubert, Sophia:

National identity, European identity and euroscepticism, in: Dieter Fuchs (Hrsg.) ; Raul Magni-Berton (Hrsg.) ; Antonie Roger (Hrsg.): Euroscepticism : images of Europe among mass publics and political elites, Opladen: B. Budrich, 2009, S. 91-112

INHALT: Unter kollektiver Identität werden meist grundlegende politische Wertorientierungen der Bürger verstanden. Je weitgehender sich diese Wertvorstellungen in verschiedenen Ländern überschneiden, desto größer ist die Chance, unter dem Dach einer lebensfähigen europäischen Demokratie eine gemeinsame Identität als europäisches Staatsvolk auszubilden - so die Grundannahme des gegenwärtigen Diskurses über Europa. Die Autoren untersuchen vor diesem Hintergrund folgende Forschungsfragen: In welchem Maße existiert in den EU-Mitgliedsstaaten bereits eine europäische Identität? Welche Beziehung besteht zwischen nationaler und europäischer Identität? Haben die nationale und die europäische Identität einen Einfluss auf die Euroskepsis? Die Autoren geben zunächst einen systematischen Überblick über die theoretische und empirische Forschungsliteratur sowie die Konzeptualisierung des Begriffs "Identität". Anhand von Daten aus Eurobarometer-Erhebungen im Jahr 2004 in 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird anschließend eine Reihe von Hypothesen empirisch überprüft, die zu folgenden Ergebnissen führen: (1) Es gibt gegenwärtig eine europäische Identität; (2) Die nationale und europäische Identität schließen sich für die Mehrheit der befragten EU-Bürger nicht aus. Sie sind vielmehr miteinander kompatibel und 66% der EU-Bürger haben bereits eine multiple Identität; (3) Die europäische Identität hat einen signifikanten Effekt für die Unterstützung der EU und daher auch für Euroskepsis. Die gleichzeitige Betrachtung von nationaler und europäischer Identität zeigt, dass die nationale Identität durch europäische Identität vermittelt wird. (ICI)

[204-L] Gille-Belova, Olga:

Perceptions of the European Union and euroscepticism in Russia, in: Dieter Fuchs (Hrsg.) ; Raul Magni-Berton (Hrsg.) ; Antonie Roger (Hrsg.): Euroscepticism : images of Europe among mass publics and political elites, Opladen: B. Budrich, 2009, S. 175-191

INHALT: Die Autorin analysiert in ihrer Fallstudie die Einstellungen zur Europäischen Union und zum europäischen Integrationsprozess in Russland. Sie betrachtet dabei sowohl die öf-

fentlichen Meinungen in der Bevölkerung als auch die Einstellungen der russischen Elite und bezieht dabei die Ergebnisse vorhandener Forschungsarbeiten und die Meinungen russischer Experten mit ein. Sie gibt zunächst einen allgemeinen Überblick über die veränderten politischen Beziehungen zwischen Russland und der EU. Sie untersucht anschließend die Unterstützung der Russen für eine Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union, ihre Einstellungen zu Europa sowie die verschiedenen Bilder, die sie von Europa haben. Sie stellt ferner die politische Annäherung an die EU anderen Projekten zur regionalen Integration gegenüber und diskutiert die Rolle der Euroskepsis. (ICI)

[205-L] Heller, Klaus:

Gehört Russland zu Europa?: Russland und die Europäische Integration, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Sonderheft, Jg. 60/2009, H. 1, S. 104-112 (www.hss.de/downloads/PS-TH_1-2009.pdf)

INHALT: Russland ist nicht stark genug, so der Verfasser, um aus seiner geopolitischen Lage heraus eine völlig selbstständige Rolle zwischen Europa und Asien spielen oder gar einen neuen Kalten Krieg gegen den Westen führen zu können. Russland gehört zu Europa und Russlands Gesellschaft, besonders seine Eliten, ist heute fast ausschließlich auf den Westen ausgerichtet. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis Russland - bei entsprechendem Entgegenkommen von der anderen Seite - seinen Weg nach Europa endgültig zu Ende geht. Viel wird aber davon abhängen, dass man ebenso auf westlicher Seite bereit ist, Russlands Interessen in Europa und in der Welt anzuerkennen und nach gangbaren Kompromissen zu suchen. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn Russlands Führung ihr imperiales Gehabe endgültig ad acta zu legen bereit ist. (ICF2)

[206-L] Herz, Dietmar:

Die europäische Integration, in: Anton Rauscher (Hrsg.): Handbuch der katholischen Soziallehre, Berlin: Duncker & Humblot, 2008, S. 1043-1049

INHALT: Die religiöse Vorstellung von der Einheit des Christentums war eine wichtige Basis der frühen europäischen Integration. Schumann, Adenauer und die meisten Gründerväter des gemeinsamen europäischen Hauses waren im Katholizismus fest verwurzelt. Das Christentum bot sich aber auch deshalb als Bezugspunkte an, weil es einen Gegenpol zum antichristlichen Nationalsozialismus bildete und durch seine universalistische Natur nationalsozialistischen Ideenguts von jeher gegenüberstand. Christlich motivierte Politiker gründeten in den katholisch geprägten Staaten christdemokratische Parteien, die mit einer auf sozialen Ausgleich gerichteten Politik eine Alternative zu sozialistischen Vorstellungen vertraten. Die Katholische Soziallehre wurde so zu einer geistigen Grundlage einer pragmatischen westeuropäischen Wirtschaftspolitik. Eine wirkliche Vertiefung der Europäischen Integration sollte daher ein europäischer Verfassungsvertrag bringen. Jedoch brachten Volksabstimmungen in den Mitgliedsstaaten das Projekt in gravierende Schwierigkeiten. Die europäischen Regierungen bemühen sich seither, die Essenz des Vertrags zu erhalten. (ICB2)

[207-L] Jopp, Heinz-Dieter:

Europäisierung der Bundeswehr?, in: Hans J. Gießmann (Hrsg.) ; Götz Neuneck (Hrsg.):
Streitkräfte zähmen, Sicherheit schaffen, Frieden gewinnen : Festschrift für Reinhard Mutz,
Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 91-102

INHALT: Der Autor beschäftigt sich mit der Frage, welche sicherheitspolitische Rolle Europa zukünftig spielen wird. Die Europäische Union hatte zwar in sehr kurzer Zeit eine europäische Sicherheitsstrategie diskutiert und im Konsens verabschiedet, mit der eine Antwort auf die neuen globalen Gefahren und Herausforderungen gegeben werden sollte; aber gerade bei der wichtigen Frage der hierfür nötigen Mittel fehlte eine Konkretisierung, was nach Meinung des Autors deutlich macht, dass auch die Verabschiedung einer Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) ein EU-typisches Kompromisspapier darstellt. Die Frage nach europäischen Streitkräften und damit einer notwendigen Europäisierung der Bundeswehr lässt sich aber nur dann beantworten, wenn man versucht, aus der ESS streitkräftespezifische Aufgaben und notwendige Mittel abzuleiten. Dazu bedarf es dem Autor zufolge eines weiterführenden Dokuments zur ESS, wie es bei der NATO in Fortentwicklung ihrer Strategie von 1999 als "Strategic Concept" bereits existiert: eines Europäischen Strategischen Konzepts. Der Autor diskutiert den zukünftigen Einsatz von europäischen Streitkräften in einer veränderten Weltordnung. Europa steht nach seiner Einschätzung gegenwärtig an einem Scheideweg und muss sich entscheiden, welche Rolle es künftig in der Welt spielen will, welche Mittel es bereit ist, hierfür einzusetzen und wie es die Unterstützung der eigenen Bürger für das politische und militärische Handeln gewinnen kann. (ICI2)

[208-L] Lang, Kai-Olaf:

Populismus in den neuen Mitgliedsländern der EU: Potentiale, Akteure, Konsequenzen,
(SWP-Studie, S 16), Berlin 2009, 35 S. (Graue Literatur;
www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6004)

INHALT: "In vielen neuen EU-Mitgliedsländern konnten in den vergangenen Jahren Parteien Terraingewinne verbuchen, die mit dem Versprechen eines radikalen Neuanfangs und einer Kampfansage an die etablierten Eliten der Transformationsperiode Politik machen. Mit schroffen Polarisierungsstrategien haben diese 'populistischen' Gruppierungen in den oft fluiden Parteienlandschaften teilweise beachtliche Mobilisierungserfolge erzielt und in mehreren Fällen sogar Regierungsverantwortung übernommen. Dabei hat die Präsenz populistischer Kräfte in Regierungen die Erwartungsverlässlichkeit der betreffenden Länder als Partner in der EU mitunter deutlich reduziert. Mögliche Konsequenzen populistischer Regierungsführung sind innen- und wirtschaftspolitische Verwerfungen, Spannungen mit Nachbarländern oder die übermäßige Betonung 'nationaler Interessen' in der Außen- und Europapolitik. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die mit dem Attribut 'populistisch' belegten Parteien in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas eine äußerst heterogene Kategorie bilden. So lassen sich Gruppierungen mit nationalistischem, mit sozialem oder mit Law-and-Order-Appell ausmachen. Ein besonders großes Potential scheinen 'weiche' Populisten zu haben, die phasenweise einen antagonistischen Politikstil verfolgen, sich dann aber auch wieder als moderate Kraft der Mitte geben. Beim Umgang mit dem Phänomen des Populismus in den neuen EU-Mitgliedstaaten ist diese Vielfalt zu berücksichtigen und insbesondere die Möglichkeit des pragmatischen Wandels bei einigen Parteien auszuloten. Ebenso müssen die gemäßigten Kräfte in den jeweiligen Ländern offensive Antworten zu den Kernthemen finden, die von

populistischer Politik aufgegriffen werden. Dazu gehören insbesondere Korruption und soziale Probleme." (Autorenreferat)

[209-L] Müller-Graff, Peter-Christian (Hrsg.):

Deutschlands Rolle in der Europäischen Union, (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration, Bd. 60), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 351 S., ISBN: 978-3-8329-3333-3 (Standort: UB Bonn(5)-2008/6534)

INHALT: "Deutschlands Rolle in der Europäischen Union ist im Vorfeld und Umkreis der Deutschen Ratspräsidentschaft des Jahres 2007 vielfältig thematisiert worden. So stammt etwa vom ehemaligen Präsidenten der Republik Polen Aleksander Kwasniewski das große und verantwortungsmahnende Wort: 'Europas Zukunft hängt von der Zukunft Deutschlands ab'. Dies kann in einem Integrationsverband gewiss nicht bedeuten, dass es allein auf ein einziges Land ankommt. Jedoch trägt Deutschland als großes Land in der Mitte des europäischen Kontinents zweifelsohne eine spezifische Verantwortung. Inwieweit Deutschland dieser Verantwortung gerecht wird und werden kann, war Gegenstand des interdisziplinären Jahreskolloquiums des Arbeitskreises Europäische Integration. Der vorliegende Band enthält die zehn Texte, die zur Veröffentlichung bearbeitet wurden, ergänzt um drei weitere Beiträge. Sieben Erörterungen widmen sich Grundlagenfragen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Andreas Maurer: Nach der Referendenzäsur: Deutsche Europapolitik in und nach der Denkpause über den Verfassungsvertrag (11-30); Peter-Christian Müller-Graff: Die Zukunft des europäischen Verfassungstopos und Primärrechts nach der deutschen Ratspräsidentschaft (31-52); Fritz Breuss: Deutschlands wirtschaftliche Stellung in der EU und in der Welt: Ein Vergleich mit Österreich (53-140); Wolfgang Wessels, Udo Diedrichs: Deutschland in der Europäischen Union: Vitale Interessen in einer Europäischen Union (141-148); Josef Schmid: Das demographische Profil Deutschlands und seine Stellung innerhalb der Europäischen Union (149-164); Katharina von Ruckteschell: Perspektiven der deutschen Sprache in der Europäischen Union (165-172); Wolfgang Wessels: Deutsche Europapolitik - Strategien für einen Wegweiser: Verstärkter Nutzen durch verbesserte Integration? (173-206); Ulrich Fastenrath: Verfassungsrechtliche Perspektiven und Grundgesetz: Offenheit, Bedingungen und Grenzen der Beteiligung Deutschlands an Neuerungen der Europäischen Union (207-224); Friedrich Heinemann: Die Entscheidung zum EU- Finanzrahmen 2007 - 2013 - Durchbruch oder verpasste Reformchance? (225-240); Christoph Teichmann: Import und Export von Rechtsdenken: Das deutsche Unternehmensrecht in der Europäischen Union (241-272); Hans-Peter Folz: Import und Export von Rechtsdenken und Rechtspraxis: Die deutsche Rechtsordnung innerhalb der Europäischen Union im Bereich des Öffentlichen Rechts (273-286); Cordula Janowski: Die Rolle von Bundestag und Bundesrat in der europäischen Rechtsetzung (287-328); Rudolf Hrbek: Deutsche Föderalismus-Erfahrungen als Orientierungspunkte für die Zukunft der EU? (329-350).

[210-L] Schild, Joachim:

Europapolitik in einer verunsicherten Gesellschaft, in: Joachim Schild (Hrsg.) ; Henrik Uterwedde (Hrsg.): Die verunsicherte Französische Republik : Wandel der Strukturen, der Politik - und der Leitbilder?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 193-218

INHALT: Der Grad der Verunsicherung über den anzustrebenden Platz Frankreichs in Europa steht in einer engen Wechselwirkung mit dem Ausmaß von Erschütterungen und Krisensymptomen des eigenen Sozial-, Wirtschafts- und Politikmodells sowie mit der verbreiteten Wahrnehmung, dass die europäische Einbindung der V. Republik in zunehmendem Maße zu einer Infragestellung von Kernmerkmalen ihrer wirtschaftlich-sozialen Identität beigetragen habe oder beitragen könnte. Soziale Identitäten von Kollektiven können, neben konkreten Interessenlagen, als wichtige Basis für gesellschaftlich beeinflusste Präferenzbildung staatlicher Akteure in der Europapolitik betrachtet werden. Eine wahrgenommene Inkongruenz zwischen sozialen Identitäten, der Realentwicklung europäischer Integration und ihrer Rückwirkung auf die französische Gesellschaft und Politik kann somit nicht folgenlos für die Gestaltung der französischen Europapolitik bleiben. Der Verfasser geht der Frage nach, wie französische politische Eliten angesichts einer verunsicherten Gesellschaft das Verhältnis Frankreichs zu einer erweiterten Europäischen Union in ihren Diskursen bestimmen, wie sich Elitendiskurse und gesellschaftliche Europaperzeptionen seit den 1980er Jahren gewandelt haben und welche Folgen sich daraus für die europapolitische Praxis der französischen Regierungen und der Staatspräsidenten ergeben können. Als eine tiefere Ursache der gesellschaftlichen Verunsicherung, die in Gestalt von Schuldzuweisungen seitens der Gesellschaft an die Brüsseler Adresse für die Europapolitik folgenreich wird, kann, so die These, die verschlechterte Performanz des französischen Kapitalismus- und Wohlfahrtsstaatsmodells betrachtet werden. Diese innere Reformbereitschaft - und der Erfolg von Reformen - sind die Voraussetzung für eine Stärkung des französischen Einflusses in der EU insbesondere auf wirtschaftlich-sozialen Handlungsfeldern. Ein solcher innerer Reform- und Anpassungsprozess kann nur gelingen, wenn er von einem überzeugenden Diskurs begleitet wird, der die sozioökonomische Identität Frankreichs in einem liberaleren, europa- und globalisierungsoffenen Sinne rekonstruiert. (ICF2)

[211-L] Sommer, Michael; Schabedoth, Hans-Joachim (Hrsg.):

Europa sozial gestalten!, Marburg: Schüren 2008, 220 S., ISBN: 978-3-89472-219-7

INHALT: Entstanden ist der Band anlässlich eines Kongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Hans-Böckler-Stiftung, der im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im März 2007 in Berlin stattfand. Dort wurden die Fragen beantwortet, wie Europa sich zu einem einheitlichen Sozialraum entwickeln kann, wie sich europäische 'Sozialstaatskulturen so verbinden (lassen), dass die Bürgerinnen und Bürger merken, gemeinsam geht es besser' (11), so der Herausgeber Sommer. Insgesamt 55 Autorinnen und Autoren, von denen ein großer Teil aus dem Umfeld der Gewerkschaften bzw. aus der Politik stammt, widmen sich einer Fülle von Fragen zur Weiterentwicklung des europäischen Sozialstaates. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Michael Sommer: Europa sozial gestalten! (14-18); Hans-Joachim Schabedoth: Soziale Sicherheit erhalten und Gerechtigkeit fördern (19-32); Paul Nystrup Rasmussen: Konturen sozialstaatlicher Entwicklung der EU (33-38); Stefan Collignon: Europäische Sozialstaatlichkeit im globalen Wettbewerb (39-51); Ute Klammer: Europäische Sozialstaatlichkeit: Entwicklung, Koordination und Gestaltung von Sozialsystemen der Europäischen Union (52-63); Matthias Platzeck: Der vorsorgende Sozialstaat (64-70); Jürgen Rüttgers: Den Sozialstaat neu denken! (71-76); Barbara Adamowsky: Moderne Beschäftigungspolitik: Gerecht, Sozial, Nachhaltig (78-82); Jürgen Peters: Acht Thesen zu einer modernen Beschäftigungspolitik (83-84); Gisela Notz: Moderne Beschäftigungspolitik aus der Frauenperspektive (85-86); Esther Kuhn-Luz: Neun Thesen aus der Erfahrungswelt kirchlicher Sozialarbeit (87-

88); Frank J. Weise: Zehn Thesen zum Arbeitsmarkt (89-90); Harald Börsting: Flexicurity (91-92); Marika Höhn: Operationsfeld Gesundheitswesen (93-96); Frank Bsirske: Anforderungen an ein europataugliches Gesundheitssystem - die Gesundheitsversorgung auf dem Prüfstand (97-99); Annelie Buntenbach: Gesundheitsreform und EU-Binnenmarkt - Zehn Thesen (100); Anita Pfaff: Das Gesundheitssystem im Wandel - Herausforderungen für die Reformen (101-102); Sigrid Bachler: Wie verhindern wir Altersarmut in reichen Gesellschaften? (103-106); Pier Paolo Baretta: Der Beitrag der CISL zur Rentendebatte (107-109); Adolf Bauer: Wie kann die Gefahr einer wachsenden Altersarmut verhindert werden? (110-111); Klaus Busch: Das deutsche Rentensystem in europäischer Perspektive unter besonderer Berücksichtigung der Altersarmut (112-113); Andreas Steppuhn: Perspektiven für eine solidarische und gerechte Rentenversicherung (114-117); Soziale Sicherheit in der Finanzierungs-klemme (118-122); Claus Matecki: Die Finanzierungslasten des Sozialstaates sind ungleich verteilt (123-125); Birgit Zenker: Nicht die Arbeit geht uns aus, wohl aber die gute Arbeit (126-127); Simone Leiber: (Um-) Finanzierung des Sozialstaates: Lehren aus dem internationalen Vergleich (128-129); Candido Mendez: Die europäische Herausforderung (130-131); Barbara Adamowsky: Bildung als sozialer Platzanweiser (132-135); Ulrich Thöne: Ein integratives Bildungssystem für Deutschland; Ingrid Sehrbrock: Thesen zur Reform des deutschen Bildungswesens; Aleksander Dzembritzki: Soziale Herkunft darf nicht zukunftsweisend sein (141-143); Jari-Pekka Jyrkänne: Zum finnischen Bildungssystem (144-145); Klaus Klemm: Soziale Herkunft und Bildung im Spiegel neuerer Studien (146-149); Ute Erdsiek-Rave: Thesen zur Weiterentwicklung des Bildungssystems in Schleswig-Holstein (150-151); Sigrid Bachler: Auf der Suche nach der familienfreundlichen Arbeitswelt (152-155); Edeltraud Glänzer: Zwei Schritte vor und keinen zurück! (156-158); Rudolf Frisch: Was braucht es um einen Betrieb familienfreundlich zu machen? (159-160); Viviane Goergen: Handlungsmöglichkeiten in Europa (161-162); Laurence Laigo: Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben (163-164); Renate Schmidt: Kindertageseinrichtungen in Deutschland ausbauen (165-167); Ilse Falk: Deutschland muss familienfreundlich werden! (168-169); Marika Höhn: Gute Arbeit - mitbestimmte Arbeit! (170-174); Dietmar Hexel: Mitbestimmung und Gute Arbeit - Die Basis für ein soziales und demokratisches Europa (175-179); Heide Pfarr: Gute Arbeit in Europa nicht ohne Mitbestimmung (180); Bernhard Nagel/Hans-Wolfgang Platzer: Arbeitnehmerrechte und industrielle Demokratie in einem Europäischen Sozialmodell (181-189); Herbert Tumpel: Mitbestimmung und Gute Arbeit - Herausforderungen für das Europäische Sozialmodell (190-191); Gerhard Bosch: Thesen für eine europataugliche Mitbestimmung in den Betrieben (192-195); Ohne soziale Sicherheit kein kultureller Reichtum (196-197); Konrad Freiberg: Der Sozialstaat als Garant für Teilhabe an gesellschaftlichen, sozialen und politischen Prozessen (198-199); Andreas Lob-Hüdepohl: Soziale Sicherheit als Ausdruck kulturellen Reichtums (200-202); Für eine soziale Europäische Union (203-218).

[212-L] Stratenschulte, Eckart D.:

Europas Politik nach Osten: Grundlagen, Erwartungen, Strategien, Hamburg: Merus Verl. 2007, 166 S., ISBN: 978-3-939519-47-8

INHALT: "Die offenen Fragen Europas liegen im Osten des Kontinents. Sie haben zu tun mit dem Umgang mit Russland, mit der Einbindung der Ukraine und der Republik Moldau in das Netzwerk der Europäischen Union, mit der Einwirkung auf einen demokratischen Wandel in Belarus und der schwierigen Situation in den Staaten des südlichen Kaukasus, die alle - wenngleich mit unterschiedlicher Intensität - auf die Hilfe der EU und dringen. Seit 2003 ent-

wickelt die Europäische Union den Ansatz der Europäischen Nachbarschaftspolitik, der seit dem Ende des Jahres 2006 von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und auch von den Mitgliedstaaten auf den Prüfstand gestellt worden ist. Das vorliegende Buch beschreibt die Nachbarschaftspolitik in ihrer Entwicklung und in ihren Auswirkungen, um dann in weiteren Kapiteln auf die einzelnen Zielländer und -regionen dieser Politik einzugehen. Wie gestaltet sich die 'strategische Partnerschaft' mit Russland, welche Perspektive kann und will die EU ihren Anrainern Ukraine, Moldau und Belarus bieten? Ist die Nachbarschaftspolitik eine sinnvolle Strategie im Hinblick auf Georgien, Armenien und Aserbaidschan? Das sind einige der Fragen, die hier aufgegriffen und beantwortet werden. Der Autor thematisiert aber auch die inneren Zielkonflikte der EU sowie den Wert der anderen europäischen Institutionen NATO, Europarat und OSZE. Braucht die Europäische Union neue Formen einer abgestuften Mitgliedschaft und wie könnten diese aussehen? Mit einer Betrachtung der EU in der europapolitischen Neuorientierung schließt der vorliegende Band ab." (Autorenreferat)

8 Interkulturelle Beziehungen, Migration, internationale Kommunikationsordnung

[213-L] Bommes, Michael; Krüger-Potratz, Marianne (Hrsg.):

Migrationsreport 2008: Fakten - Analysen - Perspektiven, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2008, 320 S., ISBN: 978-3-593-38778-9

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Hartmut Häußermann, Andreas Kapphan: Integrationspolitik der Städte - ein Paradigmenwechsel (15-47); Gari Pavkovic: Vom Stückwerk zur Gesamtstrategie - Verantwortungspartnerschaften in der kommunalen Integrationsarbeit (49-75); Frank-Olaf Radtke, Patricia Stosic: "Sozialraum" und "Netzwerke" - Semantiken kommunaler Integrationspolitik (77-112); Christian Imdorf: Migrantenjugendliche in der betrieblichen Ausbildungsplatzvergabe - auch ein Problem für Kommunen (113-158); Michael Bommes: "Integration findet vor Ort statt" - über die Neugestaltung kommunaler Integrationspolitik (159-194); Franz Nuscheler: Das "Jahrhundert der Städte" - ein Kommentar zum Weltbevölkerungsbericht 2007 (195-203); Werner Schiffauer: Zur Konstruktion von Sicherheitspartnerschaften (205-237); Verena Krobisch, Friedrich Heckmann: Dokumentation: Migration und Integration in Deutschland. Chronologie der Ereignisse und Debatten (239-317).

[214-L] Brand, Alexander:

Amerikanisierung der internationalen Kommunikation?: Implikationen für den Diskurs und die Deutungsmacht globaler Politik, in: Matthias S. Fifka (Hrsg.) ; Daniel Gossel (Hrsg.): *Mediendemokratie in den USA : politische Kommunikation und Politikvermittlung am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Trier: Wissenschaftl. Verl. Trier, 2008, S. 169-191

INHALT: Der Autor nimmt auf der Basis einer breiten, deskriptiven Begriffsdefinition mehrere Dimensionen internationaler Kommunikation (Inhalte, Prozessformen, Strukturen und Kontexte) in den Blick und analysiert sie eingehend auf Anzeichen für Amerikanisierungstendenzen. Seine Befunde führen zu zwiespältigen Schlussfolgerungen, da trotz einer empirischen Evidenz für eine gewisse Hegemonialstellung amerikanischer Unternehmen im globalen Mediengeschäft und in den internationalen Kommunikationsstrukturen deutlich wird, dass sich diese Überlegenheit nicht automatisch in eine höhere Fähigkeit zur Dominanz internationaler Diskurse übersetzen lässt. Der Autor geht insbesondere der Frage nach, inwieweit sich amerikanisierende Tendenzen im Bereich internationaler Kommunikation ausfindig machen und in Beziehung zur weltpolitischen Stellung der Vereinigten Staaten setzen lassen. Er geht davon aus, dass sich ein wieder auflebendes Interesse an der Amerikanisierung mit zwei Aspekten in Verbindung bringen lässt: Sowohl die hervorgehobene Stellung der USA im internationalen System als auch die Vorreiterrolle der USA und US-amerikanischer Unternehmen im internationalen Medien- und Kommunikationsbereich tragen zur Erklärung der Begriffskonjunktur bei. Werden beide Aspekte zusammengedacht, ergeben sich kulturimperialistisch eingefärbte Entwicklungen. (ICI2)

[215-L] Brem, Stefan; Rytz, Ruedi:

Kein Anschluss unter dieser Nummer: der Schutz kritischer Informations- und

Kommunikationstechnologie, in: Heiko Borchert (Hrsg.): Wettbewerbsfaktor Sicherheit : Staat und Wirtschaft im Grand Pas de Deux für Sicherheit und Prosperität, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 79-96

INHALT: Die Verfasser untersuchen die Sicherheit der kritischen Informations- und Kommunikationsinfrastruktur. Ausgehend von einer Betrachtung des relevanten Risikospektrums entwickeln die Autoren theoretische Überlegungen zur Rolle des Staates als Sicherheitsproduzent im Bereich kritischer Infrastrukturen und illustrieren diese anhand konkreter Lösungsansätze, die in der Schweiz zum Schutz der kritischen Informations- und Kommunikationsinfrastruktur ergriffen wurden. Sie führen aus, dass mit Ausnahme des Cyberterrorismus bislang alle anderen Hauptbedrohungskategorien (Naturgefahren, menschliches und technisches Versagen) zu teilweise erheblichen Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Informationsinfrastruktur geführt haben. Die Gefährdung der kritischen Informationsinfrastruktur ist daher reell und erfordert entsprechende Abwehr- und Sicherungsmaßnahmen. Nach Ansicht der Autoren tragen jedoch der Zeitgeist des schlanken Staates und die dynamischen Markt- und Technologieentwicklung dazu bei, dass Regierungen nicht länger als Eigentümer oder Betreiber kritischer Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen auftreten. Marktversagen, unvollständige Information und Moral Hazard sind aus Sicht der Autoren die wichtigsten Gründe, weshalb sich die Regierungen in diesem Bereich nicht bloß auf eine reine Laissez-faire-Politik zurückziehen können. Gefragt ist daher ein Mittelweg, der Elemente der öffentlich-privaten Zusammenarbeit mit Anreizmechanismen und gegebenenfalls gesetzlichen Maßnahmen kombiniert. Vor allem der partnerschaftliche Ansatz hat sich dabei in der Schweiz als Grundansatz zur Erarbeitung eines umfassenden Krisenmanagement- und Schutzsystems für die kritische Informations- und Kommunikationsinfrastruktur bewährt. So führten beispielsweise die von staatlichen Behörden und der Wirtschaft gemeinsam durchgeführten Risikoanalysen zu freiwilligen Maßnahmen zwischen den kritischen Infrastruktursektoren Telekommunikation und Energie, ohne dass der Staat gesetzgeberisch eingreifen musste. Ebenso gelang es, durch die enge öffentlich-private Abstimmung verschiedene Versuche der Wirtschaftsspionage rechtzeitig zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen. (ICF2)

[216-F] Englert, Carina, M.A. (Bearbeitung); Reichertz, Jo, Prof.Dr.; Bidlo, Oliver, Dr. (Leitung):
Medien als Akteure der Inneren Sicherheit

INHALT: Dem Forschungsvorhaben liegt die Ausgangsthese zugrunde, dass bei der Herstellung und Erhaltung 'Innerer Sicherheit' sowohl Deregulierungsprozesse als auch Tendenzen für neue Formen der Regulierung zu verzeichnen sind. Staatliche Sicherheitsaufgaben werden gesellschaftlich neu verteilt und legitimiert. Das Projekt untersucht nun aus kultursoziologischer Perspektive die Bedeutung der Medien und des Mediatisierungsprozesses beim diesem aktuellen öffentlichen 'Kampf' um die 'richtige' Politik des Polizierens und dessen Konsequenzen für eben diesen Prozess. Neu ist, dass die Medien, durchaus in Verfolgung ökonomischer Interessen, immer mehr selbst zu politischen Akteuren werden. Sie haben und wollen zu allem etwas Eigenes sagen - auch zur Inneren Sicherheit (Eilders/ Neidhardt/ Pfetsch 2004). Die Medien (Zeitungen wie Fernsehsender) entwickeln mittels eigener Deutungen und Kommentierungen ein eigenes Profil (Corporate Identity), das sich von der Konkurrenz abgrenzt und

die Medien dadurch unterscheidbar macht (Lüter 2004). Medien, die sich zum einen von ihren direkten (Medien)Konkurrenten und zum anderen von den anderen Akteuren im Handlungsfeld unterscheiden, indem sie eine eigene Position liefern oder gar Eigenes selbst veranlassen oder tun, liefern möglichen Käufern einen Nutzen, der, wenn er groß genug erscheint, den Kauf des Mediums bzw. dessen Nutzung zur Folge hat. Die Forscher gehen davon aus, dass die Medien innerhalb der politischen Kommunikation im Allgemeinen und des sicherheitspolitischen Diskurses im Besonderen in konkreter, teils durch persönliche Beziehungen gesicherten Wechselbeziehung zu den einzelnen Akteuren stehen und mehr oder weniger etablierte Netzwerke bestehen bzw. aufgebaut werden. Deshalb sind die Medien wie auch die am Prozess des Polizierens Beteiligten und ihre Agenturen wechselseitig sowohl Akteure als auch Instrumente im sicherheitspolitischen Diskurs. Und genau auf diesen Sachverhalt richten die Akteure im sicherheitspolitischen Diskurs zunehmend ihr Verhalten aus. Sie entwickeln auf allen Ebenen (überregional, regional und lokal) Strategien und Konzepte für den Umgang mit Medien und für eine mediengerechte Präsentation. Sie richten innerhalb ihrer Behörden Abteilungen ein, die entsprechende Konzepte ausarbeiten und die relevanten Kontakte herstellen. Dabei nutzen sie auch eine mittlerweile entstandene medienpolitische Beraterbranche und stellen sie in ihre Dienste. Und das alles, um die eigene sicherheitspolitische Position in den Medien öffentlichkeitswirksam zum Tragen zu bringen und durchzusetzen.

METHODE: Methodologisch-methodisch wird sich die Untersuchung von ihrer Grundorientierung her an den Prinzipien einer Hermeneutischen Wissenssoziologie ausrichten. In exemplarischen Einzelfallanalysen sollen zunächst tiefenanalytisch einzelne Texte oder Sendungen mit dem Ziel ausgewertet werden, Hypothesen zu der Sinnstruktur der einzelnen beteiligten Akteurperspektiven zu erarbeiten. In der zweiten Phase soll dann mit Hilfe der wissenssoziologischen Diskursanalyse, die durchaus an die Arbeitsweise der Bewegungsforschung und Foucaults Diskursanalyse anschlussfähig ist, die Struktur des medialen sicherheitspolitischen Gesamtdiskurses rekonstruiert werden. Im dritten Schritt sollen dann unter Zuhilfenahme computergestützter qualitativ inhaltsanalytischer Verfahren (MAXQDA) die Ergebnisse der Diskursanalyse auf eine breitere Basis gestützt bzw. sollen die Hypothesen ab getestet werden. Untersuchungsdesign: Querschnitt **DATENGEWINNUNG:** Qualitatives Interview; Beobachtung, teilnehmend (Stichprobe: 10). Inhaltsanalyse, offen. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Reichertz, Jo: Medien als selbständige Akteure. in: Aus Politik und Zeitgeschichte - APuZ (ISSN 0479-611X), 2007, H. 12, S. 25-31.

ART: *BEGINN:* 2008-10 *ENDE:* 2011-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Essen, FB Geisteswissenschaften, Institut für Kommunikationswissenschaft (45117 Essen)

KONTAKT: Bidlo, Oliver (Dr. Tel. 0201-183-2474, e-mail: oliver.bidlo@uni-due.de)

[217-L] Euskirchen, Markus; Lebuhn, Henrik; Ray, Gene:

Wie Illegale gemacht werden: das neue EU-Grenzregime, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 54/2009, H. 7, S. 72-80 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Das Kernstück des europäischen Grenzregimes ist das Schengen-Abkommen. Es wurde 1985 von Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet. Mittlerweile sind alle 27 EU-Staaten Mitglied, zudem noch Island, Norwegen und die

Schweiz. 1999 wurde das Schengen-Abkommen durch den Amsterdamer Vertrag zu einem integralen Bestandteil der EU-Architektur. In der Folge ist ganz Europa zu einem riesigen Grenzraum geworden - ein Grenzraum ohne klares Innen und Außen. Der europäische Grenzraum erfüllt für die Autoren (auch) eine wichtige ökonomische Funktion; er ist Teil eines globalen labor supply Systems (Saskia Sassen). Der Grenzraum produziert Millionen von illegalisierten Migranten, die mitten in Europa unter völlig prekären Bedingungen leben und arbeiten. Davon wiederum profitieren ganze Wirtschaftszweige, die auf Basis des europäischen Grenzregimes wachsen und gedeihen. Das Bild der "Festung Europa" beschreibt diese auf Abschottung gerichtete Flüchtlingspolitik der EU. Angesichts von Millionen illegaler Migranten, die hier einen riesigen Pool entrechteter und hoch flexibler Arbeitskräfte bilden, reicht der Blick auf die Abschottung jedoch nicht aus, um die immer repressiveren Verhältnisse zu erklären und wirksamen Widerstand zu entwickeln. (ICA2)

[218-L] Hoesch, Kirsten; Hunger, Uwe:

Internationale Migration und Migrationspolitik, in: Christiane Frantz ; Klaus Schubert:
Einführung in die Politikwissenschaft: Lit Verl., 2005, S. 345-357

INHALT: Der Beitrag diskutiert Migrationspolitik auf nationaler, internationaler und EU-Ebene seit den 1950er Jahren. Im Vordergrund stehen Flüchtlingsbewegungen und die Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. Ein Ausblick auf zukünftigen Regelungsbedarf beschließt die Ausführungen. (ICB)

[219-L] Kampschulte, Dennis L.:

Transatlantische Wahrnehmungsunterschiede im Umgang mit internationalen Konflikten?: zur Bedeutung der auswärtigen Kultur-, Bildungs- und Informationspolitik in Deutschland und den USA, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 237 S., ISBN: 978-3-8329-3579-5

INHALT: "Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus wird in Deutschland und den USA als eine zentrale außenpolitische Herausforderung unserer Zeit wahrgenommen. Dabei stellt sich zunehmend die Frage, ob konventionelle außenpolitische Instrumente dieser Bedrohung umfassend gerecht werden können. Alternativen liegen in Strategien, die auf eine Veränderung der Meinungen und Einstellungen der Konfliktgegner abzielen und so eine konfliktpräventive Wirkung entfalten. Mit dem vorliegenden Band werden solche Strategien Deutschlands und der USA in einer vergleichend angelegten Analyse reflektiert. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Zeitraum nach 1990; besondere Berücksichtigung finden die Reaktionen auf den 11. September 2001. Ein Ergebnis der Untersuchung ist, dass die gewählten Strategien auf grundlegenden kulturell bedingten Wahrnehmungsunterschieden der politischen Akteure Deutschlands und der USA basieren, die zu einer unterschiedlichen Einschätzung von Konfliktursachen und Lösungsansätzen führen. Das Verständnis dieser Wahrnehmungsunterschiede - so die These - ist eine grundlegende Voraussetzung für eine zukünftige nachhaltige Kooperation beider Nationen bei der Bewältigung komplexer Aufgaben, insbesondere im Umgang mit dem internationalen Terrorismus." (Autorenreferat)

[220-L] Kernic, Franz:

Public opinion and European security, in: Gerhard Kümmel (Hrsg.) ; Giuseppe Caforio (Hrsg.) ; Christopher Dandeker (Hrsg.) ; Jürgen Kuhlmann (Adressat): *Armed forces, soldiers and civil-military relations : essays in honor of Jürgen Kuhlmann*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2009, S. 211-230, ISBN: 978-3-531-16324-6

INHALT: Der Autor stellt eine erste Datensammlung zur öffentlichen Meinung über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) vor, um zu verdeutlichen, wie sich die veränderten weltpolitischen und militärischen Veränderungen in den Einstellungen der Bevölkerung in Europa niedergeschlagen haben. Er zeigt anhand der Befragungsergebnisse des Eurobarometer aus den Jahren 2000, 2005 und 2006 die wesentlichen Entwicklungstrends, Konvergenzen und Divergenzen in der öffentlichen Meinung zur Verteidigungspolitik in Europa nach Beendigung des Kalten Krieges auf. Die zentralen Fragen lauten in diesem Zusammenhang: Welches ist die generelle Akzeptanzebene der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik innerhalb der EU? In welchem Maße unterstützen die Europäer die allgemeinen Ziele der ESVP? Welches sind die wichtigsten Bedrohungswahrnehmungen in der europäischen Bevölkerung und welches Sicherheitskonzept unterstützen sie in Hinblick auf die Bewahrung von Frieden und Stabilität auf dem Kontinent? Welche Präferenzen haben die Europäer für ein zukünftiges Verteidigungssystem und wie stark ist die öffentliche Unterstützung für eigene Streitkräfte der EU? (ICI)

[221-L] Klein, Axel:

Der Konflikt um japanische Schulgeschichtsbücher: ein Beitrag zur Einordnung und Objektivierung der Kontroverse, in: Stephan Conermann (Hrsg.): *Asien heute : Konflikte ohne Ende ...*, Hamburg: E.B.-Verl., 2007, S. 53-72

INHALT: Im Mittelpunkt anti-japanischer Demonstrationen im April 2005 in China stand, so der Verfasser, ein von der "Gesellschaft zur Erstellung neuer Schulgeschichtsbücher" verfasstes Lehrwerk für den Unterricht in Mittelschulen (7.-9. Schuljahr). Man warf den Japanern eine völlige Verdrehung und einseitige Darstellung der zentralen Erinnerungsorte 'Mandschurischer Zwischenfall', 'Nanking', 'Trostfrauen' und 'Großostasiatische Wohlstandssphäre' vor. Die Tatsache, dass das Corpus Delicti letzten Endes im japanischen Unterricht so gut wie keine Verwendung fand, spielte für den öffentlichen Ausdruck nationalen Unmutes überhaupt keine Rolle. Es ging eher ganz allgemein um die Sicherung des Deutungsmonopols über die für die eigene kollektive Identität so wichtigen Orte der Erinnerung. Schaut man sich die tatsächlich im Unterricht verwendeten Bücher an, so die These, kann man feststellen, dass mit den genannten neuralgischen Themen in der Regel sehr differenziert und kritisch umgegangen wird. (ICF2)

[222-L] Kuntz, Eva Sabine:

Deutsche und französische Jugendliche als transnationale Mittler, in: Francois Beilecke (Hrsg.) ; Katja Marmetschke (Hrsg.): *Der Intellektuelle und der Mandarin : für Hans Manfred Bock*, Kassel: Kassel Univ. Press, 2005, S. 725-745

INHALT: Anhand von drei Beispielen wird deutlich gemacht, inwiefern Jugendliche als kulturelle Mittler fungieren - drei Beispiele, die auch die Fortentwicklung der erfolgreichen Arbeit im

Deutsch-Französischen Jugendwerkes dokumentieren: zum einen das im Jahr 2000 ins Leben gerufene Langzeitprogramm im Individualaustausch Voltaire, außerdem die Teilnahme an der Gestaltung der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie und schließlich die verstärkte Arbeit im Bereich des trinationalen Jugendaustauschs, vor allem mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und Südosteuropas. Um den Lebensbedingungen von heute und morgen gerecht zu werden, muss die Erfahrung des Fremden als Element von Erziehung und Bildung begriffen werden. Das Deutsch-Französische Jugendwerk will dazu beitragen, so die Verfasserin, deutschen und französischen Jugendlichen interkulturelles Lernen, Sensibilität für die besondere Verantwortung des deutsch-französischen Paares in Europa, Motivation zum Spracherwerb und zum bürgerschaftlichen Engagement zu vermitteln, das sie im Sinn eines erweiterten Intellektuellenbegriffs dann in ihr unmittelbares und mittelbares Umfeld weitertragen und dort Änderungen von Einstellungen und Überzeugungen bewirken. Für die Jugendlichen als kulturelle Mittler wird das Deutsch-Französische Jugendwerk weiterhin einen Lernort für Erfahrungen mit dem Fremden darstellen, dessen Bedeutung angesichts der Globalisierungsprozesse heute kaum überschätzt werden kann. (ICF2)

[223-L] Löffelholz, Martin:

Grundlagen einer medienorientierten Krisenkommunikation, in: Hans-Victor Hoffmann (Hrsg.): Netzwerk Kommunikation in Zeiten der Krise, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 221-246, ISBN: 978-3-8329-2574-1 (Standort: LB Stuttgart(24)-57/1374)

INHALT: Der Verfasser behandelt in Krisen übergreifender Perspektive die Kommunikationsbeziehungen zwischen Sicherheitspolitik, Militär und Öffentlichkeit und bezieht sie, in einem Modell systematisiert, auf die unterschiedlichen Phasen der Vorbereitung, Durchführung und Nachsorge von Krisen und Kriegen. Dabei geht es um den Primat der Politik, um Informationsmanagement, Krisenjournalismus, Themenkarrieren und Medienwirkungen. Es wird deutlich, dass die Medien in den angesprochenen Kommunikationsbeziehungen eine besondere Relevanz besitzen. Sie berichten nach eigenen Regeln und prägen damit die Sichtweise des Publikums. Auf der anderen Seite werden die Medien durch das sicherheitspolitische und militärische Informationsmanagement beeinflusst. Verlautbarungsjournalismus gewinnt an Boden, unabhängiger Recherchejournalismus verliert. Die Themenkarriere beginnt mit einer weitgehenden Ignorierung im Frühstadium, Dramatisierung bei Kriegsbeginn und schwindendem Interesse im weiteren Verlauf des Konflikts. Länger andauernde Krisen und Prozesse der Krisenbewältigung werden so medial marginalisiert. (ICE2)

[224-L] Martens, Kerstin; Weymann, Ansgar:

Die Internationalisierung der Bildungspolitik: Konvergenz nationaler Pfade?, in: Achim Hurrelmann (Hrsg.) ; Stephan Leibfried (Hrsg.) ; Kerstin Martens (Hrsg.) ; Peter Mayer (Hrsg.): Zerfasert der Nationalstaat? : die Internationalisierung politischer Verantwortung, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2008, S. 243-272

INHALT: Die Verfasser stellen zunächst das Konzept des institutionellen Isomorphismus als Grundlage einer Analyse von institutionellen Konvergenzprozessen vor. Sie skizzieren im Folgenden drei historische Phasen der zunehmenden Vereinheitlichung von Bildungspolitik: (1) eine vornationale Phase, in der die vereinheitlichenden Kräfte Christentum, Humanismus, Reformation und Aufklärung sind; (2) eine nationale Phase, in der Bildungspolitik zu einem

Teil der Entwicklung moderner Staatlichkeit und eine souveräne Prerogative des Staates wird; (3) eine internationale Phase, in der es zu einer globalen Konvergenz einer von internationalen Organisationen gestalteten Bildungspolitik kommt. Die Verfasser untersuchen die heutige Konvergenz nationaler Bildungspolitiken durch Internationalisierung anhand der Fähigkeiten der EU und der OECD, internationale Standards zu setzen. Sie zeigen, dass die Verantwortungsübertragung auf internationale Organisationen institutionelle Dynamiken ausgelöst hat, die zu einem zunehmenden Kontrollverlust des Staates und einer verstärkten Konvergenz nationaler Bildungssysteme führen können. (ICE2)

[225-L] Ose, Dieter (Hrsg.):

Sicherheitspolitische Kommunikation im Wandel, (Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, 28), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 240 S., ISBN: 978-3-8329-3296-1 (Standort: UB Duisburg(464)-01PEP6868)

INHALT: "Das sicherheitspolitische Umfeld Deutschlands hat sich in den letzten fast zwei Dekaden fundamental geändert, ebenso die europäische und transatlantische Sicherheitsarchitektur. Die mit Glasnost und Perestroika Ende der 80er Jahre begonnenen Veränderungen setzten sich mit Mauerfall, Wiedervereinigung etc. rasant fort. Diese Veränderungen hatten und haben andauernde und tiefgreifende Auswirkungen auf die Bundeswehr, die sich von Reform zu Reform weiterentwickelt hat und schließlich zu einer Armee im dauerhaften Transformationsprozess wurde: eine Ausbildungsarmee im Inland zu einer Einsatzarmee im fernen Ausland. Ähnlich rasant hat sich im gleichen Zeitraum die Welt der Information und Kommunikation gewandelt. Sie ist, mehr als je zuvor, in alle Bereiche menschlichen Lebens und Wirkens vorgedrungen und hat heute, aufgrund modernster Technik, das Momentum der 'Echtzeit' und der Universalität auf ihrer Seite. Schnittstellen, Verbindendes oder Trennendes der Bereiche Sicherheitspolitik und Kommunikation werden im vorliegenden Band beleuchtet. Haben die Medien Bedeutung für die sicherheitspolitische Kommunikation, und wenn ja, welche? Brauchen die Streitkräfte Medien? Beeinflussen die Medien Sicherheitspolitik und Militär - oder umgekehrt? Wie ist es um die Bereiche Verantwortung, Verpflichtung und Wahrhaftigkeit bestellt? Welche Rolle spielt der eine Akteur in der Perzeption des jeweils anderen? Das Buch, in Teilen die Ergebnisse eines Symposiums an der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, versucht, Zusammenhänge zu analysieren, zu erläutern und Antworten zu geben." (Autorenreferat): Inhaltsverzeichnis: Dieter Ose: Sicherheitspolitische Kommunikation im Wandel (11-22); Stephan Böckenförde: Verteidigung, Stabilisierung und Gefahrenabwehr: Eine Typologie der Bundeswehreinsätze vor dem Hintergrund internationaler Gewaltkonflikte (23-35); Sven Bernhard Gareis: Grundlagen deutscher Außenpolitik (36-50); Wolfgang Schneiderhan: Transformation der Bundeswehr (51-64); Wolfgang Knöbl: Das Militär in der "postheroischen Gesellschaft": Reflexionen zu den Auswirkungen kulturellen und sozialstrukturellen Wandels auf die Institutionen des staatlichen Gewaltmonopols (65-82); Wilfried von Bredow: Akzeptanz ohne Verbindlichkeit: Die deutsche Sicherheitspolitik im zivilgesellschaftlichen Diskurs (83-97); Heiko Biehl: Hohes Ansehen und partielle Unterstützung: Die Bundeswehr und ihre Aufgaben im sicherheitspolitischen Meinungsbild der deutschen Bevölkerung (98-108); Wolfgang Born: Die militärische Personalgewinnung vor neuen Herausforderungen (109-122); Martin Löffelholz: Medien als "Mediatoren"? Entstehung, Inhalte und Folgen der sicherheitspolitischen Berichterstattung (123-131); Stefan Raue: Die deutschen Medien in den Zeiten des Krieges (132-140); Thomas Rid: John Boyd und die Medien (141-154); Thomas Bulmahn: Medienberichte über die Bundeswehr und deren Wir-

kung auf die öffentliche Meinung zu den Streitkräften und den Auslandseinsätzen (155-169); Kai Samulowitz: Die Rolle der Jugendoffiziere im System der Informationsarbeit der Bundeswehr (170-182); Matthias Duchscherer: Der Internetauftritt der Bundeswehr (183-206); Hans-Joachim Reeb: Militärische Informationsarbeit in der Krisenkommunikation (207-223); Walter Jertz: Medien und Sicherheitspolitik: Erfahrungen als erster Nationaler Befehlshaber im Einsatz und als militärischer Sprecher im NATO HQ (224-230); Carl-Hubertus von Butler: Zusammenarbeit mit den Medien im Einsatz: Erfahrungen aus dem Einsatz in Afghanistan (231-234).

[226-L] Reinprecht, Christoph; Weiss, Hilde:

Migration und Integration, in: Rudolf Forster (Hrsg.): Forschungs- und Anwendungsbereiche der Soziologie, Wien: WUV Facultas, 2008, S. 153-168

INHALT: In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird Migration als dauerhafte Ortsveränderung definiert, die mit einer Grenzüberschreitung verbunden sein kann und mit einem Wechsel des sozialen und kulturellen Bezugssystems einhergeht. Mit ihren Definitionen, Kategorisierungen und Problemsichten beteiligen sich die Sozialwissenschaften maßgeblich an der gesellschaftlichen Konstruktion von Migration, zugleich entwickeln sie ihre Perspektiven aus konkreten historischen Kontexten heraus. Der Beitrag beleuchtet den Wandel der Forschungskonzepte sowie Theorien, Forschungsergebnisse und Anwendungsbezüge zu Migration und Integration mit Schwerpunkt Österreich. Mit dem Wandel der Migrationsformen rücken neue Themen ins Blickfeld der Forschung, wie etwa die vielfältigen Grauzonen und Randbereiche von Migration (von informeller Beschäftigung bis zu erzwungener Migration, trafficking) oder die Bedeutung transnationaler Netzwerke für den Transfer von ökonomischen Gütern und Wissen (know-how-transfer, brain circulation), ein Aspekt, der sowohl aus der Perspektive der Entwicklungspolitik als auch in Bezug auf die Frage der Binnenintegration ethnischer Gemeinschaften bedeutsam ist. (ICB2)

[227-L] Schwegler, Ulrike:

Herausforderungen der Vertrauensforschung in interkulturellen Kooperationsbeziehungen, in: Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, Vol. 10/2009, No. 1, 14 S. (nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0901486)

INHALT: "Die Fähigkeit, vertrauensbasierte Beziehungen aufzubauen, gilt zunehmend als kritischer Erfolgsfaktor in internationalen Kooperationsbeziehungen. Trotz der Brisanz der Problematik liegen bislang noch relativ wenige gesicherte Erkenntnisse vor, wie Vertrauen in kulturübergreifenden bzw. interkulturellen Kontexten aufgebaut wird. Der vorliegende Artikel erörtert die spezifischen Bedingungen der Erforschung der Vertrauensgenese in interkulturellen Kooperationsbeziehungen. Er diskutiert etische und emische Ansätze der Vertrauensforschung im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit, Vertrauen als dynamisches Konzept in komplexen kulturellen und interkulturellen Situationen zu erfassen. Die Diskussion mündet in Implikationen für künftige Forschungen als Reaktion auf die Anforderungen in der Praxis." (Autorenreferat)

[228-F] Sieveking, Nadine, Dr.; Fauser, Margit, M.A. (Bearbeitung); Faist, Thomas, Prof.Ph.D. (Leitung):

Migrationsdynamiken und Entwicklung in Westafrika: Untersuchungen zur entwicklungs-politischen Bedeutung von Migration und Mobilität in Ghana und Mali

INHALT: Die Studie untersucht die Dynamiken von Migration aus Afrika nach Deutschland, bzw. Europa unter dem Aspekt ihrer entwicklungspolitischen Bedeutung. Der Fokus liegt auf den Beispielländern Ghana und Mali. Es werden sowohl die Herkunfts-, als auch die Aufnahmekontexte berücksichtigt. Die jeweilige nationale Entwicklungs- und Migrationspolitik, insbesondere auch im Rahmen der zunehmenden Kooperation innerhalb der EU werden im Kontext bestehender Initiativen und Programme der Entwicklungszusammenarbeit analysiert. Dabei untersucht die Studie zunächst durch Aufarbeitung der bestehenden Literatur die Migrationsdynamiken im Raum zwischen Sub-Sahara-Afrika und Europa, geht dann im Rahmen empirischer Forschung auf die konkreten Akteure, Politiken und Maßnahmen ein und identifiziert auf dieser Basis mögliche Ansatzpunkte für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Die Studie soll das BMZ in der Entwicklung von Programmen unterstützen, die mit den Chancen und Herausforderungen von Migration umgehen, im Sinne einer angestrebten Koppelung von Migrations- und Entwicklungspolitik. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Afrika, Europa

METHODE: Theoretisch und methodologisch fokussiert die Studie auf die Entwicklungsdynamiken in transnationalen sozialen Räumen zwischen Sub-Sahara-Afrika und Europa. Dabei wird ein qualitativer Forschungsansatz verfolgt, der neben einer kontextualisierenden Analyse von bestehenden und geplanten Programmen vor allem Experten-Interviews und Interface-Analysen umfasst. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Interface-Analyse. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: *BEGINN:* 2007-12 *ENDE:* 2009-02 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dienstsitz Bonn *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, Transnationalisation and Development Research Center -TDRC- Arbeitsgruppe Transnationale Beziehungen und Entwicklungssoziologie - Centre on Migration, Citizenship and Development -COMCAD- (Postfach 100131, 33501 Bielefeld)

KONTAKT: Sieveking, Nadine (Dr. Tel. 0521-106-4631,
e-mail: nadine.sieveking@uni-bielefeld.de)

[229-L] Spohn, Willfried:

Politik und Religion in einer sich globalisierenden Welt, (Otto-von-Freising-Vorlesungen der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 96 S., ISBN: 978-3-531-16076-4

INHALT: "In diesem Band sind drei Vorträge versammelt, die aus einer historisch-soziologischen Perspektive versuchen, die jüngste Revitalisierung und Politisierung von Religion in Form von religiösem Nationalismus, ethnischer Mobilisierung und politischem Fundamentalismus und ihre Folgen für die Konfliktlagen und Entwicklungsdynamiken gegenwärtiger Welt- und Europapolitik erklärend zu interpretieren und kritisch zu reflektieren. Der Autor entwirft die Leitidee eines sich erweiternden und zugleich kosmopolitischen Europas, das den analysierten Konfliktlagen durch Strategien religiös-politischer Pluralisierung entgegenwirkt." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Globalisierung, Religion und Fundamentalismus - Zu den kulturellen Konfliktlagen gegenwärtiger Weltpolitik (9-30); Nationalismus, Religion

und Fundamentalismus in einer sich globalisierenden Welt - Ein multipler Modernitätsansatz (31-56); Europäisierung, Religion und kollektive Identitäten - Zur kulturellen Konfliktodynamik europäischer Erweiterung und Integration (57-80).

[230-L] Zetterberg, Hans L.:

Opinion polling on international political accords, in: Helena Flam (Hrsg.) ; Marcus Carson (Hrsg.) ; Tom R. Burns (Adressat): Rule systems theory : applications and explorations, Frankfurt am Main: P. Lang, 2008, S. 229-241, ISBN: 978-3-631-57596-3 (Standort: UB Duisburg(464)-01OCT9190)

INHALT: Der Beitrag rekapituliert die Geschichte der Meinungs- und Umfrageforschung zu internationalen Abkommen und Verträgen. Der Schwerpunkt der Ausführungen liegt dabei nicht auf der Forschungsmethodologie, sondern auf den historischen, politischen und infrastrukturellen Umständen der Umfrageforschung. Als eine der entscheidenden Rahmenbedingungen erweist sich die politische Kultur eines Landes, insbesondere der Einfluss der Massenmedien auf das Klima für die internationalen Beziehungen. In Anlehnung an die Social Rule System Theory (SRST) von Tom S. Burns und Helena Flam (1987) untersucht der Autor dann detaillierter die Regelstrukturen der nationalstaatlichen politischen Willensbildung, die Transparenz der institutionellen Arrangements, die Rechte und Pflichten der betroffenen und beteiligten Akteure und die letztendliche Implementation der politischen Programme in ihren Auswirkungen auf die öffentliche Meinung bzw. deren empirische Erfassung. (ICA)

[231-L] Zöpel, Christoph:

Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft: eine Orientierung in Worten und Zahlen, (Internationale Politik), Berlin 2008, 635 S., ISBN: 978-3-86602-984-2

INHALT: Der Autor legt mit diesem umfangreichen Werk ein programmatisch unterfüttertes Plädoyer für eine aktive Politik zur Ausgestaltung einer Weltpolitik für die Weltgesellschaft vor. Seine beiden Ausgangsthese besagen, dass eine Weltgesellschaft längst Realität sei und sich theoretisch wie praktisch begründen lasse. Die zunehmende globale Bevölkerungsdichte, der Klimawandel, die neuen Informationstechnologien, die globale Verflechtung der Finanzwelt und nicht zuletzt das Potenzial der nuklearen Selbstvernichtung würden, so Zöpel, nicht die Frage nach dem Ob einer Weltgesellschaft stellen, sondern vielmehr, inwieweit diese infolge vorgeprägter Denkmuster wahrgenommen würde. Entlang eines geschichtlichen Überblicks, der universale Menschheitsprobleme, aber auch universale Werte darlegt, kommt der Verfasser zum programmatischen Teil seiner Ausführungen, die er theoretisch mit der systemtheoretischen Prägung des Begriffs der Weltgesellschaft durch Niklas Luhmann sowie mit zahlreichen Anleihen bei Jürgen Habermas und Talcott Parsons unterlegt. Er konstatiert für die globale Situation: 'Exekutive und zum Teil auch Judikative sind im UN-System vorhanden, sie müssen allerdings verbessert werden. Was fehlt ist die Legislative' (395). Zwar stelle die UN-Charta die Vermeidung von Krieg, Glauben an die Menschenrechte und soziale Fortschritt gleichberechtigt nebeneinander, jedoch schlage sich dies nicht in der Kompetenzstruktur der Charta nieder. So fordert Zöpel eine Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrates und die Bildung einer Art zweiten Sicherheitsrates als Rat für Nachhaltige Entwicklung, dem die internationalen Finanzorganisationen zugeordnet werden sollten. Politisch brisant sind die Forderungen des Autors für die deutsche Außenpolitik: Er fordert den Verzicht auf einen ständi-

gen Sitz im UN-Sicherheitsrat sowie den Verzicht auf Militäreinsätze außerhalb des UN-Kommandos, womit er ausdrücklich auch den Bundeswehreinsatz im Rahmen der NATO in Afghanistan ablehnt. (ZPol, NOMOS)

[232-L] zur Mühlen, Patrik von:

Die Friedrich-Ebert-Stiftung als internationales Netzwerk, in: Berthold Unfried (Hrsg.) ; Jürgen Mittag (Hrsg.) ; Marcel van der Linden (Hrsg.) ; Eva Himmelstoss (Mitarb.): Transnationale Netzwerke im 20. Jahrhundert : historische Erkundungen zu Ideen und Praktiken, Individuen und Organisationen, Leipzig: Akad. Verl.-Anst., 2008, S. 205-214

INHALT: "Die Friedrich-Ebert-Stiftung begann Ende der 1950er Jahre mit ihrer internationalen Arbeit, wobei sie vielfach hierbei an die Stelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes trat, der ihr das entwicklungspolitische Engagement nahe legte und abtrat. Durch die internationale Gewerkschaftsbewegung, die Sozialistische Internationale sowie sozialdemokratische Parteien in den Partnerländern war diese Arbeit eingebettet in weltweite Netzwerke, die von der Stiftung für Kooperationszwecke genutzt wurden. Um ihrer Arbeit Nachhaltigkeit zu verleihen, stellte die Stiftung auch selbst eine Vernetzung von Partnerorganisationen her, die in erfolgreichen Fällen auch dann bestehen blieben, wenn sich die Stiftung aus der Projektarbeit zurückzog. Schließlich konnte die Schaffung von Netzwerken auch das ausdrückliche Ziel ihrer Arbeit sein, um durch institutionalisierte Dialoge und Formen der Zusammenarbeit Konfliktpotenziale zu entschärfen und Voraussetzungen für eine nachhaltige internationale Zusammenarbeit zu schaffen." (Autorenreferat)

9 Gewalt in der Gesellschaft, politische Konflikte, zivile Konfliktbearbeitung

[233-L] Angermüller, Johannes; Bartels, Anke; Stopinska, Agata; Wiemann, Dirk:

Violence of discourses - discourses of violence: an introduction, in: Dirk Wiemann (Hrsg.); Agata Stopinska (Hrsg.); Anke Bartels (Hrsg.); Johannes Angermüller (Hrsg.): *Discourses of violence - violence of discourses : critical interventions, transgressive readings, and post-national negotiations*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 7-15

INHALT: Der von den Verfassern herausgegebene Sammelband, den der vorliegende Beitrag einleitet, geht zurück auf eine internationale, interdisziplinäre Konferenz über Diskurse der Gewalt und Gewalt der Diskurse an der Universität Magdeburg im Juli 2004. Die Einzelbeiträge, die dieser Beitrag dokumentiert, entstammen so unterschiedlichen Disziplinen wie Literaturkritik, Medienforschung, Philosophie, Internationale Beziehungen, Kolonialismusforschung und Soziologie. Sie gruppieren sich zu drei Themengruppen: "Ästhetik textueller Gewalt", "Pfade der Gewalt" und "Gewalt durchdenken". (ICE)

[234-L] Arens, Markus:

Jugend, Bildung und soziale Ungleichheit, in: Christine Hunner-Kreisel (Hrsg.); Arne Schäfer (Hrsg.); Matthias D. Witte (Hrsg.): *Jugend, Bildung und Globalisierung : sozialwissenschaftliche Reflexionen in internationaler Perspektive*, Weinheim: Juventa Verl., 2008, S. 97-110

INHALT: Der Beitrag verdeutlicht, dass soziale Ungleichheiten im Bildungsbereich kein länderspezifisches Phänomen sind, sondern dass sie sich sowohl auf nationaler, als auch auf europäischer sowie auf globaler Ebene zeigen. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Zusammenhang zwischen den Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen und der sozialen Herkunft ein globales Problem ist. Im Vergleich zu den westlichen, hoch entwickelten Industrienationen fallen jedoch die Unterschiede in den Entwicklungs- und Schwellenländern wesentlich drastischer aus. Analog zu den Konzepten der Armutsforschung kann auch von einer relativen bzw. absoluten Bildungsarmut gesprochen werden. Bislang lässt sich für den Autor nicht prognostizieren, in welche Richtung sich die Bildungsungleichheiten weltweit entwickeln werden. Zwar sind bereits einzelne Fortschritte erkennbar, indem in einigen Entwicklungsländern der Bildungsetat aufgestockt und somit günstigere Ausgangsbedingungen für effektive Bildungsprogramme geschaffen wurden. Allerdings reichen sowohl die innerstaatlichen Bildungsmaßnahmen als auch die finanziellen Subventionen und Entwicklungshilfemaßnahmen der wohlhabenden Länder noch nicht aus, um die ambitionierten Zielsetzungen des Weltbildungsforums zu erfüllen. Hier sind große bildungspolitische Kraftanstrengungen notwendig, um die globalen Bildungsungleichheiten zu verringern. (ICA2)

[235-L] Beilecke, Francois:

Netzwerke und Intellektuelle: konzeptionelle Überlegungen zur politischen Rolle eines zivilgesellschaftlichen Akteurs, in: Francois Beilecke (Hrsg.) ; Katja Marmetschke (Hrsg.): *Der Intellektuelle und der Mandarin* : für Hans Manfred Bock, Kassel: Kassel Univ. Press, 2005, S. 49-65

INHALT: Der Verfasser zeigt, dass nicht zuletzt Intellektuelle als zivilgesellschaftliche Akteure im Interaktionsgeflecht zwischen Politik und Gesellschaft eine wegberaubende Rolle bei der Institutionalisierung binationaler Kooperationsprojekte gespielt haben und auch an der Herausbildung grenzüberschreitender Netzwerke beteiligt waren. Sowohl bei der Gründung des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg als auch bei der Entstehung des Deutsch-Französischen Jugendwerks waren intellektuelle in den späten 1940er und in den 1950er Jahre u.a. über das "Netz sozio-kultureller Mitteleinrichtungen" an der Gestaltung dieser verständigungspolitischen Einrichtungen beteiligt. Die sich abzeichnende Rolle von Intellektuellen als politische Akteure in trans- und internationalen Prozessen, die auch Anknüpfungspunkte mit neuesten Forschungen zur Rolle transnationaler advocacy networks anbietet, verdeutlicht erneut die Notwendigkeit, die analytische Tragweite des Netzwerkbegriffs für die Erforschung eines politischen Akteurs fruchtbar zu machen, dessen politischen Handlungsspielräume sowohl in historisch als auch in zukunftsorientierter Perspektive bisher nicht genügend ausgelotet worden sind. (ICF2)

[236-L] Bester, Helmut; Wärneryd, Karl:

Conflict and the social contract, (Discussion Paper / SFB-Transregio 15 Governance und die Effizienz ökonomischer Systeme, No. 94), Mannheim 2006, 23 S. (Graue Literatur; www.sfbtr15.de/dipa/94.pdf)

INHALT: "We consider social contracts for resolving conflicts between two agents who are uncertain about each other's fighting potential. Applications include international conflict, litigation, and elections. Even though only a peaceful agreement avoids a loss of resources, if this loss is small enough, then any contract must assign a positive probability of conflict. We show how the likelihood of conflict outbreak depends on the distribution of power between the agents and their information about each other." (author's abstract)

[237-L] Bloomfield, David:

Reconciliation, in: Volker Rittberger (Hrsg.) ; Martina Fischer (Hrsg.): *Strategies for peace : contributions of international organizations, states, and non-state actors*, Opladen: Budrich UniPress, 2008, S. 261-269, ISBN: 978-3-86649-164-9 (Standort: UB Bonn(5)-2008/6212)

INHALT: Der Autor diskutiert die Bedeutung der Versöhnung als Herausforderung der Friedenssicherung in Post-Konflikt-Gesellschaften. Er betont, dass die Versöhnung nicht in erster Linie als ein Ideal oder als Endzustand von Frieden und Harmonie betrachtet werden sollte, sondern als ein andauernder Prozess. Er beleuchtet die Zusammenhänge zwischen Versöhnung, Friedensförderung und Gerechtigkeit und weist auf widersprüchliche und teilweise kontraproduktive Definitionen dieser Begriffe in den wissenschaftlichen Debatten hin. Problematisch erscheint auch der Begriff der "Vergebung" aus der christlichen Ethik, wie er zum Beispiel der "Kommission für Wahrheit und Versöhnung" in Südafrika zugrunde liegt. Der Begriff der

Gerechtigkeit sollte nach Meinung des Autors in einer breiteren, multidimensionalen Weise redefiniert werden und die Definition von Versöhnung sollte als Prozess der Vertrauensbildung und des Beziehungsaufbaus vertieft werden, der mit den Begriffen "politische Versöhnung", "ziviles Vertrauen" und "demokratische Reziprozität" umschrieben werden kann. Der Begriff der ausgleichenden Gerechtigkeit sollte um die restaurative, soziale und justizielle Dimension erweitert werden. Der Autor zeigt ferner, dass aus den Forderungen nach Gerechtigkeit und Wahrheit gleichzeitig zahlreiche Spannungsfelder erwachsen, die entwicklungs- und friedenspolitische Organisationen vor besondere Herausforderungen stellen. (ICI)

[238-L] Buchner, Peter:

Stiefkind auf dem Schoß der Einsatzarmee?: der Beitrag der politischen Bildung zur Einsatzvorbereitung, in: Gerhard Kümmel (Hrsg.): *Streitkräfte im Einsatz : zur Soziologie militärischer Interventionen*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 55-68

INHALT: Anfang der 1990er Jahre erregten rechtsextremistische Vorfälle in den Streitkräften Aufsehen. Der Wehrbeauftragte stellte in seinem Jahresbericht 1993 fest: "Ich habe festgestellt, dass der staatsbürgerliche Unterricht in den Streitkräften oftmals in jüngster Zeit stark vernachlässigt worden ist. Zwar wurden Stunden für diesen Unterricht im Dienstplan ausgewiesen, in Wirklichkeit jedoch als Verfügungsmasse für andere Aufgaben genutzt. Der Stellenwert dieses Unterrichts sollte im Vergleich zu anderen Ausbildungszielen wieder angehoben und dies im Wege der Dienstaufsicht durchgesetzt werden." Der vorliegende Beitrag zeigt, dass es für die Soldaten unerlässlich ist, die Begründung ihrer Einsätze zu verstehen. Insofern lautet das Ausbildungsziel der Einsatz vorbereitenden Politischen Bildung: Die Soldaten wissen, dass ihr Einsatz politisch legitimiert ist und kennen die sicherheitspolitischen Argumente für die Notwendigkeit der Anwendung militärischer Mittel. Der Beitrag beschreibt das Unterrichtskonzept "Legitimation von Auslandseinsätzen" und den zugrunde liegende politikwissenschaftliche Analyseansatz. Es folgen das didaktische Arrangement und die Analyse der politischen Legitimation. Abschließend wird die Methodik des Unterrichtskonzeptes erläutert. (ICA2)

[239-L] Buckley-Zistel, Susanne:

Frieden und Gerechtigkeit nach gewaltsamen Konflikten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* : Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, 2009, H. 8, S. 22-27
(www.bpb.de/files/JMEDYV.pdf)

INHALT: Der Aufsatz zur internationalen Friedenspolitik befasst sich im ersten Schritt zunächst mit der Praxis von Gerechtigkeit und Rechtsprechung. Dabei werden folgende Gerichte dargestellt, die zur Konsolidierung des Friedens in einer Nachkriegsgesellschaft beitragen (sollen): (1) Die Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda, (2) hybride Sondergerichtshöfe, z. B. für Sierra-Leone und Kambodscha sowie (3) der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag. Vor dem Hintergrund der wachsenden Bemühungen um internationale Strafverfolgung nach gewaltsamen Konflikten wird hier die Frage erörtert, ob Rechtsprechung durch internationale oder hybride Gerichtshöfe uneingeschränkt zur Konsolidierung von Frieden beiträgt. Im zweiten Schritt wird abschließend mit Blick auf die Kritikpunkte zwischen ausgleichender und wiedergutmachender Gerechtigkeit unterschieden: Während sich ausgleichende Gerechtigkeit auf die Vergeltung eines Vergehens mit Strafe bezieht,

wie es bei Tribunalen und Strafgerichten der Fall ist, ist das Ziel von wiedergutmachender Gerechtigkeit die (Wieder-)Herstellung der sozialen Beziehungen zwischen den Konfliktparteien. (ICG2)

[240-L] Buckley-Zistel, Susanne:

Transitional Justice als Weg zu Frieden und Sicherheit: Möglichkeiten und Grenzen, (SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 15), Berlin 2008, 22 S. (Graue Literatur; www.sfb-governance.de/publikationen/sfbgov_wp/wp15/SFB-Governance_Working_Paper_Nr15.pdf)

INHALT: "Transitional Justice steht für Bemühungen, die Vergangenheit eines gewaltsamen Konflikts oder eines Regimes aufzuarbeiten, um in einer gespaltenen Gesellschaft den Übergang zu Sicherheit und Frieden zu fördern. Vor dem Hintergrund der steigenden Popularität des Konzepts untersucht das Arbeitspapier, ob die ihm zugrunde liegenden Normen und Instrumente in der Tat uneingeschränkt zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Konfliktparteien beitragen. Im Zentrum der Analyse steht die Wirkung der normativen Eckpfeiler Gerechtigkeit und Wahrheit, sowohl in konzeptioneller als auch in praktischer Hinsicht, und es wird aufgezeigt, dass ihr Einfluss auf Nachkriegsgesellschaften durchaus ambivalent und keineswegs zwingend friedensfördernd ist. Basierend auf diesen ernüchternden Einblicken schließt das Arbeitspapier mit dem Appell, Transitional Justice als ein politisches Konzept zu betrachten und seiner Anwendung mit kritischer Achtsamkeit gegenüber zu stehen." (Autorenreferat)

[241-L] Buro, Andreas:

Die Rolle der Zivilgesellschaften in Konflikten, in: Johannes M. Becker (Hrsg.) ; Herbert Wulf (Hrsg.): *Zerstörter Irak - Zukunft des Irak? : der Krieg, die Vereinten Nationen und die Probleme eines Neubeginns*: Lit Verl., 2008, S. 267-282

INHALT: Im Wissen darum, dass die mit Rüstung und Militär verbundenen Interessen, die sie stützenden Gruppen und das traditionelle Denken in Gewalt und Gegengewalt übermächtig sind, setzt sich der Verfasser für einen umfassenden Wandel von militärischer zu ziviler Konfliktbearbeitung ein. Er plädiert dafür, dass die tatsächliche gewaltförmige militärische Konfliktaustragung zurückgedrängt wird, dass zivile Konfliktaustragung ausgebaut wird und dass frühzeitig kritische Informationen zu drohenden Konflikten vermittelt werden. Es gelte einen Prozess zu fördern, der in der Praxis zu verstärkter Kriegsprävention und ziviler Konfliktbearbeitung führt, der immer mehr Mittel und öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenkt und daher eine Eigendynamik erhält. Die Zivilgesellschaft soll den schwierigen Weg zur friedlichen Konfliktbearbeitung öffnen. Als Beispiele greift der Verfasser auf das Iran-Dossier, das Dossier zum türkisch-kurdischen Konflikt und das Dossier zum israelisch-palästinensischen Konflikt des Monitoring Projekts "Zivile Konfliktbearbeitung" zurück. (ICE2)

[242-L] Chase-Dunn, Christopher:

Social evolution and the future of world society, in: Mark Herkenrath (Hrsg.) ; Claudia König (Hrsg.) ; Hanno Scholtz (Hrsg.) ; Thomas Volken (Hrsg.): *The future of world society: Intelligent Book Production*, 2005, S. 13-37

INHALT: Trotz des hohen Grades internationaler Integration unter politischen und wirtschaftlichen Eliten ist eine neue Welle hegemonialer Rivalitäten im Kern des Weltsystems sehr wahrscheinlich. Auch frühere Internationalisierung hat die Weltkriege des 20. Jahrhunderts nicht verhindern können; die Gefahr von Kriegen unter Großmächten wird daher wohl noch nicht gebannt sein. Es sind vor allem zwei aus der Logik der kapitalistischen Produktionsweise resultierende Probleme, die die Existenz der Menschheit bedrohen: Umweltkatastrophen und zunehmende globale Ungleichheiten. Der "hegemonic cycle" verläuft jedoch nicht jedes Mal gleich. Widerstand "von unten" und die Interaktion von Mächtigen und weniger Mächtigen sind wichtige Triebkräfte bei der Entwicklung des Weltsystems. Transnationale Antisystem-Bewegungen sind zentrale Widerstandsorte. Sie können den drei negativen Konsequenzen hegemonialer Rivalität und kapitalistischer Produktion - Krieg, Umweltzerstörung, Ungleichheit - im Weltsystem entgegen wirken. Am Ende stünde dann kein neuer Hegemon, sondern globale Demokratie. (ICE)

[243-L] Ernst, Oliver:

30 Jahre Islamische Revolution im Iran: zwischen Konfrontation und Wandel, in: *Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit*, Jg. 54/2009, H. 3 = Nr. 472, S. 36-40 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_15784-544-1-30.pdf)

INHALT: Die antiwestliche Abschottungs- und Konfrontationsstrategie der Radikalen in der Islamischen Republik stellt für die neue amerikanische Administration, die dem Iran im direkten Dialog begegnen will, eine echte Herausforderung dar. Zudem wird der Nahostfriedensprozess, der das Ziel einer Zweistaatenlösung verfolgt, auch dadurch blockiert, dass Teheran den islamischen Widerstand gegen Israel unterstützt. Am stärksten wirkt sich die islamisch-revolutionäre Konfrontationsstrategie aber auf die iranische Gesellschaft selbst aus: Eine liberale Öffnung wird schon in den Ansätzen zu verhindern versucht, und selbst internationale zivilgesellschaftliche Kontakte zwischen dem Iran und westlichen Ländern unterbindet die politische Führung in Teheran weitgehend aus Sorge vor einer von außen geförderten "weichen" oder "samtenen" Revolution gegen das System der Islamischen Republik. Es ist nach Einschätzung des Autors noch offen, welchen Weg der Iran gehen wird. Doch die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung wird die islamische Republik nur erfüllen können, wenn sie sich zu einem kooperativen Akteur wandelt. (ICI2)

[244-L] Fischer, Martina:

Civil society and peacebuilding: potentials and limits, in: Volker Rittberger (Hrsg.) ; Martina Fischer (Hrsg.): *Strategies for peace : contributions of international organizations, states, and non-state actors*, Opladen: Budrich UniPress, 2008, S. 221-259, ISBN: 978-3-86649-164-9 (Standort: UB Bonn(5)-2008/6212)

INHALT: Die Autorin thematisiert die Rolle und die Aufgaben von zivilgesellschaftlichen Akteuren bei den Prozessen der Friedenssicherung. Sie gibt zunächst einen Überblick über die Aktivitäten von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) auf der internationalen und regionalen Ebene und verdeutlicht ihr Engagement zum Beispiel in der Entwicklungsarbeit, beim Schutz der Menschenrechte, bei der Konfliktbearbeitung und dem Friedensaufbau in Nachkriegsgesellschaften. Sie weist angesichts oft geäußelter Kritikpunkte darauf hin, dass viele in der Entwicklungszusammenarbeit tätige NGOs transparente Berichtssysteme und Verfahren "freiwilliger Selbstkontrolle" geschaffen haben und in NGO-Plattformen und Netzwerken detaillierte Auskunft über ihre Arbeit geben. Die Autorin beleuchtet im zweiten Teil ihres Beitrags die Bemühungen von lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Bosnien-Herzegowina, wie z.B. Friedensgruppen und Bürgerrechtsverbände, und zieht dabei Vergleiche zu den etablierten NGOs. Sie geht in diesem Zusammenhang auf die politischen Erfahrungen in Bosnien nach dem Abkommen von Dayton ein und weist auf die besonderen Merkmale der Staatenbildung im ehemaligen Jugoslawien hin. Sie fordert spezifische Qualifizierungskonzepte für die dort tätigen humanitären und friedenspolitischen Initiativen sowie neue Konzepte von Staatlichkeit und politischer Gemeinschaft jenseits der westfälischen Staatenordnung. (ICI)

[245-L] Grasse, Renate; Gruber, Bettina; Gugel, Günther (Hrsg.):

Friedenspädagogik: Grundlagen, Praxisansätze, Perspektiven, (Rowohlt's Enzyklopädie), Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch Verl. 2008, 313 S., ISBN: 978-3-499-55698-2

INHALT: . Was ist Erziehung zum Frieden? Eine Erziehung zum Leiden am Unrecht, zu einer tiefen Abneigung gegen Gewalt und Krieg, aber auch die Vermittlung der 'Schrecken des Friedens' (10), der Unsicherheit und zum Ungehorsam, eine Erziehung zur Politik, zur Veränderung der Welt, zur Entwicklungshilfe. Diesen umfassenden Ansatz, bereits 1967 von Hartmut von Hentig auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover entwickelt, zitieren die Herausgeber als 'heute noch aktuell und inspirierend' (9). Nach Jahrzehnten der Friedens- und Konfliktforschung sowie der praktischen Friedenserziehung setze sich zudem 'allmählich die Überzeugung durch, dass Sicherheit nicht mehr die Sicherheit von Staaten, sondern die von Menschen sein muss' (12). Der Band steht in der Tradition der kritischen Friedenspädagogik, wie sie Anfang der 70er-Jahre formuliert wurde; die Autoren entwickeln vor dem Hintergrund der gewandelten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aber neue Perspektiven. In einem der Grundlagenbeiträge skizziert Christoph Wulf, mit welcher thematischen Vielfalt eine Friedenserziehung unter dem Eindruck der Globalisierung zu tun hat. Die Schwerpunkte variierten je nach Land u. a. in den Bereichen Bildung für alle, Europa und seine muslimischen Nachbarn, Gewalt und soziale Gerechtigkeit sowie kulturelle Diversität. Bei der praktischen Umsetzung der Friedenserziehung bedürfe es unter 'dem komplexen Lernbegriff einer neuen, durchaus kritischen Einschätzung von Ritualen und rituellen Praktiken' (58). Diese Praxisansätze werden im zweiten Kapitel erörtert, neben Themen wie Macht, Angst und Gewalt in pädagogischen Beziehungen oder die Dynamik sozialer Konflikte werden auch die Schwierigkeiten bei internationalen Jugendbegegnungen dargestellt. Bettina Gruber verweist darauf, dass beispielsweise Schulpartnerschaften eher Klischees verstärken. Daher sollte dem Alltäglichen stärkere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Hervorzuheben ist auch der Beitrag von Uli Jäger über die Friedenspädagogik in Konflikt- und Kriegsregionen mit neuen Perspektiven auf die Entwicklungszusammenarbeit. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Dieter Senghaas: Über Frieden und die Kultur des Friedens (21-34); Christoph Wulf: Friedenskultur und Friedenssicherung in Zeiten der Globalisierung (35-60); Günther

Gugel: Was ist Friedenserziehung? (61-82); Christian Büttner: Macht, Angst und Gewalt in pädagogischen Beziehungen (85-98); Rainer Steinweg: Gewalt und Gewaltfreiheit in der Friedenspädagogik (99-122); Friedrich Glasl: Die Dynamik sozialer Konflikte und Ansätze zur Konfliktbehandlung (123-139); Bettina Gruber: Internationale Jugendbegegnungen (140-154); Ilse Schimpf-Herken: Erinnerung braucht Zukunft, Zukunft braucht Erinnerung (155-184); Georg Auernheimer: Feindbildkonstruktionen - das Beispiel Islam und Muslime (185-212); Renate Grasse: Frieden mit den Medien (213-230); Uli Jäger: Friedenspädagogik in Konflikt- und Kriegsregionen (233-252); Werner Wintersteiner: Friedenspädagogik für das 21. Jahrhundert (253-274); Eva Wastian: Friedenspädagogik im deutschsprachigen Raum (277-288).

[246-L] Harrison, Lawrence E.:

Es ist die Kultur, Dummkopf!: warum Indien eine erfolgreiche Demokratie ist - und der Irak (noch) nicht, in: Internationale Politik, Jg. 64/2009, Nr. 4, S. 40-45 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang-2009/april2009/es-ist-die-kultur--dummkopf-.html)

INHALT: "Kulturelle Werte, Einstellungen und Überzeugungen liegen nicht in unseren Genen. Sie werden in Elternhaus, Schule und Kirche erlernt und durch Medien und politische Visionäre vermittelt. Nur über die Erhöhung ihres kulturellen Kapitals können Gesellschaften gedeihen - und so den globalen Fortschritt vorantreiben." (Autorenreferat)

[247-L] Herkenrath, Mark; König, Claudia; Scholtz, Hanno; Volken, Thomas (Hrsg.):

The future of world society, Zürich: Intelligent Book Production 2005, IV, 389 S., ISBN: 3-908730-84-8

INHALT: "The world has always changed, it is currently changing, and most likely will always do so. But where will the journey go to? Talk of accelerated social change and the idea of change being the only constant go hand in hand with the ongoing discourse on 'globalization'. Much of the mainstream literature on 'globalization', confined with economic issues, pictures this process as an unprecedented phenomenon, and linearly projects its effects into the Future. In contrast, the authors of The Future of World Society encourage a fresh, historically informed, and multidisciplinary look at the world and explore its possible futures. The common analytical anchoring point is world-System theory, which for over 30 years has conceptualized social realities as the historical outcome of interwoven processes of economic, political, and cultural development." (author's abstract). Contents: Mark Herkenrath, Claudia König, Hanno Scholtz, Thomas Volken: The future of world society: an introduction (1-12); Christopher Chase-Dunn: Social evolution and the future of world society (13-37); George Modelski: Long-term trends in world politics(39-52); Joachim Karl Rennstich: The future of hegemony and global system leadership (53-79); Jeffrey Kentor: Transnational corporate power. Expansion, spatial distribution, and concentration, 1962-1998 (81-102); Michael Nollert: Transnational corporate networks. Theoretical perspectives, empirical evidence and prospects (103-128); Alberto Martinelli: From world system to world society? (129-149); Georg Kohler: Globalization and the Relation Between Inequality and Justice (151-159); Neera Chandhoke: How global is global civil society? (161-181); Dieter Rucht: Transnational social movements in the era of globalization (183-197); Gordon Laxer: US empire and popular sovereignty

(199-229); John Boli: Trends in world culture (231-251); Arthur S. Alderson, Jason Beckfield, Francois Nielsen: Income inequality trends in core societies (253-271); Harold R. Kerbo: Inequality and divergence in the modern world system. Historical Forces and the Reduction of Global Inequalities in East and Southeast Asia (273-308); Georg P. Mueller: The institutional clocks of the welfare state. Interference and Synchronization (309-332); Walter Müller: Education and labour markets. Commonality or divergence? (333-356); Yasusada Yawata: Coping with modernization dynamics. Japanese experiences and Max Weber (357-375); Christian Suter: Research on world society and the Zurich school (377-384).|

[248-L] Huhn, Sebastian:

A history of nonviolence: insecurity and the normative power of the imagined in Costa Rica, (GIGA Working Papers, No. 84), Hamburg 2008, 26 S. (Graue Literatur;
www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp84_huhn.pdf)

INHALT: "Die Angst vor Gewalt, Kriminalität und Unsicherheit ist in Costa Rica eines der wichtigsten gesellschaftlichen Probleme. In den Medien, der Politik und dem Alltag nehmen Gewalt und Kriminalität großen Raum ein und es entsteht der Eindruck, die Sicherheitslage habe sich dramatisch verschlechtert und die Bevölkerung müsse in ständiger Angst leben. Auf der Grundlage, dass Kriminalitätsstatistiken diese gesamtgesellschaftliche Angst nicht rechtfertigen, geht dieser Beitrag der Frage nach, warum Gewalt und Kriminalität heute ausgerechnet in Costa Rica so große Angst und Unsicherheit erzeugen. Die These lautet, dass die costaricanische nationale Identität und die 'nationale Erzählung' - in der Costa Rica als gewaltfreie Nation gedacht wird - einerseits den Blick auf die Ursachen von Gewalt und Kriminalität versperren und andererseits die Projektionsfläche für die soziale Konstruktion gesellschaftlicher Angst darstellen." (Autorenreferat)

[249-L] Hunter, Justine:

"Wenn zu viel Wahrheit entzweit, wie viel Wahrheit ist wohl genug?": Umgang mit der jüngsten Vergangenheit in Namibia, in: Siegmund Schmidt (Hrsg.) ; Gert Pickel (Hrsg.) ; Susanne Pickel (Hrsg.): Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung? : zum Umgang mit autoritären Vergangenheiten und Menschenrechtsverletzungen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2009, S. 229-243

INHALT: Die namibische Befreiungsbewegung "South West African People's Organization" (SWAPO) hatte jahrzehntelang die illegitime Präsenz der Besatzungsmacht Südafrika in Namibia angefochten und dabei auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene eine überzeugende politische Identität erlangt. Dabei wurde deutlich, dass die friedliche politische Transition in Namibia mit ihrer Straffreiheit für Menschenrechtsverbrecher und Versöhnungspolitik ein unverarbeitetes Vermächtnis der politischen Gewalt und des Apartheid-Regimes hinterließ. Vor diesem Hintergrund werden im vorliegenden Beitrag folgende Fragen untersucht: Welches Ausmaß und welche Qualität besaßen die schweren Menschenrechtsvergehen auf beiden Seiten des Konfliktes und in welchem politisch-historischen Kontext trugen sie sich zu? In welchem Zusammenhang steht die postkoloniale Erinnerungsstrategie mit dem Typ des Systemwechsels, der Machtbalance zwischen herrschender und oppositioneller Elite und dem Einfluss externer Akteure - und nicht zuletzt mit Zweckdienlichkeiten und Eigeninteressen der neuen politischen Elite? Inwieweit, durch wen, zu welchem Zeitpunkt, in welcher

Form und mit welchen Interessen wurden die Menschenrechtsverletzungen in der Öffentlichkeit thematisiert? (ICI2)

[250-L] Klotz, Sabine:

Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, (Forschung DSF, No. 13), Osnabrück 2008, 61 S. (Graue Literatur; www.bundesstiftung-friedensforschung.de/pdf-docs/berichtklotz.pdf)

INHALT: In dem vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse des Forschungsprojekts "Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo" zusammengefasst, das vom 1.7.2003 bis 30.6.2005 durchgeführt wurde. Im Rahmen dieses Vorhabens wurden sämtliche Projekte des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) analysiert, die während dieses Zeitraums in den Untersuchungsgebieten bestanden. Der Forschungsbericht erläutert zunächst die leitenden Fragestellungen, gibt einen Überblick über den Stand der Forschung und definiert anschließend die zentralen Begriffe "zivile Konfliktbearbeitung" und "zivile Konfliktintervention". Im Hauptteil gibt der erste Abschnitt einen kurzen Überblick über die bisherige Friedenskonsolidierung in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo sowie über die bisher erzielten Erfolge in diesem Bereich. Es folgt eine Darstellung der Zielsetzungen der Projekte des Zivilen Friedensdienstes sowie der zur Verfügung stehenden Mittel für die Projekte in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo. Danach werden die Möglichkeiten, Grenzen, Ansatzebenen und Defizite der ZFD-Projekte in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo zusammengefasst und die grundsätzlichen Probleme des Zivilen Friedensdienstes dargestellt. Dies dient als Grundlage für den dritten Teil, in dem Empfehlungen im Hinblick auf die weitere Projektarbeit entwickelt werden. In der abschließenden Zusammenfassung werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Projekte sowie die Möglichkeiten und Grenzen des Instruments Ziviler Friedensdienst aufgezeigt und Überlegungen zu seiner konzeptionellen Weiterentwicklung angestellt. (ICD2)

[251-L] Maull, Hanns W.:

Deutschland als Zivilmacht, in: Siegmund Schmidt (Hrsg.) ; Gunther Hellmann (Hrsg.) ; Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 73-84

INHALT: Das außenpolitische Rollenkonzept der Bundesrepublik lässt sich - vor und nach der Vereinigung - als das einer Zivilmacht kennzeichnen. Diese ist ein spezifisches Rollenkonzept, das bestimmte außenpolitische Grundorientierungen in Abgrenzung zu anderen Rollenkonzepten beschreibt. Der Begriff der Zivilmacht basiert auf den Untersuchungen des Soziologen Norbert Elias zu historischen Zivilisierungsprozessen in den europäischen Gemeinschaften des Mittelalters und der beginnenden Moderne. Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Analyse der bundesdeutschen Außenpolitik mit Hilfe des Rollenkonzepts der Zivilmacht ist die empirische Erhebung des außenpolitischen Selbstverständnisses der Entscheidungsträger, der Elite und der Bevölkerung auf der Grundlage einer Auswertung von außenpolitischen Grundsatzdokumenten und Reden, Interviews und Umfragedaten. Der Schwerpunkt liegt auf der Darstellung der Verwendung des Zivilmächtskonzeptes in der wissenschaftlichen Analyse und der politischen Diskussion vor und nach der Vereinigung Deutschlands. Abschließend wird erörtert, ob die innenpolitische Verankerung und die außenpolitischen Erfolge des Zivil-

machtskonzepts Kontinuität oder einen krisenhaften Umbruch in der deutschen Außenpolitik widerspiegeln. (ICB2)

[252-L] Paul, Michael:

Zivil-militärische Zusammenarbeit im ISAF-Einsatz, in: Peter Schmidt (Hrsg.): Das internationale Engagement in Afghanistan : Strategien, Perspektiven, Konsequenzen, 2008, S. 43-48 (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5196)

INHALT: Der Beitrag behandelt die zivil-militärische Zusammenarbeit im ISAF-Einsatz in Afghanistan. Der Stabilisierungseinsatz in der Nachkriegsgesellschaft Afghanistans beinhaltet ein komplexes Zusammenspiel von Aufgaben und Hilfeleistungen. Diese multifunktionalen Stabilisierungsstrategien sind mit zahlreichen Abstimmungsproblemen verbunden, vor allem im Bereich der kontrovers diskutierten zivil-militärischen Zusammenarbeit. Eine immanente Ambivalenz dieser Kooperation besteht darin, dass sie einerseits ein taktisches Instrument ist, um den militärischen Auftrag zu erfüllen, und dass andererseits Hilfs- und Aufbauleistungen häufig als zentraler Beitrag der Streitkräfte dargestellt werden. Zentral ist hier der Begriff des "Soldaten als Entwicklungshelfer". Vor diesem Hintergrund untersucht die Arbeit die Frage, welche Ansatzpunkte die zivil-militärische Zusammenarbeit bietet, um zu einem sicheren und stabilen Umfeld der Nachkriegsgesellschaft in Afghanistan beizutragen. Ferner zeigt der Beitrag, worin die genaue Aufgabe der entsprechenden Streitkräfte besteht und welchen Beschränkungen sie unterliegen. Abschließend werden einige Maßnahmen zur Verbesserung der zivil militärischen Zusammenarbeit der deutschen Bundeswehr vorgeschlagen. (ICG)

[253-L] Roth, Roland:

Ideen für eine Bundesstiftung zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 21/2008, H. 4, S. 115-121

INHALT: Die Verwaltung der Programme gegen Rechtsextremismus in einem Bundesministerium wird, so der Verfasser, seit langem kritisch gesehen. Projekte z. B. klagen über einen schier erdrückenden bürokratischen Überbau, gelegentliche Maulkörbe und eine allzu stille 'Abwicklung' des Themas. Dass oft PR, der törichte Zwang zu guten Nachrichten und bunte Logos ausgerechnet ein Feld beherrschen, das besonders der Nachdenklichkeit und der Selbstreflexion bedarf, ist vielen Engagierten schon lange ein Ärgernis. Alternative, unabhängige und näher an der Zivilgesellschaft angesiedelte Lösungen werden diskutiert. Eine Stiftung, eine Bürgerstiftung bzw. ein Verbund bereits engagierter Stiftungen stehen u.a. zur Debatte. Diese dürfte nach dem Sanierungspaket für notleidende Banken nicht mehr durch einen Finanzierungsvorbehalt abzuwürgen sein. Ohne ein spezifisches Modell zu bevorzugen, werden die Aufgaben und Umriss einer möglichen Stiftung dargestellt, die durch eine Enquetekommission des nächsten Bundestags zur Demokratieentwicklung zusätzlich unterstützt werden könnte. Da Form und Inhalt nicht unabhängig voneinander zu diskutieren sind, wird an einige programmatische und strukturelle Merkmale und Defizite der bisherigen Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit 2001 erinnert. Sie dienen vor allem als Kontrastfolie, um die erweiterten Möglichkeiten einer Bundesstiftung klarer zu konturieren. Diese Alternative wird vermutlich nur eine Chance haben, wenn ihr zusätzlicher Nutzen gegenüber den bisherigen Regelungen deutlich hervor tritt. (ICF2)

[254-L] Schmelzle, Beatrix; Fischer, Martina (Hrsg.):

Peacebuilding at a crossroads?: dilemmas and paths for another generation, (Berghof Handbook Dialogue Series, No. 7), Berlin: Berghof-Stiftung f. Konfliktforschung 2009, 108 S., ISBN: 978-3-927783-94-2 (Graue Literatur; www.berghof-handbook.net/uploads/download/dialogue7_pbcrossroads_complete.pdf)

INHALT: Contents: Simon Fisher, Lada Zimina: Just wasting our time? Provocative thoughts for peacebuilders (11-36); Louis Kriesberg: Making good use of the time: contributions and dilemmas of non-governmental actors in peacebuilding (37-46); Diana Chigas, Peter Woodrow: Envisioning and pursuing peace writ large (47-58); Martina Weitsch: Mobilizing public opinion for peace: the next challenge for the peacebuilding communities (59-68); Goran Bozicevic: Reflections on peacebuilding from Croatia (69-76); Ulrike Hopp, Barbara Unger: Time to learn: expanding organisational capacities in conflict settings (77-86); Martina Fischer: Participatory evaluation and critical peace research: a precondition for peacebuilding (87-98); Simon Fisher, Lada Zimina: Reflections on the comments: responses and more queries (99-104).|

[255-F] Strübel, Michael, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Megacities und die internationalen Beziehungen

INHALT: Megacities und Netzwerke; demokratische Legitimation und Governance-Strukturen; anomische Gewalt; Planet der Slums; Kreativität und Kunst; Herausforderungen urbaner Architektur. *ZEITRAUM:* ab 1945 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Megacities weltweit

METHODE: Forschungsparadigma: pluralistisch

ART: *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Erfurt, Staatswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Internationale Beziehungen (Postfach 900221, 99105 Erfurt)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: michael.struebel@uni-erfurt.de)

[256-L] Thaler, Mathias:

Moralische Politik oder politische Moral?: eine Analyse aktueller Debatten zur internationalen Gerechtigkeit, (Campus Forschung, 933), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2008, 352 S., ISBN: 978-3-593-38769-7

INHALT: Abgesehen von einer etwas gekünstelten Einleitung handelt es sich um eine sehr instruktive Analyse des Verhältnisses von Moral und Politik anhand gut gewählter aktueller Autoren wie Habermas, Nagel, Walzer, Höffe, Rorty, Badiou, Nussbaum, Calhoun und Mouffe. Die These lautet, dass die Differenz zwischen Liberalismus und Realismus in der Politikwissenschaft zurückgeht auf eine divergente Verhältnisbestimmung von Moral und Politik. Während für den Liberalismus der moralische Politiker Kants paradigmatisch sei und also als Begriffsperson fungiere, rekurriere der Realismus auf den neuen Fürsten Machiavellis, der sich nicht auf moralische Begründungen festlegen lasse, sondern vielmehr unterschiedliche Argumentationen pragmatisch aufgreife. Thaler sympathisiert eher mit diesem von Isaiah Berlin her gedeuteten Machiavelli und plädiert daher abschließend für einen neuen Polytheismus, also ein Nebeneinander von moralischen und realistischen Argumenten. Dabei ist seine Darlegung sehr ausgewogen, schließlich will er auch an den moralischen Erwägungen fest-

halten, nur ohne Anspruch auf Letztbegründung. Anhand von drei aktuellen Debatten exemplifiziert er seine These. Der Streit um den gerechten Krieg sei derzeit eine Auseinandersetzung, ob humanitäre Interventionen moralisch legitimierbar oder vielmehr als interessengeleitete Handlungen souveräner Staaten zu verstehen seien. Mit Blick auf die Menschenrechte konstatiert er, dass ihre Geltung entweder moralisch begründet oder faktisch bzw. funktional hergeleitet werde. Abschließend nimmt er den Kosmopolitismus in den Blick, der als organische Einheit aller Menschen, aber auch als Überbau reicher Europäer interpretiert werde. (ZPol, NOMOS)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister
A

Agh, Attila 194
 Alabi, Reuben Adeoulu 192
 Albiez, Sarah 69
 Albrecht, Claudia 195
 Angermüller, Johannes 233
 Anghel, Remus Gabriel 1
 Arens, Markus 234
 Arnold, Christian 70
 Attali, Jacques 2

B

Bach-von Gumppenberg, Markus 159
 Bartels, Anke 233
 Barthelt, Rainer 35
 Becker, Johannes M. 130
 Begg, Jasmine 131
 Behrens, Kai 71
 Beilecke, Francois 235
 Bellers, Jürgen 160
 Berking, Helmuth 161
 Bester, Helmut 236
 Bettzuege, Reinhard 72
 Betz, Joachim 73
 Bhagwati, Jagdish 162
 Bidlo, Oliver 216
 Bieling, Hans-Jürgen 3
 Bingran, Dai 196
 Bliesemann de Guevara, Berit 40
 Bloomfield, David 237
 Bommers, Michael 213
 Bos, Ellen 197
 Brand, Alexander 214
 Bredow, Wilfried von 104
 Brem, Stefan 215
 Brill, Heinz 74
 Brink, Tobias ten 41
 Bröchler, Stephan 4
 Brüne, Stefan 105, 132, 133
 Brunnengräber, Achim 163, 164, 178
 Brzoska, Michael 134
 Buchner, Peter 238
 Buckley-Zistel, Susanne 239, 240
 Bulmahn, Thomas 106
 Bunzl, John 135

Burger, Philippe 192

Buro, Andreas 241

C

Cerutti, Furio 5
 Chase-Dunn, Christopher 242
 Chivvis, Christopher 75
 Chlibakh, M'hammed 107
 Chojnacki, Sven 42
 Clawson, Patrick 136
 Clemens, Gabriele 198
 Cohen-Tanugi, Laurent 199
 Conzelmann, Thomas 165
 Crome, Erhard 76, 137, 138

D

Debiel, Tobias 108
 Denninger, Erhard 6
 Deppe, Frank 166
 Dieringer, Jürgen 197
 Dietz, Kristina 163, 164
 Dorfmann, Julia 200
 Dosch, Jörn 43
 Dzebisashvili, Kakhaber 201

E

Eberl, Oliver 7
 Ebert, Berit 109
 Ehrhart, Hans-Georg 202
 Enderlein, Henrik 167
 Engel, Ulf 168
 Engels, Bettina 110
 Englert, Carina 216
 Ernst, Oliver 243
 Euskirchen, Markus 217

F

Fabio, Udo Di 8
 Faist, Thomas 228
 Fauser, Margit 228
 Faust, Jörg 165
 Fernandez, Carlos de Casadevante y Romani
 9
 Feske, Susanne 111
 Fiebig, Rüdiger 106

Fischer, Martina 244, 254
 Fledes, Daniel 112
 Frank, Cornelia 14
 Frantz, Christiane 44
 Freier, Alexander 168
 Fröhlich, Stefan 10
 Fuchs, Dieter 203

G

Gall, Julia 77
 Gebauer, Thomas 45
 Gerharz, Eva 1
 Gille-Belova, Olga 204
 Grasse, Renate 245
 Graz, Jean-Christophe 169
 Greve, Patricia 11
 Gronau, Jennifer 46
 Gruber, Bettina 245
 Gruber, Stefan 139
 Gugel, Günther 245
 Guinaudeau, Isabelle 203
 Guske, Katja 140
 Gutowski, Achim 192

H

Haftendorn, Helga 78
 Haller, Max 12
 Hanrieder, Tine 13
 Harnisch, Sebastian 14, 79
 Harrison, Lawrence E. 246
 Hauser, Gunther 170
 Heinemann-Grüder, Andreas 113
 Heinicke, Thomas 141
 Heller, Klaus 205
 Heller, Regina 134
 Henken, Lühr 171
 Herkenrath, Mark 247
 Herz, Dietmar 206
 Hils, Jochen 15
 Hirschl, Bernd 163
 Hoesch, Kirsten 218
 Höfer, Gerd 114
 Hoppe, Thomas 16
 Hottinger, Julian Thomas 48
 Hüfner, Klaus 49
 Huhn, Sebastian 248
 Hunger, Uwe 218
 Hunter, Justine 249
 Hurrelmann, Achim 17

Husar, Jörg 80

I

Ikegami, Masako 81

J

Janning, Josef 50
 Jerome, Afeikhena 192
 Joóp, Mark 18
 Jopp, Heinz-Dieter 207
 Junbo, Jian 196

K

Kamp, Karl-Heinz 51
 Kampschulte, Dennis L. 219
 Kauppert, Philipp 69
 Keller, Patrick 54
 Kemmer, Laura 52
 Kernic, Franz 220
 Kesselring, Thomas 172
 Klein, Axel 221
 Klimas, Mirko 115
 Klotz, Sabine 250
 Knapp, Manfred 53
 Knedlik, Tobias 192
 Knothe, Danko 82
 Koch, Christian 142
 König, Claudia 247
 König, Marietta 134
 Körppen, Daniela 29
 Kranz, Jerzy 143
 Krawietz, Werner 19
 Kreide, Regina 20
 Kreikemeyer, Anna 134
 Kropatcheva, Elena 134
 Krüger-Potratz, Marianne 213
 Krusewitz, Knut 173
 Kühn, Florian 40
 Kuhn, Judith 174
 Kuntz, Eva Sabine 222
 Kunze, Thomas 54
 Kuprian, Anita 34

L

Lang, Kai-Olaf 208
 Lang, Sabine 116
 Lauth, Hans-Joachim 4
 Lebuhn, Henrik 217
 Leibfried, Stephan 17

Leiß, Olaf 158
Lindenthal, Alexandra 175
Löffelholz, Martin 223
Lüddecke, René 83
Lukner, Kerstin 55
Lütterfelds, Johanna 144
Lütticken, Florian 62

M

Maihold, Günther 70, 80, 84
Mair, Stefan 80, 85
Malek, Martin 145
Malowitz, Karsten 118
Martens, Kerstin 17, 224
Martin, Christian W. 86
Masala, Carlo 87
Maull, Hanns W. 14, 251
May, Bernhard 56
Mayer, Peter 17
Mboka, Abu Karimu 146
Messer, Dirk 176
Messner, Dirk 177
Meyer, Lukas 182
Meyn, Mareike 192
Mez, Lutz 178
Möller, Almut 147
Müller, Harald 88, 117
Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 89
Müller-Graff, Peter-Christian 209
Münkler, Herfried 118
Mutz, Reinhard 134

N

Neuneck, Götz 119, 120
Niedermeier, Pia 80
Nielebock, Thomas 21
Nonhoff, Martin 46
Nullmeier, Frank 46

O

Ohr, Renate 179
Opitz, Anja 34
Ose, Dieter 225

P

Paffenholz, Thania 22
Panitch, Leo 23
Paul, Michael 252
Peine, Anke 90

Pelinka, Anton 24
Perthes, Volker 91
Peters, Dirk 25
Pihs, Susanne 121
Pleuger, Gunter 92
Pomian, Krzysztof 26
Pradetto, August 27

R

Ray, Gene 217
Reichertz, Jo 216
Reinfeldt, Alexander 198
Reinprecht, Christoph 226
Rescher, Gilberto 1
Richter, Benjamin 122
Richter, Emanuel 180
Rickers, Tim 57
Riemer, Andrea K. 93
Risse, Thomas 28, 94
Rittberger, Volker 21
Rodionow, Iwan 58
Rohlfing, Ingo 181
Roithner, Thomas 123
Rolloff, Ralf 59
Ropers, Norbert 29
Roser, Dominic 182
Roth, Roland 253
Ruf, Werner 124
Rytz, Ruedi 215

S

Sachs, Wolfgang 183
Salzbrunn, Monika 1
Sandschneider, Eberhard 95
Sassen, Saskia 30
Scahill, Jeremy 125
Schaaf, Michael 119
Schabedoth, Hans-Joachim 211
Scherpenberg, Jens van 184
Scheurer, Karin 188
Schiffauer, Werner 31
Schild, Joachim 210
Schlichting, Ursel 134
Schlumberger, Oliver 148
Schmelzle, Beatrix 29, 254
Schmidl, Erwin A. 126
Schmidt, Peter 149
Schmitz, Heinz-Gerd 32
Schneider, Steffen 46

Scholtz, Hanno 247
Scholvin, Sören 150
Schor-Tschudnowskaja, Anna 33, 145
Schröder, Hans-Henning 151
Schrogl, Kai-Uwe 185
Schubert, Sophia 203
Schütte, Georg 186
Schütte, Hans-Wilm 152
Schüttemeyer, Suzanne S. 83
Schwegler, Ulrike 227
Seibel, Wolfgang 60
Siciliano Bretas, Lena 96
Siedschlag, Alexander 34
Sieveking, Nadine 228
Simonis, Georg 174
Simonis, Udo Ernst 187
Sommer, Michael 211
Sonnenhol, Gustav Adolf 35
Speckmann, Thomas 97
Spitz, Stefanie 61
Spohn, Willfried 229
Stahl, Bernhard 62, 79
Staudenmann, Jürg 188
Steen, Klaus Gerd 153
Steinberg, Guido 98, 99
Steiner, Silke 63
Stimmler, Martin 154
Stopinska, Agata 233
Stratenschulte, Eckart D. 212
Strübel, Michael 255
Strutynski, Peter 155
Stumbaum, May-Britt U. 100

T

Thaler, Mathias 256
Thränert, Oliver 127
Troy, Jodok 34, 36
Tsang, Steve 101
Tull, Denis M. 85

U

Urban, Tino 192

V

Varwick, Johannes 64, 65, 66, 189
Vasilache, Andreas 190
Volken, Thomas 247

W

Wagener, Martin 128
Wagner, Alexander 182
Wagner, Christian 127, 156
Wagner, Wolfgang 102
Walk, Heike 163
Wärneryd, Karl 236
Weber, Melanie 163
Weiss, Hilde 226
Welt, Ralf 95
Welz, Martin 60
Werning, Rainer 157
Wessels, Wolfgang 103
Westphal, Kirsten 191
Weymann, Ansgar 224
Wiemann, Dirk 233
Wille, Gerhard 198
Willenberg, Sabine 158
Wils, Oliver 29
Wohlmuth, Karl 192
Wulf, Herbert 130

Y

Young, Brigitte 67

Z

Zellner, Wolfgang 68, 129, 134
Zetterberg, Hans L. 230
Ziegert, Klaus A. 37
Zimmer, Matthias 38
Ziolkowski, Katharina 39
Zöpel, Christoph 231
Zündorf, Lutz 193
zur Mühlen, Patrik von 232

Sachregister
A

Abschiebung 217
 Afghanistan 40, 51, 58, 71, 88, 149, 154,
 155, 252
 Afrika 4, 37, 60, 105, 107, 146, 192, 217,
 228
 Afrikaner 228
 Afrika südlich der Sahara 85, 192, 228
 Agrarpolitik 179
 Akteur 11, 40, 74, 133, 160, 174, 175,
 176, 196, 216, 235, 244, 253
 Aktivität 244
 Altersversorgung 197
 Amerikanisierung 214
 Anerkennungspolitik 101
 anglophones Afrika 146, 228
 Angst 248
 Antike 139
 Antisemitismus 135
 Apartheid 249
 arabische Länder 107, 135, 142, 146, 147,
 148
 Arbeitnehmerbeteiligung 211
 Arbeitnehmerpolitik 211
 Arbeitnehmervertretung 211
 Arbeitsmarkt 217, 247
 Arbeitsmarktpolitik 211, 217
 Arbeitsmigration 69, 179, 217
 Architektur 255
 Armenien 159
 Armut 72, 192, 211, 234
 Armutsbekämpfung 192
 ASEAN 43
 Aserbaidschan 159
 Asien 37, 55, 69, 146, 159, 188, 196
 Assimilation 157
 Ästhetik 233
 Asylpolitik 107, 217
 Atommacht 87, 127
 Atomwaffensperrvertrag 115, 116, 117
 Attentat 144
 Ausbildung 213
 Ausländer 31
 Auslandseinsatz 39, 53, 88, 106, 113, 126,
 225, 231, 238

Außenhandel 81, 100
 Außenhandelspolitik 100, 160
 Außenwirtschaft 70, 80
 Außenwirtschaftspolitik 80, 186
 auswärtige Kulturpolitik 219
 Auswärtiger Dienst 72
 Autoritarismus 81, 148

B

Bauer 154
 Bedrohung 10, 58, 173, 220
 Befreiungsbewegung 39, 249
 Benachteiligtenförderung 63
 Beobachtung 68
 Berichterstattung 46, 130, 199, 223, 225
 Berufsaussicht 106
 Berufsbild 235
 Besatzungsmacht 155
 Besatzungspolitik 130, 155
 Beschäftigung 192
 Beschäftigungspolitik 211
 besetztes Gebiet 138
 Bevölkerung 104, 106, 144, 204, 220, 230
 bilaterale Beziehungen 38, 69, 86, 101,
 181
 Bildung 213, 234, 245
 Bildungspolitik 17, 192, 211, 219, 224,
 234
 Bildungswesen 247
 Bosnien-Herzegowina 71, 121, 146, 158,
 244, 250
 Bourdieu, P. 235
 Brasilien 87, 96, 112, 168
 Bundesheer 126
 Bundesrat 209
 Bundesregierung 56, 78, 94
 Bundesrepublik Deutschland 14, 23, 31,
 39, 46, 50, 53, 56, 59, 62, 64, 71, 72,
 74, 78, 80, 82, 85, 86, 87, 88, 90, 92,
 94, 95, 98, 103, 104, 106, 113, 114,
 118, 119, 126, 133, 137, 138, 151,
 163, 171, 186, 209, 213, 216, 219,
 222, 225, 231, 235, 238, 251, 252,
 253
 Bundesrepublik Jugoslawien 158

- Bundestag 209
 Bundeswehr 39, 53, 75, 94, 106, 113, 118,
 207, 225, 238, 252
 Bündnispolitik 64
 Bürger 203, 222
 Bürgerinitiative 244
 Bürgerkrieg 132, 154, 240, 244
 bürgerliche Gesellschaft 222
 Bürgerrecht 1
 bürgerschaftliches Engagement 222
- C**
- Chancengleichheit 234
 Charta 146
 China 69, 77, 81, 88, 100, 101, 111, 128,
 131, 137, 152, 171, 184, 196, 221
 Christ 157
 Christentum 206, 224
 Costa Rica 70, 248
 Curriculum 21
- D**
- Datensicherheit 215
 Defizit 253
 Demobilisierung 110
 Demographie 209
 Demokratie 5, 7, 11, 14, 15, 16, 20, 21,
 24, 26, 33, 71, 73, 81, 88, 90, 103,
 114, 180, 190, 205, 209, 246, 253
 Demokratieverständnis 5, 33, 81, 205, 253
 Demokratische Republik Kongo 105, 121
 demokratisches Verhalten 33
 Demokratisierung 2, 27, 88, 138, 148
 deutsch-französischer Vertrag 222
 Dezentralisation 169
 Dialog 152, 213, 232
 Didaktik 21, 238
 Dienstleistung 169
 Dienstleistungsunternehmen 125
 Diktatur 88
 Diplomatie 36, 43, 69, 81, 91, 136, 219
 Diskriminierung 135
 Diskurs 13, 46, 104, 121, 163, 166, 214,
 216, 219, 233, 248
 Dominanz 142, 173
 Dritte Welt 217, 234
 Droge 154
 Drogenkriminalität 107
 Drogenpolitik 107, 154
- Dynamik 228
- E**
- Effektivität 52
 EG 198
 Einfluss 11, 52, 71, 91, 92, 98, 142, 169,
 199
 Einkommensunterschied 247
 Einstellung 106, 144, 219, 220
 Electronic Learning 34
 Elias, N. 251
 Elite 205, 210
 El Salvador 70
 Embargo 100
 Emission 178, 183, 199
 Emissionshandel 178, 182
 empirische Sozialforschung 230
 Empowerment 253
 Energie 159, 191
 Energieerzeugung 191
 Energiepolitik 93, 95, 115, 170, 178, 191
 Energieträger 191
 Energieverbrauch 191
 Energieversorgung 86, 170, 171, 191
 Engagement 235
 Entgrenzung 13, 161, 190
 Entmilitarisierung 110, 137
 Entscheidungsfindung 48, 100
 Entscheidungshilfe 48
 Entscheidungsprozess 11
 Entspannung 152
 Entspannungspolitik 152
 Entwicklungsförderung 63
 Entwicklungsgebiet 63, 176, 183
 Entwicklungshilfe 35, 92, 138, 172, 228,
 234, 244
 Entwicklungshilfepolitik 35, 63, 246
 Entwicklungsland 35, 67, 69, 96, 146, 148,
 158, 159, 164, 165, 168, 178, 228,
 234, 244
 Entwicklungsplanung 35
 Entwicklungsstrategie 35, 192
 Erdgas 159, 191
 Erdöl 2, 159, 193
 Erfolg 43, 142, 152
 Erkenntnis 185
 erneuerbare Energie 178
 Erste Internationale 13
 Erziehung 245

Eskalation 156
ESVP 66, 76, 87, 89, 102, 106, 114, 121,
123, 207, 220
Ethik 13, 172, 256
ethnische Beziehungen 131, 157
ethnische Gruppe 157
ethnische Struktur 157
EU 1, 5, 14, 17, 26, 33, 50, 59, 66, 71, 74,
76, 77, 79, 81, 83, 84, 87, 89, 97,
100, 102, 103, 105, 107, 109, 114,
121, 123, 124, 141, 145, 150, 153,
158, 160, 170, 171, 175, 176, 179,
184, 189, 191, 192, 194, 196, 197,
198, 199, 200, 201, 202, 203, 204,
206, 208, 209, 211, 217, 218, 220,
229, 230
EU-Beitritt 103, 201
EU-Erweiterung 92, 103, 179, 196, 197,
198, 209, 229
EU-Kompetenz 5, 103
EU-Politik 5, 33, 76, 79, 81, 103, 121,
123, 145, 151, 175, 196, 197, 198,
199, 200, 202, 206, 209, 211, 212,
224
Euratom 198
Euro 103, 160, 196
Europäer 1, 5, 26, 200
europäische Identität 1, 5, 198, 203, 205,
209, 210
europäische Institution 5, 198, 200
europäischer Markt 23
Europäischer Rat 114, 141, 199
europäische Sicherheit 76, 85, 103, 114,
123, 129, 151
europäische Sozialpolitik 206, 211
Europäisches Recht 103, 141, 200
europäische Zusammenarbeit 89, 103, 198
Europäisierung 17, 66, 198, 207, 222, 229
Europaparlament 102
Europapolitik 26, 33, 50, 87, 94, 103, 145,
194, 198, 200, 203, 210, 211, 229
EU-Staat 103, 179, 198, 203, 224
EU-Vertrag 103, 198, 199, 200, 209
Evaluation 48
EWG 198
EWWU 179
Exekutive 90, 190
Exklusion 168
Expansionspolitik 81

F

Faktorenanalyse 73
Familienpolitik 211
Feindbild 24, 130, 135, 156, 245
Feminismus 110
Fernsehen 130
Feudalismus 30
Finanzierung 114, 133
Finanzkrise 46, 184
Finanzmarkt 3, 167, 199
Finanzpolitik 95, 167, 184
Finanzverfassung 197
Finanzwirtschaft 167
Flüchtling 149
Flüchtlingspolitik 217, 218
Flüchtlingsrecht 218
Föderalismus 179, 209
Folgekosten 108
Forschung 25, 36, 185, 186, 226
Forschungsansatz 36, 161, 166, 175, 196
Forschungseinrichtung 48
Forschungsergebnis 48
Forschungsgegenstand 3, 36
Forschungspolitik 177
Forschungsschwerpunkt 36
Forschungsstand 3, 14, 36
frankophones Afrika 105, 146, 228
Frankreich 14, 56, 74, 90, 114, 133, 199,
210, 222, 235
Frau 110
Freihandel 70
Freiheit 2, 6, 93
Freiheitsrecht 20
Fremdbild 222, 253
Friedensbewegung 119, 244, 250
Friedenserziehung 245, 250
Friedensforschung 22, 29, 110
Friedensprozess 22, 132, 153, 239, 240,
250, 254
Friedenstruppe 61, 110, 133, 155
Friedensverhandlung 124, 132, 138, 254
Friedensvertrag 236
Friedrich-Ebert-Stiftung 232
Führungsstil 11
Fundamentalismus 11, 138, 140, 229
funktionale Differenzierung 19, 37
Fusion 179

- G**
- GASP 76, 81, 87, 89, 100, 102, 123, 141, 170
 - GATT 62, 63, 181
 - Geheimdienst 90
 - Geldpolitik 179
 - Generationenverhältnis 140
 - Geographie 37
 - Geopolitik 10, 41, 47, 74, 80, 85, 98, 107, 128, 137
 - Georgien 134, 143, 151, 159
 - Gerechtigkeit 16, 18, 39, 45, 118, 139, 172, 182, 210, 237, 239, 247, 256
 - Gerichtsentscheidung 239
 - Gerichtshof 239
 - Gerichtsverfahren 239
 - Geschichtsbild 205, 221
 - Geschichtsunterricht 221
 - Geschlecht 110
 - Gesellschaftsordnung 148
 - Gesellschaftstheorie 19
 - Gesetz 185
 - Gesetzgebung 185
 - Gesundheitspolitik 211
 - Gewaltbereitschaft 42
 - Gewaltkriminalität 248
 - Gewaltlosigkeit 245
 - Gewaltmonopol 125, 168, 225
 - Gewaltverbot 118, 139
 - Gewerkschaftsarbeit 232
 - Gewerkschaftsbewegung 232
 - Gewohnheitsrecht 9
 - Ghana 228
 - Glaube 93
 - Glaubwürdigkeit 91
 - globaler Wandel 30, 43, 56, 162, 176, 177, 186, 190, 231
 - Global Governance 1, 4, 10, 34, 56, 162, 165, 167, 177, 187, 231
 - Globalsteuerung 187
 - Governance 4, 79, 168, 174, 199, 202, 255
 - Greenpeace 119
 - Grenzschutz 217
 - grenzüberschreitende Zusammenarbeit 43
 - Großbritannien 14, 46, 90, 196
 - Großmacht 77, 87, 120
 - Großstadt 168, 255
 - Grundgesetz 141
 - Grundrecht 200
 - Guatemala 70
 - Guerilla 154
 - GUS 77
- H**
- Habermas, J. 256
 - Handel 3, 63, 69, 181
 - Handelspolitik 67
 - Handelsrecht 17
 - Handlungsorientierung 50, 101, 172, 175, 195
 - Handlungsspielraum 50, 64, 101, 190, 210, 213
 - Handlungstheorie 13
 - Harmonisierung 197, 199, 224
 - Hegemonialpolitik 128, 242, 247
 - Hegemonie 23, 27, 128, 142, 175, 188, 214
 - Herrschaft 205
 - Herrschaftsform 148
 - historische Analyse 12, 39, 121, 139
 - Hobbes, T. 32
 - Hochschule 104
 - Honduras 70
 - Humanismus 224
 - humanitäre Hilfe 101
 - humanitäre Intervention 16, 27, 39, 61, 66, 101, 118, 139, 146, 155, 244
- I**
- Idealtypus 6
 - Identifikation 235
 - Identität 5, 24, 43, 110
 - Identitätsbildung 5, 43, 210, 222
 - Ideologie 11
 - illegale Beschäftigung 217
 - illegale Einwanderung 217
 - IMF 160
 - Imperialismus 76, 166
 - Indien 73, 77, 87, 88, 131, 137, 156, 246
 - industrielle Revolution 30
 - Industriestaat 164
 - Informationsaustausch 236
 - Informationsmanagement 223
 - Informationspolitik 219, 225
 - Informationstechnologie 215
 - Ingenieurwissenschaft 186
 - Innenpolitik 77, 165, 194, 195

- innere Führung 225
innere Sicherheit 168, 216
Innovation 186, 199, 253
Institution 160, 196, 235
Institutionalisierung 4, 9, 23, 160, 190, 196
institutionelle Faktoren 192, 202
institutioneller Wandel 149
Instrumentalisierung 48, 52
Integrationskonzept 31
Integrationspolitik 31, 213
Intellektueller 222, 235
Interdisziplinarität 177
Interessenausgleich 92
Interessengruppe 73, 131, 157, 183, 195
Interessenkonflikt 58, 164, 183, 190
Interessenlage 93, 98, 105, 128, 131, 164
Interessenorientierung 98, 128
Interessenpolitik 65, 75, 98, 100, 128, 143, 150, 163, 171
Interessensphäre 98, 128
Interessenvertretung 157
interkulturelle Kommunikation 227
internationale Anerkennung 78, 101
internationale Führungsmacht 76, 78, 86, 92, 142
internationale Hilfe 35, 218
internationale Interdependenz 176
internationale Kapitalbewegung 162
Internationaler Gerichtshof 9, 239
internationaler Vergleich 97, 219
internationaler Wettbewerb 186
internationales Abkommen 49, 163, 164, 174, 182, 230
internationale Sicherheit 34, 36, 67, 76, 78, 79, 86, 99, 109, 113, 115, 117, 120, 123, 124, 126, 128, 129, 130, 134, 137, 138, 149, 151, 155, 170, 185, 220
internationales Recht 32, 52, 185
internationales Regime 165, 174, 185
internationales System 32, 76, 158
internationale Verflechtung 44, 78, 162, 179, 231
internationale Wanderung 228
Internationalisierung 17, 37, 142, 162, 179, 224
Internet 1, 17, 119, 225
Intervention 202, 235, 253
Interventionismus 123
Investition 152
Irak 39, 75, 93, 99, 109, 125, 130, 136, 144, 146, 246
Iran 4, 115, 136, 243
Islam 135, 138, 140, 148, 156, 243, 245
islamische Gesellschaft 245
Islamismus 31, 107
Israel 90, 135, 147, 153, 243
- J**
Japan 14, 55, 77, 88, 97, 111, 221, 247
Journalismus 223
Judentum 135
Jugend 234
Jugendarbeit 222
Jugendaustausch 222
Jugoslawien 239
- K**
Kalter Krieg 36, 71, 77, 119, 120, 173, 225, 235
Kamerun 192
Kampagne 45
Kant, I. 7, 8, 37, 256
Kapital 73, 152
Kapitalismus 23, 30, 41, 76, 166, 193, 205, 242
Kapitalverflechtung 23
Kapitalverkehr 152
Karibischer Raum 70, 84
Kartographie 37
Katholik 206
katholische Soziallehre 206
Katholizismus 206
Kaukasusregion 58, 134, 151, 159, 197
Kernenergie 115
Kernkraftwerk 115
Kernwaffe 111, 115, 116, 117, 119, 120, 122
Kleinstaat 101
Klima 173, 174, 182
Klimaschutz 163, 164, 173, 174, 175, 179, 182, 189
Klimawandel 163, 164, 173, 175, 176, 177, 178, 182, 189, 231
kollektive Identität 229
Kolonialismus 157, 183, 233
Kominform 13

- Komintern 13
 Kommunalpolitik 163, 213
 Kommunikation 31, 222, 232
 Kommunikationstechnologie 215
 Kommunikationstheorie 13
 Kompetenzverteilung 48, 190
 Komplexität 21
 Konfliktbewusstsein 33, 183
 Konfliktstruktur 22
 Konfrontationspolitik 101, 156, 185, 243
 Konjunkturzyklus 193
 Konstruktivismus 175
 konventionelle Waffe 129
 Konvergenz 224
 Koordination 31, 197, 215
 Korruption 154
 Kosmopolitismus 7, 8, 256
 Kosovo 15, 39, 71, 79, 109, 137, 139, 250
 Kosten 142, 182, 185
 Kreativität 255
 Kriegsführung 71
 Kriegsverbrechen 221
 Kriegsverhinderung 241
 Kriminalität 215
 Krise 81, 92, 156, 176, 210
 Krisenkommunikation 223
 Krisenmanagement 23, 66, 118, 151, 202
 Kroatien 158, 254
 Kultur 91, 205, 235, 246
 kulturelle Beziehungen 91, 222
 kulturelle Einrichtung 222
 kulturelle Faktoren 219, 222
 kulturelle Identität 26, 209
 kulturelles Kapital 246
 Kulturimperialismus 214
 Kulturkonflikt 229
 Kulturpolitik 81, 219
 Kulturwandel 35
 Kunst 255
 Kurde 107
- L**
- ländlicher Raum 1
 Lateinamerika 69, 84, 96, 168
 Lebensstil 163
 Legitimation 5, 11, 12, 15, 40, 46, 118,
 133, 143, 144, 190, 196, 221, 225,
 238, 255
 Legitimität 5, 92
- Leitbild 11, 16, 74, 172
 Libanon 99
 Liberalisierung 43, 63, 67, 148, 162
 Liberalismus 15, 173
 Liquidität 179
 Literaturkritik 233
 Lobby 125
 Locke, J. 32
 lokale Faktoren 163
- M**
- Machiavelli, N. 256
 Machiavellismus 256
 Macht 28, 31, 71, 91, 133, 142, 169, 183,
 186, 190, 196
 Machtausgleich 132
 Machtpolitik 87, 132, 150, 251
 Machtsicherung 143
 Makroökonomie 67
 Malaysia 157
 Mali 228
 Marine 141
 Markt 215
 Marktmacht 2
 Marktordnung 167
 Marktversagen 167
 Marktwirtschaft 167
 Maschine 4
 Massenkommunikation 1
 Massenmedien 104, 223, 225, 230
 Massenvernichtungswaffe 88, 119
 Mazedonien 121
 Mediatisierung 216
 Medien 31, 34, 46, 144, 145, 214, 216,
 223, 245
 Mediengesellschaft 214
 Medienpolitik 214, 216
 Meinung 219
 Meinungsbildung 15
 Meinungsforschung 230
 Mensch 2
 Menschenrechtsverletzung 49, 130, 139,
 249
 Menschenwürde 6, 217
 Menschheit 2, 37, 185
 menschliche Sicherheit 49, 245
 Mensch-Umwelt-Beziehung 163
 Methodik 21, 34, 238
 Metropole 168, 255

- Mexiko 70
Migrant 31, 213
Migrationsforschung 226
Migrationspolitik 197, 218
Militanz 156
Militärdoktrin 171, 173
Militärhilfe 252
militärische Intervention 27, 47, 61, 66,
71, 75, 76, 81, 93, 105, 108, 113,
118, 121, 123, 133, 137, 139, 140,
141, 146, 155, 170, 207, 231, 238,
252
militärische Präsenz 47, 142
Militarisierung 121, 123, 127
Militärpolitik 47, 81, 112, 114, 119, 121,
123, 125, 126, 127
Militärpotential 112, 127
Minderheit 52
Minderheitenpolitik 52
Mitgliedschaft 55, 58, 101, 194
Mittelalter 139, 224
Mittelmeerraum 107
Mobilisierung 235
Mobilität 226
Moderne 38, 229
Modernisierung 161, 205, 210, 229
Modernisierungstheorie 229
Montan-Union 198
Montenegro 158
Moral 13, 20, 256
Mosambik 192
Multilateralität 1, 17, 65, 77, 84, 92, 113,
116, 139, 147, 181
multinationales Unternehmen 168, 247
Muslim 31, 135, 157, 245
Mythos 4, 35
- N**
Nachbarschaft 70, 221
nachhaltige Entwicklung 172, 178, 189
Nachhaltigkeit 4, 142, 176
Nachkriegszeit 39, 71, 155, 196, 222, 235,
239
Nahost 48, 93, 98, 138, 146, 147, 148,
153, 159
Nahostpolitik 48, 99, 124, 135, 136, 138,
147, 153
Namibia 192, 249
Nationalbewusstsein 156
nationale Entwicklung 156
nationale Identität 1, 26, 79, 94, 158, 194,
203, 210, 248
nationale Politik 163, 218
nationale Sicherheit 252
Nationalismus 12, 208, 229
Nationalstaat 1, 8, 10, 12, 17, 26, 30, 97,
102, 161, 224
NATO 14, 41, 47, 51, 54, 58, 59, 64, 65,
66, 71, 74, 87, 88, 94, 102, 103, 106,
107, 113, 129, 134, 139, 149, 154,
170, 171, 225
Natur 178
Naturgesetz 32
Naturkatastrophe 67
Neokolonialismus 155
Neokonservatismus 11
Neoliberalismus 23, 121, 161, 166, 173
Netzwerk 213, 232, 235, 255
Neuordnung 51
Neuzeit 139
Nicaragua 70
nichtstaatliche Organisation 10, 34, 45,
154, 160, 174, 187, 244, 247, 254
Niederlande 114
Non-Profit-Organisation 44
Nordafrika 98
Nordamerika 122
Nordkorea 111
Normalisierung 152
Normativität 237
- O**
OECD 17, 160, 224
OECD-Staat 165, 167, 224
öffentliche Aufgaben 45, 68, 113, 207, 220
öffentliche Meinung 91, 104, 106, 144,
145, 204, 220, 230
öffentliches Recht 209
Öffentlichkeit 104, 144, 223, 225, 248,
249
Ökologie 72, 183
ökologische Folgen 183
Ökonomie 159
ökonomische Entwicklung 70, 73, 154,
159, 162, 169
OPEC 160
Opfer 221
Opposition 156

- Organisationsform 10
 Organisationsmodell 10
 organisatorischer Wandel 68, 125
 organisierte Kriminalität 160
 Ostasien 55, 69
 Österreich 126, 226
 Osterweiterung 66, 74, 196, 197, 201, 204, 212
 Osteuropa 74, 179, 201, 208
 Ostmitteleuropa 74, 179
 Ostpolitik 74, 201, 212
 Ost-West-Konflikt 66, 122
 OSZE 59, 68, 129, 134
- P**
- Pädagogik 245
 Pakistan 127, 131, 149, 156
 Palästina 135, 138, 153
 Palästinensische Gebiete 138
 palästinensisch-israelischer Konflikt 124, 136, 138
 Panama 70
 Parlament 83, 104
 Parlamentarismus 102
 Parlamentsdebatte 109
 Partei 9, 210
 Parteipolitik 138
 Partizipation 174, 190
 Patriarchat 148
 Pazifismus 88
 peripherer Kapitalismus 193
 Persischer Golf 130
 Perspektive 78, 101, 154
 Philippinen 157
 Philosophie 233
 Pluralismus 5, 8, 37, 48, 229, 253
 Polen 14, 74, 196, 197
 Policy-Ansatz 90
 Politikfeld 97, 175, 190
 Politikfeldanalyse 97
 Politikwissenschaft 21, 25, 36, 44, 160, 180, 218, 238
 politische Agenda 43, 136, 147, 208
 politische Aktivität 45
 politische Bewegung 174
 politische Beziehungen 43, 124
 politische Bildung 238
 politische Einstellung 5, 15, 203, 204, 208, 235, 246
 politische Elite 40, 204, 249
 politische Entscheidung 101
 politische Entwicklung 60, 101, 120
 politische Faktoren 165
 politische Folgen 27, 210
 politische Führung 3, 124
 politische Geschichte 30, 38, 124
 politische Herrschaft 5, 148, 166
 politische Ideologie 24
 politische Institution 28, 60, 194
 politische Integration 60, 151
 politische Kommunikation 5, 24, 124, 214, 216, 225
 politische Kontrolle 90, 102, 125
 politische Krise 117, 138
 politische Kultur 5, 20, 111, 148, 230, 246, 249
 politische Linke 124
 politische Macht 3, 20, 32, 236
 politische Ökonomie 3, 4, 166, 169, 192
 politische Partizipation 1, 174, 211
 politische Philosophie 7, 18, 32
 politische Psychologie 36
 politischer Akteur 44, 45, 73, 132, 195, 202, 219, 228, 236, 243
 politische Reform 252
 politischer Einfluss 45, 79, 83
 politischer Prozess 162
 politischer Wandel 17, 27, 66, 68, 73, 74, 136, 148, 201, 207, 208, 243, 249
 politische Sanktion 130
 politisches Handeln 97
 politische Situation 138, 194
 politisches Regime 27, 249
 politisches System 38, 44, 148
 politische Stabilität 148
 politische Steuerung 24, 174
 politische Strategie 51, 66
 politische Theorie 3, 15, 28, 32, 34, 36, 121, 139, 256
 politische Unterstützung 203
 politische Verhandlung 13, 51, 111, 117, 120, 136
 Polizei 149, 252
 Populismus 208
 Postmoderne 71
 postsozialistisches Land 66, 77, 146, 158, 159, 197, 244
 Pragmatismus 101

Präsident 11, 86, 136, 147
Prävention 6, 31, 137, 202
Praxis 40
Priorität 92
Privathaushalt 163
Privatisierung 125, 130, 168, 205
Privatunternehmen 118
Privatwirtschaft 118, 215
Privileg 205
Produktion 3
Programm 253
Proliferation 115
Protest 46
Protestbewegung 46

R

Rassismus 253
Rationalität 173
Raum 161
Rawls, J. 18, 172
Realismus 32, 115
Rechnungslegung 17
Recht 8, 19, 37, 63, 141, 146, 185, 200
rechtliche Faktoren 63, 185
Rechtsabkommen 185
Rechtsanspruch 185
Rechtsanwendung 20, 63
rechtsextreme Partei 253
Rechtsgrundlage 20, 44
Rechtsnorm 9
Rechtsprechung 239
Rechtsradikalismus 238
Rechtsschutz 20
Rechtssoziologie 19
Rechtsstaat 90
Rechtstheorie 19, 32
Rechtswissenschaft 186
Reform 55, 61, 73, 92, 156, 208, 209
Reformpolitik 108
Regierbarkeit 154, 190
Regierung 132, 157, 190
Regierungspolitik 96
Regierungswechsel 27
Regime 174
Region 132
regionale Entwicklung 70, 131, 132, 154,
201
regionale Faktoren 127, 131
regionale Integration 43, 70, 195, 204

regionale Verteilung 43
Regionalisierung 3, 60
Regionalismus 143
Regionalpolitik 99, 132, 197
Regulierung 169, 179, 216
Reintegration 110
Reiseverkehr 152
Religion 31, 206, 229
Religionsgemeinschaft 157
Religionszugehörigkeit 157
religiöse Faktoren 71, 156
Rente 211
Republik Südafrika 192
Ressourcen 70, 159, 171, 178, 183, 188,
189, 193
Revolution 205, 243
Rhetorik 13, 40
Risiko 6, 67, 173, 176, 183, 190, 215
Risikoabschätzung 215
Risikoverhalten 215
Rohstoffsicherung 170, 171
Rollendefinition 251
Rollenverständnis 71, 133, 251
Rorty, R. 256
Ruanda 61, 146, 239
Rückfälligkeit 108
Russland 33, 54, 58, 66, 74, 77, 87, 92,
129, 131, 134, 137, 140, 143, 145,
150, 151, 159, 191, 197, 201, 204,
205
Rüstungsbegrenzung 119
Rüstungsindustrie 119
Rüstungskontrolle 111, 116, 117, 119,
120, 122
Rüstungsstand 112, 119
Rüstungswettlauf 119

S

Säkularisierung 229
Saudi-Arabien 99, 124, 142
Schulbuch 221
Schule 21
Schutzmacht 101, 133
Schweiz 46, 215
Schwellenland 87, 164, 165, 234
Seerecht 141
Segregation 213
Selbstbeobachtung 19
Selbstbild 26, 130

- Selbstverständnis 11, 238
 Semantik 213
 Separatismus 134, 143
 Serbien 158
 Sexualität 110
 sexueller Missbrauch 110
 Sicherheit 6, 10, 31, 36, 93, 98, 110, 125, 127, 142, 144, 149, 154, 159, 168, 215, 248
 Sicherheitsbeauftragter 215
 Sicherheitsbewusstsein 156, 248
 Sierra Leone 146, 239
 Singapur 1
 Slum 255
 Soldat 106, 238
 Söldner 125
 Solidarität 183
 Somalia 132, 141
 Souveränität 8, 9, 38, 60, 61, 88, 101, 175, 256
 Sozialdemokratie 232
 soziale Anziehung 91
 soziale Bewegung 242, 247
 soziale Beziehungen 227
 soziale Entwicklung 163, 242
 soziale Gerechtigkeit 211, 245
 soziale Herkunft 234
 soziale Integration 26, 206, 226
 soziale Norm 9, 18
 sozialer Prozess 237
 soziale Schichtung 234
 soziale Schließung 166
 soziale Sicherung 211
 soziales Netzwerk 236
 soziales System 19
 soziale Ungleichheit 164, 166, 234, 242
 soziale Wahrnehmung 135
 soziale Wirklichkeit 35
 sozialistische Internationale 13
 sozialökologische Faktoren 163
 Sozialpolitik 53, 197, 211
 Sozialstaat 76, 209, 211
 Sozialstaatsprinzip 211
 Sozialstruktur 130
 Soziologie 12, 161, 186, 226, 233
 soziologische Theorie 12, 14, 161
 sozioökonomische Entwicklung 162
 Spanien 84
 Sprache 209
 Sri Lanka 1
 Staat 4, 6, 12, 17, 32, 34, 38, 40, 45, 97, 190, 210, 215
 Staatenbildung 154, 224, 244
 Staatenbund 198
 staatliche Einflussnahme 23, 210
 Staatsfunktion 17, 183, 190, 215
 Staatsgewalt 249
 Staatsgrenze 13
 Staatsgründung 12
 Staatsoberhaupt 65
 Staatsräson 82
 Staatsrecht 7
 Staatsverschuldung 184
 Staatszerfall 27
 Stabilisierung 149
 Stabilität 127, 175, 176
 Stadtentwicklung 213
 Stadtplanung 177
 Stereotyp 135
 Steuerpolitik 17
 Stiftung 253
 Straftat 31
 Strafverfolgung 239
 Strategie 5, 11, 24, 66, 77, 93, 122, 131, 133, 142, 154, 156, 165, 176, 190, 199, 207, 213
 Strukturwandel 66, 83, 225
 Südamerika 96, 168
 Sudan 61
 Südasien 73
 Südkorea 111, 221
 Südostasien 43, 64, 81, 111, 128, 157
 Südosteuropa 74, 76, 208
 supranationale Beziehungen 195, 196, 198
 Supranationalität 38
 Systemtheorie 8, 19
 Szenario 185
T
 Tageszeitung 130
 Taiwan 81, 101, 111, 152
 Täter-Opfer-Ausgleich 239
 Technik 4
 Technikfolgenabschätzung 4
 technische Ausstattung 215
 Technologie 119, 178, 192
 Terrorismus 6, 11, 39, 72, 77, 95, 98, 99, 107, 135, 138, 140, 144, 154, 156,

215, 219
 tertiärer Sektor 169
 Theokratie 2
 Tourismus 107, 192
 Tradition 11, 154, 226
 traditionelle Gesellschaft 148
 Transaktionskosten 181
 transatlantische Beziehungen 71, 77, 81,
 86, 87, 109, 196, 219
 transnationale Beziehungen 1, 21, 38,
 169, 235
 Transport 107
 Trend 142
 Tschad 105, 133
 Tschetschenien 33, 40, 140, 145
 Türkei 159
 Typologie 12, 37

U
 UdSSR 131, 143, 159, 205
 UdSSR-Nachfolgestaat 66, 77, 131, 143,
 159, 197
 Ukraine 191, 197
 Umfrageforschung 230
 Umweltbelastung 173
 Umweltbewusstsein 173, 175
 Umweltkrise 163
 Umweltökonomie 199
 Umweltschaden 242
 Umweltschutz 107, 187, 189
 Umweltschutzorganisation 174, 187
 Umweltverträglichkeit 178
 UNESCO 49
 Ungarn 194, 197
 Ungleichheit 67, 236, 247
 Unilateralismus 139
 UNO 9, 16, 17, 39, 49, 53, 61, 65, 67, 88,
 92, 101, 113, 130, 131, 132, 134,
 139, 146, 153, 175, 187, 192, 231,
 239
 UNO-Sicherheitsrat 40, 52, 55, 88, 146,
 231
 Unterentwicklung 35
 Unternehmen 45, 214
 Unternehmenspolitik 168
 Unterricht 21
 Ursachenforschung 12
 USA 10, 11, 23, 27, 36, 39, 41, 46, 51, 56,
 58, 65, 70, 71, 73, 74, 76, 77, 86, 87,

88, 90, 92, 93, 109, 116, 122, 124,
 125, 127, 128, 129, 130, 131, 132,
 134, 136, 137, 138, 142, 144, 147,
 149, 150, 153, 157, 167, 170, 171,
 184, 214, 219, 235, 243

V

Verband 31
 Verbot 39
 Verfassung 90, 114, 123, 183, 200
 Verfassungsgebung 89
 Verfassungsrecht 8, 141, 209
 Vergangenheitsbewältigung 221, 249
 vergleichende Forschung 4
 Verhandlung 13, 48, 133, 173
 Vernetzung 215
 Vernunft 20
 Verteidigung 142
 Verteidigungspolitik 35, 51, 76, 85, 102,
 106, 112, 114, 119, 121, 126, 142,
 171, 220, 225
 Verteilungskonflikt 166, 188
 Verteilungspolitik 181
 Vertrag 49, 63, 70, 114, 116, 129, 152,
 175, 200
 Vertrauen 227, 237
 Volk 46
 Völkerbund 7
 Völkermord 61
 Völkerverständigung 237
 Vorurteil 135

W

Wachstum 73, 231
 Waffe 100
 Wahl 68, 133
 Wahrnehmung 67, 131, 151, 204, 210,
 219, 220
 Währung 160
 Währungsunion 198
 Wasser 2, 188, 189
 Wasserwirtschaft 188, 189
 Wehrpflicht 106
 Welt 177, 188
 Weltbank 160, 187
 Weltbevölkerung 49, 231
 Weltgeschichte 231
 Welthandel 67
 Weltkrieg 12

-
- Weltmarkt 167, 178
Weltordnung 2, 8, 12, 19, 37, 41, 77, 109, 161, 162, 166, 173, 177, 183, 207, 231, 242
Weltpolitik 5, 20, 21, 27, 30, 37, 45, 46, 49, 51, 54, 66, 76, 78, 86, 105, 131, 162, 187, 189, 193, 214, 229, 231, 247
Weltraum 185
Weltwirtschaft 2, 3, 23, 30, 46, 56, 160, 161, 162, 166, 167, 172, 178, 193, 231
Weltwirtschaftskrise 23, 167
Weltwirtschaftssystem 3, 160, 167
Wende 205
Wert 33
Wertorientierung 26, 33, 39, 40, 103, 106, 145, 172, 203, 210, 246
Westafrika 146, 228
Westeuropäische Union 102
westliche Welt 27, 35, 41, 88, 93, 148, 234
Wettbewerb 73, 142, 176, 179, 197
Wettbewerbsbedingungen 176
Wettbewerbsfähigkeit 176
Widerstand 154, 155, 157
Wiederaufbau 108, 118, 149, 154, 155, 252
Wiedervereinigung 50, 59, 64, 78, 87, 225, 251
Wirtschaft 19, 38, 50, 53, 56, 100, 199
wirtschaftliche Abhängigkeit 148
wirtschaftliche Integration 103, 193
wirtschaftliche Lage 23, 184
wirtschaftliche Zusammenarbeit 103, 209
Wirtschaftsentwicklung 166, 192
Wirtschaftskrise 23, 46, 184
Wirtschaftsliberalismus 23
Wirtschaftspolitik 23, 167, 179, 184, 192, 197
Wirtschaftssystem 23
Wirtschaftswachstum 163
Wirtschaftszweig 169
Wissenschaft 19, 25, 48, 104, 177, 186, 187
Wissenschaftler 48
Wissenschaftsanwendung 48
Wissenschaftsdisziplin 25
Wissenschaftspolitik 186
Wissensgesellschaft 186
Wissenstransfer 186
Wohlfahrtsstaat 213
Wohlstand 209
WTO 62, 63, 67, 187
- Z**
Zeitschrift 13
Zeitung 46
Zentralafrika 146
Zentralafrikanische Republik 105
Zentralasien 98, 150
Zivilbevölkerung 149, 252
Zivilgesellschaft 22, 45, 104, 130, 165, 174, 225, 235, 237, 241, 244, 247, 250
Zivilisation 185, 229, 251
Zivilschutz 252
Zukunftsfähigkeit 188
Zukunftsforschung 4
Zukunftsorientierung 177
Zwangsarbeit 221
Zweite Internationale 13
zwischenstaatlicher Konflikt 39, 81
21. Jahrhundert 65, 137, 164, 177, 184, 186, 194, 199

Institutionenregister

- Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung 29
- Berghof Foundation for Peace Support 29
- Fernuniversität Hagen, FB Kultur- und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft
Lehrgebiet Politikwissenschaft II Internationale Politik 174
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum
für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- 202
- Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, Transnationalisation and Development Research Center
-TDRC- Arbeitsgruppe Transnationale Beziehungen und Entwicklungssoziologie - Centre
on Migration, Citizenship and Development -COMCAD- 228
- Universität Duisburg-Essen Campus Essen, FB Geisteswissenschaften, Institut für Kommunikati-
onswissenschaft 216
- Universität Erfurt, Staatswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Internationale Beziehungen
255
- Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät I Sozialwissenschaften und historische
Kulturwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft und Japanologie Professur Regie-
rungslehre und Policyforschung 82, 83
- Universität Heidelberg, Fak. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Politische
Wissenschaft Professur für internationale Beziehungen und Außenpolitik 14, 79
- Universität Jena, Graduiertenkolleg 1412 "Kulturelle Orientierungen und gesellschaftliche Ord-
nungsstrukturen in Südosteuropa" 158
- Universität Konstanz, Exzellenzcluster "Kulturelle Grundlagen von Integration" 60
- Universität Leipzig, Graduiertenkolleg "Bruchzonen der Globalisierung" 168
- Universität Leipzig, Research Academy Leipzig Graduiertenzentrum Geistes- und Sozialwissen-
schaften 168
- Universität Trier, FB III, Fach Politikwissenschaft Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und
Außenpolitik 14
- Universität Zürich, Universitärer Forschungsschwerpunkt Ethik Graduiertenprogramm für inter-
disziplinäre Ethikforschung 182
- Université de Lausanne, Faculté des Sciences Sociales et Politiques, Institut d'études politiques et
internationales -IEPI- 169

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem.

Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen

Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst.

Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in).

Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Dienstleistungsangebot der Abteilung „Fachinformation für die Sozialwissenschaften“

Das Dienstleistungsangebot der Abteilung Fachinformation dient der Verbreitung, Förderung und Fundierung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse sowie dem Wissensaustausch auf nationaler wie internationaler Ebene. Gleichzeitig macht die Fachinformation die sozialwissenschaftliche Forschung des deutschsprachigen Raumes international sichtbar.

Zentrale Aktivitäten sind Aufbereitung, Bereitstellung und Transfer von Wissen durch:

- Konzeption, Aufbau und Pflege von Datenbanken und Serviceangeboten zu Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnissen in den Sozialwissenschaften im deutschsprachigen und östlichen europäischen Forschungsraum und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen im deutschsprachigen, europäischen und internationalen Rahmen
- Aufbau von und Beteiligung an kooperativen Informationssystemen (Portalen, Themenschwerpunkten, Kommunikationsplattformen und Netzwerken) zur Unterstützung der Wissenschaftskommunikation, insbesondere auf ost-westeuropäischer Ebene und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen
- Kontinuierlicher Ausbau der Vernetzung von Informationsangeboten und Services durch Erweiterung und Einbeziehung kompetenter Partner auf nationaler wie internationaler Ebene
- Erstellung servicebasierter Publikationen und Informationsdienste zu ausgewählten Themen in Kooperation mit der Wissenschaft
- Nationales Referenzzentrum für das Politikfeld „Gleichstellung in der Wissenschaft“ gegenüber Wissenschaftsorganisationen, Bundes- und Landesministerien, Politik und Medien in Bezug auf Konzept- und Programmentwicklung, Monitoring und Evaluation von Politiken und Maßnahmen

Basisprodukte der Abteilung sind Informationen über Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnisse, die in Datenbanken aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Neben den nachfolgend skizzierten Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Publikationen werden Datenbanken mit Informationen zu nationalen und internationalen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Zeitschriften, Netzwerken, Veranstaltungen und Internetquellen aufgebaut und gepflegt. Sie sind Bestandteil einer von GESIS entwickelten und zur Verfügung gestellten integrierten Suche, die weitere internationale Informationssammlungen und solche externer Partner mit einbezieht.

Datenbanken

Die von der Abteilung Fachinformation produzierten Datenbanken SOLIS und SOFIS bilden die Grundlage für den sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst soFid.

SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die

Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 47.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. In Deutschland wird die Erhebung von GESIS durchgeführt, in der Schweiz von FORS - der Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften. Für Österreich hatte bis 2001 die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien diese Aufgabe inne; ab 2006/07 wurde diese vom Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik - WISDOM - übernommen.

Die Ergebnisse der GESIS-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen sowie von Forschungsförderern; ein nicht unerheblicher Teil an Ergänzungen wird schließlich durch Auswertung von Internetquellen sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute gewonnen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Internet vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Anfang 2009 ca. 385.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: zwischen 16.000 und 18.000 Dokumente

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird von GESIS in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Absprachen über einen regelmäßigen Datenaustausch bestehen darüber hinaus mit dem Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind SOLIS und SOFIS in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich. Des Weiteren stehen SOLIS und SOFIS über von GESIS betriebene Portale für Recherchen zur Verfügung:

www.sowiport.de

SOLIS und SOFIS können im sozialwissenschaftlichen Fachportal sowiport einzeln oder gemeinsam mit 13 weiteren Datenbanken durchsucht werden. sowiport enthält zurzeit folgende Datenbanken:

- Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
- Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
- Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
- Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
- Publikationen der Bertelsmann Stiftung
- ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
- Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt sind in und über sowiport mehr als 2,5 Millionen Quellen zu Literatur, Forschungsprojekten, Institutionen, Zeitschriften, Veranstaltungen sowie Themenschwerpunkte und Links zu Portalen erreichbar.

www.infoconnex.de

Der interdisziplinäre Informationsdienst infoconnex bietet Individualkunden günstige Jahrespauschalen für den Zugang zur Datenbank SOLIS – singular oder im Verbund mit den Literaturdatenbanken zu Pädagogik (FIS Bildung) und Psychologie (Psyndex). Im infoconnex-Bereich „Sozialwissenschaften“ kann darüber hinaus in der Forschungsdatenbank SOFIS und in der Literaturdatenbank DZI SoLit recherchiert werden; zudem stehen auch hier im Rahmen von DFG-Nationallizenzen die sechs Datenbanken des Herstellers ProQuest/CSA zur Recherche an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung.

Auftragsrecherchen und Beratung bei der Datenbank-Nutzung

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt GESIS kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche beraten wir Sie selbstverständlich jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst – soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet GESIS mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Ältere Jahrgänge stehen unter www.gesis.org/sofid zum kostenfreien Download zur Verfügung. Der Dienst ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport – Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen / Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft: Massenkommunikation – Medien – Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kulturosoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

Recherche Spezial und sowiport-dossiers: aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe „Recherche Spezial“ Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zusammengestellt. In den Dossiers in sowiport (hervorgegangen aus der Reihe sowiPlus bzw. den thematischen Dokumentationen der Virtuellen Fachbibliothek Sozialwissenschaften) werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind inhaltlich gruppiert zu finden unter www.sowiport.de/themen.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Der Bereich Informationstransfer Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Er unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.

Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Sozialwissenschaften in Osteuropa“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung – CEWS

Als integraler Bestandteil der Fachinformation bietet CEWS disziplinenübergreifend Zugänge zu Themen, Informationen und aktuellen Fragen der Gleichstellung in der Wissenschaft. Durch das Sichtbarmachen des Potentials hoch qualifizierter Wissenschaftlerinnen unterstützt die Datenbank FemConsult die Erhöhung des Frauenanteils bei der Neubesetzung von Professuren und Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung und die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. Das CEWS-Themenportal integriert Informationen zu allen gleichstellungsrelevanten Themen im Bereich Wissenschaft und Forschung (z.B. Chancengleichheit im Hochschul- und Wissenschaftsprogramm HWP, Statistik und Gleichstellungsrecht an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

Internet-Service der GESIS

Umfassende Informationen zu GESIS und zum Angebot an Dienstleistungen finden Sie unter

www.gesis.org

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Abteilung Fachinformation für die Sozialwissenschaften

Lennéstraße 30

53113 Bonn

Tel.:+49 (0)228-2281-0

E-mail:info@gesis.org

GESIS-Servicestelle Osteuropa

Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin

Tel.:+49 (0)30-23 36 11-0

E-mail:servicestelle@gesis.org

